Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 5. Februar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

Verhandlungsgegenstände:

1. Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied 2
2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026 4
3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026 6
4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros 11

Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 5. Februar 2025, 09:00 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied

[05.02.25 09:00:40]

Erich Bucher (FDP): Meine Damen und Herren, ich habe als ältestes Mitglied dieses Rates die Ehre, zusammen mit der jüngsten Ratskollegin Fina Girard die konstituierende Sitzung des Grossen Rates eröffnen zu dürfen. Ich erkläre die 45. Legislatur des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt als eröffnet.

Liebe Mitglieder des Grossen Rates, des Regierungs- und Gerichtsrates, werte Damen und Herren, zwischen Fina Girard, unserer Jugendpräsidentin neben mir, und mir liegen 50 Altersjahre, ein halbes Jahrhundert. Was bedeuten 50 Jahre? Es ist ziemlich schwierig, dies zu fassen. Ich möchte heute den Versuch machen, dies zu verbildlichen. Vor 100 Jahren wurde der Wasserturm auf dem Bruderholz fertiggestellt und der ganze Bruderholzhügel war unbebaut und mit Ausnahme der steilen Abhänge baumfrei. Solche Bilder helfen, den Zeitraum zu verstehen. Wie sieht es aber mit einem halben Jahrhundert aus?

Vor 50 Jahren habe ich mein Studium abgeschlossen und meinen Berufsweg vollständig geändert. Ich wurde zum Informatiker der ersten Stunde. Die elektronische Datenverarbeitung oder EDV, dann IT und heute Digitalisierung genannt, haben mich mein ganzes Berufsleben begleitet. Vor 50 Jahren arbeitete die EDV mit riesigen Mainframes, Computern so gross wie dieser Saal. Die Dateneingabe erfolgte mit Lochkarten und die Resultate wurden auf Endlospapier gedruckt und es konnte passieren, dass ganze Stadtteile keinen Strom mehr hatten, weil diese Mainframes so viel Energie verbrauchten. Und wo stehen wir heute? Dieses Ding zeigt beispielhaft die fünfzigjährige Entwicklung. Ich kann sie Ihnen in einem Bild darstellen, geholfen hat mir dabei das historische Museum mit seiner Ausstellung «Ausser Gebrauch» vom letzten Jahr. Schade, dass diese Schauwand wieder abgebaut wurde. Das Schaufenster der Ausstellung zeigt, wie sich die IT in einem halben Jahrhundert verändert hat. Das Handy hat die Schreibmaschine, den Kalender, das Lexikon, das Radio, die Landkarte, das Telefon, den Duden, das Foto- und das Videogerät, die Zeitung, den Taschenrechner, die Postkarte und vieles andere mehr ersetzt oder überflüssig gemacht. Weshalb zeige ich Ihnen dies? Ich habe während meinen über 50 Jahren Berufsleben gelernt, dass sich neue gute Technologien und Verarbeitungsmethoden immer irgendwo auf dieser Welt durchsetzen und dann auch über Europa und die Schweiz rollen, unabhängig davon, ob wir damit einverstanden sind oder eben nicht. Um dies mit anderen Worten zu sagen, es ist die normative Kraft des Faktischen.

Lassen Sie mich weitere Beispiele machen, die uns in nächster Zeit intensiv beschäftigen werden. Heute gibt es verschiedene Technologien oder Pflanzenzucht, um Nutzpflanzen stressresistenter zu machen. Stress für Pflanzen sind etwa Klimawandel, Insekten- oder Pilzbefall, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie erinnern sich sicher an den Käferbefall auf dem Weizenfeld am Messeplatz. Die neuen Technologien haben zum Ziel, dass bei höheren Temperaturen gleiche Ernteerträge erzielt werden oder dass weniger Pestizide und Insektizide gespritzt werden müssen. Aber alle diese neuen Methoden werden in Europa und somit auch in der Schweiz als Gentechnik deklariert und dürfen nicht eingesetzt werden. Aber sind wir denn sicher, dass bei uns keine solchen Produkte verkauft werden, die nach dieser Definition gentechnisch verändert wurden? Nein, können wir gar nicht wissen. Da hilft auch keine Konzernhaftung, weil ausserhalb von Europa keine Deklarationspflicht besteht.

Und wie ist es mit den autonomen Fahrzeugen, die möglicherweise das Transport- und Taxigewerbe oder die Paketzustellung und eventuell sogar den öffentlichen Verkehr komplett umkrempeln könnten? Beobachten Sie auch die aktuelle technische Entwicklung bei den Drohnen. Der Krieg in der Ukraine bringt jeden Tag technologische Fortschritte, die in Kürze auch die zivile Nutzung beschleunigen und uns zwingen werden, über die dritte Dimension zu diskutieren. Wieso diese Beispiele der sich ändernden Technologien und Methoden? Ganz einfach, wir können sie nicht verhindern.

Und damit komme ich zum ersten meiner drei Wünsche. Ja, bei einem solchen Anlass hat man immer drei Wünsche. Der erste geht an Sie, liebe Parlamentarier, verhindern Sie Erneuerungen nicht, sondern begleiten Sie die Entwicklung und versuchen Sie, die negativen Nebenwirkungen, und ja, solche gibt es, abzuschwächen oder zu verhindern. Zur Präzisierung, die Nebenwirkungen und nicht die Technologie sind zu verhindern.

Aber kommen wir wieder zurück zur elektronischen Datenverarbeitung. Ich habe da eine Quizfrage an Sie. Welches war das wichtigste politische Thema rund um die Informatik in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts? Ich helfe Ihnen, das Rätsel zu lösen. Es war die künstliche Intelligenz. Man hatte bereits damals Angst, das KI den Menschen ersetzt. Für mich ein

echtes Déjà-vu. Es ist auch für die öffentliche Verwaltung zwingend, dass neue Technologien so rasch wie möglich eingesetzt werden und hier komme ich zu meinem zweiten Wunsch an Sie, werte Mitglieder der Exekutive und des Gerichtsrats. Setzen Sie alles daran, die Digitalisierung zu beschleunigen. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Staate Estland mit seiner in Europa am stärksten digitalisierten Verwaltung. Ich hätte dazu auch ein paar Tipps, wenn ich gefragt würde.

Mein dritter Wunsch geht an alle, die mir heute zuhören. Angst ist der schlechteste Ratgeber, den es gibt. Probieren Sie Neues aus und scheuen Sie das Risiko nicht. Sie werden sehen, es zahlt sich aus.

In diesem Sinn und Geist wünsche ich uns allen für die kommenden vier Jahre weniger Verbote, eine erfolgreiche, ausgewogene Politik, intensive Diskussionen für gute Lösungen und dies hoffentlich mit etwas weniger Vorstössen wie in der letzten Legislatur. Besten Dank.

[Applaus]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Gerichtspräsident, liebe Grossrätinnen und liebe Grossräte, ganz besonders diejenigen unter Ihnen, die heute zum ersten Mal hier Platz nehmen durften. Liebe alle, die heute im Rathaus sind und gemeinsam den Beginn der 45. Legislaturperiode feiern.

Die Fenster des Grossratssaals eröffnen den Blick auf einen Innenhof, einen Innenhof, von dem die meisten in der Stadt wohl gar nicht wissen, dass er existiert. Manchmal flattern Tauben oder es lässt sich eine spontan einberufene Sitzung zwischen Grossrät*innen beobachten. Nur der Turm der Martinskirche erinnert uns daran, dass wir mitten in der Stadt sind und dass die Entscheidungen, die wir hier fällen, diesen kleinen so vielfältigen Kanton betreffen, der vielfältiger ist, als es dieser unscheinbare Innenhof es uns glauben lässt. Basel, das denke ich immer, wenn ich über die Dreirosenbrücke gehe, ist auf seine Weise auch ein Fenster. Ein Fenster nach Europa, ein Fenster in die Welt. Unsere Geschichte ist eng verflochten mit den Handelswegen Europas und der Welt, unser Wohlstand ist es ebenso. Und wenn sich in der Welt etwas rückt, dann spüren wir das auch bei uns.

Erich Bucher hat in seiner Rede zurückgeblickt auf 50 Jahre technischen Aufschwung. Eine Betrachtung der Vergangenheit, die mir einmal mehr aufzeigt, dass ich als junge Frau heute ein anderes Lebensgefühl vermittelt bekomme. Aufwärts, schneller, besser, weiter, Wachstum, diese Prognose stockt und stottert, die exponentielle Kurve des Fortschritts geht nicht mehr auf. Sie spiegelt sich stattdessen in der ebenso exponentiellen Kurve der Klimaerhitzung, in gesellschaftlichen Spaltungen, in Populismus und Nationalismus. Ich bin wohl nicht alleine damit, wenn ich sage, es fällt mir im Moment oft schwer, das Radio aufzudrehen oder die Zeitungen aufzuschlagen. An vielen Orten drohen die demokratischen Grundwerte zu entgleiten und deren Institutionen unterwandert zu werden und das macht mir sehr grosse Sorgen.

Oft sagen mir ältere Semester, auch sie hätten sich grosse Sorgen gemacht um die Zukunft, als sie jünger waren und doch sei am Ende alles gut herausgekommen. Das Ozonloch hätte man gestopft, wenn auch nicht ganz, der eiserne Vorhang sei gefallen, aus Autokratien seien Demokratien entsprungen. Ihr, die mir das sagt, ich hoffe so sehr, Ihr behaltet Recht. Und zugleich wünsche ich uns, dass wir diese Zuversicht nicht nutzen, um uns zurückzulehnen oder gar abzuwenden, sondern dass wir Energie aus ihr schöpfen, um uns weiter für unsere Demokratie und unsere Zukunft stark zu machen. Ich hoffe also, wir schlagen weiter die Zeitungen auf, so schwer es uns teilweise auch fallen mag, dass wir weiter betroffen und empört sind, dass wir nie abstumpfen und immer wieder die Stimmen finden, um auf Ungerechtigkeiten und Unwahrheiten hinzuweisen. Auch im kleinen Basel können wir viel bewegen, auch wenn wir uns manchmal lieber um Solarpresskübel und Sonnenschirme kümmern.

Lasst uns also den Blick über die Mauern des Innenhofs werfen und finden wir immer wieder von neuem die Lust daran, andere Perspektiven einzunehmen und unseren Horizont zu erweitern. Und ich wünsche uns, dass wir in den kommenden vier Jahren auch den Blick nach innen nicht vergessen. Ich bin sicher, jede und jeder hier drin trägt eine Erinnerung an einen Moment in sich, an dem einem klar wurde, dass man mit den eigenen Händen und eigenen Worten etwas verändern kann. Bei mir war dieser Moment ein Samstagvormittag vor fast genau sechs Jahren, der 2. Februar 2019 auf dem Barfüsserplatz, die erste grosse Klimademo an einem Samstag, der erste Schritt vom Schülerstreik hin zur zivilgesellschaftlichen Klimabewegung. Ich weiss noch ganz genau, wie ich und meine Mitorganisator*innen es kaum fassen konnten, als immer mehr Menschen den Steinenberg und den Kohlenberg hinunterzuströmen schienen. Die Zeitungen schrieben von 4’000 Teilnehmenden, wir kletterten auf Mauern und zählten 10’000. Wer mir lieber glaubt, überlasse ich Euch, aber ungeachtet dessen, nie zuvor spürte ich so einen Zukunftswillen, so viel Drang nach Veränderung.

Vielleicht erinnert Ihr Euch auch gerade an diesen Moment, an das Gefühl, dass Euch antrieb, etwas anzupacken, mitreden zu wollen, mitgestalten zu wollen. Vielleicht war es Empörung, vielleicht waren es Geistesblitze, vielleicht Mitgefühl oder Besorgnis, aber, so bin ich fest überzeugt, es muss immer auch Hoffnung mitgeschwungen haben und die Überzeugung, etwas ändern zu können. Ich wünsche uns allen, dass wir diesen Moment, diesen kleinen inneren Anzündwürfel nicht vergessen und dass wir ihn in Momenten der Ohnmacht und der Müdigkeit wieder hervornehmen können und zünden können. Und ich wünsche uns, dass wir fair sind zueinander und dass wir uns gegenseitig ermutigen, damit wir in den vier

Jahren dieser Legislatur und weit darüber hinaus den langen Atem nicht verlieren, den wir brauchen, wenn wir unsere Welt als gerechteren und lebenswerten Ort zurücklassen möchten.

Ich hoffe, Ihr nimmt meinen Blumenstrauss an Wünschen, es waren etwas mehr als drei, an uns und an die Welt mit in die kommenden vier Jahre und wer weiss, vielleicht denken wir daran, wenn Ihr das nächste Mal aus dem Fenster des Grossratssaal in den kleinen Innenhof blicken. Besten Dank.

[Applaus]

2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026

[05.02.25 09:15:05]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Wir kommen damit zu Geschäft Nr. 2, der Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rates. Ich bezeichne die folgenden Damen und Herren als Stimmenzählende für alle Wahlen in der heutigen Sitzung. Georg Mattmüller von der SP als Leiter des Wahlbüros, Brigitte Kühne von der GLP für Sektor 1 und 5, Harald Friedl von den Grünen für Sektor 2, Daniel Seiler von der FDP für Sektor 3, Annina von Falkenstein von der LDP für Sektor 4, die Sekretärin des Wahlbüros ist Sabine Canton.

Wir schreiten zur Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rats für das Amtsjahr 2025/2026. Vorgeschlagen wurde Balz Herter (Mitte-EVP) sowie Eric Weber (fraktionslos). Werden weitere Vorschläge gemacht? Dem ist nicht so. Ich bitte alle Mitglieder auf ihren Platz zu sitzen, falls Sie das noch nicht getan haben, und ich bitte die Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler, die Wahlzettel in ihrem Sektor auszuteilen.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 98

Absolute Mehr: 50

Gewählt ist:

Balz Herter mit 91 Stimmen.

[Applaus]

Ich gratuliere Balz Herter herzlich zur Wahl. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt und bitte ihn, meinen Platz einzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates

Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen

Liebe Familie, Freunde und Bekannte

Haben Sie heute Morgen bereits eine Brücke überquert?

Es könnte die Mehrheit der hier anwesenden Grossratsmitglieder sein, die eine Brücke braucht, um ins Rathaus zu gelangen. All jene vom Bruderholz und Gundeli müssen über die Gleisanlage der SBB. Natürlich gehen alle aus dem Kleinbasel, Riehen und Bettingen über eine der sieben Basler Rheinbrücken. Und andere queren vielleicht den Heuwaage- oder Birsigviadukt, bevor wir uns hier drin versammeln.

Bei mir stellt sich spätestens auf der Mitte der Mittleren Brücke jeweils dieses «aaah - do bini deheim»-Gefühl ein: dieser kurze Moment des Weitblicks und gleichzeitig diese Verbundenheit mit “meiner” Stadt. Wenn dann noch die Sonne hinter dem Käppelijoch hervor lacht, ist das ein ziemlich perfekter Augenblick, bevor ein langer Grossratstag hier im Rathaus startet. Nur einmal im Jahr – am Vogel Gryff – hört für mich die Brücke in der Mitte beim Käppelijoch auf. An diesem Tag muss ich als Greifenmeister dann schon eine Ausnahme machen.

Brücken verbinden nicht nur Stadtteile miteinander und ermöglichen uns, schneller von A nach B zu kommen – sie haben auch viel Symbolkraft. Wir müssen nicht weit schauen, um zu sehen, dass die Menschen auf der ganzen Welt gerade einmal mehr daran sind, Brücken abzubrechen, anstatt neue zu schlagen. Die Polarisierung hält Einzug im täglichen Diskurs, und der Ton in der Politik wird schärfer und schärfer. Auch wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht dazu verleiten lassen, im politischen Gegenüber nur noch das Schlechteste zu sehen. Aus persönlicher Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass man zuweilen überrascht wird, wie sehr man jemanden mögen kann, die oder der politisch anders tickt.

Wenn jeder nur auf seiner Seite der Brücke stehen bleibt, dann kommen wir nicht weiter und die Brücke zerfällt im schlimmsten Fall irgendwann. Was die Welt draussen braucht und wir hier drin, sind mehr Brückenbauerinnen und Brückenbauer – Menschen, die aufeinander zugehen, die zuhören können, auch bei Dingen, die sie vielleicht nicht gerne hören. Und die dann gemeinsam eine Lösung suchen, um Gräben zu überwinden. Jede Brücke braucht ein solides Fundament, das auch starker Strömung, einem querstehenden Rheinschiff oder, wie bei der Margarethenbrücke, einem Tram standhält.

Beim Blick z.B. in die USA bin ich froh um die Vielfalt in unserer Schweizer Politlandschaft. Bei uns im Grossen Rat haben wir neu sogar acht Fraktionen. Ich finde, dass das ein Ausdruck einer starken, lebendigen Demokratie ist und ein Grund, sich zu freuen.

Damit unsere Demokratie funktioniert, braucht auch sie – wie eine Brücke – ein starkes Fundament. Unser politisches System feiert in diesem Jahr sein 150-jähriges Bestehen. Regierten vor 1875 ein gutes Dutzend vermögender Ratsherren den Kanton, bei bescheidenen Mitwirkungsrechten der Bevölkerung, so brachte die neue Kantonsverfassung von 1875 moderne und demokratischere Staatsstrukturen: Im neu siebenköpfigen, vollberuflichen Regierungsrat konnten nun auch normale Bürger einsitzen. Die sieben Departemente wurden geschaffen, womit die Bevölkerung eine zugängliche Verwaltung erhielt. Für Regierungsrat und Grossen Rat galt nun die Gewaltentrennung, und die bis dahin komplizierten Grossratswahlen wurden vereinfacht. Vor allem aber: Die Volksrechte Initiative und Referendum wurden eingeführt und damit die direkte Demokratie, wie wir sie seither kennen und leben.

Nunja, nicht ganz so, wie wir sie heute kennen. Denn eine ziemlich grosse Gruppe blieb lange davon ausgeschlossen. Wenn Sie einen Blick nach links werfen, dann sehen Sie, dass neben den Fenstern eine Reihe an Porträts der ersten Bürgermeister die Pfeiler ziert. Frauen sind keine darunter. Es sollte auch nach der Einführung der neuen Verfassung noch eine lange Zeit dauern, bis den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zugesprochen wurde. Nächstes Jahr wird sich die politische Mitwirkung der Frauen in Basel-Stadt zum sechzigsten Mal jähren. Ich bin froh, dass sich das Parlament und der Regierungsrat heute fast paritätisch zusammensetzen. Wer weiss, vielleicht hängt nach der nächsten Renovation des Rathauses ja auch mal ein Porträt einer Tanja, Esther oder einer Stephanie an einer dieser altehrwürdigen Wände?

Noch etwas älter als die Kantonsverfassung von 1875 ist unsere Mittlere Brücke. Sie feiert dieses Jahr ihr 800-jähriges Bestehen. Zum ersten Mal erwähnt wird sie in zwei Urkunden aus dem Jahr 1225, mit denen die Klöster St. Blasien und Bürgeln als Gegenleistung für ihren finanziellen Beitrag an den Brückenbau vom Brückenzoll befreit werden. Seit dem Bau flossen doch einige Liter Wasser den Rhein hinunter und die Beziehungen zu unseren Nachbarn im In- und Ausland haben sich – nicht zuletzt durch die neuen Brücken – stetig verbessert.

Diese nachbarschaftlichen Beziehungen müssen gepflegt werden, damit die aufgebauten Brücken und ihre Fundamente standhaft bleiben und der Dialog auch in stürmischen Zeiten geordnet stattfinden kann. Wir stehen vor herausfordernden bikantonalen Themen, die wir nur lösen können, wenn wir partnerschaftlich und gleichberechtigt aufeinander zugehen und uns in der Mitte treffen.

Manchmal hilft auch ein Perspektivenwechsel. Diesen hole ich mir jeweils bei einem Blick von einem der Türme bei uns auf dem Firmenareal, von wo aus man bei gutem Wetter eine wunderbare Fernsicht hat. Vor einiger Zeit hatte ich einen guten Freund aus Südafrika zu Besuch. Ich habe ihn auf die Terrasse im obersten Stock mitgenommen und ihm die Geografie der Region erklärt. Er konnte kaum glauben, dass es zwischen Basel-Stadt, Frankreich, Deutschland und Baselland keine sichtbaren Grenzen gibt, dafür Brücken. Dabei wurde mir wieder bewusst, dass unser gemeinsames Dreiland alles andere als selbstverständlich ist und unsere Region stark macht.

Für viele Baslerinnen und Basler sind die hohen Türme nach der Rückkehr von einer Reise das Zeichen, dass sie bald wieder zu Hause sind. Dieses «aaah - do bini deheim»-Gefühl stellt sich bei mir auch ein, sobald ich die weissen Fassaden in der Ferne aufblitzen sehe. Die Türme sind auch ein Zeichen dafür, wie gut sich der Standort Basel in den letzten Jahrzehnten entwickeln konnte. Damit dies weiterhin so ist, müssen wir hier im Rat ebenfalls Sorge zur ansässigen Wirtschaft tragen. Damit meine ich nicht nur die globalen Player, sondern ebenso sehr den kleinen Quartierelektrikerbetrieb. Mit ihnen allen müssen wir im stetigen Dialog bleiben, damit die gegenseitigen Anliegen und Wünsche platziert werden können und so auch die Brücke zwischen Politik und Wirtschaft stabil bleibt.

Sehr geehrte Anwesende, liebe Zuschauende im Livestream

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und schätze es sehr, wenn die Bänke vor und vor allem neben mir so gut besetzt sind, wie jetzt gerade. Ich wünsche mir, dass dies auch während den Debatten an normalen Parlamentstagen so ist.

«Like a bridge over troubled water» werde ich mein Bestes geben, die Wogen während stürmischen Debatten aufzufangen. Dabei bin ich auf Ihre Hilfe angewiesen. Respektloses Verhalten, beleidigende Voten und persönliche Angriffe werde ich nicht tolerieren. Denken Sie daran, wenn Sie ans Redepult schreiten, dass auch Sie stets als Brückenbauerin und Brückenbauer fungieren.

Ausserhalb des Parlamentsbetriebes möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Menschen in unserem Kanton möglichst viel über unsere Arbeit hier drin erfahren und sich so ein besseres Bild machen können, wie unser politisches System funktioniert. Ich möchte im ganzen Kanton präsent sein und alle ermutigen, uns zu besuchen und sich einzubringen. Denn die Demokratie lebt vom gemeinsamen Engagement aller. Unsere wichtigste Brücke ist die Demokratie. Mich für sie einzusetzen, ist mir in diesem Jahr die grösste Ehre.

Danke, dass Sie mir heute Ihr Vertrauen geschenkt haben.

Hiermit eröffne ich das erste Amtsjahr der 45. Legislatur des Grossen Rates.

[Applaus]

3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2025/2026

[05.02.25 09:47:37]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion SVP beantragt die Wahl von Beat K. Schaller als Statthalter. Zusätzlich stellt sich Eric Weber zur Verfügung. Werden weitere Vorschläge gemacht? Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt nach zwei Minuten Verhinderung darf ich reden. Ich rede auch als Brückenbauer, Herr Präsident, wie Sie das gesagt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, einen Wahlvorschlag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss Sie fragen. Herr Flury hat gesagt, ich darf keine Wahlvorschläge machen. Das geht nicht. Ich darf Wahlvorschläge machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es darf nur eine Fraktion für sich selber anmelden. Sie dürfen nicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann ziehe ich meinen Vorschlag zurück. Ich bin auch Kandidat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Kandidieren Sie oder kandidieren Sie nicht?

Eric Weber (Fraktionslos): Dann rede ich zu meiner Sache. Ich bin ja Kandidat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann kann ich meine eigene Kandidatur zurückziehen. Zwei Sätze, ich will keinen Ordnungsruf, denn ich brauche das Geld. Ich möchte meine Kandidatur als Statthalter zurückziehen und ich begründe das noch mit einem Satz. Ich ziehe meine Kandidatur als Statthalter zurück, weil ich eh keine Chance habe. Dafür komme ich 2028 zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit wurden keine weiteren Kandidierenden vorgeschlagen. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur an Ihrem Platz abgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 100

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 99

Absolutes Mehr: 50

Stimmen haben erhalten:

Beat K Schaller: 35

Vereinzelte: 5

Leere Wahlzettel: 59.

Wenn eine Wahl nicht zustande gekommen ist, findet ein weiterer Wahlgang statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Zettel zu verteilen.

Lorenz Amiet meldet sich zu Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich ein paar Worte an Sie richten, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir haben heute Morgen schon sehr schöne friedfertige Ansprachen gehört, vom Perspektivenwechsel, von Gemeinsamkeiten, von Brücken. Fina Girard hat in ihrer Rede sogar dazu aufgerufen, dass wir fair sein sollen zueinander. Schon bei der ersten Abstimmung danach stelle ich fest, dass das in Frage gestellt ist.

Was ist die Aufgabe des Statthalters des Grossen Rates? Die Aufgabe ist, den Präsidenten zu vertreten, wenn dieser nicht auf dem Bock sitzen kann, und für einen geordneten Ratsbetrieb zu sorgen und die Verhandlungen zu führen. Niemand von Ihnen hat mich als Fraktionspräsident der SVP direkt oder öffentlich über die Medien dahingehend informiert, dass man diese Fähigkeiten, diese Qualitäten unserem Kandidaten Beat K. Schaller abspricht. Niemand hat mich oder über die Medien die grundsätzliche Integrität unseres Kandidaten in Frage gestellt. Die Kritik direkt und indirekt über die Medien richtete sich ausschliesslich gegen die politischen Positionen, die zugegebenermassen konservativen Positionen unseres Kandidaten. Ich habe mir heute Morgen nochmals die Mühe gemacht, das Smartvote Profil von Beat Schaller anzuschauen. Beat Schaller positioniert sich ziemlich genau in der Mitte der SVP-Fraktion. Er vertritt SVP-Meinungen, er ist kein Extremist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Amiet, Sie dürfen eigentlich nicht über Kandidierende reden.

Lorenz Amiet (SVP): Ich darf auch keine Fraktionserklärung abgeben? Ich halte mich kurz, dann können wir diese Frage offenlassen.

Ich gebe Ihnen kurz namens der SVP-Fraktion meine oder unsere Enttäuschung kund über das relativ breite Nichtunterstützen unseres Kandidaten. Ich bitte Sie deshalb ganz im Sinne der drei Reden, die wir heute Morgen schon

gehört haben, über Ihren eigenen Schatten zu springen und einen Kandidaten zu wählen, der vielleicht politisch mit Ihnen das Heu nicht auf der gleichen Bühne hat. Genauso wie ich in den letzten sechs Jahren auch Kandidatinnen und Kandidaten gewählt habe, die längst nicht alle politisch auf einer Linie mit mir liegen. Wählen Sie Beat K. Schaller als Statthalter, dann hat er ein Jahr Zeit zu zeigen, dass er diesem Amt als Grossratspräsident für das folgende Amtsjahr gewachsen ist. Und wenn sich in diesem Jahr zeigen sollte, dass er das nicht kann, entgegen meinen Erwartungen, dann hat man immer noch die Gelegenheit, in einem Jahr zu einem anderen Schluss zu kommen und jemand anderes zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun kommen wir zum nächsten Wahlgang. Herr Weber?

Eric Weber (Fraktionslos): Die Anrede ist ja sonst, Herr Präsident, Herr Statthalter, aber wir haben ja noch keinen Statthalter, aber ich stelle wieder fest, ich muss kämpfen, dass ich hier reden darf. Lorenz Amiet hat gesprochen und ich habe das gleiche Recht. Ich habe gestaunt, dass dann der Präsident nach fünf Minuten gesagt hat, man darf nicht über Kandidaten reden, weil man mir das ja heute am Morgen auch schon gesagt hat. Wählen Sie mich, ich bin noch schlimmer als Beat Schaller, das wissen Sie, wählen Sie mich, ich bin noch schlimmer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit bitte ich das Wahlbüro, die Stimmenzettel auszuteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Resultat des zweiten Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 100

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 99

Absolutes Mehr: 50

Stimmen haben erhalten:

Beat K. Schaller: 39

Daniela Stumpf: 15

Lorenz Amiet: 12

Vereinzelte: 31

Leere Wahlzettel: 2.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich wieder zu Wort gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen, aber jetzt müssen wir einmal genau aufpassen. Wenn wir so weitermachen, tagen wir noch in drei Wochen. Wir haben ein Politkrimi, aber jetzt müssen Sie sich entscheiden oder Sie haben einfach 10’000 Franken Sitzungsgeld am Ende des Monats, weil wir hier mehrere Tage abwählen, aber so geht es auf keinen Fall. Seit 41 Jahren bin ich Grossrat, entscheiden Sie sich jetzt für jemanden, aber nicht diesen Kindergarten bei diesem Politkrimi, über Sie wird überall in Basel gelacht. Es ist traurig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eine Wahl ist nicht zustande gekommen. Es findet ein weiterer Wahlgang statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Stimmunterlagen abzugeben.

Ich gebe noch bekannt, dass gemäss Geschäftsordnung § 32 Abs. 2 das relative Mehr zählt in diesem Wahlgang.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich verkünde Ihnen die Resultate des 3. Wahlgangs:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 100

Total eingegangene Wahlzettel: 100

Ungültige Wahlzettel: 0

Gültige Wahlzettel: 100

Absolutes Mehr: 51

Gewählt ist:

Lorenz Amiet mit 54 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Beat K. Schaller: 40

Vereinzelte: 4

Lorenz Amiet (SVP): Offensichtlich haben Sie noch nicht genug gehört von mir heute Morgen. Ich fühle mich natürlich gebauchpinselt, dass Sie mir dieses Amt zutrauen, und ich fühle mich auch ein bisschen geehrt. Aber wie ich diversen von Ihnen vorgängig mitgeteilt habe und auch den Medien mitgeteilt habe, ist es mir unmöglich, dieses Amt anzunehmen. Ich sage es Ihnen gerne allen nochmals, warum das so ist. Ich bin Unternehmer und habe keine Lust, diesen Job aufzugeben. Ich bin im Militär engagiert und mache das mit Herzblut und mache es gerne. Und vor allem bin ich auch noch Ehemann und Familienvater und auch das möchte ich bleiben. Auch mein Tag hat 24 Stunden. Das Amt des Grossratspräsidiums oder des Statthalters bedeutet viel Aufwand, bedeutet Präsenz, bedeutet Zeit. Ich habe diese Zeit nicht und ich kann mir sie nicht nehmen, das heisst, ich nehme diese Wahl nicht an. Ich beantrage jetzt aber einen Sitzungsunterbruch, dass ich mich mit meiner Fraktion beraten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ist unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat sich zu Wort gemeldet und hat es.

Lorenz Amiet (SVP): Wir haben uns kurz beraten. Offensichtlich will eine Mehrheit von Ihnen keinen Statthalter Beat K. Schaller. Beat K. Schaller hat das zur Kenntnis genommen und steht für eine Wahl nicht mehr zur Verfügung. Die SVP-Fraktion hat deshalb beschlossen, Ihnen als Alternative Gianna Hablützel vorzuschlagen. Ich bitte Sie und hoffe sehr, dass die Spiele jetzt aufhören. Einen Kandidaten zu wählen, von dem bekannt ist, dass er die Wahl nicht annehmen kann, ist ein Spiel und Spiele sind insbesondere bei Wahlgeschäften eine unwürdige Geschichte, insbesondere in dieser schönen Halle. Ich bitte Sie sehr, jetzt Gianna Hablützel zu wählen als Vertreterin der SVP. Ja, Sie haben uns weichgeklopft, wir haben den Kandidaten ausgetauscht, seien Sie zufrieden damit. Sie haben etwas erreicht, aber machen Sie das Spiel bitte jetzt nicht noch unwürdiger, als es bereits ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Zeitungen haben geschrieben, Gianna Hablützel wird nicht gewählt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie reden nicht über eine Person.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte mich nochmal ins Spiel bringen. Als Vizepräsident und Statthalter möchte ich Sie bitten, mich zu wählen, wie ich das vorhin gesagt habe. Ich möchte nicht noch vier Jahre warten, dass ich hier oben sitze als Alterspräsident. Meine Wahl möchte ich mit zwei Sätzen begründen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie dürfen nicht über die Person reden. Sie sagen jetzt nichts mehr.

Wir kommen damit zum 4. Wahlgang. Auch hier gilt gemäss § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung das relative Mehr. Ich bitte das Wahlbüro, die Unterlagen zu verteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich verkünde Ihnen das Resultat des 4. Wahlgangs.

Total ausgeteilte Wahlzettel: 99

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Ungültige Wahlzettel: 0

Gültige Wahlzettel: 99

Absolutes Mehr: 50

Gewählt ist:

Christian C. Moesch mit 41 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Gianna Hablützel: 35

Vereinzelte: 6

Leere Wahlzettel: 17.

Christian C. Moesch (FDP): Es ist ein etwas komischer Augenblick, wo ich jetzt hier vor Ihnen stehe. Vorab danke ich, dass ich in dieses Amt von Ihnen gewählt wurde. Das Resultat ist nicht berauschend, 41 Stimmen. Ich muss Ihnen allerdings mitteilen, dass ich dieses Amt nicht annehmen werde. Der Grund ist relativ einfach. Es ist einigermassen unbestritten, dass die SVP Anspruch hat auf die Stellung einer Kandidatin oder eines Kandidaten für das Statthalteramt und in der ersten Person, die nominiert wurde, haben sich jetzt in dieser Zeit bis zu diesen Wahlen hin die Gemüter doch ziemlich erhitzt. Die ersten Wahlgänge haben gezeigt, dass offensichtlich die Mehrheit hier im Parlament nicht für einen Statthalter Beat K. Schaller ist. Die SVP hat die Konsequenz daraus gezogen, was ich sehr ein starkes Signal finde und wahrscheinlich auch nicht einfach war, und hat eine zweite Person nominiert. Ich finde es daher jetzt etwas eigenartig, wenn die zweite Person wiederum nicht die Mehrheit erhält und stattdessen ich offensichtlich in der Rangliste, ich weiss nicht, wie knapp, vor der offiziellen Kandidatin der SVP bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es sind sechs Stimmen.

Christian C. Moesch (FDP): Das ändert aber nichts an meiner Aussage. Ich danke Ihnen für diese 41 Stimmen, aber wie gesagt, ich werde das Amt nicht annehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Hier ist ja schlimmer wie in Belarus. Ich sage zwei Sätze, bitte wählen Sie mich. Ich bin der berühmteste Grossrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht. Zweiter Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich kandidiere.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro nach vorne. Wir kommen zum 5. Wahlgang. Es gilt auch hier nach § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung das relative Mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Resultat des 5. Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 99

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Ungültige Wahlzettel: 1

Gültige Wahlzettel: 98

Absolutes Mehr: 49

Gewählt ist:

Gianna Hablützel: 39

Stimmen haben erhalten:

Vereinzelte: 17

Ich gratuliere Gianna Hablützel zur Wahl.

[Applaus]

Gianna Hablützel (SVP): Geschätzte Damen und Herren, danke vielmals für die Stimmen, die jetzt im 5. Wahlgang zu meinen Gunsten ausgefallen sind. Es ist jetzt die Frage, soll ich diese Wahl effektiv annehmen oder nicht. Ja, ich setzte jetzt diesem Kindergartenspiel ein Ende und nehme an und ich werde Ihnen zeigen, dass auch die SVP eine würdige Statthalterin haben kann. Besten Dank.

[Applaus]

4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros

[05.02.25 11:36:18]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros. Die Fraktionen beantragen die Wahl von Bülent Pekerman (GLP), Sasha Mazzotti (SP), Oliver Bolliger (Basta), Laurin Hoppler (Grüne), Johannes Barth (FDP) und Catherine Alioth (LDP) als weitere Mitglieder des Ratsbüros. Zusätzlich stellt sich Eric Weber zur Wahl. Sie können maximal fünf Personen auf den Wahlzettel schreiben. Sie erhalten einen Wahlzettel mit nur Linien darauf.

Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt:

Total ausgeteilte Wahlzettel: 99

Total eingegangene Wahlzettel: 99

Gültige Wahlzettel: 99

Gültige Stimmen: 495

Absolutes Mehr: 50

Gewählt sind:

Sasha Mazzotti: 75

Laurin Hoppler: 71

Catherine Alioth: 61

Bülent Pekerman: 59

Stimmen haben erhalten:

Johannes Barth: 50

Oliver Bolliger: 50

Wir werden dies heute Nachmittag per Losentscheid auslosen. Ich entlasse Sie in die Mittagspause.

Schluss der 1. Sitzung

12:34 Uhr

Protokoll

der 2. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 5. Februar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Hanna Bay (SP), Thoms Widmer-Huber (Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros ... 3
5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung ... 3
6. Entgegennahme der neuen Geschäfte ... 5
7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder) ... 5
7.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Finanzkommission ... 6
8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder) ... 7
8.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission ... 8
9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder) ... 8
9.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission ... 9
10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder) ... 10
10.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten Gesundheits- und Sozialkommission ... 10
1. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder) ... 11
11.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission ... 12
12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder) ... 12
12.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission ... 13
13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder) ... 13
13.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission ... 14
14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder) ... 15
14.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission ... 16
15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder) ... 16
15.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission ... 17
16. Wahl der Petitionskommission (13 Mitglieder) ... 17
16.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Petitionskommission ... 18
17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder) ... 19
17.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Begnadigungskommission ... 19
18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder) ... 20
18.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Disziplinarkommission ... 21
19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (8 Mitglieder) ... 21
19.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission ... 22
20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder); (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029) ... 23
20.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen ... 23
21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029) ... 24
22. Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG) ... 25
22.1. Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen ... 55

22.2. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort 56
22.3. Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt..... 56
22.4. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen» 57

Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 5. Februar 2025, 15:00 Uhr

4. Wahl von fünf Mitgliedern des Ratsbüros

[05.02.25 15:00:13]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung. Vielleicht noch eine kleine Bemerkung: Heute Morgen wurde der Kaffee offeriert von der jüngsten Grossrätin und dem ältesten Grossratsmitglied. Herzlichen Dank. (*Applaus)*

Wir fahren weiter mit der Konstituierung des Ratsbüros. Zuerst beginnen wir mit dem Losverfahren betreffend Traktandum 4, Mitglieder des Ratsbüros. Im ersten Wahlgang gewählt wurden Sasha Mazzotti mit 75 Stimmen, Laurin Hoppler mit 71 Stimmen, Catherine Alioth mit 61 Stimmen, und Bülent Pekerman mit 59 Stimmen. Die letzten beiden haben Stimmengleichzahl. Das sind Johannes Barth mit 50 Stimmen und Oliver Bolliger auch mit 50 Stimmen. Gemäss § 32 unserer Geschäftsordnung wird vom Präsidenten dem Rate sichtbar das Los gezogen. Also ich bin Glücksfee nachher. Ich bitte nun die Statthalterin ans Rednerpult. Dort kann sie die beiden Zettel mit beiden Namen je vier Mal falten und in eine Urne legen. Sobald sie bereit ist, werde ich das Los ziehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gewählt ist Johannes Barth. Ich gratuliere ihm zur Wahl ins Ratsbüro.

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder des Ratsbüros

Catherine Alioth, LDP

Johannes Barth, FDP

Laurin Hoppler, Grüne/jgb

Sasha Mazzotti, SP

Bülent Pekerman, GLP

5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[05.02.25 15:02:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Neue Ratsmitglieder: Ich habe die Freude, acht neue Mitglieder in unserem Rat begrüssen zu dürfen und bitte die Angesprochenen, sich jeweils kurz von ihren Sitzen zu erheben.

Julia Baumgartner, SP

Daniel Gmür, SP

Maria Jona Schäfer, SP

Ismail Mahmoud, SP

Johannes Barth, FDP

Brigitta Gerber, BastA

Laetitia-Block, SVP

Remo Gallacchi die Mitte/EVP

Michael Graber, die Mitte/EVP.

(Applaus)

Ich wünsche den neuen Mitgliedern für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heissen sie herzlich willkommen.

Neue Abstimmungskarten: Sie haben ja bestimmt schon gemerkt, dass Sie diese verwenden müssen, daher überspringe ich diesen Punkt.

Rücktritt einer Gerichtspräsidentin am Zivilgericht: Elisabeth Braun hat den Rücktritt als Präsidentin am Zivilgericht auf den 31. Dezember 2025 erklärt. Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung einer Ersatzwahl.

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin am Zivilgericht: Katharina Zimmermann hat den Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Zivilgericht auf den 30. März 2025 erklärt. Sie wurde am 15. Januar 2025 vom Grossen Rat zur nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht gewählt. Ich danke der Zurücktretenden für ihre Arbeit am Zivilgericht. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen: Es sind 13 Interpellationen eingegangen, die Interpellationen 6 und 8 werden schriftlich beantwortet, alle anderen mündlich.

Das waren meine Mitteilungen. Somit kommen wir zur Tagesordnung.

Antrag auf die Terminierung der Interpellationen: Das Büro beantragt Ihnen, die Interpellation erst am zweiten Sitzungstag, also am 12. Februar um 15 Uhr zu behandeln. Dies wäre eine Abweichung zu den gesetzlichen Vorgaben in den Ausführungsbestimmungen und benötigt nun ein Zweidrittelsmehr. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Terminierung der Interpellationen am 12.02.25, NEIN heisst keine Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005790, 05.02.25 15:06:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Interpellationen am 12.02.2025 um 15:00 Uhr zu behandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben der Änderung der Traktandenliste mit 90 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung zugestimmt.

Antrag auf Terminierung: Das Büro beantragt Ihnen, die Traktanden 23 bis 25 auf nächsten Mittwoch um 9 Uhr anzusetzen. Ihrem Stillschweigen nach entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung dieser Geschäfte einverstanden sind.

Antrag auf dringliche Traktandierung: Die Fraktion BastA beantragt, den Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro als dringlich nach Traktandum 25 zu traktandieren. Die Fraktion BastA möchte begründen.

Tonja Zürcher (BastA): Wir haben es vorher gerade gemerkt, wenn sogar ein Losentscheid notwendig ist, um darüber zu entscheiden, wer ins Ratsbüro kommt, dann ist es wahrscheinlich wichtig, dass wir dieses Ratsbüro auf alle Fraktionen vergrössern. Damit wir das möglichst bald in die Wege leiten können, bitte ich Sie, diesen Anzug dringlich traktandieren, damit wir nächste Woche darüber entscheiden können und das Ratsbüro dann die Umsetzung weiterverfolgen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab. Für die dringliche Traktandierung ist ebenfalls ein Zweidrittelmehr nötig.

Die Abstimmung startet jetzt.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung (2/3 Mehr)

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005792, 05.02.25 15:07:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelsmehr wurde knapp verfehlt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend er genehmigt.

6. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[05.02.25 15:08:08]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:08:33]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 7 bis 21 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen als Sitze zu vergeben sind und nicht im Einzelfall ein Antrag auf geheime Wahl gestellt wird. Selbstverständlich werden die Abstimmung einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005796, 05.02.25 15:09:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich einstimmig mit 93 Stimmen für offene Wahlen ausgesprochen.

Sie haben die Liste für die Wahl in die Finanzkommission vorliegen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir zur offenen Wahl. Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Finanzkommission wählen will, stimmt Ja, wer die Wahl ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Finanzkommission willen will, stimmt JA, wer die Abstimmung ablehnt, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005798, 05.02.25 15:10:55]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Finanzkommission

Ivo Balmer, SP

Olivier Battaglia, LDP

Julia Baumgartner, SP

Jessica Brandenburger, SP

Tobias Christ, GLP

Anouk Feurer, Grüne/jgb

Balz Herter, Mitte/EVP

Philip Karger, LDP

Georg Mattmüller, SP

Michela Seggiani, SP

Daniel Seiler, FDP

Joël Thüring, SVP

Fleur Weibel, Grüne/jgb

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere allen Gewählten. Mit 93 Stimmen wurden Sie in Ihr Amt gewählt.

7.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Finanzkommission

[05.02.25 15:11:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl ins Präsidium der FKom wurde von der SVP Joël Thüring vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Joel Thüring als Präsident der Finanzkommission wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005800, 05.02.25 15:11:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Joël Thüring als Präsidenten der Finanzkommission

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Joël Thüring herzlich zur Wahl. Er ist mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung gewählt.

8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:12:04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission wurden von den Fraktionen die folgenden Personen vorgeschlagen, die Sie auf der Liste finden. Gibt es weitere Vorschläge? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission wählen will, stimmt JA, wer die Abwahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005802, 05.02.25 15:12:54]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission

Daniel Albietz, Mitte/EVP

Bucher Erich, FDP

Tim Cuénod, SP

Alexandra Dill, SP

Lukas Faesch, LDP

Claudio Miozzari, SP

Pascal Pfister, SP

Beat K. Schaller, SVP

Johannes Sieber, GLP

Andrea Strahm, Mitte/EVP

Daniela Stumpf Rutschmann, SVP

Oliver Thommen, Grüne/jgb

Tonja Zürcher, BastA

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere auch diesen Mitgliedern zu ihrer Wahl in die Geschäftsprüfungskommission.

8.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

[05.02.25 15:13:07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Tim Cuénod. Gibt es weitere Vorschläge? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Tim Cuénod als Präsident der Geschäftsprüfungskommission will, weil stimmt JA, während die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005804, 05.02.25 15:13:43]*

Der Grosse Rat wählt

Tim Cuénod als Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Tim Cuénod mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsident der GPK gewählt. Ich gratuliere.

9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:13:55]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden die Personen gemäss der separaten Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit kommen wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der JSSK wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005806, 05.02.25 15:14:38]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der JSSK

Claudia Baumgartner, GLP

Hanna Bay, SP

Alex Ebi, LDP

Patrick Fischer, SVP

Edibe Gölgeli, SP

Nicola Goepfert, BastA

Barbara Heer, SP

Adrian Iselin, LDP

David Jenny, FDP

Bruno Lötscher-Steiger, Mitte/EVP

Mahir Kabakci, SP

Felix Wehrli, SVP

Fleur Weibel, Grüne/jgb

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Mitglieder der JSSK einstimmig in ihr Amt gewählt.

9.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

[05.02.25 15:14:51]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Barbara Heer. fragen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Hiermit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Barbara Heer als Präsidentin der JSSK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005808, 05.02.25 15:15:22]*

Der Grosse Rat wählt

Barbara Heer als Präsidentin der JSSK zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Barbara Heer mit 91 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der JSSK gewählt. Ich gratuliere.

10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:15:37]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der GSK von den Fraktion vorgeschlagen wurden die Personen auf Ihrer vorliegenden Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen in die GSK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005810, 05.02.25 15:16:16]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der GSK

Oliver Bolliger, BastA

Tobias Christ, GLP

Melanie Eberhard, SP

Raoul I. Furlano, LDP

Anina Ineichen, Grüne/jgb

Lydia Isler-Christ, LDP

Christine Keller, SP

Christian C. Moesch, FDP

Melanie Nussbaumer, SP

Andrea Strahm, Mitte/EVP

Daniela Stumpf Rutschmann, SVP

Amina Trevisan, SP

Lea Wirz, Grüne/jgb

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch diese Grossratsmitglieder wurden mit 95 Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Gegenstimme in die GSK gewählt.

10.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten Gesundheits- und Sozialkommission

[05.02.25 15:16:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission wurde von der Fraktion BastA Oliver Bolliger vorgeschlagen und von der Fraktion FDP Christian Moesch. Wir werden die Wahl somit geheim

durchführen. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden ausschliesslich an Ihrem Platz abgegeben.

1. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:29:36]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis der geheimen Wahl bekannt. Total ausgeteilte Wahlzettel 97, total eingegangene Wahlzettel 97, ungültig einer, gültige Wahlzettel 46, absolutes Mehr 49. Gewählt ist Christian C. Moesch mit 61 Stimmen. Ich gratuliere Christian Moesch zur Wahl und wünsche ihm viel Befriedigung in seinem Amt.

Für die Wahl als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission liegt die Liste vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglied oder Bildungs- und Kulturkommission wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005812, 05.02.25 15:30:57]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der BKK

Catherine Alioth, LDP

Sandra Bothe-Wenk, GLP

Zaira Esposito, SP

Brigitte Gysin, Mitte/EVP

Laurin Hoppler, Grüne/jgb

David Jenny, FDP

Franz-Xaver Leonhardt, Mitte/EVP

Sasha Mazzotti, SP

Heidi Mück, BastA

Franziska Roth, SP

Jenny Schweizer, SVP

Michela Seggiani, SP

Joël Thüring, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere allen Gewählten Sie wurden einstimmig mit 94 Stimmen gewählt.

11.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission

[05.02.25 15:31:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der BKK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Franziska Roth. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Franziska Roth als Präsidentin der BKK wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005814, 05.02.25 15:31:42]*

Der Grosse Rat wählt

Franziska Roth als Präsidentin der BKK zu wählen

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Roth wurde einstimmig mit 92 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der BKK gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Befriedigung im Amt.

12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:31:58]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der UVEK liegt Ihnen eine Liste vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der UVEK wählen will, stimmt JA, wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005816, 05.02.25 15:32:42]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der UVEK

Johannes Barth, FDP

Béla Bartha, Grüne/jgb

Leoni Bolz, SP

Remo Gallacchi, Mitte/EVP

Brigitta Gerber, BastA

Michael Graber, Mitte/EVP

Raffaela Hanauer, Grüne/jgb

Brigitte Kühne, GLP

Lisa Mathys, SP

Pascal Messerli, SVP

Jean-Luc Perret, SP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDP

Stefan Wittlin, SP

Balz Herter, Grossratspräsident: Alle wurden mit 95 Stimmen bei keiner Gegenstimme in ihr Amt gewählt.

12.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

[05.02.25 15:32:57]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl zur Präsidentin der UVEK von der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde Raffaela Hanauer. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Raphaela Hanauer als Präsidentin der UVEK wählen will stimmt JA, wer sie nicht wählen will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005819, 05.02.25 15:33:24]*

Der Grosse Rat wählt

Raphaela Hanauer als Präsidentin der UVEK

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer wurde mit 89 Stimmen bei einer Enthaltung zur Präsidentin der UVEK gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Freude im Amt.

13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:33:40]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der BRK von den Fraktionen vorgeschlagen wurden die Personen auf der Ihnen vorliegenden Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagene Person als Mitglied oder BRK wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005821, 05.02.25 15:34:18]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der BRK

Ivo Balmer, SP

Salome Bessenich, SP

Fina Girard, Grüne/jgb

Daniel Gmür, SP

Christoph Hochuli, Mitte/EVP

Michael Hug, LDP

Pascal Messerli, SVP

Bülent Pekerman, GLP

Maria Schäfer, SP

Silvia Schweizer, FDP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDP

Jo Vergeat, Grüne/jgb

Tonja Zürcher, BastA

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Mitglieder mit 96 Stimmen gewählt.

13.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission

[05.02.25 15:34:30]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der BRK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Michael Hug.Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall, so schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Michael Hug als Präsidenten der BRK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005823, 05.02.25 15:34:59]*

Der Grosse Rat wählt

Michael Hug als Präsidenten der BRK

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug wurde mit 95 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsident der BRK gewählt. Ich gratuliere ihm und wünsche ihm viel Freude im Amt.

14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:35:12]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission wurden von den Fraktionen die Personen vorgeschlagen, auf Ihrer Liste sind. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Wirtschaft und Abgabekommission wählen möchte, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005825, 05.02.25 15:35:50]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der WAK

Nicole Amacher, SP

Lorenz Amiet, SVP

Beda Baumgartner, SP

Patrizia Bernasconi, BastA

Laetitia Block, SVP

Daniel Hettich, LDP

Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP

Ismail Mahmoud, SP

Pascal Pfister, SP

Niggi Daniel Rechsteiner, GLP

Jérôme Thiriet, Grüne/jgb

Luca Urgese, FDP

Annina von Falkenstein, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Mit 96 Stimmen wurden alle Mitglieder in die Kommission gewählt.

14.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission

[05.02.25 15:36:15]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der WAK von der Fraktion Mitte/EVP vorgeschlagen wurde Andrea Elisabeth Knellwolf. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten zur offenen Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Andrea Elisabeth Knellwolf als Präsidentin der WAK, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005828, 05.02.25 15:36:39]*

Der Grosse Rat wählt

Andrea Elisabeth Knellwolf als Präsidentin der WAK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Andrea Knellwolf wurde mit 93 Stimmen als Präsidentin der WAK gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Erfolg.

15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:36:51]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission wurden von den Fraktionen die Personen auf der Ihnen vorliegenden Liste vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der RegioKo gemäss Wahlvorschlag, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005830, 05.02.25 15:37:30]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der PetKo

Erich Bucher, FDP

Tim Cuénod, SP

Melanie Eberhard, SP

Alex Ebi, LDP

Zaira Esposito, SP

Harald Friedl, Grüne/jgb

Gianna Hablützel-Bürki, SVP

Mahir Kabakci, SP

Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP

Niggi Daniel Rechsteiner, GLP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDPOliver Thommen, Grüne/jgb

Felix Wehrli, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Sämtliche Mitglieder wurden mit 94 Stimmen bei einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt.

15.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission

[05.02.25 15:37:45]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Regiokommission von der Fraktion GLP vorgeschlagen wurde Niggi Rechsteiner. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall, wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Niggi Rechsteiner als Präsident der RegioKo, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005832, 05.02.25 15:38:12]*

Der Grosse Rat wählt

Niggi Rechsteiner als Präsident der RegioKo zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Niggi Rechsteiner einstimmig mit 93 Stimmen und einer Enthaltung als Präsident der Regiokommission gewählt. Ich wünsche viel Freude und Befriedigung im Amt.

16. Wahl der Petitionskommission (13 Mitglieder)

[05.02.25 15:38:24]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Petitionskommission wurden von den Fraktion die Person vorgeschlagen, die auf der Ihnen vorliegenden Liste stehen. Es wurde eine neue Liste verteilt in der Zwischenzeit. Werden weitere Vorschläge gemacht? Jenny Schweizer wurde durch die Beat K. Schaller ersetzt auf der Liste. Wir kommen somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der PetKo gemäss Wahlvorschlag, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005834, 05.02.25 15:39:23]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der PetKo

Nicole Amacher, SP

Beda Baumgartner, SP

Laetitia Block, SVP

Seyit Erdogan, SP

Adrian Iselin, LDP

Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP

Ismail Mahmoud, SP

Heidi Mück, BastA

Beat K. Schaller, SVP

Nicole Strahm-Lavanchy, LDP

Jérôme Thiriet, Grüne/jgb

Jo Vergeat, Grüne/jgb

Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch hier ein einstimmiges Resultat: Sie haben die vorgeschlagenen Mitglieder in die Petitionskommission gewählt mit 95 Stimmen bei einer Enthaltung.

16.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Petitionskommission

[05.02.25 15:39:37]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zur Wahl als Präsidentin der Petitionskommission von der Fraktion BastA vorgeschlagen wurde Heidi-Mück. Werden andere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir starten die offene Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Heidi Mück als Präsidentin der PetKo, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005836, 05.02.25 15:40:08]*

Der Grosse Rat wählt Heidi Mück als Präsidentin der PetKo zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Heidi-Mück wurde mit 88 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der Petitionskommission gewählt. Ich gratuliere und wünsche viel Freude.

17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)

[05.02.25 15:40:22]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Begnadigungskommission werden die Personen vorgeschlagen, die auf der Liste stehen. Werden weitere Personen vorgeschlagen? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der Mitglieder gemäss Wahlvorschlag, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005838, 05.02.25 15:40:57]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Begnadigungskommission

Sabdra Bothe-Wenk, GLP

Alexandra Dill, SP

Fina Girard, Grüne/jgb

Edibe Gölgeli, SP

Maria Schäfer, SP

Daniel Seiler, FDP

Roger Stalder, SVP

Annina von Falkenstein, LDP

Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Die vorgeschlagenen Mitglieder wurden mit 93 Stimmen gegen eine Stimme in die Kommission gewählt.

17.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Begnadigungskommission

[05.02.25 15:41:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Begnadigungskommission wurde von der Fraktion SP Edibe Gölgeli vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Edibe Gölgeli als Präsidentin der Begnadigungskommission, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005840, 05.02.25 15:41:40]*

Der Grosse Rat wählt

Edibe Gölgeli als Präsidentin der Begnadigungskommission

Balz Herter, Grossratspräsident: Edibe Gölgeli wurde mit 93 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsidentin der Begnadigungskommission gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche auch ihr viel Freude.

18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)

[05.02.25 15:41:55]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Disziplinarkommission wurde Ihnen ebenfalls eine Namensliste ausgeteilt, werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005842, 05.02.25 15:42:30]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Disziplinarkommission

Daniel Albietz, Mitte/EVP

Anouk Feurer, Grüne/jgb

Raoul I. Furlano, LDP

Nicola Goepfert, BastA

Gianna Hablützel-Bürki, SVP

Melanie Nussbaumer, SP

Franziska Roth, SP

Amina Trevisan, SP

Annina von Falkenstein, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben auch hier einstimmig entschieden mit 96 Stimmen, dass die vorgeschlagenen Personen in die Disziplinarkommission gewählt werden.

18.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Disziplinarkommission

[05.02.25 15:42:45]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der Disziplinarkommission wurde von der Fraktion Grüne/JGB Anuk Feurer.Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Anouk Feurer als Präsidentin der Disziplinarkommission, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005844, 05.02.25 15:43:15]*

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feuer als Präsidentin der Disziplinarkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Anouk Feurer einstimmig als Präsidentin der Disziplinarkommission gewählt mit 93 Stimmen, bei einer Enthaltung. Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Freude im Amt.

19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (8 Mitglieder)

[05.02.25 15:43:35]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission von den Fraktionen vorgeschlagen wurden die Personen auf der Ihnen vorliegenden Liste. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005847, 05.02.25 15:44:12]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission

Olivier Battaglia, LDP

Claudia Baumgartner, GLP

Patrizia Bernasconi, BastA

Harald Friedl, Grüne/jgb

Bruno Lötscher-Steiger, Mitte/EVP

Pascal Pfister, SP

Silvia Schweizer, FDP

Roger Stalder, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese Mitglieder wurden mit 95 Stimmen bei keiner Gegendstimme in die Wahlvorbereitungskommission gewählt.

19.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission

[05.02.25 15:44:25]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Wahlvorbereitungskommission wurde von der Fraktion LDP Olivier Battaglia vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Olivier Battaglia als Präsident der Wahlvorbereitungskommission, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005849, 05.02.25 15:44:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Olivier Battaglia als Präsident der Wahlvorbereitungskommission zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Olivier Battaglia wurde einstimmig mit 95 Stimmen bei einer Enthaltung als Präsident der Wahlvorbereitungskommission gewählt. Ich gratuliere ihm und wünsche viel Freude.

20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder); (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

[05.02.25 15:45:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen wurden die Personen auf der Liste vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005851, 05.02.25 15:45:49]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen

Nicolas Baudet, SP

Diana Blome, LDP

Lukas Gruntz, SP

Jürgen Johner, GLP

Martina Löw, SP

Nicolas Rüst, Mitte/EVP

Ed Schumacher, FDP

Remo Thalmann, Grüne

Heinrich Ueberwasser, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Mitglieder mit 94 Stimmen einstimmig in die Kommission für Denkmalsubventionen gewählt.

20.1. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen

[05.02.25 15:46:05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Kommission für Denkmalsubventionen wurde von der Fraktion SP Lukas Lukas Gruntz. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Lukas Gruntz , NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005853, 05.02.25 15:46:34]*

Der Grosse Rat wählt

Lukas Gruntz als Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Gruntz wurde einstimmig als Präsident gewählt mit 93 Stimmen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und Freude.

21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

[05.02.25 15:46:46]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglieder des Erziehungsrates wurden von den Fraktionen die Personen auf der vorliegenden Liste vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit schreiten wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl der vorgeschlagenen Personen, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005855, 05.02.25 15:47:35]*

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder des Erziehungsrates

Cornelia Birchmeier Resch, Grüne/jgb

Beatrice Haller, FDP

Soshya Kaufmann Crain, SP

Nicole Kuster, LDP

Marco Natoli, Mitte/EVP

Migmar Raith, SP

Christine Staehelin, GLP

Luzia Zuber, SVP

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Mitglieder des Erziehungsrates wurden wie vorgeschlagen gewählt mit 93 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Das Präsidium des Erziehungsrates liegt ex officio beim Vorsteher des Erziehungsdepartements Regierungsrat Mustafa Atici.

Damit sind die Wahlen in die Organe des Grossen Rates und die beiden ratsexternen Gremien abgeschlossen. Die Wahlen in die interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie in die trinationalen Gremien werden voraussichtlich auf die Sitzung vom 19. beziehungsweise 26. März traktandiert, da die nun gewählten Sach- und Oberaufsichtskommission sich zuerst konstituieren müssen und Wahlvorschläge für die interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie die trinationalen Gremien vorgelegt werden.

Ich gratuliere allen Gewählten und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt. *(Applaus)*

22. Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

[05.02.25 15:48:55, 24.0790.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Die Einführung der globalen Mindeststeuer von 15% für internationale Unternehmen stellt den Kanton Basel-Stadt vor grosse Herausforderungen. Ein wichtiger Standortvorteil, die bislang vergleichsweise tiefe Besteuerung, fällt damit weg. Um diesem Nachteil entgegenzuwirken, hat der Regierungsrat das Basler Standortpaket vorgeschlagen. Es enthält Massnahmen zur Innovationsförderung, steuerliche Anpassungen und gesellschaftliche und umweltpolitische Fördermassnahmen.

Kernstück des Pakets ist die Einrichtung eines Fonds sowie eine befristete Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer. Unternehmen mit einem Gewinn über 50 Millionen Franken sollen neu auf diesen Gewinnanteil 8,5 statt 6,5% Steuern zahlen. Die von der Regierung erwarteten Mehreinnahmen liegen zwischen 270 und 310 Millionen Franken pro Jahr, von denen bis zu 300 Millionen in den Fonds fliessen sollen.

In der Kommissionsberatung zeigte sich rasch, dass die Vorlage kontrovers diskutiert wird. Die Wirtschaftsverbände begrüssen die Innovationsförderung, verlangen aber, dass die Mittel ausschliesslich in diesem Bereich fliessen. Sie fordern zudem eine höhere Gewinnschwelle für den erhöhten Steuersatz sowie eine geografische Ausweitung der Fördermassnahmen auf die gesamte Nordwestschweiz. Die Gewerkschaften hingegen sehen das Standortpaket kritisch. Sie argumentieren, dass es in erster Linie grosse internationale Unternehmen begünstige und fordern eine stärkere Förderung gesellschaftlicher und Umwelt bezogener Massnahmen. Insbesondere setzen sie sich für eine gesetzlich verankerte Elternzeit ein.

Die Wirtschafts- und Abgabekonvention hat sich intensiv mit dem Standortpaket auseinandergesetz. Ziel wäre es, eine Lösung zu finden, die sowohl der Wirtschaft, als auch gesellschaftlichen und umweltpolitischen Anliegen gerecht wird. In der Steuerpolitik hat sich die Kommission mehrheitlich für die Einführung einer zweiten Tarifstufe bei der Gewinnsteuer ausgesprochen. Unternehmen mit einem Gewinn von über 50 Millionen Franken sollen auf diesen Anteil künftig 8,5% Steuern zahlen. Diese Massnahme schafft mehr Rechtssicherheit für Unternehmen und sichert gleichzeitig die Finanzierungsbasis für die Standortförderung. Zusätzlich wird die steuerliche Entlastung von maximal 5% des steuerbaren Gewinns begrenzt. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen nicht durch übermässige Steuerabzüge entlastet werden und einen fairen Beitrag leisten.

Im Bereich der Standortförderung hat die Kommission verschiedene Anpassungen beschlossen. Statt eines einzigen Fonds werden neu zwei separate Fonds geschaffen: Ein Innovationsfonds, in den 80% der Mittel fliessen sowie ein Fonds für Gesellschaft und Umwelt, der mit 20%der Mittel dotiert wird. Diese Trennung sorgt für Transparenz und stellt sicher, dass nicht sämtliche Mittel in die Innovationsförderung gehen, sondern auch gesellschaftliche und ökologische Anliegen berücksichtigt werden. Zudem wird die Obergrenze für die jährliche Äufnung der Fonds auf 500 Millionen Franken erhöht. Dies lässt genügend Spielraum, um auf höhere Steuereinnahmen flexibel reagieren zu können. Ein Teil der Mittel wird gezielt für Forschungskooperationen sowie für die Förderung von Elternzeit eingesetz. Damit stärkt der Kanton einerseits den Forschungsstandort Basel und unterstützt gleichzeitig familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, die im Fachkräftemarkt zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Nicht verwendete Mittel aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt bleiben dort für fünf Jahre bestehen. Sollte sich nach dieser Zeit zeigen, dass sie nicht vollständig ausgeschöpft werden, fliessen sie in den Innovationsfonds. So wird vermieden,

dass ungenutzte Gelder brachliegen, während gleichzeitig genügend Zeit eingeräumt wird, um neue Projekte im Bereich Gesellschaft und Umwelt zu entwickeln.

Die Kommission hat sich auch mit der Frage der Förderberechtigung gesetzt. Neu können auch beschränkt steuerpflichtige Unternehmen und mit einer qualifizierenden Anlage in Basel-Stadt Anträge stellen. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen, die in Basel Steuern zahlen, aber ihre Forschungsaktivitäten aus Platzgründen in der Region durchführen, nicht benachteiligt werden. Zudem wird die Innovationsförderung auf das gesamte Nordwestschweiz ausgeweitet. Viele innovationsstarke Unternehmen haben Standorte ausserhalb der Kantonsgrenze, sind aber dennoch eng mit dem Wirtschaftsstandort Basel verbunden. Diese Massnahme trägt dieser Realität Rechnung.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Förderung klinischer Studien. Sie sind essenziell für die biopharmazeutische Forschung und stärken den Lifescience-Standort Basel im internationalen Wettbewerb. Die Kommission hat deshalb beschlossen, klinische Studien explizit in die Innovationsförderung aufzunehmen. Auch das Thema Elternzeit war ein zentraler Punkt der Beratungen. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden freiwillig Elternzeit gewähren, sollen finanziell unterstützt werden. Diese Massnahme fördert eine moderne Arbeitskultur und macht Basel als Wirtschaftsstandort für Fachkräfte attraktiver. Die Kommission geht noch einen Schritt weiter und verankert den Anspruch auf Unterstützung für mindestens drei Wochen Elternzeit gesetzlich. Dies gibt den Unternehmen Planungssicherheit. Für alle weiteren Details und vor allem auch die Ergebnisse der Hearings verweise ich Sie auf den Kommissionsbericht.

Lassen Sie mich noch anfügen, dass es sich die Kommission hier alles andere als leicht gemacht hat und sich an zahlreichen Sitzungen intensiv mit der komplexen Materie im Detail vertraut hat machen müssen, um über Kompromisslösungen diskutieren zu können. Dazu wurde auch eine paritätisch zusammengesetzte Subkommission eingesetzt. Für den grossen Einsatz und dafür, dass wir uns am Schluss verständigen konnten, danke ich meinen WAK-Kolleginnen und -Kollegen sehr herzlich.

Insgesamt ist die Kommission überzeugt, mit diesen Anpassungen ein ausgewogenes Standortpaket geschaffen zu haben. Es stellt sicher, dass Basel-Stadt für Unternehmen attraktiv bleibt, berücksichtigt aber gleichzeitig gesellschaftliche und ökologische Anliegen. Die gezielte Förderung von Innovation, Forschungskooperation und familienfreundlichen Arbeitsmodellen schafft langfristige Mehrwerte, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft und die Nachhaltigkeitsziele des Kantons.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt daher, den vorliegenden Vorschlag so anzunehmen, wie ihn die WAK ausgearbeitet hat, und den entsprechenden Gesetzesänderungen zuzustimmen. Dann gab es noch ein paar Anzüge, die wir behandeln mussten. Die WAK empfiehlt Ihnen, den Antrag Pascal Pfister abzuschreiben und die anderen Anzüge. das ist gezielte Forschungsförderung sowie die Einführung einer Elternzeit, weiter zu behandeln.

Ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir beginnen die neue Legislatur mit dem ersten Sachgeschäft und es ist ein Sachgeschäft von grosser Wichtigkeit. Es entscheidet über unseren Wirtschafts- und Innovationsstandort in den kommenden Jahren. Basel ist eine Wirtschaftsstadt. Fina Girard hat es heute Morgen angetönt, die Entstehung beim Handel mitten in Europa am Rhein, der Handel als Grundlage für die Entwicklung im Wirtschaftsbereich, später mit der Posamenterei, dem Handel, der chemischen Industrie, die für die Farbstoffe zuständig war, die sich weiter gewandelt hat zu Life Sciences und heute zu dem Life Science Cluster Nummer 1 in Europa, wo Innovation täglich stattfindet und hoffentlich auch in Zukunft geschieht.

Es sind Basler Firmen, die hier entstanden sind, die sich hier entwickelt haben, die sich zu internationalen Grossfirmen entwickelt haben und wir können froh sein, dass diese hier sind. Die grossen Firmen sind verantwortlich für 27% aller Arbeitsplätze in unserem Kanton, sie erbringen 57% der Wertschöpfung, des Wohlstands in diesem Kanton. Das ist von entscheidender Bedeutung, auch für die KMU im Bereich der Lieferanten, im Bereich der Kaufkraft der Menschen, die hier arbeiten. Und diese grossen Firmen bezahlen mehr als 80%der Gewinn. und Kapitalsteuern in diesem Kanton und tragen deshalb sehr wesentlich bei zur Finanzierung unseres Kantons und unserer Stadt. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, dass wir hier eine gute Antwort finden, gemeinsam mit dem Vorschlag der WAK wie er vorliegt.

Ich möchte zum Standortwettbewerb kommen. Standortwettbewerb ist eine Realität. Der Steuerwettbewerb ist ein Teil davon und eine Reaktion, aber Standortwettbewerb gibt es deshalb, weil Firmen mobil sind. Sie können frei entscheiden, wo sie investieren, wo sie Leute einstellen, wo sie Produkte herstellen, wo sie Dienstleistungen erbringen. Solange diese Freiheit besteht und die Firmen frei entscheiden können, in welchem Land und in welcher Region sie das tun wollen, solange das besteht und diese Mobilität vorhanden ist, wird es Standortwettbewerb geben. Und deshalb stellt sich heute die Frage nicht,

ob wir Standortwettbewerb gut finden oder schlecht. Da gibt es unterschiedliche Positionen, sicher auch in diesem Saal, sondern die Frage, die sich stellt, ist, wie wir auf diesen Standortwettbewerb reagieren. Wie soll sich Basel in Zukunft diesem Standortwettbewerb stellen?

Standwettbewerb, das sind diverse Faktoren. Ein wesentlicher sind die Steuern und die Schweiz hat die Gewinnsteuern im letzten Jahr erhöht. Das führt dazu, dass sich die Standortequalität des Standorts Basel verschoben hat und verschlechtert hat. Standortwettbewerb findet auch sonst statt. Ein paar Beispiele: Deutschland wäre bereit, 9 Milliarden für eine Intel-Chip-Fabrik in Magdeburg zu finanzieren. 9 Milliarden Staatsgelder für eine Anlage. Auch wenn wir in die USA schauen, wird uns bewusst, dass der Standortwettbewerb eher an Dynamik und dann Aggressivität gewinnt und nicht abnimmt. Schon unter der Biden-Administration mit dem Inflation Reduction Act, klare Fördermittel und Investitionen in den privaten Sektor, und jetzt unter der Trump Administration noch verstärkt mit der Aussicht auf tiefere Steuern, auf Strafzöllen usw. Die USA macht auch nicht mit bei der OECD Steuerreform und sie wird diese auch nicht akzeptieren. Man sieht in diesem Bereich, ja der Standortwettbewerb, er ist da.

Und so stellt sich die Frage, wie wir eben auf diese Sache antworten: Was ist unsere Antwort um sicherzustellen, dass auch in Zukunft die Bedingungen so sind, dass wir unseren Standort erhalten können, so erfolgreich und innovativ, wie er zu Zeit ist. Der Regierungsrat hat dem Parlament ein Massnahmenpaket vorgelegt, das drei Elemente enthält: Förderung der Innovation, Förderung der Elternzweit und Förderung von Klimaschutzmassnahmen. Diese drei Bereiche sollen sicherstellen, dass die Standortattraktivität zumindest zu einem wesentlichen Teil erhalten bleibt. Gleich bleiben wird sie nicht, aber ein wesentlicher Beitrag kann mit diesem Paket gelegt werden. Und ja, es spielt schon eine Rolle, wenn sich die Standortvorteile um 500 Millionen pro Jahr verschieben. Das ist eine wesentliche Veränderung der Situation und es braucht eine klare Antwort von uns als Kanton auf diese Herausforderungen.

Die WAK hat sich sehr intensiv mit diesem komplexen Thema auseinandergesetzt und legt uns einen Kompromiss vor, der grossmehrheitlich getragen wird in der WAK und der Regierungsrat trägt diesen Kompromiss auch mit, auch mit seinen Änderungen gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag. Der Anteil für Gesellschaft und Umwelt wird darin deutlich erhöht im Vergleich zum regierungsrätlichen Vorschlag, nämlich von 30 Millionen auf bis zu 100 Millionen Franken jedes Jahr. Das ist eine grosse Summe, sie kann viel bewirken, insbesondere in der Elternzeit, wo wir im internationalen Vergleich eher schlecht dastehen, sie leistet einen Beitrag, dass wir dort besser werden und sie leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Menschen, die in diesen Firmen arbeiten.

Die andere wesentliche Änderung im WAK-Vorschlag ist die Erhöhung des Handlungsspielraums von 300 bis 500. Ob dieser dann ausgeschöpft wird oder nicht, ist schwierig zu sagen, das ist abhängig von der Notwendigkeit, ob das möglich und nötig ist. Es ist auch gut möglich, dass diese Summe nicht so hoch ist, sondern tiefer, aber es erhöht den Handelsspielraum und auch die Möglichkeiten des Regierungsrates, auf diese Veränderung zu reagieren. Die klinischen Studien sinf ein weiterer Bestandteil. Wir vermuten, dass der internationale Teil nicht möglich sein wird, unter internationalen Regelungen, dann wird das auch nicht international stattfinden, sondern nur auf die Schweiz bezogen.

Wie gesagt, der Regierungsrat unterstützt den Vorschlag der WAK und bittet Sie als Plenum, dies auch zu tun. Das Geschäft ist wichtig. Wir brauchen eine klare Antwort, wenn wir möchten, dass wir auch in Zukunft einen Standort haben, der die Bedingungen setzt, dass hier die Arbeitsplätze weiterhin angeboten werden und entstehen und auch für den Erhalt des Steuersubstrates.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es ist eine spezielle Situation, wir sind zu zweit hier. Wir haben ein Geschäft, zweigeteilt ist und der zweite Teil betrifft vor allem mein Departement, nämlich die Erhöhung der Unternehmenssteuer, was doch sehr speziell ist und anscheinend verdankenswerterweise von der WAK auch nicht bestritten.

Wir werden die zweite Tarifstufe bei den kantonalen Gewinnsteuern erhöhen, auf Gewinnanteile von über 50 Millionen. Wir werden das befristet machen. Wir schlagen Ihnen das befristet vor. Und der zweite Punkt ist die Reduktion der Entlastungsbegrenzung im Rahmen der Patentbox von 40 auf 5 % des steuerbaren Gewinns. Beide Massnahmen führen dazu, dass es eine erhöhte Gewinnsteuerbelastung gibt bei gleichzeitiger Reduktion der Ergänzungssteuer.

Warum machen wir das? Durch diese Erhöhung der kantonalen Steuern wird die Ergänzungssteuer tiefer. Die kantonale Steuer ist eine ordentliche Steuer und sie bietet mehr Rechtssicherheit. Sie ist international anerkannt, das wissen wir, das wird auch immer so bleiben. Bei der Ergänzungssteuer können wir zum Glück im Moment davon ausgehen – das haben die ersten Verhandlungen gezeigt-, dass sie im ersten Moment anerkannt ist, aber es ist immer in Diskussion mit der OECD. Daher erhöhen wir die Steuern, damit wir mehr Rechtssicherheit haben. Zudem können wir die Mehreinnahmen viel besser schätzen. Wir haben grosse Probleme mit der Schätzung und es vereinfacht es uns, wenn wir das bei den kantonalen Steuern machen. Zudem senkt es den Anteil, der an den Bund geht. Das ist so. Wir sind der Meinung, das Geld soll auch für

den Standort eingesetzt werden und der Bund profitiert immer noch am Anteil, er erhält immer noch Ergänzungssteuer. Er erhält zusätzlich direkten Bundessteuer. Er erhält auch die Mehrwertsteuer auf die Standortmassnahmen. Also da fliesst immer noch genug an den Bund.

Wir befristen es, weil die Sachlagen nach etwas unklar ist. Man hat das auch mit den Unternehmen diskutiert. KMU und Startups sind nicht betroffen, weil sie nicht in diesem Bereich des Gewinns kommen, aber für viele andere Unternehmen, auch solche, welche nicht von der OECD-Steuerreform betroffen sind. Daher haben wir das befristet auch auf zehn Jahre, um die Entwicklung anzuschauen und zu evaluieren, ob es das nachher noch braucht. Wir fanden das eine sinnvolle Idee. Umgekehrt ist es immer schwierig. Wenn man eine neue Steuer oder eine Steuererhöhung eingeführt hat, ist es immer schwierig, diese dann wieder wegzukriegen. Daher ist es ein Kompromiss, dass wir das befristet machen bei der zweiten Tarifstufe.

Ich bin froh, dass es von der WAK nicht bestritten Wird. Wenn es heute oder nächste Woche beschlossen wird, kann die Einführung erst auf 2026 stattfinden. Wir sind jetzt im ersten Jahr, wo wir diese Mehreinnahmen verbuchen. Es wird also für dieses Jahr noch keine Gültigkeit haben. Soweit meine kurzen Ausführungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück von der BastA.

Heidi Mück (BastA): Die Fraktion BastA lehnt das Standortpaket ab und möchte die Vorlage an den Regierungsrat zurückweisen, weil wir die vorgeschlagene Regelung, kurz gesagt, unsolidarisch finden und wir der Meinung sind, dass wir uns eine bessere Lösung leisten können. Da wir davon ausgehen müssen, dass unsere Haltung wohl keine Mehrheit finden wird, werden meine Fraktionskolleginnen und -kollegen verschiedene Anträge zur Verbesserung dieser Vorlage stellen. Wir unterstützen auch verschiedene Anträge von SP und den Grünen, sofern sie unsere eigenen Anträge nicht unterlaufen. Ich werde aber im Namen von BastA unsere grundsätzliche Ablehnung begründen.

Aus Sicht des Regierungsrats, der Wirtschaftsvertreter:innen und der professionellen Steueroptimierer ist die vorgeschlagene Lösung mit dem Fonds eine schlaue Lösung, das haben wir in der Kommissionsberatung deutlich zu hören und zu spüren bekommen und das können wir von BastA durchaus so anerkennen. Wir stellen aber das Ziel, das mit diesem Standortpaket verfolgt wird, grundsätzlich in Frage. Da kann die Fondslösung noch so schlau sein, es ist eine gigantische Umverteilungsübung in die falsche Richtung. Auch wenn es jetzt offenbar niemand mehr gerne hört, möchte ich doch nochmals an den Grundgedanken der OECD-Mindeststeuer erinnern. Es ging nämlich darum, mit einer Mindeststeuer dem immer hemmungslosen praktizierten Steuerwettbewerb unter den Ländern entgegenzuwirken und einigermassen faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Das Steuerdumping, das in den letzten Jahrzehnten betrieben wurde, hat auf nationaler und globaler Ebene schädliche, ja sogar destruktive Auswirkungen. Die reichen Länder oder Kantone werden immer reicher und die armen Länder oder Kantone werden immer ärmer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Demokratische Strukturen werden so geschwächt und die multinationalen und umsatzstarken Firmen werden immer mächtiger und erzielen grosse Profite auch auf Kosten der finanzschwachen Länder im globalen Süden. Es war eigentlich allen klar, dass dies nicht so weitergehen kann.

Deshalb wurde eine 15% Mindeststeuer auf Gewinne für Unternehmen mit Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro eingeführt, mindestens 750 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Das sind nicht irgendwelche armen geplagten KMU, das sind die grossen multinationalen Player, und es ist eine Mindeststeuer auf ihre Gewinne. Gerade in den letzten Tagen haben wir die aktuellen Geschäftszahlen dieser Firmen erfahren, mit ihren Wahnsinnsgewinnnen und ihren Wahnsinnslöhnen für die CEO.

Auch in der Schweiz wurde die Mindeststeuer mit einem hohen Ja-Stimmenanteil angenommen. Linke und Gewerkschaften waren damals dagegen aber nicht, weil sie gegen die Mindeststeuer waren, sondern weil sie die Verteilung der Zusatzeinnahmen zwischen Bund und Kantonen unsolidarisch und schädlich fanden. Inzwischen haben weit über 100 Ländern diese Mindeststeuer grundsätzlich übernommen, aber bei der konkreten Umsetzung hapert es, weil alle wieder für ihren eigenen Vorteil sorgen wollen, und aus dem Steuerwettbewerb wurde rasch ein Förderwettbewerb gemacht. Und da spielt Basel-Stadt voll mit.

Ja, darin sind wie gut, dafür zu sorgen, dass es uns möglichst gut geht oder besser gesagt, dass es den hier ansässigen multinationalen Firmen gut geht. Aber geht es uns wirklich gut, wenn wir uns in dieser enormen Abhängigkeit von ein paar wenigen grossen Firmen bewegen, wenn wir uns aufführen, als seien wir alleine auf der Welt und die Schwierigkeiten der Menschen im globalen Süden gingen uns nichts an? Wenn wir genauer anschauen, was hier vorgeschlagen wird, sehen wir, dass praktisch sämtliche Zusatzeinnahmen durch die Mindeststeuer über den Fonds im Bereich Innovation an die Unternehmen zurückverteilt werden, an die Unternehmen, die von der Mindeststeuer betroffen sind, also an die grossen Player. Und ja wirklich. ,es können aus dem Fonds sogar Personalaufwendungen dieser Unternehmen finanziert werden.
(…)

Und mit der Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer hintertreiben wir auch den Volksentscheid vom Sommer 2023, was wir ziemlich undemokratisch finden. Wenn ich jetzt als Linke die Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer kritisiere, die vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde, der sich bisher vehement gegen die Erhöhung der Gewinnsteuern wehrte und sie viel lieber senken wollte, dann komme ich mir vor wie im falschen Film. Aber wenn es darum geht, den grossen Firmen gute Bedingungen zu gewähren, ist der Regierungsrat offenbar sehr flexibel oder soll ich sagen innovativ. Das haben wir auch bei der Idee der Fonds festgestellt. Die Idee, einen Klimafonds zu schaffen, wurde ja noch im letzten Oktober als heikel bezeichnet und im letzten Juni appellierte die Finanzdirektorin im Grossen Rat, wir sollten keinen Parallelhaushalt schaffen. Ja und jetzt ist die Fondsidee genau das richtige, um das Geld an die Firmen zurückzuverteilen.

Zugegebenermassen gibt es ein paar Zückerchen für rotgrün. Zusatzeinnahmen über 500 Millionen Franken, und das wird in den ersten Jahren wahrscheinlich so sein, können in die allgemeine Staatskasse fliessen. Im Fördergebiet Gesellschaft und Umwelt, also 20% der Gelder, haben auch KMU die Möglichkeit, Fondsgelder zu beantragen. Und zur Finanzierung der Elternzeit können auch steuerbefreite juristische Personen Fondsgelder beantragen. Und dann gibt es aus dem Förderbereich Gesellschaft und Umwelt auch noch 15 Millionen Franken für Forschungskooperationen im Bereich Lifescience.

Ich nenne diese Teile des Standortpakets Zückerchen, aber das ist nicht despektierlich gemeint. Die WAK hat sich sehr um einen Kompromiss bemüht. Die Bedingungen waren sehr schwierig. Der Zeitdruck war sehr hoch. Diese Zückerchen sind nicht nichts und es ist durchaus nachvollziehbar, dass auch Teile der Linken bereit sind, auf diesen Deal einzusteigen und die bittere Pille zu schlucken. Aber diese Zückerchen ändern nichts daran, dass mit dem Standortpaket der grösste Teil der Zusatzeinnahmen aufgrund der Mindeststeuer im ohnehin schon finanzstarken Kanton Basel-Stadt bleiben wird und an die dort ansässigen umsatzstarken Firmen zurückverteilt wird. Und dies lehnen wir von BastA ab.

Für uns bedeutet die Standortförderung nicht einfach nur Rückverteilung der Steuereinnahmen an die grossen Player. Wir wünschen uns einen solidarischen Standort Basel, der seine Millionen auch für die Unterstützung von Programmen für die internationale Klimagerechtigkeit oder für soziale Gerechtigkeit im globalen Süden verwendet. Wir wünschen uns einen Standort, der die Lebensqualität aller Bewohnerinnen und Bewohner ins Zentrum stellt und nicht bei den kleinen Ausgaben knausert, also im sozialen Bereich, in der Quartierarbeit, in der Kultur, im Umweltbereich, im öffentlichen Verkehr. Wir wünschen uns einen Standort, der die Umverteilung fördert, aber in die andere Richtung.

Der finanzstarke und sich weltoffen gebende Kanton Basel-Stadt könnte sich solche Massnahmen durchaus leisten. Mit dem vorliegenden Standortförderungspaket zementieren wir die vorherrschenden Verhältnisse und verpassen eine Chance. Deshalb lehnen wir von BastA das vorliegende Paket ab und wollen es an den Regierungsrat zurückweisen. Bei den Anzügen folgen wir der WAK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Wir sind in einem Weltumfeld im Moment, und die Amerikaner machen bei dieser OECD-Steuerreform nicht mit. Wie stellen Sie sich vor, wie die grossen Firmen dann darauf reagieren würden? Eine lokale Sicht ist vielleicht der falsche Ansatz.

Heidi Mück (BastA): Ich kann einfach noch einmal betonen, dass es uns wichtig ist, dass Basel-Stadt merkt, dass wir nicht alleine auf der Welt sind und dass wir nicht immer nur schauen können, dass es uns selber gut geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Wir haben nicht schlecht gestaunt, als der Ratschlag der Regierung zur Umsetzung der OECD-Steuerreform der WAK vorgelegt wurde. Allein der Titel «Wahrung der Standortattraktivität - das Basler Standortpaket» hat klargemacht, in welche Richtung es gehen soll. Eine global angelegte Reform, die für mehr Steuergerechtigkeit sorgen soll, wird zum Steuergeschenk an Grosskonzerne, aus dem Tiefsteuerwettbewerb wird ein Förderwettbewerb.

Als Stadt im globalen Norden, die massgeblich von internationalen Konzernen profitiert, tragen wir Verantwortung für eine global gerechte Verteilung des ebenfalls global erwirtschafteten Kapitals. Wir sind deshalb enttäuscht, dass sich der Regierungsrat nicht getraut hat, solidarische Lösungen anzudenken. Aus diesem Grund werden wir auch den Rückweisungsantrag der BastA an den Regierungsrat unterstützen. Dennoch sind wir bereit, den von der WAK

ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag in seiner Komplexität und Vielschichtigkeit zu diskutieren und stellen zuwei Änderungsanträge, nach deren Annahme einzelne Mitglieder unserer Fraktion zu einer Zustimmung bereit wären.

Dazu drei Punkte: 1. Die Fondshöhe oder kurz das viele Geld, 2. Die regierungsrätlichen Zückerli und 3. Das Handelskammer Finish.

Beginnen wir mit Punkt 1, die Fondshöhe von 500 Millionen. Die Kommissionsberatung war in erster Linie ein Seilziehen um die Fondshöhe in astronomischer Grössenordnung, unter enormem Zeitdruck und auf der volatilen Grundlage von laufend neuen und ändernden Zahlen und Informationen. Und auch wenn Schätzungen über zukünftige Steuereinnahmen nie präzise sein können, sind wir dennoch besorgt, auf welcher Basis wir hier eigentlich eine so hohe Summe beschliessen. Als Parlament übergeben wir damit dem Regierungsrat die Kompetenz, allein über eine Summe zu bestimmen, die fast einem Zehntel des jährlichen Budgets entspricht. Ausserdem ist die Fondshöhe so angesetzt, dass nach aktuellen Schätzungen kaum Geld aus den zusätzlichen Steuereinnahmen in den regulären Haushalt fliesst. Stattdessen fliesst es auf direktem Weg zurück in die Wirtschaft. Wir unterstützen daher die Anträge zur Senkung der Maximalhöhe des Fonds. Eleganterweise umgeht der Regierungsrat mit der Erhöhung des Gewinnsteuersatzes die Ergänzungssteuer des Bundes und prellt damit den Bund und die Kantone um 20% der Steuereinnahmen. Damit umgehen wir als Kanton gleich auch noch die Volksabstimmung zur OECD-Besteuerung, welche in Basel notabene mit über 80% Ja-Stimmen gutgeheissen wurde. Dieses unsolidarische Verhalten Basels anderen Kantonen aber auch der eigenen Bevölkerung gegenüber sehen wir als Fraktion Grüne/jgb sehr kritisch.

Zu Punkt 2, den regierungsrätlichen Zückerchen. Heidi-Mück hat sie schon angesprochen. Als Fraktion Grüne/jgb sind wir sehr froh, konnten wir mit dem vorliegenden Gesetzesvorschlag bis zu 70 Millionen jährlich bereitstellen, um die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft voranzutreiben. Es ist ein zentrales Anliegen von uns Grünen, dass wir das hiesige Gewerbe unterstützen, denn nur gemeinsam erreichen wir unsere Klimaziele. Hier braucht es aber noch konkrete Massnahmen und innovative Wege, wie unser CO_2-Ausstoss lokal wie auch international konkret reduziert werden kann, und hier erwarten wir in der Ausarbeitung mehr. Auch die 15 Millionen Forschungskooperationen ermöglichen, zumindest im Kleinen, einen solidarischen Ausgleich.

Zum dritten Standbein des Fonds G und U, der Elternzeit: Als Fraktion Grüne/jgb sind wir der Überzeugung, dass die Einführung und Entrichtung einer Elternzeit eigentlich parlamentarischer Auftrag und nicht Teil einer Standortförderung ist, besonders damit der vorliegenden Lösung nicht alle Anstellungsverhältnisse von der Elternzeit profitieren können. Deshalb bitten wir sie, die Anzüge von Nicole Amacher sowie von Edibe Gölgeli und Sarah Wyss stehen zu lassen. Wir begrüssen also die Massnahmen im Fonds G und U, sind aber unglücklich darüber, dass diese mit der OECD-Besteuerung und der Standortförderung verstrickt wurden. Der Nachgeschmack dieser Zückerli ist daher auch etwas bitter.

Zu Punkt 3, das Handelskammer Finish. Die Handschrift der Anpassungen durch die WAK ist unverkennbar, so unverkennbar, dass Bajour in seinem Briefing gar vom Basler Standortpaket der Handelskammer schrieb. Diese Entwicklung der parlamentarischen Arbeit in einem Milizparlament bereitet uns Sorgen. Zum Inhaltlichen: Die Ausweitungen der Kriterien für den Innovationsfonds auf beschränkt Steuerpflichtige und auf klinische Studien lassen Partikularinteressen aus der Wirtschaft durchschimmern, die für uns scharf an der Grenze liegen. Wir werden deshalb auch den Änderungsantrag der SP unterstützen und die Streichung der klinischen Studien unterstützen.

Wenn wir ehrlich sind, dann widerspricht dieses Paket den Grundsätzen der grünen Steuerpolitik. Wir haben die Kommissionsberatung mit der Einstellung begonnen, den Ratschlag der Regierung aus linker Perspektive zu verbessern und wurden im Gegenteil zu Verteidigerinnen des ursprünglichen Ratschlags im Angesicht des Handelskammer Finish. Dennoch sind wir froh, konnten wir in dieser schwierigen, aber doch konstruktiven Kommissionsberatung immerhin 20% der Gelder für den Klimaschutz durch das lokale Gewerbe, für Forschungskooperationen im globalen Süden und die Vereinbarung von Familie und Beruf sichern. Die Fraktion Grüne/jgb wird daher grossmehrheitlich ablehnen. Werden unsere zwei Änderungsanträge angenommen, werden einzelne dem Gesetzesvorschlag zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Über 40’000 Arbeitsplätze, ein Viertel der Arbeitsplätze in unserem Kanton, 57% der gesamten kantonalen Wirtschaftsleistung, über 80% der Gewinnsteuereinnahmen – wir hatten im 2023 775 Millionen Franken Gewinnsteuereinnahmen, 80% macht 620 Millionen Franken. Darüber sprechen wir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute das Basler Standortpaket verhandeln.

Es ist gerade ziemlich ungemütlich da draussen in der Welt. Ganz generell mit Blick auf Kriege und Krisen. Eigentlich befreundete Länder werden massiv unter Druck gesetzt, um einen Politik- oder gar einen Regierungswechsel herbeizuführen. Aber auch spezifisch mit Blick auf die Wirtschaft. Es wird wieder im grossen Stil über Zölle gesprochen, beziehungsweise mit diesen gedroht. Mit Import-Beschränkungen und Verboten versuchen mächtige Länder sich Vorteile zu

verschaffen. Und wir haben eine OECD, die sich als oberste Steuerbehörde aufspielt, obwohl ihr dafür ein legitimes Mandat fehlt. Wenn man mitverfolgt, wie Richtlinien laufend angepasst werden, ist offensichtlich: Grosse mächtige Staaten wie die USA, Grossbritannien oder auch Indien bekommen Ausnahmen, damit sie zumindest auf dem Papier beim Projekt Mindeststeuer dabei bleiben. Dafür werden die Regeln bei kleinen Staaten umso strenger ausgelegt oder sogar zu ihren Ungunsten angepasst.

Wir können schon so tun, als habe das alles irgendetwas mit Steuergerechtigkeit zu tun. Heidi Mück, das hat es nicht, auch wenn es immer gerne behauptet wird. Es geht um knallharten Standortwettbewerb, bei dem die grossen Staaten sich in unfairer Art und Weise Vorteile verschaffen wollen, nicht, weil dann mehr Geld in den globalen Süden fliesst, sondern damit mehr Geld in die Staatskassen von Deutschland, Frankreich, den USA, Singapur, Indien, Hongkong und so weiter fliesst. Das hat nichts mit Solidarität zu tun, darum geht es. Es gilt das Recht des Stärkeren, und das erfordert die Intelligenz des Kleineren. Wir dürfen nicht naiv sein, sondern wir müssen die Spielräume, die wir haben, bestmöglich ausnutzen, um als Standort auch weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben.

Denn das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Geschichte ist reich an Beispielen von Ländern und Städten, die dachten, es gehe immer so weiter wie bisher. Sie würden für immer erfolgreich und wohlhabend bleiben, bis sie es irgendwann nicht mehr waren. Wir sind dazu gefordert, uns sehr gut zu überlegen, wie wir uns in diesem stürmischen Umfeld behaupten und so aufstellen können, dass wir unsere Arbeitsplätze, unsere Wirtschaftsleistung und unsere Steuereinnahmen erhalten können. Das ist auch nicht undemokratisch, denn der Hauptgrund für die Annahme der nationalen Ergänzungssteuer war, das Steuersubstrat in der Schweiz zu halten. Und das machen wir hier aus kantonaler Perspektive.

In diesem stürmischen Umfeld haben wir, erzwungen durch die OECD, die Gewinnsteuern für grosse international tätige Unternehmen erhöht, diseselbe OECD übrigens, die in einer Studie mal festgehalten hat, dass Gewinnsteuern zu den volkswirtschaftlich schädlichsten Steuern überhaupt gehören. Wir sind als Standort teurer und damit weniger attraktiv geworden. Ein Unternehmen, das bisher um die 11% Gewinnsteuer bezahlte, zahlt neu 15%. also fast einen Drittel mehr. Das ist substanziell, vor allem wenn man bedenkt, dass wir bei anderen Standortfaktoren, beispielsweise den Personalkosten, zu den teuersten Standorten gehören.

Das Basler Standortpaket ist unter diesen Umständen die richtige Antwort, um klar zu sein, wir verbessern damit den Standort gegenüber der Situation vor der Mindeststeuer nicht. Wir versuchen, die Verteuerung des Standortes durch die Mindeststeuer so gut wie möglich abzufedern. Am Vorschlag, den Sie heute auf dem Tisch haben, hat die Wirtschaft- und Abgabenkommission über ein halbes Jahr gearbeitet. Wir haben uns das Motto unseres heute gewählten Grossratspräsidenten zu Herzen genommen und Brücken gebaut. Das war alles andere als einfach, denn die Ufer waren ziemlich weit auseinander. Und wir müssen feststellen müssen ist, dass die Brückenpfeiler auf der einen Seite des Ufers stabiler sind als auf der anderen Seite. Es erinnert ein bisschen an die alte Rheinbrücke, die zur Hälfte aus Steinen und zur anderen Hälfte aus Holz gebaut war. Aber auch diese Brücke hielt über viele Jahre und so sind wir zuversichtlich, dass auch diese Brücke hier und heute halten wird.

Wir sind überzeugt, dass das Basler Standortpaket von der WAK in wichtigen Punkten verbessert wurde. Das Paket ist jetzt breiter aufgestellt. Es können mehr Unternehmen aus unserem Kanton Förderanträge stellen. Das ist das Gegenteil von Partikularinteressen. Das Paket lebt den regionalen Gedanken, indem wir Forschende in der Nordwestschweiz berücksichtigen. Das Paket schafft mit der zweiten Tarifstufe bei der kantonalen Gewinnsteuer mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen. Ich hätte nie gedacht, dass ich mich hier vorne mal für eine Steuererhöhung starkmachen würde.

Das Paket gibt dem Regierungsrat einen grösseren finanziellen Spielraum als ursprünglich vorgesehen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass die Unternehmen mit deutlich höheren Steuerzahlungen rechnen als der Regierungsrat, was sich in den Jahresrechnungen der Unternehmen zu bestätigen scheint. Und das Paket nimmt mit der Förderung von freiwilliger Elternzeit und der Reduktion von CO_2-Emissionen wichtige Anliegen von linker Seite auf. Wir wollten das natürlich nicht in das Paket mit aufnehmen, aber wir haben im Sinne einer Kompromisslösung hier einen grossen Teil der Brücke dazu gebaut.

Insgesamt sind wir überzeugt, dass wir einen fairen und ausgewogenen Kompromiss gefunden haben. Ich werde mich zu den verschiedenen Änderungsanträgen im einzelnen dann noch äussern. Bereits hier möchte ich aber meine Enttäuschung und auch mein Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass dieser fein austarierte Kompromiss von der SP mit ihren beiden Änderungsanträgen fundamental in Frage gestellt wird. Sie legt damit die Axt an den Holzteil der von uns konstruierten Brücke. Wir verlassen uns auf diejenigen, die diesen Teil der Brücke mitgebaut haben, damit diese Brücke stehenbleibt. Wie bitten Sie, dem in harten und intensiven Verhandlungen ausgearbeiteten Kompromiss der Wirtschafts- und Abgabekommission, den wir fair und ausgewogen finden, zu folgen und sämtliche Änderungsanträge abzulehnen. Ebenso beantragen wir, alle vier Anzügen abzuschreiben.

Wir tragen eine grosse Verantwortung für unseren Standort, damit wir noch möglichst lange als Standort mit vielen und gut bezahlten Arbeitsplätzen, mit einer überdurchschnittlich hohen Wirtschaftsleistung und mit hohen Steuereinnahmen prosperieren können. Danke, wenn Sie dem Sorge tragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Dieses Geschäft hat natürlich eine lange Vorgeschichte und die Frage ist, wo man anfängt. Aus unserer Sicht kann man zum Beispiel auch beim jahrelangen Steuersenkungswettbewerb anfangen. Die Unternehmenssteuern, Gewinnsteuern sind international über die letzten Jahrzehnte gesunken. Das ist natürlich eine bedauerliche Entwicklung, weil dafür den Haushalten, den Staaten, den Gemeinwesen Geld verloren geht oder Möglichkeiten entgangen sind. Deshalb besteht ein grundsätzlicher Unterschied darin, dass wir von der SP nicht finden, die OECD habe uns das aufoktroyiert. Wir finden die Erhöhung der Mindeststeuer gut, weil es den Wettbewerb gegen unten stoppt, und deshalb haben wir uns für die OECD-Mindeststeuer eingesetzt, die, wie erwähnt wurde, in der nationalen Abstimmung 2023 auch in Basel-Stadt mit 81 % angenommen wurde.

Jetzt ist es aber natürlich klar, dass der Standort vor Herausforderungen steht. Wir haben vorher von Regierungsrat Kaspar Sutter gehört, dass die Steuern ein Teil der Standortattraktivität sind, dass es aber auch noch viele andere Standortfaktoren gibt, für die wir auch schon vor diesem Paket viel gemacht haben – Stichwort die Universität, die Forschung, der Arbeitsmarkt oder auch die politische Stabilität in unserem Land. Aber nichtsdestotrotz ist es klar, dass Standortmassnahmen, wenn es so eine grosse Änderung gibt bei den Steuern auf das Tapet kommen, das war auch ziemlich klar nach der Abstimmung. Und dabei ist wichtig, dass der Wohlstand hier in Basel auch zusammanehängt mit der internationalen Position, die Basel hat. Vieles dieser Wertschöpfung findet nicht direkt bei uns im Kanton statt, sondern in einem internationale Netzwerk, und deshalb sind wir von der SP, wie auch schon Vorrednerinnen das gesagt haben, klar der Meinung, dass wir auch eine internationale Verantwortung haben. Aber wir haben auch eine Verantwortung unserer Region gegenüber. Und das gibt die Grundhaltung der SP gut wieder. Es ist ein Spagat zwischen Standortpolitik und internationaler und auch eidgenössischer Solidarität. Deshalb haben wir auch im Hinblick auf diesen auf dieses Paket oder auf dieses zu erwartende Paket Vorstösse hier im Grossen Rat eingebracht, die der Grosse Rat überwiesen hat und die eben gerade auf diese globale globale Solidarität abzielen.

Das Thema der Vorlage des Regierungsrats war sicher im Fokus eines Ausgleichs für den Standortnachteil. Er hat hier einen industriepolitischen Weg gewählt. Auch die SP Basel-Stadt sagt, wir wollen ein Forschungsstandard sein, Basel soll ein Ort der Innovation sein für die Zukunft unseres Kantons, aber auch der Schweiz und von Europa. Deshalb können wir im Grundsatz die verstärkte Industriepolitik durch Ausbau der Förderung der Innovation mittragen. Im Gegensatz sind wir aber nicht der Meinung, dass das ganze Geld sozusagen wieder zurückverteilt werden soll, weil das ist einerseits nicht OECD-konform und es entspricht nicht dem, was wir uns vorstellen.

Wir sind froh, dass es an Bedingungen geknüpft wird. Geld bekommt nur, wer innovativ ist. Und dann haben wir erreicht, dass 20% in den Fonds Gesellschaft und Umwelt eingesetzt wird, und das ist eine Steigerung gegenüber der Regierungsratsvorlage, die maximal einen Betrag von 30 Millionen vorgesehen hat, in der WAK-Version ist es ein Beitrag von bis zu 100 Millionen. Und dort werden Themen aufgenommen, die auch Bürgerliche eigentlich mittragen könnten und weshalb wir nicht ganz verstanden haben, dass es dort überhaupt eine Opposition gegeben hat. Das Beispiel Elternzeit ist eigentlich eine Win-Win-Situation. Sie haben nämlich auch einen Standortvorteil, das wurde auch in Befragungen von Unternehmen klar zum Ausdruck gebracht, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade in einem internationalen Umfeld, in Zeiten des Fachkräftemangels durchaus auch auf dieser Ebene anzusehen ist.

Dann ist sehr wichtig, dass ein grosser Anteil in die Dekarbonisierung, in den Klimaschutz geht, und das auch auf einer internationalen Ebene. Und die globalen Forschungskooperationen wurden genannt. Also alle diese Errungenschaften dieses Pakets können wir als Linke auf der Habenseite verbuchen. Nicht auf der Habenseite hingegen ist die Anhebung des kantonalen Gewinnsteuersatzes. Das ist etwas, was für uns ein grosses Entgegenkommen war. Es wurde genannt, es wurde in der Kommission nicht mehr bestritten, aber es war ein sehr grosses Entgegenkommen der linken Seite, dass man das gemacht hat. Was sicher geholfen hat ist, dass die geographische Ausweitung des Förderungsanspruch, also die interkantonale Solidarität mit unseren unmittelbaren Nachbarn, berücksichtigt wird. Und was auch nicht auf unserer Habenseite ist und was für meine Fraktion, wie Sie den Anträgen entnehmen können, nicht so einfach zu verdauen war, ist die Erhöhung des Beitrages von ursprünglich 300 Millionen auf 500 Millionen.

Sie haben es gesehen, die SP-Fraktion stellt Anträge. Wir werden dann in der Detailberatung darüber diskutieren. Zum Ende des Fraktionsvotums möchte ich noch eine persönliche Erklärung abgeben als Mitglied der WAK. Wie das auch in der Vergangenheit bei Kompromissen der WAK war, werde ich mich dem Stimmverhalten in der Kommission hier im Plenum anschliessen und stehe weiterhin zu diesem ausgehandelten Kompromiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Das Basler Standortpaket zielt darauf ab, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes weiter zu stärken und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Dabei sollen sowohl grosse Unternehmen als auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Der Zugang zu Fördermitteln steht somit auch diesen offen.

Im Rahmen des Pakets werden verschiedene Massnahmen ergriffen, um Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Es ist eine unglaublich komplexe Thematik, was eine Debatte ja zusätzlich erschwert. Da viele Fakten bereits genannt wurden in den vergangenen Voten beschränke mich auf die für unsere Fraktion wichtigsten Punkte.

Weshalb muss das Standortpaket unterstützt werden? Im Juni 2023 fiel der Volksentscheid zur Einführung der Ergänzungssteuer zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer. Man beginnt mit der Umsetzung. Ganz nebenbei behaupten Kritiker, dass die Schweiz vorschnell umsetzt, da andere Staaten den Forderungen nicht folgen würden. Aber das ist jetzt nicht unser Thema.

Faktisch resultiert eine Steuererhöhung für die Unternehmen, was wiederum den Standort Basel unattraktiv macht. Mit der Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer mit einer zweiten Tarifstufe möchte der Regierungsrat die Rechtssicherheit erhöhen, falls die OECD die Ergänzungssteuer als nicht konform deklarieren würde. Dies erscheint mir vorausschauend und sinnvoll. Die Unternehmen, welche von der OECD Mindestbesteuerung betroffen sind, und es sind nicht wirklich viele, steuern aber substanziell an den Wohlstand bei. Dies beweisen die folgenden Eckwerte: Ein Viertel der Arbeitsplätze in Basel-Stadt stammen von diesen Firmen, 80% der Gewinnsteuereinnahmen fliessen von diesen Firmen und das ist nicht wenig. 57% der gesamten kantonalen Wirtschaftsleistung stammt von diesen Unternehmen.

Zur Attraktivitätssteigerung werden die Firmen durch die Fonds Innovation und Gesellschaft und Umwelt unterstützt. Das ist ein Impact für die Wirtschaft, das Klima, aber auch für die Arbeitnehmenden. Mit einer Fondshöhe von 150 bis 500 Millionen Schweizer Franken soll im weitesten Sinne Standortförderung betrieben werden, da die Unternehmen Beiträge an Aufwendungen beziehungsweise Projekte in den genannten Bereichen beantragen können. Das ist doch attraktiv. Da die Unternehmen hohe Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung aufweisen, macht es auch Sinn, wenn der Innovationsfonds am höchsten alimentiert ist. Mit 20% für den Bereich Gesellschaft und Umwelt lassen sich zahlreiche Beiträge ausrichten, so zum Beispiel auch zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Explizit soll ja die Elternzeit unterstützt werden. Hier sprechen wir auch von einem Volumen von 30 bis 150 Millionen Franken pro Jahr und das ist auch nicht. Nach fünf Jahren fliessen die nicht verwendeten Mittel, so ist es vorgesehen, von Umwelt und Gesellschaft in den Innovationsfonds, damit nicht Fonds unnötig an- oder Fondskapital angehäuft wird.

Eine Einschränkung der Mittel aus den Steuermehreinnahmen, das heisst wenn wir durch höhere Steuer und den Standort unattraktiv machen und nichts dagegen tun, wie beispielsweise eben die Umsetzung des Standortpakets, so würde dies mit den künftigen umfangreichen Massnahmen der Standortförderung des Kantons Basel-Stadt, welche jetzt auch schon gemacht werden, irgendwie im Widerspruch stehen. Aufgrund dieser Fördermassnahmen siedeln sich ja heute auch schon Firmen an und das sollten wir ja nicht irgendwie kannibalisieren.

Lange und intensive Verhandlungen über die Höhe der Fondsobergrenze aber auch über den Umfang der Unterstützung und die Berechtigung zum Bezug von Mitteln aus den Fonds haben stattgefunden. Beispielsweise wurde die Frage aufgeworfen, ob ausschliesslich in Basel ansässige Unternehmen davon profitieren dürfen. Hierbei scheint es mir etwas kleinräumig überlegt, wenn wir uns im Vergleich mit globalen Unternehmen tatsächlich auf 36 km2 beschränken wollen. Da ist es nachvollziehbar, dass man den Radius ausweitet, denken wir doch in anderen Bereichen auch regional, grenzüberschreitend und trinational.

Auch der Mechanismus, der nach fünf Jahren erlaubt, nicht genutzte Mittel aus dem Fondes Gesellschaft und Umwelt in Fonds Innovation zu transferieren, macht Sinn, da wir kein Geld in Fonds parkieren möchten. Die Begehrlichkeiten steigen. Es ist klar, dass bei zunehmenden Einnahmen auch die Begehrlichkeiten steigen und da und dort noch ein Bedarf ausgemacht werden kann. Es ist auch edel, und das meine ich ernst, dass einzelne Personen oder Fraktionen mehr Mittel in den Klimaschutz fliessen lassen wollen oder benachteiligten Weltregionen mehr Unterstützung zukommen lassen möchten. Für diese beiden Anliegen beispielsweise wurden bereits andere Mittel alimentiert oder andere Mittel fliessen in Massnahmen, beispielsweise für die Erreichung der Klimaziele, aber auch beispielsweise mit der 1 Prozent-Initiative, mit welchem mehr Mittel für die internationale Zusammenarbeit zur Verfügung stehen sollen.

Es ist aus meiner Sicht nachhaltig, wenn ein Kanton wie Basel-Stadt darum besorgt ist, dass die Erträge nicht plötzlich dezimiert werden, weil der Standort nicht mehr attraktiv ist und Firmen abwandern, sonder wir handeln nachhaltig, wenn wir das zu verhindern versuchen, beispielsweise mit einem Standortpaket wie dasjenige, das zur Verhandlung steht.

Auf die einzelnen Änderungsanträge gehen wir nicht im Detail ein, da damit das Gesamtpaket und die Umsetzung der Massnahmen gefährdet würden. Die Anzüge Pfister, Baumgartner, Gölgeli/Wyss und Amacher möchte die Fraktion der GLP analog dem Antrag des Regierungsrates als erledigt abschreiben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe im Namen der grünliberalen Fraktion, dass Sie unsere Empfehlung für das Standortpaket und somit dem Kompromiss der Kommission folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich spreche wohl uns allen aus dem Herzen und nenne gleich einen Punkt der Einigkeit. Niemand von uns will einen Standortnachteil durch die internationale OECD-Mindestbesteuerung erfahren. Tatsache ist, dass diese aus nachvollziehbaren Gründen angenommen wurde und wir nun das Beste für den durch uns vertretenen Kanton und dessen Wohl herausholen müssen.

Der vorliegende WAK-Bericht ist durch monatelange Hearings, Debatten, Ideen, verworfene Ideen, neue Ideen, Seilziehen im Meter-, Zentimeter- und zuletzt im Millimeterbereich entstanden. Aber wir haben mit dem Bericht einen Kompromissvorschlag, der von der Mehrheit der WAK gutgeheissen wurde, erreicht und jetzt stehen wir mit dem Kompromiss im Plenum und Teile der SP versuchen, durch ihre Anträge von zentralen Einigungspunkten des Kompromisses wegzukommen. Das ist ein fragwürdiges Vorgehen. Noch fragwürdiger ist, dass heute Anträge der Grünen diskutiert werden, die während einem halben Jahr Kommissionsarbeit und gemäss unserem Bericht nicht auf den gemeinsamen Verhandlungstisch gebracht wurden. Bei einem standortpolitisch derart wichtigen Geschäft ist das eher unseriös und für die liberaldemokratische Fraktion nicht nachvollziehbar. Zeit und Diskussionslust wären genügend dagewesen, Auseinandersetzung mit dem Geschäft seitens der Antragstellenden offenbar leider nicht ausreichend und nicht rechtzeitig.

Im Zentrum des Pakets steht nun für uns, dass besonders die Unternehmen, die von der OECD bedingt erhöhten Steuer und der Basler Ergänzungssteuer betroffen sind, angemessen von den Standortfördermassnahmen Gebrauch machen können. Denn die Steuereinnahmen, die diese Firmen für unseren Kanton generieren, sind für die Attraktivität von Basel-Stadt massgeblich und ermöglichen uns in diesem Saal immer wieder äusserst grosszügiges Handeln. Das soll so bleiben und diesem Zustand müssen wir gemeinsam Sorge tragen. Entsprechend wichtig ist es, dass die in diesem Paket definierten Fördermethoden für diese Unternehmen interessant sind und natürlich, dass der Förderfonds Förderbeiträge in relevanter und signifikanter Höhe zulässt, damit die Massnahmen auch effektiv zur Standortattraktivität für die am stärksten betroffenen Unternehmen beitragen. Sie sollen in ihrer Wirkung der Verschlechterung der Steuersätze einigermassen entgegenhalten können und eben nicht nur ein formales symbolpolitisches Zückerchen sein.

Wir anerkennen, dass die Integration ökologischer und sozialpolitischer Aspekte ins Förderpaket für einen Kompromiss unabdingbar ist und für die Linke eine Fortsetzung ihrer politischen Kernanliegen darstellen. Aus Sicht der LDP hätten wir es bevorzugt, diese Themenfelder nicht via das Standortpaket zu lösen und sie in diesem Geschäft aussen vorzulassen. Da von Beginn des Geschäfts an für uns jedoch klar war, dass wir einen mehrheitsfähigen Kompromiss erreichen möchten, waren wir zu diesen Konzessionen unter Berücksichtigung einiger unserer wichtigsten Anliegen bereit.

Zusätzlich zu unserem gesunden Finanzhaushalt, den wir in Basel-Stadt haben, beschert uns nun die OECD-Steueränderung eine pralle Schatzkiste. Diese wird durch Steuergeld der hiesigen Grossunternehmen gefüllt. Da es uns zum Glück bereits heute gut geht, können wir es uns erlauben, die neuen Mittel wirklich grossmehrheitlich zur Förderung der Standortattraktivität für insbesondere eben diese Grossunternehmen, die die Schatzkiste füllen, zu nutzen. Weitere Themenbereiche kommen bereits jetzt in unserem Kanton nicht zu kurz und haben dennoch auch einen Weg in den vorliegenden Kompromiss gefunden, jedoch mit einer guten Balance und bei einer sinnvollen Fondsobergrenze.

Überlegen Sie sich also bitte gut, ob Sie aus einem Kompromiss zugunsten der wirtschaftlichen Standortattraktivität nun wirklich ein in Anbetracht der Änderungsanträge eher ideell geprägtes Bastelwerk machen möchten. Insbesondere die linke Politikagenda ist auf weiterhin hohe Steuereinnahmen angewiesen und leider kommt Hochmut bekanntlich vor dem Fall. Leider schimmert hier drin immer wieder eine leichte Tendenz zu Hochmut durch. Wir versuchen auch durch dieses Geschäft den mit Hochmut verbundenen Fall weiterhin zu vermeiden, und das gelingt uns allen nur gemeinsam, gemeinsam im Sinne unseres Kantons als attraktiven Standort.

Bitte halten Sie am Kompromiss des WAK-Berichts fest und sprechen Sie sich für ein gut geschnürtes Paket mit Inhalten aus Wirtschaftsfreundlichkeit, Innovationsförderung, Sozialem und Ökologischem aus. Wir bitten Sie deshalb, die vorliegenden Änderungsanträge von SP, Grünen und BastA abzulehnen. Des weiteren bitten wir Sie, im Anschluss alle Anzüge abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz für die Mitte/EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vieles wurde schon gesagt, ich werde das Wenigste davon wiederholen und kann es vorwegnehmen, die Fraktion Mitte/EVP wird den Kommissionsanträgen zum Geschäft zustimmen, die vier behandelten Anzüge abschreiben und alle Änderungsanträge ablehnen.

Die Kommission präsentiert ein ausgewogenes und innerhalb der Kommission offenbar breit abgestütztes Standortpaket, das sowohl die Wettbewerbsfähigkeit Basels für Unternehmen sichert als auch gesellschaftliche und ökologische Anliegen berücksichtigt, dies mit klar definierten Förderbereichen, einer besseren Verteilung der Mittel, und mit der rechtlichen Verankerung der Elternzeitförderung entsteht ein Modell, das sowohl den Wirtschaftsstandort als auch soziale Entwicklungen stärkt.

Es ist sehr erfreulich, dass der Kommission in dieser für unseren Kanton wichtigen Angelegenheit ein mehrheitsfähiger Kompromiss gelungen ist, zumindest für den Moment. Dafür bedanke ich mich im Namen der Fraktion Mitte/EVP und bitte Sie, den Vorschlägen der WAK zuzustimmen.

Die von linker Seite auf dem Tisch liegenden Änderungsanträge werden wir wie erwähnt nicht unterstützen und eben die Anzüge abschreiben.

Gestatten Sie mir abschliessend eine Bemerkung zu den erwähnten Änderungsanträgen, die von meiner Fraktion als Zwängerei empfunden werden, aber offenbar den aktuellen Stil der Ratslinken abbilden, der schon heute Morgen auf unschöne Weise sichtbar wurde. Wenn immer möglich wird Powerplay gespielt, wenn nötig mit 51% Mehrheit und der politischen Gegner wahlweise niedergerungen oder gedemütigt. Ähnliches sehen wir bei diesem Geschäft. Früher war es Usanz, die in teils monatelanger Kommissionsarbeit erzielten Kompromisse zu akzeptieren, weil sie auch die differenzierte Zusammensetzung des Parlaments und der Kommissionen abbilden. Diese Gepflogenheit, die als Konkordanz bezeichnet wird und einst eigentlich eine Stärke unseres politischen Systems war, dieser Einbezug sämtlicher relevanten politischen Kräfte in den Entscheidungsprozess wird immer weniger beachtet, insbesondere wenn Anträge, die in der Kommission keine Mehrheit fanden, dann im Plenum wieder gestellt werden. Damit wird der Kompromiss in Frage gestellt. Ich bitte Sie, vor allem auch die Ratslinke, sich wieder auf die Stärken einer konkordanten Demokratie zu besinnen, bei der alle massgeblichen Kräfte an Geschäften mitwirken und nicht mit knappen Mehrheiten überstimmt und nach Möglichkeit niedergerungen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Pascal Pfister wird entgegengenommen.

Pascal Pfister (SP): Ich frage Sie als Mitglied der Mehrheit des WAK-Berichts. Ist Ihnen aufgefallen, dass bereits in der Kommission drei Leute dem Kompromiss nicht zugestimmt haben und es deshalb durchaus legitim ist, auch im Plenum wieder Anträge zu stellen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ja, das ist mir aufgefallen und auch hier könnte man Grösse beweisen, einem solchen Kompromiss zu folgen. Dass Sie selber der Kommission folgen, habe ich mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Steuerpolitik in einem internationalen Umfeld ist Machtpolitik. Nirgends zeigt sich das so deutlich wie bei der OECD-Mindeststeuer. Es geht nicht im geringsten darum, Steuergerechtigkeit zu schaffen, geschätzte Heidi-Mück, es geht darum, andere auszutricksen, insbesondere dass die grossen Staaten die kleinen Staaten austricksen können – wir haben es von Luca Urgese gehört -, ja es geht geradezu darum, dass man im Standortwettbewerb andere Staaten übertölpelt.

Nun Machtpolitik liegt uns in der Schweiz nicht. Da besteht die Gefahr, dass man sich übertölpeln lässt. Gott sei Dank liess sich der Regierungsrat nicht übertölpeln und hat ein gutes Paket vorgelegt. Gott sei Dank liessen wir uns auch in der WAK nicht übertölpeln und haben das Paket weiterentwickelt. Im Antrag, wie er nun zur Debatte steht, nutzen wir den Handlungsspielraum, den uns die OECD gibt, genau so aus, wie andere Kantone auch, insbesondere wie viele andere Staaten auch, wie auch die USA, bevor sie sich ganz vom Paket verabschiedeten, sie haben es vorhin gehört, die Regierung Trump ist ausgestiegen.

Ich wiederhole den eindringlichen Appell von Regierungsrat Kaspar Sutter nicht, ich fasse ihn plump zusammen: Meine Damen und Herren, es geht heute um die Wurst. Wenn wir heute das Standortpaket nicht annehmen, dann sägen wir den dicken Ast ab, auf dem wir in diesem Kanton sitzen. Standortwettbewerb bedeutet nicht, dass der eine oder andere Weltkonzern morgen Basel verlassen wird. Davor habe ich keine Angst. Standortwettbewerb bedeutet, dass Grosskonzerne Abteilungen, Forschungsteams oder Unternehmensteile sehr schnell in andere Länder verschieben können, und damit deren Gewinn, und damit der einen Steuersubstrat, und damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesen Abteilungen arbeiten und deren Einkommens- und Vermögenssubstrat, Steuersubstrat, welches uns Geld beschert, welches uns im

Kanton und notabene auch beim Bund danach fehlt. Wer das Gefühl hat, mit einer Ablehnung des Standortpaketes den Firmen eins auswischen zu können oder zumindest mehr von ihrem Gewinn abzuschöpfen, handelt grobfahrlässig. Wirtschaft ist mobil und flexibel, ein Staatswesen kann es per Definition inhärent nicht sein.

Deshalb meine Damen und Herren, stellen wir heute die Weichen für die kommenden Jahre bis Jahrzehnte. Fortsetzung des relativ wirtschaftsfreundlichen, uns ein reichhaltiges Kulturangebot finanzierendes, teures gar das teuerste Bildungswesen der Schweiz finanzierendes, Kitas finanzierendes, tolle Museen finanzierendes, trotzdem saftige Gewinne bescherendes Wirtschaftssystem dank der Standortpolitik der letzten Jahrzehnte, oder die Verabschiedung von dieser Politik und damit auch die Verabschiedung fetter Steuererträge.

Es ist Ihnen klar, dass die SVP für ersteres ist. Trotz einiger für uns zu weitgehender Konzessionen und trägt die SVP den WAK-Kompromiss integral mit und lehnt somit alle Abänderungsanträge ab. Bis zu 100 Millionen pro Jahr zusätzlich für Gesellschaft und Umwelt, von den Grosskonzernen finanziert, das ist die Umverteilung, liebe BastA Nicht, dass man unnötig abgeschöpfte zusätzliche Unternehmenssteuererträge wieder dorthin einspeist, wo das Geld herkommt. Diese Umverteilung, wie ich sie geschildert habe, ist Teil des Kompromisses, weshalb wir auch diese Kröte schlucken.

Wir zählen heute darauf, dass der Pragmatismus der deutlichen WAK-Mehrheit und des Regierungsrates über vermutlich gutgemeinten Idealismus obsiegt und wir insbesondere auch in diesem Haus weiterhin grosszügig Steuergelder für mehr oder weniger Nötiges verteilen können.

Zum Schluss komme ich auch nicht darum herum, mein Unverständnis darüber kommt zu tun, dass die Fraktion der SP den unter schwierigen Umständen zustande gekommenen Kompromiss durch ihre Anträge gefährdet. Umso mehr danke ich Pascal Pfister für sein persönliches Commitment zum Kompromiss. Und als kleinen Nachtrag möchte ich noch festhalten, dass wir von der SVP alle Anzüge abschreiben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Tragweite dieses Geschäfts zeigt sich nur schon daran, dass ich auf Hochdeutsch votiere heute. Auch in unserer Fraktion war dieses Geschäft sehr heiss diskutiert. Wie meine Fraktionskollegin Fina Girard bereits im Fraktionsvotum dargelegt hat, konnte sich die Fraktion Grüne/jgb auf keine einheitliche Haltung zu diesem gewichtigen Geschäft einigen, daher steht bei uns in der Kreuztabelle auch ein Offen. Es ist auch so, dass wir in der Kommission nicht einheitlich waren, weshalb wir auch Änderungsanträge stellen.

Die Gründe, weshalb ein grösserer Teil unserer Fraktion dem Kompromiss nicht zustimmen kann, hat Ihnen Fina Girard bereits sehr ausführlich und gut erklärt. Gerne spreche ich nun für den kleineren Teil der Fraktion, der teilweise auch unter der Voraussetzung, dass die beiden Änderungsanträge unserer Fraktion angenommen werden, diesem Kompromiss am Ende zustimmen wird. Der Kompromiss, um den die WAK in insgesamt 13 Sitzungen gerungen hat, wird auch von diesem Teil der Fraktion kritisch betrachtet. Besonders die Fondshöhe von 500 Millionen stellt ein erhebliches Zugeständnis an die besteuerten Firmen dar, auch wenn uns die Standortqualität und vor allem die Arbeitsplätze in unserem Kanton sehr am Herzen liegen. Die geografische Erweiterung sowie die Ausdehnung auf beschränkt steuerpflichtige Personen und die Subventionierung der klinischen Studien betrachten wir ebenfalls mit Skepsis und als Kröte, die im Rahmen des Kompromisses geschluckt werden muss.

Dennoch überwiegt die Einschätzung, dass die Erhöhung der Beiträge im Fonds für Gesellschaft und Umwelt auf erwartete 100 Millionen ein gutes Verhandlungsresultat darstellt, besonders auch im Vergleich zu den ursprünglich 30 Millionen, die im Ratschlag des Regierungsrats vorgeschlagen waren, zeigt sich dies als Fortschritt. Für uns als kleineren Teil der Fraktion ist es besonders wichtig, dass die Mittel für Umweltmassnahmen deutlich höher ausfallen als ursprünglich von der Regierung vorgesehen. Wie bereits in unserem Vorstoss von Anina Ineichen für einen Klimafonds gefordert, wird so den Unternehmen eine substanzielle Unterstützung zur Erreichung der Klimaziele angeboten. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieselbe Regierungsrätin und die Mehrheit des Grossen Rates nun einen solchen Fonds doch nicht so undemokratisch oder fehlgeleitet findet.

Wichtig ist auch, dass nicht nur Unternehmen, die der neuen OECD-Mindestbesteuerung unterliegen, von den Fördergeldern aus dem Umweltfonds profitieren. Auch zahlreiche KMU im Kanton Basel-Stadt können nun von dieser Förderung profitieren. Für diese Unternehmen ist finanzielle Unterstützung von grosser Bedeutung, da die Mittel für Investitionen in Klimaneutralität oft knapp sind und ohne solche Fördergelder womöglich nicht eingesetzt werden. Im Rahmen dieser Überlegungen haben wir auch den Antrag gestellt, dass auch nicht steuerpflichtige juristische Personen Anspruch auf Gelder aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt haben sollten.

Die zusätzlichen Mittel für die Elternzeit so wie der gesetzlich geregelte Anspruch sind ebenfalls ein gutes Ergebnis des Kompromisses und entsprechen einer langjährigen Forderung der grünen Partei. Hier sehen wir durchaus einen Erfolg.

Durch den Wegfall der Deckelung und die damit verbundene Erhöhung der Beiträge für Gesellschaft und Umwelt wird die im ursprünglichen Ratschlag zu starke Gewichtung des Bereichs Innovation abgemildert, was das Standortpaket für uns mehrheitsfähig macht. Erfreulich ist es ebenfalls, dass die Beiträge für Forschungskooperationen im Vergleich zum Ratschlag verdreifacht werden konnten, damit kann zumindest ein Teilbeitrag zum globalen Gemeinwohl geleistet werden.

Die Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer, die die Ergänzungssteuer des Bundes obsolet macht, wird auch von diesem Teil der Fraktion kritisch gesehen. Dennoch überwiegen die Argumente in Bezug auf die OECD-Konformität und die Planungssicherheit sowohl für den Kanton als auch für die Unternehmen im Kanton Basel-Stadt. Dass diese Erhöhung vorläufig auf zehn Jahre befristet ist, wird begrüsst.

Ich persönlich werde mich wie Pascal Pfister an den Kompromiss halten, wie ich es auch in der Kommission schon gemacht habe.

Ich bitte Sie aber, damit auch ein grösserer Teil unserer Fraktion dem Geschäft zustimmen kann, auch unseren beiden Änderungsanträgen zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger ist der nächste Einzelsprecher.

Oliver Bolliger (BastA): Ich möchte die Chance nutzen und Ihnen ebenso die Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat ans Herz legen und so dem Regierungsrat nochmals die Gelegenheit zu geben, ein ausgewogeneres, ja solidarisches Paket zu entwerfen.

Meine Fraktionskollegin Heidi Mück hat Ihnen bereits einen guten Überblick über die verschiedenen Gründe gegeben, die für eine Rückweisung sprechen. Ich werde mich nun auf einen der grundlegendsten Aspekte fokussieren und darlegen, weshalb wir als BastA ein solches Standortpaket nicht akzeptieren können und warum wir damit unzufrieden sind.

Seit den Überlegungen zur Einführung einer weltweiten OECD-Mindeststeuer wird eine solche von den globalen multinationalen Konzernen als die grösste Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Zukunft dargestellt, und die Regierungen, auch die unsere, stimmen mit ein in das grosse weltweite Klagelied, dass wegen einer solchen Steuerpolitik die Weltwirtschaft zusammenbrechen würde. Diese Behauptungen sind natürlich Unfug und auf das Gröbste unseriös. Sie wissen das auch. Es ist nicht die Mindeststeuer, die für die in immer kürzeren Abständen sich wiederholenden weltweiten Krisen des Kapitals verantwortlich sind, sondern es ist das Wirtschaftssystem selber, welches auf Ausbeutung der Natur und billigen Arbeitskräften sowie auf ein absurdes, grenzenloses Wachstum der Produktion und des Überkonsums angewiesen ist. Es wäre schon mal fair, wenn von Seiten der Regierung und der Handelskammer diese Tatsachen auch mal benannt werden könnten, denn der Standortwettbewerb ist nicht einfach gottgegeben, sondern ein Ausdruck des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das kann man abfeiern oder kritisieren.

Ich gebe Kollege Lorenz Amiet recht, Steuerwettbewerb und Standortförderung ist definitiv Machtpolitik. Da gebe ich Ihnen zu 100 Prozent recht, denn seit rund 50 Jahren geht es eigentlich mehr oder weniger immer um das gleiche, bestmögliche Rahmenbedingungen für die grossen internationalen Konzerne mit so wenig staatlichen Regulierungen und Auflagen wie nun möglich und zudem ein angeheizter internationaler Steuerwettbewerb auf Kosten der Allgemeinheit und auf Kosten des globalen Südens.

Die OECD-Mindeststeuer ist eine internationale Antwort auf diesen Steuerwettbewerb und eine Reaktion auf das asoziale Verhalten der grossen Techgiganten wie Amazon, Google und Apple und weitere, Das war damals der Hintergrund. Meine Damen und Herren, die OECD-Mindeststeuer ist ein Fakt, und rund über 100 Staaten haben sich darauf geeinigt, mit dem Ziel, erstmals global ein wenig Steuergerechtigkeit zu schaffen. Dies ist der Sinn und Zweck, weniger Steuerdumping und mehr Steuergerechtigkeit, zumindest auf der nördlichen Seite der Erdkugel.

Und das Vorgehen der USA und der neuen libertären und rechtsnationalen Trumpregierung ist keine Entschuldigung, hier nun die Gerechtigkeit zu opfern, alle Werte fallen zu lassen und in das Spiel der Stärkeren einzusteigen, ein Spiel, das notabene ins Desaster führen wird. Aber genau das machen wir mit diesem Basler Standortpaket, wir spielen das Spiel mit und stellen es gegenüber der Bevölkerung quasi als alternativlos dar und bedienen Verlustängste mit der Drohung, dass die grossen Pharmaunternehmen wegziehen würden oder zumindest Abteilungen der Pharmaunternehmen wegziehen. Aus dem Steuerdumpingwettbewerb wird nun neu ein Standortförderwettbewerb, aber in der Konsequenz und in den Zielsetzungen ist es dasselbe.

Dieses Standortförderpaket ist eine unsolidarische Rückverteilungsübung zugunsten der multinationalen Konzerne und zu Lasten des Service Public. Es ist mir wirklich schleierhaft, wie die Regierung und Exponenten der WAK hier von einem gut austarierten und fairen Kompromiss sprechen können. Nein, es war von Anfang an klar, in welche Richtung es geht, und Fina Girard hat den Kontext der Erarbeitung dieses Ratschlags treffend ausgeführt. Diese Vorlage kannte von Anfang an nur eine Richtung, nämlich die Wahrung der Standortattraktivität, in Konkurrenz zu anderen Standorten in der Schweiz und zu

anderen Kantonen. Kein einziger Gedanke, dass das reiche Basel einen Teil der Steuermehreinnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Massnahmen im globalen Süden einsetzen und so einen solidarischen Beitrag für eine bessere Welt leisten könnte.

Uns als Fraktion wurde im Vorfeld unsere Unseriosität und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. In Anbetracht dessen, welche offensichtigen Tricks angewendet werden, damit ja kein Franken zu viel dem Bund gezahlt wird, ist das schon ein starkes Stück.

Wir als BastA können das vorliegende Standortpaket unmöglich mittragen und es steht diametral zu allen unseren politischen Werten. Ich bin überzeugt, dass ein solches Paket auf nationaler Ebene von den Parteipräsidien der SP und der Grünen nie und immer akzeptiert werden würde. Also weisen wir das Basler Steuerpaket zurück an die Regierung, um einen wirklichen Kompromiss ausarbeiten zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte auf einer sehr grundsätzlichen Ebene starten. Ich verstehe das Anliegen dieses Standortpakets zu einem sehr grossen Grad. Ich glaube, zur ehrlichen Analyse gehört, dass wir uns auch in diesem Kanton und in diesem Land steuerpolitisch in eine Situation manövriert haben, in der wir jetzt heute sind, enorm abhängig. Wir haben Steuersätze, die weltweit konkurrenzfähig sind, übersetzt tief. Und das ist aus meiner Analyse und Sicht grundsätzlich schlecht. Aber, und das ist auch Realität, das ändern wir nicht grundsätzlich heute. Aber es wäre gut und ehrlich und allen zukünftigen Debatten zu diesem Thema zuträglich, wenn wir das anerkennen würden.

Lassen Sie mich zwei Sachen formal vorweg sagen. Zu den demokratiepolitischen Belehrungen in Bezug darauf, welche Anträge eine Fraktion stellen darf oder nicht, wenn einzelne Mitglieder in einer Kommission Nein gesagt haben: Ich glaube, es gibt nirgendwo irgendeinen Grundsatz, nach dem das nicht möglich sein soll. Und zum zweiten: Es muss möglich sein in diesem Rat, in diesem Kanton, dass, wenn wir darüber reden, dass wir bis zu einer halben Milliarde Franken in einen Fonds tun und zu einem grossen Teil in die Wirtschaft zurückfliessen lassen, dass wir das in einer Parlamentsdebatte kontrovers diskutieren und es nicht einfach alles bereits verabschieden.

Ich verstehe, dass man etwas tun muss. Aber ich kann dieses Paket auch aus einer grundsätzlich pragmatischen Haltung nicht mittragen, so wie es jetzt ist, und das ist auch der Grund, warum sich die SP-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen entschlossen hat. Wir haben auf dem Weg zu einer möglichen Lösung sehr viele Zugeständnisse gemacht und sie geht teilweise ein bisschen unter, aber ich möchte sie trotzdem noch einmal hier nennen: Die Gewinnsteuererhöhung auf kantonaler Ebene ist ein riesiges Zugeständnis von uns. Es ist eine Umkehr der Volksabstimmung, die es gegeben hat, und wir führen eine weitere Sonderstellung für Konzerne ein mit einer neuen Steuerstufe ab 50 Millionen Gewinn.

Die Fraktion anerkennt die Erfolge des Paketes aus der WAK, der gesetzliche Anspruch auf Elternzeit, auch für Organisationen, die steuerbefreit sind, der Gesellschaft- und Umweltfonds auf 20 Prozent, die Forschungskooperationen. Aber es ist halt auch so, man muss sich irgendwann fragen, wo die Grenze ist. Lorenz Amiet hat Machtpolitik erklärt. Ich glaube, man kann auch sagen, dass man zu einem gewissen Grad in diesem Paket machtpolitisch Realitäten sieht. Und man muss sich irgendwann fragen, wie weit der von Fina Girard eingeführte HKBB Finish gehen darf. Möglichst alle Bedürfnisse von allen Firmen möglichst umfassend zu befriedigen, das ist nicht das Anliegen einer Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion. Dazu auch der Grundsatz, dass alles Geld, das reinkommt, zwingend über den Fonds wieder zurückgespielt werden muss, ist auch nicht die Haltung einer Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion.

Ich werde bei den Anträgen nur noch ganz kurz begründen. Zuerst zu den klinischen Studien: Wenn wir schon pragmatisch schauen, welches Steuersubstrat heute hier ist und bei welchen Firmen wir diese Realitäten haben, die ich vorher beschrieben habe, dann sollten wir aus unserer Sicht nicht zusätzliche Regelungen machen, bei der wir weitere Firmen und weiteres Steuersubstrat anziehen würden. Und bei der Höhe, meine Kolleginnen und Kollegen, ist es einfach so, dass wir auch aufgrund der Kommissionsberatung zu einer anderen Maximalhöhe des Fonds kommen, und zwar – und das finde ich schon noch wichtig – nicht das Geld, das zusätzlich im Haushalt bleibt. Das können Sie Standort relevant einsetzen. Die Frage ist, was Standortrelevanz heisst.

In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, den beiden Anträgen der SP-Fraktion zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte nur kurz ein paar Punkte vor allem zur Mindeststeuer und zur Verteilung des Geldes klarstellen. Die Mindeststeuer, Oliver Bolliger, gilt nicht für Google und Amazon. Und wenn man nachgeht, für wen sie gilt, dann sieht man vielleicht auch, warum sie eingeführt wurde.

Zur Verteilung der Gelder: Ja, es gab eine Volksabstimmung, dass die Ergänzungssteuer zu 75% in den Kantonen bleibt, damit sie sie für den Standort einsetzen und den Rest an den Bund geht. Wir haben das Recht, die kantonalen Steuern selbstständig in eigener Kompetenz zu erhöhen, wie es alle betroffenen Kantone gemacht haben beziehungsweise noch machen werden. Und gerne führe ich einmal ein Gespräch mit der grünen Partei oder mit der Fraktion über das, was der Bund vorhat und was er mit dem Geld machen möchte. Er hat gesagt, gemäss Vorschlag aus dem Ständerat, es für die Finanzierung der Armee zu brauche. Darüber können wir uns unterhalten, wenn Sie das unterstützen möchten. Selbstverständlich ist das legitim. Ich halte es nicht für eine Standortmassnahme. Wir können auch darüber diskutieren, dass der Bund die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit kürzen will. Ob es sinnvoller ist, das Geld an den Bund zu geben, ob wir darüber diskutieren sollten. Ich glaube, in der Regiokommission haben wir ein Geschäft, einen Gegenvorschlag zu einer Initiative. Dort hätten Sie die Möglichkeit zu diskutieren, was wir für die Entwicklungszusammenarbeit ausgeben.

Zur fehlenden Solidarität mit den Kantonen: Der nationalen Finanzausgleich hat nichts mit der Ergänzungssteuer zu tun. Wir bezahlen mehr in den nationalen Finanzausgleich. Die Kantone profitieren davon. Die Hälfte der Gewinnsteuer, Unternehmenssteuer gehen an den Bund und ein Teil geht in den Finanzausgleich. Das ist davon nicht betroffen und wenn wir über Solidarität mit den Kantonen reden, reden wir doch mal über die Solidarität mit den Zentrumslasten. Hochschulen, Universitätsspitäler, Kultur oder über die Frauenhäuser. Dann reden wir darüber. Ich finde nicht, dass wir ein unsolidarischer Kanton sind, und ich lasse mir das hier auch nicht anhängen. Das sind wir nicht. Wir sind solidarisch auch mit unseren Partnerkantonen Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Jura. Wir haben auch immer wieder gemeinsame Sitzungen. Wir unterstützen sie auch, wo es Sinn macht. Das lasse ich mir hier nicht anhängen. Und wir machen auch diesen Fonds nicht zu Lasten des Service Public. Nein, hier nirgends etwas reduziert. Der Grund für den Fonds ist, dass wir eben unseren Finanzhaushalt schützen können und nicht belasten müssen. Daher ist es nicht so, dass einfach 500 Millionen hineinfliessen und weg sind. Wir haben die Möglichkeit zu schauen, was wir brauchen für unsere sozialen Ausgaben, für Kultur, für neue Aufgaben, Klimaaufgaben. Die haben alle Platz und wenn alles belegt ist, wenn wir sehen, wir haben alles, was wir wollen, was der Grosse Rat will, dann können wir auch schauen, was noch Platz hat im Fonds. Es ist eben nicht so, dass es zu Lasten unseres normalen Finanzhaushaltes geht. Daher ist es der Fonds sinnvoll und im Gegensatz zum anderen Fonds, den ich bekämpft habe, ist dieser demokratisch. Denn wir brauchen kein Zwischengremium und hier machen wir das, damit das Geld fix ist und nicht mehr wegfliessen kann. Es fliessen nicht einfach alle Mehrerträge hinein, sondern der Regierungsrat beschliesst jeweils, wie viel wir haben, was wir nicht benötigen für unsere sonstigen Aufgaben und kann das dort festlegen.

Es ist mir einfach wichtig, dass Sie das wirklich bedenken und ich weiss, manchmal ist das Vertrauen in den Regierungsrat nicht so gross, aber Sie können glauben, dass uns alle unseren anderen Aufgaben wichtig sind - und ich glaube, wir geben genug Geld aus, wir knausern nicht bei den anderen Aufgaben. Das ist mir nicht aufgefallen, weder in der Budgetdebatte noch sonst bei den Debatten um die Ausgaben, dass wir knausern. Daher werden wir auch zukünftig genügend Geld haben, um wirklich sinnvolle und notwendige Aufgaben zu erfüllen und ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Geschäft nicht zurückweisen, sondern dem so zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet Andrea Knellwolf verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht beschritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde beantragt durch Heidi-Mück. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 82 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005858, 05.02.25 17:23:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 82 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses. und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss in zweiter Lesung zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005860, 05.02.25 17:24:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 [1]) (Stand 1. März 2024) wird wie folgt geändert:

§ 69b Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 4bis (neu)

3 Wird der Reingewinn aus Patenten und vergleichbaren Rechten erstmals ermässigt besteuert (Boxeneintritt), so wird der in vergangenen Steuerperioden bereits berücksichtigte Forschungs- und Entwicklungsaufwand im Umfang von 5 Prozent gesondert zu einem Steuersatz von 0,5 Prozent besteuert.

4 Wird der Reingewinn aus Patenten und vergleichbaren Rechten erstmals nicht mehr ermässigt besteuert (Boxenaustritt), so wird auf Antrag der in vergangenen Steuerperioden angefallene Forschungs- und Entwicklungsaufwand im Umfang von 5 Prozent zu 0,5 Prozent an die Gewinnsteuern angerechnet. Die Anrechnung ist auf den Betrag beschränkt, der beim Eintritt nach Abs. 3 erhoben wurde. Der Antrag ist spätestens bis zur Rechtskraft der Veranlagung der Steuerperiode zu stellen, in welcher der Reingewinn aus Patenten und vergleichbaren Rechten erstmals nicht mehr ermässigt besteuert wird, ansonsten der Anspruch nach diesem Absatz erlischt.

4bis Wurde der Umfang des massgebenden Forschungs- und Entwicklungsaufwandes beim Boxeneintritt zu einem anderen Prozentsatz als dem für den Boxenaustritt nach Abs. 4 massgebenden Prozentsatz bestimmt, so gilt für den Boxenaustritt der durchschnittlich anwendbare Prozentsatz während der Anwendungsdauer der Patentbox, längstens aber der letzten 10 Jahre vor dem Boxenaustritt.

§ 70a Abs. 1 (geändert)

1 Die gesamte steuerliche Ermässigung nach § 69b Abs. 1 (Patentbox) darf nicht höher sein als 5 Prozent des steuerbaren Gewinns vor Verlustverrechnung, wobei der Nettobeteiligungsertrag nach § 77 ausgeklammert wird, und vor Abzug der vorgenannten Ermässigung.

§ 76 Abs. 1bis (neu)

1bis Ab Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 242c geht für die Gewinnsteuer dieser Steuerperiode und der 9 darauffolgenden Steuerperioden § 242c dem § 76 Abs. 1 vor.

Titel nach § 242b (neu)

(5. Teil/IV.) 11. Zeitlich befristeter Gewinnsteuersatz

§ 242c (neu)

1 Ab Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Bestimmung gelten für die Gewinnsteuer dieser Steuerperiode und der 9 darauffolgenden Steuerperioden nachfolgende Bestimmungen:

a) Die Gewinnsteuer der juristischen Personen beträgt in Abweichung von § 76 Abs. 1: 6,5 Prozent auf den ersten 50 Millionen Franken des steuerbaren Reingewinnes. Für den Anteil des steuerbaren Reingewinnes über 50 Millionen Franken beträgt der Steuersatz 8,5 Prozent.

b) Juristische Personen, die nur für einen Teil ihres Gewinns im Kanton steuerpflichtig sind, entrichten die Steuern für die im Kanton steuerbaren Werte nach dem Steuersatz, der ihrem gesamten Gewinn vor internationaler und interkantonaler Steuerausscheidung entspricht.

c) Juristische Personen, deren steuerbarer Reingewinn gemäss § 69b ermässigt wird, entrichten die Steuern nach dem Steuersatz, der ihrem gesamten Gewinn vor Anwendung von § 69b entspricht.

d) Bei einem unter- oder überjährigen Geschäftsabschluss werden für die Bestimmung des Gewinnsteuersatzes nur die ordentlichen Gewinne auf zwölf Monate umgerechnet.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 81 gegen 11 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Standortfördergesetz. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SP vor. Sie beantragt, lit. c zu streichen. Wir eröffnen hierzu die Debatte. Das Wort hat der Antragsteller Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich habe vorher schon angetönt, warum wir diesen Änderungsantrag stellen. Wenn mit diesem bestehenden Paket Substanz gefördert und erhalten werden soll, die bereits anwesend ist im Kanton Basel-Stadt, dann geht diese Ausweitung völlig in die falsche Richtung. Es ist nicht so, dass das ein zentraler und wichtiger Punkt ist für den Standort Basel-Stadt, aber noch viel weiter gehend muss man sich fragen, ob wir auch noch Aufwendungen für klinische Studien bezahlen wollen.

Zwei Punkte dazu: Erstens, der Regierungsrat hat bereits vorher in seinem Votum gesagt, dass diese Ausweitung nur umgesetzt wird, wenn Sie OECD-konform ist, wenn man klinische Studien im Ausland bezahlen würde. Wir möchten sichergehen, dass das sicher nicht passiert und stellen darum den Streichungsantrag.

Der zweite Punkt: Es ist sehr wichtig festzuhalten klinische Studien sind wichtig und zentral für den Erfolg von Medikamenten und das bestreitet die SP-Fraktion nicht. Die einzige Frage ist, ob die Aufwendungen dafür auch noch finanziell entschädigt werden sollen. Das ist es, was wir in Frage stellen und diese Ausweitung möchten wir gerne streichen und bitten Sie darum um Unterstützung. Sollte dieser Antrag nicht erfolgreich sein, wofür ja eine relativ grosse Möglichkeit besteht, möchte ich den Regierungsrat mit Nachdruck darum bitten, dass er es auf die Schweiz beschränkt und nicht klinische Studien im Ausland führt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe es vorher erwähnt. Ein Ziel dieser Vorlage ist, dass sie international compliant und konform ist. Wir gehen im Stand heute davon aus, dass Aufwendungen für klinische Studien im Ausland kaum möglich sind unter diesen Massgaben. Deshalb gehen wir heute davon aus, dass, auch wenn dieser Zusatz kommt dies nur in der Schweiz möglich sein wird und dann ist es ein relativ kleines Elemente in dieser ganzen Reform. Wir denken aber schon auch, dass die Schweiz in klinischen Studien nicht so stark ist durch unsere föderale Struktur. Da einen gewissen Anreize zu setzen, dass die auch in der Schweiz stattfinden, ist durchaus sinnvoll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin verzichtet. Somit hat der Fraktionssprecher Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich unterstreiche nochmals, mit dieser Förderung wird das Paket breiter. Es können mehr Unternehmen profitieren, weniger Partikularinteressen. Es geht hier um Unternehmen, die bereits hier sind, die bereits hier ihren Sitz haben, aber in der ursprünglichen Form des Standortpakets nicht oder kaum förderberechtigt gewesen wäre. Sie hätten nur

die Mehrkosten gehabt, aber keinen Nutzen aus diesem Standortpaket. Das ist also das Ziel und der Fokus dieses Teil des Standortpaketes.

Wir müssen jetzt Frage stellen, ob wir jetzt mit dem neue Unternehmen anlocken. Das halte ich für unwahrscheinlich, weil wir eben als Standort durch die Mindeststeuer teurer geworden sind. Die Förderung kompensiert das nur teilweise, und nein, entgegen der Begründung im Antrag fördern wir nicht die Lohnkosten, sondern die Aufwendungen für klinische Studien, so wie es viele andere Länder heute auch tun. Und da habe ich schon nach einen Appell an den Regierungsrat, nämlich das auszureizen, was andere OECD-Länder auch tun, solange es andere OECD-Länder das auch tun, sehe ich nicht, wieso wir das nicht tun können sollten.

Und dann nochmals in aller Kürze und grundsätzlich: Dieser Antrag stellt den Kompromiss fundamental in Frage. Das bedauern wir ausserordentlich. Wir stehen nach wie vor und aus Überzeugung hinter dem Kompromiss. Aber wenn Sie hier einen wichtigen Brückenpfeiler herausbrechen, dann müssen auch wir nochmals grundsätzlich über die Bücher. Entsprechend habe ich hier Anträge, welche die Elternzeit, die Obergrenze des Fonds oder die Mittel für Gesellschaft und Umwelt nochmals zur Diskussion stellen würden. Wie gesagt, wir wollen das nicht. Wir wollen den Kompromiss und wir hoffen, dass die Mehrheit dieses Rates diesen auch will. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Luca Urgese, es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Bezüglich der Partikularinteressen: Baben Sie eine Vermutung, wie viele Firmen direkt betroffen sind von dieser Ausweitung momentan im Kanton Basel-Stadt?

Luca Urgese (FDP): Ich habe keine Zahlen, das wissen Sie aus der Kommissionsberatung, aber es sind mehrere.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005862, 05.02.25 17:31:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 44 gegen 45 Stimmen.

Wir kommen damit zu Abs. 2 § 5 f neu, Bereich Gesellschaft Abs.1, Abs. 2 lit a und b, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BastA vor. Sie beantragt einen Einschub nach juristischen Personen und an öffentlichrechtliche Einrichtungen des Kantons Basel-Stadt.

Wir öffnen hierzu die Debatte. Der Antragsteller. Nicola Goepfert hat das Wort.

Nicola Goepfert (BastA): Ich werde zu diesem Antrag wie auch zu 5g Bereich Umwelt sprechen. Die WAK hat die Anspruchsberechtigung im Bereich Gesellschaft bereits um steuerbefreite juristische Personen erweitert. Mit diesem Antrag möchte ich, dass für den gesamten Fonds Gesellschaft und Umwelt, also für beide Bereiche, sowohl steuerbefreite juristische Personen als auch öffentlichrechtliche Einrichtungen von den Fondsgeldern profitieren können.

Der Antrag stellt die Frage, ob wir die Ziele dieses Fonds in den Mittelpunkt stellen, diesen fokussieren oder ob wir die Gelder möglichst direkt und ohne weitere Berücksichtigung an die Firmen unsolidarisch zurückverteilen wollen. Wir von BastA wollen, dass alle Angestellten hier im Kanton zum Beispiel von einer freiwilligen Ausweitung der Elternzeit profitieren können, egal wo sie angestellt sind, zum Beispiel auch das Pflegepersonal im Spital. Diese Ungleichbehandlung in der Vorlage ist nicht nachvollziehbar, vor allem dann nicht, wenn wir uns die Argumente zur Ablehnung des Corona-Bonus für das Pflegepersonal im Oktober 2022 nochmals in Erinnerung rufen. Damals sagte die FDP, es sei auch die Aufgabe des Arbeitgebers, die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitgeber, sowohl die öffentlichen wie auch die privaten. Wir können nicht auf der einen Seite den Corona-Bonus verweigern mit dem Argument, die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen müssen das selber regeln, ihnen dann ab den Zugang verweigern, den alle privaten Arbeitgeber erhalten, wenn es um die Finanzierung einer freiwilligen Elternzeit geht. Aus unserer Sicht muss hier eine gerechte Grundlage geschaffen werden, mit der alle Angestellten, unabhängig von ihrem Arbeitgeber, gleichermassen davon profitieren können.

Und Gleiches gilt auch für den Bereich Umwelt. Es ist unerlässlich, dass wir gemeinsam als Kanton vorwärtsmachen, um die Klimaziele 2037 zu erreichen. Und wenn wir schon in zwei Fonds schaffen, mit denen wir die OECD-Mindeststeuer unterwandern, dann sollen zumindest von diesen deutlich kleineren Fonds alle profitieren können, um ihren Beitrag zur ökologischen Transformation leisten zu können.

Mit diesem Antrag beziehen wir deshalb alle Steuerbefreiten juristischen Personen und öffentlichen-rechtlichen Einrichtungen mit ein, um die Schaffung einer Elternzeit zu fördern, um die Klimaziele 2037 zu erreichen. Wir ändern nichts an der Verteilung zwischen den beiden Fonds, sondern nur den Anspruch auf den kleineren Fonds. Einem Teil dieser Ausweitung hat die WAK schon zugestimmt, bitte stimmen Sie auch der weiteren Ausweitung der Antragsberechtigten für den Fonds Gesellschaft und Umwelt zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Dem Regierungsrat war sehr wohl bewusst, dass, wenn er die Elternzeit fördert und ganz konkret fördert im privaten Sektor in diesem Standortförderungsfonds, auch die Diskussion kommen wird für öffentlich-rechtliche Institutionen. Diese Diskussion wird geführt werden müssen, aber sie sollte nicht hier im Standortförderungsgesetz geführt werden.

Wenn Sie das möchten im Nachzug, dann ist das eine demokratische Diskussion, die stattfinden muss und die im ordentlichen Kantonshaushalt finanziert werden müsste. Das ist der richtige Ort für eine Elternzeit dann auch für staatliche Angestellten, aber die staatlichen Angestellten, ja, da stehen wir nicht in einem Standortwettbewerb zu den USA.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wortmeldungen sind plötzlich erschöpft. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005864, 05.02.25 17:37:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesen Änderungsantrag abgelehnt mit 57 gegen 41 Stimmen.

§ 5g neu Bereich Umwelt Abs. 1. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Grüne vor. Sie beantragt einen neuen Abs. 2. Zudem beantragt die Fraktion BastA ebenfalls einen neuen Abs. 2 mit einer Ergänzung zum Antrag der Fraktion Grüne. Wir eröffnen dazu diese Debatte. Als erstes hat das Wort Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich habe es in meinem Einzelvotum bereits dargelegt, dieser Antrag ist für einige Mitglieder der Fraktion sehr wichtig als Ergänzung zum Kompromiss, damit sie diesem zustimmen können. Begründet ist er dadurch, dass wir es nicht nachvollziehen können, dass im Bereich Gesellschaft juristische Personen, die steuerbefreit sind, von Geldern profitieren können, nicht aber im Bereich Umwelt. Es gibt auch bei den steuerbefreiten juristischen Personen zahlreiche Organisationen, Stiftungen, Vereine, die vor grossen Herausforderungen stehen bei der Erreichung der Klimaziele 2037 und es ist daher von grosser Wichtigkeit, dass diese Organisationen ebenfalls die Möglichkeit haben, Unterstützung aus dem Fördertopf für Gesellschaft und Umwelt zu beantragen.

Wir gehen nicht so weit wie die Fraktion BastA und unser Antrag schliesst die öffentlichen Institutionen sind nicht ein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat der Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Es gibt auch sonst keine Sprechenden. Somit kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag Grüne/jgb, NEIN heisst Zustimmung ¨¨Anderungsantrag BastA!.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005866, 05.02.25 17:40:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Änderungsantrag der Grünen/jgb zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 90 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Änderungsantrag der Grünen entschieden. Wir kommen bereits zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Grünen/jgb, NEIN heisst die Zustimmung zum Antrag der WAK

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 51 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005867, 05.02.25 17:40:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Änderungsantrags.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 51 gegen 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Version der WAK entschieden.

Wir führen die Detailberatung weiter. § 5 h neu, Modalitäten der Beiträge für Massnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt,. Abs.1 bis 7. § 5 neue Formen der Beiträge Abs. 1 bis 5, § 5 j neu Förderung von Forschungskooperation im Bereich der Life Sciences, Abs.1 bis 4.

§ 5 k neu Fonds für Renovation, Fonds für Gesellschaft und Umwelt. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BastA vor. Sie beantragt eine Ergänzung im Titel. Wir eröffnen dazu die Debatte, der Anzugsstelle Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich gehe davon aus, dass Sie den folgenden Text eines Liedes bestens kennen und vielleicht singen Sie innerlich ein wenig mit, dieser Debatte würde es mit Bestimmtheit gut tun.

«Dene wos guet geit, giengs besser, giengs dene besser wos weniger guet geit, was aber nid geit, ohni dass's dene weniger guet geit wos guet geit.» Nun, dieser intelligente Refrain vom Mani Matter sagt eigentlich schon alles und ich habe die etwas naive Hoffnung, ja vielleicht den Glauben, dass wir alle hier im Saal diese Zeilen im Grundsatz teilen. Aber mir ist auch klar, dass in den aktuell eher kalten und egoistischen Zeiten in der Welt solche solidarische und fürsorgliche Werte nicht gerade hoch im Trend sind, vielleicht noch etwas für die 1. Mai-Feier oder für die Sonntagspredigt in den leeren Kirchen.

Aber dem Zeitgeist zum Trotz, mit unserem Antrag zur Erweiterung der Verwendung der OECD-Steuereinnahmen für den globalen Süden soll der Kanton Basel-Stadt als weltoffene Stadt, die sie auch ist, ihre internationale Verantwortung übernehmen. Mit jährlich 150 Millionen Franken aus dem Basler Standortpaket für gezielte soziale und ökologische Unterstützungsprogramme im globalen Süden würden wir einen entscheidenden Teil für mehr soziale Gerechtigkeit und für die notwendigen Klimamassnahmen beitragen und so einen kleinen Beitrag zur Reduktion der Kluft zwischen Arm und Reich leisten. Damit wird auch der grundsätzliche Mangel der Vorlage, die Weiterführung des Steuerwettbewerbs als Subventionswettbewerb auf Kosten des globalen Südens, wenigstens teilweise korrigiert.

Von den jährlichen 500 Millionen Franken werden 150 Millionen für Massnahmen im globalen Süden vorgesehen. Es bleiben immer noch 280 Millionen für den Fonds Innovation und weitere 70 Millionen für Massnahmen in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt. Und es ist nicht das Ziel, dass die Regierung zwingend seine eigene Programme zur Standortförderung im globalen Süden entwerfen müsste, es wäre ausreichend, bestehende internationale Fördermassnahmen zu unterstützen. Von denen gibt es ja etliche. Es könnten mehrjährige Schwerpunkte definiert werden, die evaluiert und weiterentwickelt werden. Ich bin fest überzeugt, dass dies aus nachhaltiger und ganzheitlicher Perspektive auch für die Regierung des Kantons Basel-Stadt und auch für die multinationalen Konzerne einen Mehrwert darstellen würde. Es könnten auf verschiedenen Ebenen mit der Zeit positive Effekte entstehen, die auch dort eine Wirkung erzeugen würden.

Auf eine solche Umsetzung könnten wir hier alles stolz sein. Es wäre Basler Standortförderung für hier und für dort, für unsere Zukunft, für mehr soziale Gerechtigkeit, für weniger Armut im globalen Süden und schlussendlich auch für mehr Frieden auf der Welt. So radikal ist diese Forderung nun auch wieder nicht. Es ist eigentlich der notwendige solidarische Zusatz für das vorliegende Basler Standortpaket.

Im Namen der BastA-Fraktion bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen und § 5g gemäss vorliegendem Antrag zu erweitern. Wenn dieser Antrag angenommen wird, werden wir die Anträge von Brigitta Gerber und Tonja Zürcher bei § 5k zurücknehmen und wir würden der Vorlage in der Schlussabstimmung sogar zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Solidarität mit dem globalen Süden ist sehr wichtig, gerade für einen wohlhabenden Ort wie der Kanton Basel-Stadt. Es gibt die 1 Prozent-Initiative, der Gegenvorschlag des Regierungsrats, eine Verdoppelung der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Aufgabe soll via Kantonshaushalt finanziert werden. Diese Diskussion führt zurzeit die vorberatendeParlamentskommission und ihr werden Sie sich stellen, wenn dieser Bericht da liegt.

Hier in den Standortfonds passt es nicht. Es kommen noch ein paar weitere Punkte dazu. Globaler Süden finde ich keine präzise Definition für ein Gesetz. Laut dem Nord-Süd-Bericht der UNO gehören zum Beispiel auch China dazu oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Ich denke nicht, dass der Antrag diese unterstützen möchte.

Auch mathematisch geht es nicht ganz auf, nämlich in dem Fall, wenn wir nur 150 Millionen in den Fonds machen und 80% hereingehen aber zwingend 150 dann wieder in diesen Bereich. Also es geht mathematisch nicht auf, dieser Antrag, und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird entgegengenommen.

Tonja Zürcher (BastA): Ich verzichte jetzt mal, nach Ihrer Definition von Solidarität zu fragen. Sie haben die 1 Prozent-Initiative angesprochen. Ich würde gerne wissen, wie viel Prozent des Kantonshaushalt durch das Standortpaket betroffen sind.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe diese Prozentzahl nicht im Kopf, wie viele Prozent es sein sollen. Das diskutiert im Moment die Regio-Kommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005869, 05.02.25 17:46:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag mit 80 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Wir fahren in der Detailberatung weiter. Abs. 1, Abs. 2. Hier liegen zwei Änderungsanträge vor. Die Fraktion SP beantragt anstelle 500 Millionen noch 400 Millionen. Die Fraktion BastA beantragt einen Gesamtbetrag von bis zu 300 Millionen. Wir eröffnen dazu die Debatte.

Der Antragsteller für die SP, Beda Baumgartner, hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Es geht um einen zentralen Punkt des Paketes: Wie viel Geld soll in diesem Fonds geäufnet werden? Wie viel Geld der Mehreinnahme der OECD-Steuer sollen in die Wirtschaft und in die bereits diskutierten Massnahmen zurückfliessen?

Wir beantragen Ihnen von der SP-Fraktion 400 Millionen Franken als Höhe. Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas sagen zum Antrag der BastA, der ja keine Mindestsumme vorsieht. Unabhängig davon, wie wir die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass dieser Fall eintrifft, ist es natürlich so, dass wir einen gesetzlichen Anspruch für Elternzeit formuliert haben in dem Gesetz. Stand jetzt bleibt dieser Anspruch noch bestehen. Und wenn dann natürlich gar kein Geld im Fonds zur Verfügung stehen würde, dann könnte dieser gesetzliche Anspruch für die Elternzeit nicht erfüllt werden. Darum unterstützen wir das nicht und ich bitte Sie darum, unserem Antrag für eine Fondshöhe von 400 Millionen Franken zuzustimmen. Es ist, wie ich in meinem Eingangsvotum schon gesagt habe, auch die zentrale Frage, wie viel Geld im ordentlichen Haushalt übrig bleibt von dieser OECD-Reform und mit dem können wir sehr viele Anliegen im Kanton Basel-Stadt fördern, die durchaus auch Standort relevant sind, die durchaus auch wichtig sind für den Zustand des Kantons, für die Allgemeinheit in diesem Kanton und ich bitte Sie darum, unserem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich weiss, Sie möchten alle schnell vorwärts machen, damit wir dieses Geschäft bis 18 Uhr fertig beraten können, aber ich nehme mir nun trotzdem die Zeit, weil es wirklich eine grundsätzliche Frage ist und sehr viel Geld, worüber wir heute entscheiden.

Wenn Sie ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen, dann sehen Sie, dass weltweit und auch in Europa die Rechtspopulist:innen und Rechtsextreme auf dem Vormarsch sind. Sie fragen sich jetzt vielleicht. was das mit diesem Konzernsubventionsgesetz zu tun habe, über dass ich eben jetzt reden. Leider ist es ziemlich einfach: Staatliche Sparprogramme und Einschränkungen der öffentlichen Leistungen gehen mit einer Erstarkung der Rechts populistischen Parteien einher. Das wurde vielfach untersucht und sollte eigentlich auch in der Politik mal ankommen. Mit der Annahme dieses Konzernsubventionspakets könnte nicht nur hier bei uns in Basel bald mal das Geld knapp werden, um wichtige Sozialleistungen finanzieren zu können – ich denke hier insbesondere an bezahlbaren Wohnraum oder die Krankenkassenprämien, aber es wurden auch ganz viele andere Beispiele hier schon genannt wie die Hochschulen. Es geht

aber auch darum, dass durch diese Rückverteilung der Gelder an die Konzerne der solidarische Sinn und Zweck der OECD-Mindestbesteuerung zur Farce wird.

Mit der Annahme tragen Sie also bewusst dazu bei, dass anderen Ländern die Mittel fehlen, um elementare Aufgabe in der Bildung oder in der Gesundheitsversorgung finanzieren zu können. Wenn wir wenigstens einen Teil der Mehreinnahmen beim Kanton behalten anstatt ihn direkt den Konzernen zurückzuschicken, besteht wenigstens die Möglichkeit, dieses Geld für eine solidarische Verwendung einzusetzen, bei uns im Kanton oder beispielsweise auch über die Entwicklungszusammenarbeit.

Wir müssen uns übrigens auch nicht wirklich wundern, wenn der Bund im Rahmen des sogenannten Entlastungspakets versucht, Aufgaben des Bundes den Kantonen zu zuzuschieben, wenn insbesondere die reichen Kantone, und das sind ihr ja momentan noch, mit der punktuellen Erhöhung der kantonalen Gewinnsteuer dafür sorgen, dass möglichst wenig Geld der Zusatzeinnahmen beim Bund landet. Es ist deshalb entscheidend, dass unser Kanton einen Teil dieser Zusatzeinnahmen hier behält um eben auch diese zusätzlichen Kantonsaufgaben zu finanzieren. Hier geht es eben um die Hochschulen, um die Prämienverbilligungen, aber auch im Bereich des Gebäudeprogramms um energetische Sanierungen, Kitas und so weiter. Und das sind jetzt alles Aufgaben, die jetzt noch nicht zusätzlich von uns beschlossen sind, sondern es sind einfach zusätzliche Kosten, die auf uns zukommen werden, weil sowohl der Bund wie auch die Kantone sehr egoistisch immer nur für das eigene Budget schauen und wir machen hier voll mit.

Wir von der BastA beantragen ihn deshalb, den Maximalbeitrag von 500 Millionen wieder auf den Beitrag von 300 Millionen zu reduzieren. Das ist ehrlich gesagt immer noch extrem viel Geld. Also selbst wenn das nur eine einmalige Ausgabe wäre, wenn wir für dieses Geld irgendein Schulhaus bauen würden, würden wir sehr intensiv darüber diskutieren, ob das richtig ist, ob es vielleicht doch etwas günstiger gehen würde. Hier geht es aber nicht um eine einmalige Ausgabe, sondern um eine jährliche. Und ich gehe davon aus, dass Sie das auch rechnen können. Aber wenn wir das mal über eine Legislatur anschauen, dann sind es selbst beim Antrag von BastA über eine Milliarde Franken, die den Konzernen gegeben wird, womit die Konzerne subventioniert werden, und zwar Staatsgelder, also nicht einfach irgend etwas, das vom Himmel fällt.

Aber nicht nur dieser Betrag von 500 Millionen ist das Problem, sondern aus unserer Sicht auch klar diese Minimalgrenze von 150 Millionen. Was ist, wenn es der Pharma vielleicht mal nicht mehr so gut geht und diese Einnahmen etwas tiefer ausfallen? Wollen Sie dann wirklich bei anderen Staatsaufgaben, bei der Bildung, der Gesundheit, den Kitas und so weiter sparen, um die Löhne von Roche, Novartis, Bayer und Co. zu finanzieren?

Ich hoffe, Sie entscheiden sich hier so, dass wir unsere Geld selber verteilen können und da einsetzen können, wo wir es für richtig halten und auf diesen Minimalbeitrag verzichten, damit wir oder wenigstens die Regierung diese Flexibilität behalten kann. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das ganze Paket machen wir unter anderem auch, um das Steuersubstrat zu sichern hier bei uns im Kanton, das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein bei dieser Diskussion. Wir gehen davon aus, dass etwa 18% von diesem Geld, das in diesen Fördertopf geht, an den Bund geht, via Mehrwertsteuer und Gewinnsteuer, die er einzieht auf diesen Förderbeiträgen, 7% an unseren Kanton, auch durch Gewinnsteuern auf diesen Förderbeiträgen. Das sind schon25%, die nicht in die Innovationsförderung gehen, plus dann noch die 20% für den Fonds Gesellschaft und Umwelt. Also wir reden dann noch von einem Betrag von etwa 60% der Summe, die in die Innovationsförderung geht und auch die Innovationsförderung ist wichtig und richtig.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Spielraum beim Regierungsrat zu setzen mit 500 Millionen, wie das die WAK vorschlägt. Es gibt die Möglichkeit, auf die Gegebenheiten zu reagieren, den Kantonshaushalt zu berücksichtigen und auch die Situation für den Standort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Eigentlich wollte ich nicht mehr reden, aber wenn ich Tonja Zürcher reden höre, möchte ich schon noch ganz kurz auf sie Replik nehmen. Tonja Zürcher hat gesagt, rechte Kräfte werden stark. Ja das ist so und ich komme schon zum Schluss: Danke für die Lorbeeren, Tonja Zürcher. So bleibt es, die Populisten bleiben stark.

*Balz Herter, Grossratspräsident:*Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir führen eine Eventualabstimmung durch.

Zuerst stellen wir den Antrag der SP dem Antrag der BastA gegenüber und danach der obsiegende dem Antrag der WAK.

Wir kommen zur Eventualabstimmiung.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Änderungsantrag der SP, NEIN heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der BastA.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005871, 05.02.25 17:56:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Änderungsantrag der SP zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 84 Stimmen gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung für die Variante der SP entschieden. Wir kommen zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag SP, NEIN heisst Ablehnung (Zustimmung Antrag WAK).

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005872, 05.02.25 17:57:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Version der WAK entschieden mit 53 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

Abs. 2 lit. a. Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion BastA vor. Sie beantragt einerseits eine Ergänzung und andererseits 50% anstatt 80% des Gesamtbeitrags für den Fonds. Wir beraten beide Anträge zusammen und eröffnen die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Tonja Zürcher hat Ihnen schon einiges an Hintergrund mitgegeben. Wir beantragen Ihnen das Richten der zwei Fonds aber jeweils zu jeweils 50%. Die Thematik Gesellschaft und Umwelt braucht unserer Meinung nach gerade in der heutigen Zeit vor allem viel Kraft und Unterstützung.

Deshalb – ein Herz für die Vergrösserung dieses Fonds – machen wir Ihnen gerne beliebt, das Verhältnis zu ändern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über den ersten Antrag der BastA.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005874, 05.02.25 17:59:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag mit 81 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005875, 05.02.25 18:00:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben auch diesen Antrag mit 82 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Abs. 2 lit. b. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BastA vor. Sie beantragt, 50% statt 20% des Gesamtbetrags für den Fonds. Wir eröffnen hierzu die Debatte.

Es gibt keine Wortmeldungen. Daher stimmen wir jetzt gleich ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005877, 05.02.25 18:00:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag mit 82 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Abs. 3. Abs. 4: Hier liegen zwei Änderungsanträge vor. Die Fraktion Grüne wie auch die Fraktion BastA beantragen, einen zweiten Satz bezüglich der Berichterstattung hinzuzufügen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort hat Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Es ist sicher nicht falsch, dass auf Wunsch der Handelskammer, so lesen wir im Bericht der WAK, die Finanzkontrolle die Prüfung des Fonds gewährleistet. Konkret geht es aber nicht nur darum, dass die FiKo kontrolliert, wie die verwendeten Gelder an die Betriebe zurückverteilt werden, sondern vor allem darum, dass die Höhe des jährlich ermittelten Steuerbeitrags zur Äufnung des Fonds sachlich nachvollziehbar ist. Der Wunsch der Handelskammer ist also nicht, dass die Mittel im Sinne der Allgemeinheit kontrolliert werden, sondern dass die Höhe des Steueraufkommens, das in den Fonds fliesst, korrekt ermittelt und gerecht auf die Unternehmen verteilt wird.

Die FiKo erhält also einen neuen Auftrag. Grundsätzlich habe ich keine Zweifel an der Arbeit der FiKo. Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission weiss ich, wie die FiKo arbeitet und wie gründlich sie ist. Es ist aber so, dass die Prüfungen und Berichte der FiKo von Gesetzes wegen verwaltungsintern bleiben und nur der Finanzkommission und GPK zur Kenntnis gebracht werden. Die Berichte der Finanzkontrolle und die ihnen zugrundeliegenden Unterlagen sind nicht öffentlich zugänglich. Die Finanzkommission und die GPK sind ihrerseits zur Geheimhaltung verpflichtet. Und ob die FiKo den beiden Oberaufsichtskommissionen in Sachen Standortförderungsfonds Bericht erstatten wird, ist ebenfalls nicht geklärt. Mir ist es nicht klar, das steht nirgends im Bericht. Das einzige, was der Grosse Rat allgemein zur Kenntnis nimmt, ist der Tätigkeitsbericht, in dem die Finanzkontrolle über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen informiert. Das ist alles. Der Grosse Rat und die Öffentlichkeit werden nicht über die Verwendung dieser Mittel und Subventionen informiert.

Dieser Fonds ist so konzipiert, dass seine Mittelverwendung das grösste Basler Geheimnis bleibt, ein Geheimnis von bis zu 500 Millionen pro Jahr. Im Namen der Fraktion BastA beantrage ich deshalb, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat jährlich über die Verwendung der Mittel aus dem Standortförderungsfonds Bericht erstattet. Eine Berichterstattung nur der WAK reicht uns nicht.

Die Gelder des Standortförderungsfonds sind als öffentliche Gelder zu behandeln, als Steuergelder schuldet der Regierungsrat der Bevölkerung Rechenschaft über die Mittelverwendung. Es darf nicht sein, dass Steuergelder von bis zu 500 Millionen Franken pro Jahr in einem Fonds versickern und die Bevölkerung nicht weiss, was damit passiert. Das ist höchst undemokratisch. Daher bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat muss dem Grossen Rat alle neuen Ausgaben über 300’000 Franken zum Beschluss vorlegen. Ausgabebeschlüsse des Grossen Rates ab 1,5 Millionen Franken unterliegen dem fakultativen Referendum, und jetzt wollen wir zwei Fonds öffnen, aus denen der Regierungsrat gemeinsam in alleiniger Kompetenz bis zu 500 Millionen Franken jährlich vergeben kann.

Ich erinnere mich sehr gerne zurück an die Grossratsdebatte um den Klimafonds, als Regierungsrätin Tanja Soland nicht verstehen konnte, wieso der Grosse Rat mit diesem Fonds seine Vergabekompetenz ab freiwillig abgeben wolle. Und Luca Urgese meinte damals - und ich könnte es selbst nicht besser sagen, weshalb ich zitiere: «Man kann die Auseinandersetzungen über die Prioritäten, die wir hier im Parlament führen müssen, nicht dem Parlament entziehen, indem man einfach separat einen Fonds einrichtet, über den wir dann nicht mehr entsprechend diskutieren müssen.»

Als Fraktion Grüne/jgb beantragen wir deshalb, dass der Regierungsrat zumindest alle zwei Jahre der zuständigen Kommission, der WAK, Bericht über Entwicklung und Wirkung der Fonds erstatten muss. Das ist nicht viel, aber ermöglicht immerhin einen Überblick und gibt Grundlage für politische Korrekturen. Dieses Vorgehen ist zudem ein bekanntes, welches für den Standortförderungsfonds seit letztem Jahr bereits im Standortförderungsgesetz verankert ist und die WAK übt diese Aufgabe dort bereits aus. Es wäre also nur kohärent, bei den zwei Fonds aus dem Standortpaket ebenfalls so zu verfahren, dies im Unterschied zum Antrag der BastA, der einen Schritt weitergeht.

Ich bitte Sie, wenn Sie zweifeln, zumindest dem Antrag der Grünen zuzustimmen, wenn Sie wollen, als Version Light, denn es ist zentral, dass wir heute keine Black Box produzieren, sondern Transparenz herstellen. Und ja, dies ist ein neuer Antrag, der so leider nicht in die Kommissionsdebatte einfliessen konnte und ich bin ehrlich, es ist enorm frustrierend, auf welch volatilem Boden und mit welcher Eile wir ein so komplexes Geschäft verabschieden mussten. Deshalb kommt dieser Antrag auch als Änderungsantrag in die Grossratsdebatte. Wir haben, da bin ich ganz ehrlich, den Moment in der Kommissionsberatung schlicht verpasst, da wir uns noch bis kurz vor der Berichtsbereinigung mit substantiellen Forderungen befasst hatten.

Und ich plädiere wirklich an Sie, liebe GLP, liebe Bürgerliche, dieser Antrag ändert nichts an der Substanz des Kompromisses, sondern ergänzt ihn lediglich um Transparenz. Ich bitte Sie daher sehr, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Beide Anträge unterstützt die SP-Fraktion klar. Wenn ein solcher Fonds geschaffen wird, wie er jetzt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nachher auch geschaffen wird, ist es wichtig, dass diese Berichterstattung sichergestellt ist. Die Berichterstattung an den Grossen Rat, so wie Sie die BastA-Fraktion vorschlägt, hat ihre Vorteile, dass der Umweg nicht gegangen werden muss über die WAK und die Vorteile des grünen Antrags sind, dass es in der Logik des Standortförderungsfonds gemacht wird, wie es die WAK bereits kennt.

Ich würde Ihnen aber ans Herz legen, dass Sie dem Antrag der BastA den Vorzug geben würden und dass Sie sich aber auf jeden Fall dazu durchrringen können, dass wir eine Berichterstattung zu diesem wichtigen und grossen Fonds haben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir führen die eine Eventualabstimmung durch und stellen den Antrag der Grünen dem Antrag der BastA gegenüber. Der obsiegende Antrag wird dem Antrag der WAK gegenübergestellt, welcher diesen Zusatz nicht möchte. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Grünen/jgb , NEIN heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der BastA.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005879, 05.02.25 18:09:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Antrag der GRünen/jgb zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der Grünen entschieden. Wir kommen schon zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Grünen/jgb, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005880, 05.02.25 18:09:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag der Grünen angenommen. Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 5k Abs. 5 bis 6

§1 5l Abs. 1

§ 5m neu Ausführungsbestimmungen. Abs. 1

§ 6 aufgehoben

§ 6a neu Datenaustausch Abs. 1

§ 6b neu Rückforderung Abs. 1 bis 3

§ 6c neue Rechtsmittel Abs. 1

II Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse.

§ 4 Schlussbestimmung.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem bereinigten Grossratsbeschluss das Standortfördergesetz zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 10 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005882, 05.02.25 18:11:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Standortförderungsgesetz vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. Mai 2024) wird wie folgt geändert:

Titel **(geändert)**

Standortförderungsgesetz (StaföG)

§ 3a (neu) Zusammenarbeit mit Dritten

1 Der Regierungsrat arbeitet im Rahmen dieses Gesetzes aktiv mit der Wirtschaft sowie mit dem Bund und mit regionalen und lokalen Gemeinwesen im In- und Ausland zusammen.

§ 4 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu) Programme zur Stärkung der Standortattraktivität (Überschrift geändert)

1 Der Kanton kann Programme zur gezielten Stärkung der Standortattraktivität finanzieren oder sich an solchen finanziell beteiligen.

2 Die Programme verbessern auf der Basis der bestehenden Stärken Basels die Standortfaktoren für Unternehmen und Institutionen.

3 In Einzelfällen können im Rahmen der Programme Beiträge an einzelne Unternehmen oder Institutionen gewährt werden.

§ 5 Abs. 1 (geändert) Standortförderungsfonds (Überschrift geändert)

1 Zur Finanzierung der Programme und Beiträge gemäss § 4 wird ein Standortförderungsfonds eingerichtet.

§ 5d (neu) Massnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt

1 Der Kanton kann auf der Grundlage des massgebenden Geschäftsjahres Beiträge an im Kanton beschränkt oder unbeschränkt steuerpflichtige juristische Personen gewähren, welche der Gewinnsteuer gemäss §§ 68 ff. des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 unterliegen und nicht von der Gewinnsteuerpflicht gemäss § 66 StG befreit sind.

2 Handelt es sich bei der juristischen Person gemäss Abs. 1 um eine beschränkt steuerpflichtige juristische Person, wird zusätzlich mindestens eine qualifizierende Anlage im Kanton vorausgesetzt.

3 Der Regierungsrat kann den Kreis der gesuchsberechtigten juristischen Personen einschränken.

§ 5e (neu) Bereich Innovation

1 Im Bereich Innovation können Beiträge gemäss § 5d geleistet werden:

a) an Personalaufwendungen für Forschung, Entwicklung und Innovation in der Nordwestschweiz, wobei Aufwendungen im Kanton Basel-Stadt stärker unterstützt werden können;

b) an Abschreibungen auf Anlagen für Forschung, Entwicklung und Innovation einschliesslich Anlagen im Bereich der Hochtechnologieproduktion im Kanton Basel-Stadt und in der Schweiz, wobei Anlagen im Kanton stärker unterstützt werden können;

c) an Aufwendungen für klinische Studien oder für die Herstellung der notwendigen Wirkstoffe für ebendiese Studien.

2 Höhere Beiträge können gewährt werden, wenn diese im Zusammenhang mit Patenten und vergleichbaren Rechten stehen.

§ 5f (neu) Bereich Gesellschaft

1 Im Bereich Gesellschaft können Beiträge gemäss § 5d für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Arbeitnehmenden mit vertraglichem Arbeitsort im Kanton geleistet werden, insbesondere für die Förderung von Elternzeit.

2 Bei der Förderung von Elternzeit beteiligt sich der Kanton mit Beiträgen an juristische Personen, wenn sie:

a) Arbeitnehmenden mit vertraglichem und faktischem Arbeitsort im Kanton nach einer Geburt oder Adoption Urlaub über die Ansprüche gemäss Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (Erwerbsersatzgesetz, EOG) vom 25. September 1952 hinaus gewährt haben;

b) und die Arbeitnehmenden den Urlaub bereits bezogen haben.

3 Der Beitrag wird als Taggeld ausbezahlt und entspricht dem Taggeld, welches die Ausgleichskasse gemäss Erwerbsersatzgesetz den Arbeitnehmenden ausbezahlt hat. Das Taggeld wird mindestens für drei Wochen gewährt.

4 Beschränkt steuerpflichtige juristische Personen erhalten Beiträge gemäss Abs. 2 und 3, auch wenn sie keine qualifizierende Anlage im Kanton Basel-Stadt im Sinne von § 5d Abs. 2 vorweisen.

5 Diese Beiträge können in Abweichung von § 5d Abs. 1 auch an steuerbefreite juristische Personen gemäss § 66 lit. f StG geleistet werden.

§ 5g (neu) Bereich Umwelt

1 Im Bereich Umwelt können Beiträge gemäss § 5d für den Ausstieg aus fossilen Energien zur Dekarbonisierung und für die effiziente Nutzung von Energie geleistet werden.

§ 5h (neu) Modalitäten der Beiträge für Massnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt

1 Die Beiträge gemäss §§ 5e – 5g werden auf Gesuch hin einmal jährlich gewährt. Nicht fristgerecht eingereichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

2 Wird vom Regierungsrat eine elektronische Plattform für die Einreichung der Gesuche zur Verfügung gestellt, so werden diese ausschliesslich über diese Plattform entgegengenommen.

3 Die Höhe der Beiträge bemisst sich nach den nachgewiesenen Aufwendungen oder im Falle von § 5g nach den vermiedenen Treibhausgasemissionen oder der eingesparten Energie.

4 Beiträge gemäss § 5e setzen eine ordentliche Revision sowie eine Prüfung des Beitragsgesuchs durch die Revisionsstelle voraus.

5 Die Beiträge gemäss §§ 5e – 5g mit Ausnahme der Beiträge für die Förderung von Elternzeit gemäss § 5f Abs. 2 und 3 können beschränkt werden.

6 Die Beiträge werden mittels einer Verfügung gewährt.

7 Die Finanzkontrolle stellt die Prüfung im Rahmen des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes (FVKG) vom 17. September 2003 sicher.

§ 5i (neu) Form der Beiträge

1 Beiträge gemäss §§ 5e – 5g können in Form von Förderbeiträgen, qualifizierten Steuergutschriften (QRTC) oder anderen anerkannten Steuergutschriften gewährt werden.

2 QRTC sind Steuergutschriften, welche gemäss OECD/G20-Regelwerken zur Mindestbesteuerung als Förderinstrument anerkannt werden.

3 Die an eine juristische Person gewährten QRTC werden mit deren offenen Steuerschulden der kantonalen Gewinn-, Kapital- und Grundstücksteuerschulden verrechnet.

4 Ist eine Verrechnung der QRTC mit Steuerschulden nicht oder nicht vollständig möglich, werden die QRTC auf künftige Steuerperioden vorgetragen, soweit diese die verrechenbaren Steuerschulden übersteigen.

5 Spätestens vier Jahre ab dem Zeitpunkt, in welchem die juristische Person die Bedingungen für die Ausrichtung des Beitrages erfüllt, ist der in der Form der QRTC zugesprochene Beitrag zur Auszahlung zu bringen.

§ 5j (neu) Förderung von Forschungskooperationen im Bereich der Life Sciences

1 Der Kanton kann neuartige Forschungskooperationen im Bereich Life Sciences zwischen in der Region tätigen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, universitären Spitälern und Kliniken und der im Kanton ansässigen und gemäss § 5d Abs. 1 steuerpflichtigen forschenden Industrie mit Beiträgen fördern.

2 Die Forschungskooperationen müssen einen globalen gesellschaftlichen Nutzen stiften.

3 Mit den Beiträgen werden die Kosten der öffentlichen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner oder mit Hochschulen assoziierten Forschungseinrichtungen oder einer Trägerschaft, die solche Forschungskooperationen organisiert, steuert und beaufsichtigt, mitfinanziert.

4 Die Beiträge werden auf Gesuch hin gewährt.

§ 5k (neu) Fonds für Innovation und Fonds für Gesellschaft und Umwelt

1 Zur Finanzierung der Beiträge gemäss § 5e wird der Fonds für Innovation und zur Finanzierung der Beiträge gemäss §§ 5f, 5g und 5j der Fonds für Gesellschaft und Umwelt eingerichtet.

2 Die Fonds werden jährlich mit einem Gesamtbetrag von 150 Millionen Franken bis zu 500 Millionen Franken geäufnet. Der Gesamtbetrag wird wie folgt aufgeteilt:

a) 80 % des Gesamtbetrages stehen dem Fonds für Innovation zu;

b) 20 % des Gesamtbetrages stehen dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt zu, wobei 15 Millionen Franken für Forschungskooperationen im Bereich der Life Sciences nach § 5j vorzusehen sind.

3 Der Regierungsrat entscheidet im Rahmen von Abs. 2 über die jährliche Zuweisung an die Fonds. Dabei berücksichtigt er den Grundsatz des Haushaltgleichgewichts.

4 Über die Entnahme der Mittel aus den Fonds entscheidet der Regierungsrat abschliessend. Er kann die Kompetenz an das zuständige Departement delegieren. Der Regierungsrat berichtet der Wirtschafts- und Abgabekommission alle zwei Jahre über die Entwicklung der Fonds und deren Wirkung.

5 Die zugesprochenen Beiträge dürfen insgesamt nicht höher sein als das jeweilige Fondsvermögen. Die den jeweiligen Fonds zugewiesenen Mittel werden, abgesehen von einer allfälligen Schwankungsreserve, wenn möglich innerhalb eines Jahres ausgerichtet.

6 Die in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung im Fonds Gesellschaft und Umwelt nicht verwendeten Mittel verbleiben in diesem Fonds. Danach fliessen die jährlichen Mittel, die nicht für die Zwecke Gesellschaft und Umwelt verwendet werden, jeweils in den Fonds für Innovation.

§ 5l (neu) Ansprüche

1 Mit Ausnahme der Beiträge an juristische Personen gemäss § 5f Abs. 2 und 3 besteht kein Anspruch auf Leistungen gemäss diesem Gesetz.

§ 5m (neu) Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu den §§ 5d – 5k.

§ 6 Aufgehoben.

§ 6a (neu) Datenaustausch

1 Mit dem Gesuch um Ausrichtung von Beiträgen gemäss §§ 5e – 5g gewährt die gesuchstellende juristische Person der zuständigen Behörde und von dieser zugezogene Dritten das Recht, Informationen und Daten, die zur Prüfung des Gesuchs

dienlich sind, beim jeweiligen öffentlichen Organ und Dritten ungeachtet von Berufs- und Amtsgeheimnissen und vertraglichen Geheimhaltungspflichten einzuholen.

§ 6b (neu) Rückforderung

1 Beiträge gemäss §§ 5e – 5g, die auf der Grundlage falscher Angaben zugesprochen wurden, verlieren ihre Anspruchsgrundlage oder sind zurückzuerstatten.

2 Rückzufordernde Beiträge gemäss Abs. 1 sind ab Entstehung des Rückforderungsrechts zu dem im Schweizerischen Obligationenrecht festgelegten Zinsfuss zu verzinsen.

3 Verlegt eine juristische Person ihren Sitz, die tatsächliche Verwaltung oder die bisher geförderte Tätigkeit gemäss § 5e in einen anderen Kanton oder ins Ausland, so kann die zuständige Behörde die gesamten Förderbeiträge der letzten drei dem Wegzug vorangehenden Jahre zurückfordern

§ 6c (neu) Rechtsmittel

1 Verfügungen, die in Anwendung dieses Gesetzes getroffen werden, können mit Rekurs nach den allgemeinen Regeln angefochten werden.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 81 gegen 10 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Die WAK beantragt, den Anzug Pascal Pfister und Konsorten abzuschreiben und die Anzüge Beda Baumgartner und Konsorten, Edibe Gölgeli und Sarah Wyss sowie Nicole Amacher und Konsorten stehenzulassen.

Die WAK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Nicole Amacher meldet sich zu Wort.

22.1. Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

[05.02.25 18:11:27, 23.5345.03]

Nicole Amacher (SP): Wir haben jetzt gesetzlich verankert, dass es drei Wochen Elternzeit gibt. Wir haben aber auch gesehen, dass noch nicht alle Arbeitnehmer:innen von diesen drei Wochen profitieren können. Wir haben uns natürlich, als wir die Anzüge gestellt haben zur Elternzeit, auch etwas anderes vorgestellt als diese drei Wochen. Ich beklage mich nicht, ich habe mich stark gemacht für diese drei Wochen im Rahmen dieses Kompromisses. Aber das ist für mich ein Anfang, und wir können jetzt nicht diese Anzüge so abschreiben. Für uns ist das nicht erledigt, zumal eben noch nicht alle Mitarbeiter:innen davon profitieren können. Ich denke, so lange nicht auch diese Mitarbeiter:innen profitieren können, können wir diese Anzüge nicht abschreiben und ich würde Sie bitten, diese Anzüge nicht abzuschreiben, weil die Mehrheit diese Anzüge ja auch unterstützt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen über jeden Anzug einzeln ab. Luca Urgese hat beantragt, alle abzuschreiben. Wir kommen zuerst zum Anzug Pascal Pfister und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005884, 05.02.25 18:13:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben den Anzug abgeschrieben mit 92 Stimmen gegen eine Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Wir kommen gleich zur nächsten Abstimmung zum Anzug Beda Baumgartner und Konsorten.

22.2. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

[05.02.25 18:13:47, 23.5344.03]

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005886, 05.02.25 18:14:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 83 gegen 15 Stimmen. Wir kommen zur Abstimmung zum Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss.

22.3. Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt

[05.02.25 18:14:33, 19.5255.05]

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005891, 05.02.25 18:14:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 50 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur letzten Abstimmung vom heutigen Abend, zum Anzug, Nicole Amacher und Konsorten.

22.4. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen»

[05.02.25 18:15:12, 23.5237.03]

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Der Grosse Rat beschliesst mir Stichentscheid der Präsidenten

Den Anzug abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich entscheide mich für Abschreiben.

Vielen Dank für die Überstunden, die Sie mit mir an meinem ersten Sitzungstag geleistet haben. Ich bedanke mich herzlich und wünsche einen schönen Abend.

Schluss der 2. Sitzung

18:16 Uhr

Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. Februar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Oliver Thommen (GP), Heidi Mück (BastA), Lydia Isler-Christ (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

23. Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo 2
24. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo. 4
24.1. Wahl einer nebenamtlichen Richterin ans Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von Derya Tokay-Sahin als Richterin am Strafgericht per 31. Dezember 2024), Bericht der WVKo 6
25. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung 6
27. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton) 18
28. Motion 1 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt 19
29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg 20
30. Motion 3 Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz 24
31. Anzug 1 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt 27
32. Anzug 2 Lydia Isler-Christ betreffend Teuerungsausgleich für Werkverträge per Ende Jahr 31
33. Anzug 3 Eric Weber betreffend Angeln als naturnahes Hobby fördern 31
34. Anzug 4 Eric Weber betreffend politische Neutralität an Schulen gewährleisten 32
35. Anzug 5 Eric Weber betreffend Grossrats-Broschüre „So wird in Basel-Stadt entschieden" bitte wieder auflegen und publizieren 33
36. Anzug 6 Eric Weber betreffend Gratis-Abfall-Entsorung für arme Leute 34
37. Anzug 7 Eric Weber betreffend mehr Dienstleistungen für die Herren und Damen Abgeordneten durch den Parlamentsdienst des Grossen Rates Basel 34
38. Anzug 8 Eric Weber betreffend Basler Parlament muss im Monat nach der Wahl in die neue Legislatur starten 35
39. Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule, Schreiben des RR 36
39.1. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend standardisierte Leistungschecks, Schreiben des RR 39

Beginn der 3. Sitzung

Mittwoch, 12. Februar 2025, 09:00 Uhr

23. Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

[12.02.25 09:00:23, 24.5203.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilungen.

Vertretungen in den Kommissionen: Die Fraktion SP hat die folgenden Vertretungen mitgeteilt: WAK vom 10. Februar bis 30. Juni Melanie Eberhard anstelle von Beda Baumgartner. PetKo vom 10. Februar bis zum 30. Juni Tim Cuénod anstelle von Beda Baumgartner. GPK 10. Februar bis 30. Juni Hanna Bay anstelle von Claudio Miozzari.

Neues Profilbild: Falls Sie sich noch nicht für einen Termin für ein neues Porträtbild eingetragen haben, so machen Sie das bitte heute noch auf der Website des Fotostudio Basilisk. Wir haben das mobile Fotostudio heute noch einmal oben im dritten Stock aufgebaut. Ab 13 Uhr gibt es noch freie Slots. Und sonst versuchten Sie es spontan und gehen Sie kurz vorbei. Als weitere Möglichkeit können Sie sich bis Ende nächster Woche beim Fotostudio Basilisk an der Clarastrasse fotografieren lassen, auch hier eine Anmeldung online.

Hinweis Teilnahme in Abwesenheit: Zu Ihrer Information, heute hat sich Lydia Isler Christ für eine Remote-Teilnahme an unserer Abstimmung angemeldet. Sie sehen dies aufgrund des abgedeckten Abstimmungsgerätes an ihrem Sitzplatz Nummer 12. Dieses darf nicht benutzt werden. Wenn die Lydia Isler Christ an einer Abstimmung teilnimmt sehen Sie dies, als wenn sie hier wäre. Es zeigt sie oben an.

Fundgegenstände: Letzten Mittwochabend wurden in der Kuppel ein blauer und ein gelber Schal gefunden. Falls Sie Eigentümerin oder Eigentümer wären, können Sie sich direkt bei der Kuppel melden und diesen dort abholen.

Noch eine zusätzliche Mitteilung, da ich schon vielseitig darauf angesprochen wurde: Heute Abend findet keine Nachtsitzung statt. Sie sehen dies jeweils auf dem Geschäftsverzeichnis oder im Internet. Dort steht, wann wir Sitzungen haben und wenn es eine eventuelle Nachtsitzung gäbe, würde dies ebenfalls in Klammer dort so festgehalten sein.

Dann kommen wir nun zu den traktandierten Geschäften.

Traktandum 23, Zuwahl von 4 neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 bis 2027, Bericht der Wahlvorbereitungskommission. Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, 1. Dr. Nicole Kuster Simon, 2. Dr. iur. Lukas Schaub, 3. Désirée Stramandino und 4. Dr. iur Nina Blum als Richter:innen am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Für die Kommission hat das Wort Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich darf hier anstelle des bisherigen Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission sprechen, der ja wie Sie wissen nicht mehr im Grossen Rat vertreten ist. Dies geschieht auch in Absprache mit dem neugewählten Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission, der bei der Behandlung dieses Geschäfts noch nicht in der Wahlvorbereitungskommission war.

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen mit dem vorliegenden Bericht die Wahl von vier in unseren Augen sehr geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl ans Appellationsgericht als nebenamtliche Richter:innen. Wie Sie dem Bericht der Wahlvorbereitungskommission entnehmen konnten, hatte die Kommission eine Auswahl von mehr als vier Personen für die vier neu geschaffenen Stellen am Appellationsgericht. Insgesamt sieben Personen wurden von den Fraktionen für die vier Stellen nominiert. Die Kommission hat daher bereits im Vorfeld beschlossen, alle Kandidatinnen und Kandidaten zu einem Hearing einzuladen, um allen auch die gleiche Ausgangslage geben zu können. Um ein möglichst faires Auswahlverfahren garantieren zu können, hat auch die Wahlvorbereitungskommission bereits im Vorfeld für sich Kriterien für die Bewertung der Kandidaturen aufgestellt.

An erster Stelle, und das ist es für uns ganz wichtig, steht die fachliche und persönliche Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der fachlichen Eignung achteten wir auch darauf, dass die Kandidatin oder der Kandidat einen breiten juristischen Background mitbringt, der die vielen verschiedenen Rechtsgebiete des Appellationsgerichts abdeckt. Andererseits war es aber für uns gerade kein Nachteil, wenn die Kandidatin oder der Kandidat insbesondere im Strafrecht sehr gute Kenntnisse mitbringt, da die Aufstockung am Appellationsgericht aufgrund der neuen Strafprozessordnung erfolgte und in diesem Rechtsgebiet viele neue Aufgaben auf das Gericht zukommen werden.

Daneben, aber erst in zweiter Linie, sollte auch die politische Vertretung und der Proporz eine Rolle spielen bei der Nomination oder bei der Empfehlung der Kommission. Die Kommission wartete daher bewusst auf die Resultate der Gesamterneuerungswahlen vom Herbst 2024, um einen neuen Fraktionsschlüssel zu erstellen. Hierbei wurden nebst den bisherigen Vertretungen der Fraktionen am Appellationsgericht auch die Vertretungen an allen anderen Gerichten berücksichtigt.

Ich möchte hier jetzt noch auf zwei Punkte eingehen, die während der Kommissionsberatung zu Diskussionen führten und die aber auch im Bericht im Detail nachzulesen sind. Erstens die Gewichtung der Übervertretungen oder Untervertretungen von Parteien und Fraktionen in den Gerichtspräsidien an den Gerichten. Eine Minderheit der Kommission fand, dass dies zu Korrekturen bei der Anwendung des Fraktionsschlüssels führen sollte. Wir kamen in der Kommission aber in der Mehrheit in diesen Fragen zum Schluss, diesen Aspekt weniger zu gewichten, weil die Gerichtspräsidien gemäss der Verfassung durch das Volk bestimmt werden. Wie bereits gesagt, können Sie die Linien der Diskussion und der Argumente im Bericht im Detail nachlesen.

Zweitens wurde auch die Frage gestellt und diskutiert, wie mit einer Kandidatur einer Kollegin oder eines Kollegen hier aus dem Grossen Rat umzugehen ist. Auch hier haben wir in unserem Bericht unsere Überlegungen dargelegt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es für uns kein Hinderungsgrund darstellt, eine Person zu empfehlen, die in unseren Reihen hier im Grossen Rat sitzt.

An dieser Stelle möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Kommission meinen Dank aussprechen für die tolle Zusammenarbeit und die wertschätzende Diskussionskultur. Unsere Wahlempfehlungen erfolgen nicht immer einstimmig, sind aber geprägt von gegenseitigem Respekt und Verständnis für die anderen Meinungen. Bei Gegenstimmen geht es dann meist nicht um die Einschätzung der Eignung der Kandidaturen, sondern es geht mehr darum, wenn wir gleichwertige Kandidaturen haben, welche Kriterien mehr oder weniger stark gewichtet werden.

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen einstimmig die Wahl von Frau Nicole Kuster Simon Herrn Lukas Schaub und Frau Désirée Stramandino und mit 4 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung Frau Nina Blum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Drittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen und starte die Abstimmung darüber.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005941, 12.02.25 09:09:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 89 Stimmen gegen eine Stimme für offene Wahlen entschieden. Somit schreiten wir zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von vier Richter/-innen zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005946, 12.02.25 09:10:50]*

Der Grosse Rat wählt

als neue nebenamtliche Richterinnen und Richter am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Nicole Kuster-Simon** (geb. 1978, whft. in 4051 Basel)

Dr. iur. **Lukas Schaub** (geb. 1980, whft. in 4053 Basel)

Désirée Stramandino, MLaw, (geb. 1985, whft. in 4125 Riehen)

Dr. iur. **Nina Blum** (geb. 1980, whft. in 4053 Basel)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vier Personen mit 91 Stimmen gegen eine Stimme bei einer Enthaltung gewählt.

Ich gratuliere Nicole Kuster, Lukas Schaub, Désirée Stamandino und Nina Blum zur Wahl als Richter:innen am Appellationsgericht und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

24. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

[12.02.25 09:11:32, 24.5470.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Fabian Odermatt sowie Meret Rieger als Richter:in am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Ich übergebe das Wort an Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch bei diesem Geschäft darf ich für den früheren Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission sprechen. Und auch bei diesem Geschäft hatten wir wie beim vorhergehenden mehr Kandidatinnen und Kandidaten als Stellen zu besetzen waren, was für uns auch eher ein ungewöhnlicher Fall ist, weil normalerweise bei Ersatzwahlen die Fraktionen, die die bisherigen Sitze innehatten, für die Nachfolge sorgen oder Kandidatinnen aufstellen.

Bei diesem Geschäft ging es um zwei nebenamtliche Richterinnen- und Richterstellen am Strafgericht. Diese Stellen wurden frei, weil zwei bisherige nebenamtliche Richter:innen den Sprung ins Gerichtspräsidium schafften. Wie bereits gesagt, erhielten wir mehr Bewerbungen, es waren insgesamt drei Bewerbungen, die wir von den Fraktionen erhielten für diese zwei Stellen.

Auch hier beschloss die Wahlvorbereitungskommission im Vorfeld, alle drei Kandidaturen zu einem Hearing einzuladen, da auch hier die Prämisse für uns galt, dass die fachliche und persönliche Eignung an erster Stelle stehen sollte. Nachdem sich die Kommission ein Bild von den drei Kandidatinnen und Kandidaten machen konnte und alle drei für sehr geeignet für das

Amt einschätzte, hat die Kommission dann schlussendlich beschlossen, dass sie das Kriterium des Verteilschlüssels der Fraktionen hier zur Grundlage nimmt, um weitere Entscheidungen zu fällen. Sie kam also zum Schluss, dass es keinen keinen Grund gibt, hier vom Schlüssel abzuweichen. Daher empfiehlt Ihnen die Wahlvorbereitungskommission einstimmig die Wahl von Herrn Fabian Odermatt und mit 6 Stimmen bei einer Enthaltung von Frau Meret Rieger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihne eine offene Wahl. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005949, 12.02.25 09:14:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 90 Stimmen gegen eine Stimme für offene Wahlen entschieden. Wir schreiten damit zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Fabian Odermatt zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005950, 12.02.25 09:15:37]*

Der Grosse Rat wählt

anstelle des per 30. November 2024 zurückgetretenen Dr. iur. David Mühlemann

Dr. iur. **Fabian Odermatt** (geb. 1985, whft. in 4051 Basel)

als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Die Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Fabian Odermatt zur Wahl als Richter am Strafgericht und wünsche ihm viel Freud und Erfolg im Amt. Er wurde mit 92 Stimmen gegen eine gewählt.

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Meret Rieger zustimmt, stimmt ja wer nicht zustimmt stimmt nein. Die Abstimmung startet jetzt.

24.1. Wahl einer nebenamtlichen Richterin ans Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von Derya Tokay-Sahin als Richterin am Strafgericht per 31. Dezember 2024), Bericht der WVKo

[12.02.25 09:16:29, 24.5481.02]

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Meret Rieger zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005952, 12.02.25 09:16:30]*

Der Grosse Rat wählt

anstelle der per 31. Dezember 2024 zurückgetretenen Dr. iur. Derya Tokay-Sahin

Meret Rieger, MLaw (geb. 1996, whft. in 4052 Basel)

als nebenamtliche Richterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

die Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Meret Rieger mit 93 Stimmen gegen eine Stimme als Richterin ans Strafgericht gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

25. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

[12.02.25 09:16:48, 22.1446.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage in zweiter Lesung zuzustimmen. Das Wort hat der Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die erste Lesung der Vorlage im Januar wurde noch in der alten Besetzung des Grossen Rates behandelt. Aufgrund einer speziellen Situation kam es im Verlauf der Behandlung zu einer etwas unübersichtlichen Lage. Über zwei Anträge der Regierung konnte schlussendlich nicht mehr abgestimmt werd. Es wurde eine zweite Lesung verlangt, die Ende Januar an der letzten Sitzung der GSK in alter Besetzung stattgefunden hat. Aufgrund der Tatsache, dass das vorliegende Gesetz weder im Parlament noch in der Kommission verändert wurde, berichten wir deshalb mündlich und zeitnah.

Da es schon kompliziert genug war oder ist, hat die alte GSK entschieden, dass ich als ehemaliger Präsident das Geschäft nochmals als Kommissionssprecher vertrete. In der zweiten Lesung haben wir in der Kommission erneut über einzelne Auswirkungen der Anpassung debattiert, insbesondere über die beiden Anträge Volle Erwerbstätigkeit und Altersschwelle, welche noch nicht im Parlament besprochen wurden. Die Positionen haben sich innerhalb der GSK aber nicht verändert und von der Minderheit wurden keine neuen Anträge eingereicht. Weil über die Anträge Karenzfrist und Zusätzliches Zimmer im Grossen Rat bereits inhaltlich debattiert und korrekt darüber abgestimmt wurde, verzichtete die Minderheit in der Kommission, diese wieder zur Diskussion zu stellen. Der Regierungsrat verzichtete ebenfalls darauf, diese beiden Anträge

neu zu stellen, so dass nun von den vier Anträgen noch zwei verbleiben, über die wir heute abstimmen müssen. Ich werde dies in der Detailberatung noch genauer erläutern. Die zweite Lesung hat somit das vorliegende Gesetz nicht verändert. Es gilt weiterhin die Version des Berichts der GSK.

Da die neuen Mitglieder des Parlaments die Eintretensdebatte nicht mitbekommen haben, werde ich nochmals kurz erläutern, um was es beim vorliegenden Mietbeitragsgesetz geht und kurz eine Orientierung geben zu den Anträgen, über die bereits abgestimmt wurde.

Von Vorteil wäre es, wenn die Fraktionssprechenden bereits in ihrem Fraktionsvotum ihre Position zu den beiden noch verbleibenden Anträgen der Regierung darlegen könnten. Zudem werde ich in der Detailberatung vor der jeweiligen Abstimmung der Paragraphen sie darauf aufmerksam machen, dass nun die Debatte zu einem vorliegenden Antrag möglich wäre. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, dass bei § 3 bereits über den Antrag der Regierung zur Wiedereinführung der §§ 8 bis 10, also explizit über das Thema der vollen Erwerbstätigkeit, gesprochen werden soll. Wie wir nun wissen, ist die Abstimmung bei § 3 entscheidend, wie es mit den §§ 8 bis 10 weitergehen soll.

Nun, worum geht es bei der Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes? Der Ratschlag zur Totalrevision ist für das soziale Basel von grosser Bedeutung. Die GSK hat sich für die Beratung ausführlich Zeit genommen und sich intensiv mit der Thematik und dem Ratschlag auseinandergesetzt. Die steilen Wohnkosten dominieren seit Jahren die sozialpolitische Debatte in Basel und in den grossen schweizerischen Städten. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und seit dem Jahr 2018 ist das Recht auf Wohnen in unserer Kantonsverfassung verankert. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren durch Mietzinssteigerungen und tiefe Leerstandsquote weiter verschärft. Es wurden zwar diverse Massnahmen ergriffen, um die soziale Wohnpolitik im Kanton zu fördern, wie beispielsweise das Wohnbauprogramm 1000 Plus, aber der Druck ist immer noch enorm hoch und so hat die Subjekthilfe mittels den bekannten Mietzinsbeiträgen an Familien weiterhin eine grosse Bedeutung. Das aktuelle Mietzinsbeitragsgesetz leistet finanzielle Unterstützung für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, bei mehr als einem Drittel der Haushalte handelt es sich dabei um Einelternfamilien.

Weil aber die Armutsquote bei Haushalten ohne Kinder hoch ist und eine Mehrheit der Armutsbetroffenen darstellen, sollen die Mietzinsbeiträge in Zukunft an Haushalte ohne Kinder ausgeweitet werden. Die Prüfung des Anzugs Thomas Witter Huber hat gezeigt, dass eine Erweiterung der Mietbeiträge auf Haushalte mit geringen Einkommen ohne Kinder zu einer gezielten Entlastung von armutsgefährdeten Personen führen würde. Der Regierungsrat beantragte mit dem Ratschlag eine Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes, dieses heisst nun neu Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen. Dabei wurden folgende Inhalte auf Gesetzesebene formuliert:

Mietbeiträge werden neu auch für Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder gesprochen. Die Anspruchsberechtigung beginnt mit 25 Jahren. Bedingung ist eine volle Erwerbstätigkeit, das heisst mindestens eine 80 Prozent-Anstellung, Haushalte mit Besuchsrecht werden bessergestellt und erhalten auch Mietbeiträge. Weiterhin ist der Mietbeitrag von Einkommen, Mietzins und Wohnungsgrösse abhängig. Mit dem totalrevidierten Gesetz werden rund 1’700 Haushalte zusätzlich von Mietbeiträgen profitieren und es ergeben sich zusätzliche Ausgaben von insgesamt 5 Millionen Franken pro Jahr.

Die GSK war sich einig, dass es sich um ein bedeutsames Geschäft handelt und befürwortet die Öffnung der Mietzinsbeiträge auf Haushalte ohne Kinder. Mit der Einführung von Mietbeiträgen soll eine möglichst schwellenlose Ablösung der Sozialhilfe möglich werden beziehungsweise schon im vornherein verhindert werden. Im Verlauf der Kommissionsberatung wurde von einem Teil der GSK mehrere Anträge gestellt, damit noch mehr Personen von Mietbeiträgen profitieren können. Der andere Teil der GSK möchte beim Vorschlag der Regierung bleiben. Die Abstimmungen zu den Anträgen führten in der GSK zu sehr knappen Entscheidungen inklusive zweier Stichentscheide durch den damaligen Präsidenten. Alle Anträge wurden angenommen. Die Kommission hat sich gegen einen Minderheitsbericht entschieden, da die Minderheit dieselbe Position wie der Regierungsrat vertritt.

In der Kommissionsberatung wurden insgesamt fünf Anträge bestellt. Der Antrag zur Karenzfrist: Dieser soll die Karenzfrist auf Gesetzesebene regeln und bei zwei Jahren festschreiben anstelle von fünf Jahren auf Verordnungsebene. Dieser Antrag wurde im Grossen Rat debattiert und es wurde korrekt darüber abgestimmt. Der Antrag der Regierung, auf die ursprüngliche Version von fünf Jahren zurückzukommen, wurde abgelehnt.

Der Antrag zur Wohnungsbelegung bei getrennt lebenden Eltern. Die Berechnung der Mietbeiträge und der Zimmerzahl sollen nicht zwischen den Elternteilen unterschieden werden. Auch hier wurde der Antrag der Regierung abgelehnt und es gilt die Version der GSK und somit die gleiche Regelung für beide Elternteile.

Zum Antrag zur Streichung der vollen Erwerbstätigkeit zugunsten einer Berechnung mittels hypothetischen Einkommens sowie zum Antrag zur Streichung der Altersschwelle von 25 Jahren kommen wir anschliessend in der Detailberatung. Der Antrag zum Haushaltsabzug wurde im Verlauf der Beratung wieder zurückgezogen.

Noch einmal kurz zur finanziellen Wirkung der Anträge: Die finanziellen Auswirkungen unterscheiden sich je nach Antrag, diese sind im Bericht der GSK detailliert ausgewiesen. Werden alle Anträge gemäss GSK umgesetzt, ergeben sich Kumulierungen. Neu profitieren 3’250 Haushalte gegenüber 1’700 Haushalten gemäss der Variante der Regierung, also rund 1’500 Haushalte zusätzlich. Die Kosten für die Mietbeiträge steigen mit der Erweiterung der GSK von 4,6 Millionen auf neu

8,1 Millionen Franken und die Verwaltungskosten verdoppelt sich knapp auf 700’000 Franken. Insgesamt resultieren aus der Erweiterung also Mehrausgaben von 3,2 Millionen Franken, auf der anderen Seite kommt es bei der Sozialhilfe zu Ausgabenreduktionen.

Die GSK beantragt dem Grossen Rat mit 6 zu 2 Stimmen, der durch die Kommission veränderten Beschlussvorlage gemäss Bericht der GSK zuzustimmen und den Anzug von Thomas Widmer Huber als erledigt abzuschreiben. Nochmals erwähnt, aufgrund Abwesenheiten bei der Schlussabstimmung in der Kommission entstand ein zu deutliches Stimmengewicht für den Beschluss der GSK-Mehrheit.

Zur Orientierung betone ich nochmals, dass die GSK-Mehrheit bei der erweiterten Gesetzesvorlage bleibt und die GSK-Minderheit den noch zu verbleibenden zwei Anträgen der Regierung folgt. Bitte achten Sie für die Abstimmung in der Detailberatung auf die genaue Formulierung. Und wie bereits erwähnt werde ich jeweils vor der Abstimmung zu den betreffenden Paragraphen mich nochmals mit einem Votum melden. Ich danke dem Parlamentsdienst beziehungsweise dem Präsidenten für ein entsprechendes Erinnern, falls es vergessen geht.

Abschliessend möchte ich nochmals erwähnen, dass sich die GSK klar für eine Ausweitung ausgesprochen hat, aber über die Breite des Angebots unterschiedliche Haltungen hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster an der Reihe ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Basel-Stadt ist ein Kanton mit einem grossen Wohlstand. Uns geht es gut, dank unserer Wirtschaft, dank unserer Geschichte, und das verpflichtet uns auch, für unsere soziale Verantwortung hier zu sein für diejenigen Menschen, die auf der Schattenseite stehen und die nicht so ein hohes Einkommen haben. Und auch diese Menschen gibt es hier bei uns im Kanton Basel-Stadt.

Die grossen Ausgabeposten bei Haushalten bei allen Haushalten, aber insbesondere bei Haushalten mit tiefen Einkommen sind die Krankenkassenprämien und die Mieten. Wir haben in beiden Bereichen zum Teil auch Steigerungen, die höher sind als die normale Teuerung. Bei den Krankenkassenprämien haben wir ein System, das in sich abgestimmt ist, wir haben die Ergänzungsleistung, die Sozialhilfe, auf der einen Seite, die Menschen mit ein IV- und AHV-Renten unterstützen oder Menschen unter dem Existenzminimum, die bei der Sozialhilfe sind. Und wir haben für die Menschen, die arbeiten und nicht auf der Sozialhilfe sind und tiefe Einkommen haben, die Prämienverbilligungen, die wir ja auch konstant jedes Jahr der Prämienteuerung anpassen. Ob das System ganz schön justiert ist, ist natürlich eine politische Diskussion, aber grundsätzlich haben wir ein soziales Sicherungssystem für diesen Bereich der Ausgaben.

Bei den Mieten haben wir das in vielen Bereichen auch. Wir haben einerseits die Objekthilfe, also wir schauen, dass preiswertes Wohnen entsteht und erhalten bleibt hier in diesem Kanton. Das ist auf Seiten der Objekte, aber wir haben auch auf Seite der Subjekthilfe – und auch das ist entscheidend, weil nicht alle alle die Möglichkeit haben, in preisgünstigem Wohnraum zu leben in dieser Stadt – ein breites Sicherungssystem, aber dort gibt es eben heute noch eine Lücke. Die Ergänzungsleistung leistet Mietbeiträge an Menschen mit einer IV-oder AHV-Rente, die Sozialhilfe leistet Mietbeiträge für Menschen, die in der Sozialhilfe sind, bei den Familien mit tiefen Einkommen haben wir erfolgreiche Mietbeiträge, aber dort ist eben bis heute die Bedingung, dass mindestens ein Kind in diesem Haushalt lebt. Eine Lücke haben wir bei kinderlosen Haushalten, also bei Einpersonen- und Paarhaushalten, die mit tiefen Einkommen sind und nicht in der Sozialhilfe sind und nicht eine AHV- oder IV-Rente haben. Und auch dort gibt es Armut, auch diese Menschen sind von Armut betroffen und genau hier setzt die Erweiterung an, die der Regierungsrat dem Grossen Rat vorschlägt.

Diese Lücke möchten wir heute schliessen und ich bin sehr froh, dass dieses Anliegen auch breit getragen wird durch alle Fraktionen, dass diese Lücke anerkannt ist und man jetzt diesen Schritt gehen will. Wie weit dieser Schritt geht, das haben wir im Januar schon diskutiert und das diskutieren wir heute. Wichtig auch aus einer Arbeitsanreizsituation ist, dass wir die Schwelle wegbekommen, knapp nach der Sozialhilfe. Dort haben wir heute die Situation, dass wenn jemand knapp nicht in der Sozialhilfe ist oder die Sozialhilfe verlassen kann wegen einer Arbeitstätigkeit, dann haben wir dort eine Lücke, dass die Person, obwohl sie arbeitet und ein höheres Einkommen generiert, am Ende des Tages vielleicht weniger Geld zur Verfügung hat. Und dies ist sehr störend aus einer Gerechtigkeitssicht und es ist auch störend, weil es die falschen Anreize setzt. Wir möchten, dass Arbeit sich lohnt. Und auch hier leistet die Erweiterung des Mietbeitragsgesetzes, die wir heute diskutieren, einen wichtigen Beitrag, um diese Schwelle bei Ein- und Zweipersonenhaushalten deutlich zu reduzieren. Also auch dies ist ein sehr wichtiger Grund für die Wichtigkeit dieses Geschäftes, das wir heute zum zweiten Mal diskutieren.

Ich möchte jetzt auf die Details eingehen, weil der Präsident wünscht, dass wir das im Eintreten machen. Dann halte ich mich auch an diesen Wunsch des GSK-Präsidenten. Der Regierungsrat hält in vier Themen, zu denen die GSK-Mehrheit Änderungen vorschlägt, an seinem Ratschlag fest. Er ist durchdacht und er hat auch seine Logik und deshalb hält auch der Regierungsrat an diesen Anträgen fest. Zwei davon wurden inhaltlich debattiert und es wurde darüber abgestimmt im Januar.

die haben wir zurückgezogen, da ist die demokratischen Diskussion erfolgt und Sie haben entschieden und sind der GSK-Mehrheit gefolgt.

Zwei inhaltliche Themen haben wir das letzte Mal nicht diskutiert und deshalb bin ich sehr froh, dass es eine zweite Lesung gibt und heute auch diese demokratische Auseinandersetzung um diese beide Anträgen möglich ist.

Zum ersten Antrag: Es geht um die Anforderung an die Erwerbsarbeit. Der Regierungsrat schlägt Ihnen hier eine höhere Hürde vor, als das bei den anderen Sozialleistungen der Fall ist, weil wir den Anspruch haben, damit man von dieser quasi neuen Sozialleistungen profitieren kann, dass man sich in den Arbeitsmarkt begibt und deshalb ist die Anforderung, dass jemand 80 Prozent arbeitet, damit er Anspruch auf diese Sozialleistung hat. Das ist anders bei den Prämienverbilligungen und anderen Sozialleistungen, auch bei den Familien. Weiterhin werden wir nicht mit diesem System arbeiten, sondern dort rechnen wir das Potenzialeinkommen ein, wenn jemand weniger arbeitet und eigentlich könnte, dann rechnen wir ein hypothetisches Einkommen dem Potenzialeinkommen dazu, was entsprechend die Sozialleistung reduziert. Wenn jemand also nicht voll arbeitet, hat das zur Folge, dass man tiefe Unterstützungsleistungen bekommt. Wir finden es richtig und auch inhaltlich gerechtfertigt, dass man die Hürde höher setzt. Deshalb stellt der Regierungsrat diesen Antrag und der Vorschlag ist dann in den §§ 3, 8, 9 und 10, und der Regierungsrat wird nach der ersten Abstimmung, falls er unterliegt, die folgenden drei Anträge zurückziehen, damit Sie nur einmal über dieses Thema abstimmen müssen.

Der zweite Punkt, der heute noch diskutiert wird, ist, ab wann diese Sozialleistung greift, ob ab 25 oder 18 Jahren, ob bereits 19-jährige Anspruch haben auf diese Leistung oder erst 25 bis 26-Jährige. 25 hat eine klare Konsistenz. 25 kennen wir an vielen Orten beim das Sozialversicherungsrecht. Auch bei den Kinder- und Familienzulagen ist 25 die entscheidende Schwelle beim Alter, davor auch bei den anderen Sozialleistungen rechnen wi junge Menschen, die unter 25 sind und in Ausbildung stehen, den Haushaltseinheiten der Eltern zu, wenn wir entscheiden, ob es eine Unterstützung gibt oder nicht. Der Grosse Rat hat eine Motion überwiesen, mit der die Grenze bei den Ausbildungszulagen erhöht wird auf 27 Jahr, so jedenfalls gemäss Erstüberweisung der Motion von Christine Keller. Und hier gehen Sie in die andere Richtung oder zumindest der Antrag der GSK-Mehrheit. Ich möchte Sie bitten, hier Konsistenz zu wahren, am besten bei beiden Themen, aber bei einem Thema immer weiter hoch zu gehen und beim anderen Thema immer tiefer runter, das ist nicht sehr konsistent.

Das andere ist die inhaltliche Frage. Ja, es ist zumutbar, dass jemand, der noch nicht 25 ist und nicht genügend verdient, um sich eine Ein- oder Zweizimmerwohnung zu leisten, entweder schaut, ein höheres Einkommen zu generieren, oder dann halt auf der Kostenseite einen Beitrag zu leisten, indem man in einer WG wohnt, wo die Kosten tiefer sind oder bei den Eltern bleibt. Das ist die andere Möglichkeit. Das ist auch inhaltlich zumutbar und es soll auch entsprechend Anreize setzen, damit man auch mittelfristig schaut, dass man sein Einkommen verbessern kann, insbesondere indem man sich auch weiterbildet und eine Berufslehre macht. Aus dieser Sicht ist es gut vertretbar und richtig, dass wir hier anders unterstützen als jemanden, der älter ist. Das ist der inhaltlich materielle Grund, der für das Alter 25 spricht. Und wir haben immer noch die Möglichkeit des Härtefalls. Wenn es für jemanden nicht zumutbar ist, dass er oder sie in einer WG wohnt oder nicht zumutbar ist, dass er oder sie bei den Eltern verbleibt, können wir Unterstützung leisten, aber nicht als Anspruch der immer gilt, wenn man entsprechend tiefes Einkommen hat und entsprechende Wohnkosten.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, bei diesen 25 zu bleiben und nicht diese Grenze herunterzusetzen und bei der Altersfrage und den sozialen Sicherungssystemen eine Konsistenz an den Tag zu legen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Fraktionssprecher hat sich Raoul Furlano gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich lege nur ganz kurz dar für diejenigen, die noch nicht da gewesen sind in der ersten Debatte und in der ersten Eintretensdebatte, wieso es zu einer zweiten Lesung gekommen ist. Die zweite Lesung ist habe ich beantragt und ist überraschenderweise durchgekommen, weil der Ablauf nicht ganz so demokratisch korrekt war. Was demokratisch korrekt abgelaufen ist, sind die die Diskussionen der ersten zwei Geschäfte, wie der Regierungsrat und auch korrekterweise unser ehemaliger Präsident der GSK berichtet haben.

Das ist alles gut und recht, in einer zweiten Lesung hätte man eigentlich das Recht, das ganze Geschäft noch einmal von vorne zu diskutieren. Viele haben gemeint, das wäre nur der Fall, wenn etwas juristisch nicht ganz gelaufen ist. Ja, wir hätten das Geschäft tatsächlich noch einmal in die neu zusammengesetzte GSK bringen und neu alle vier Geschäfte noch einmal im Plenum diskutieren können.

Das haben wir von bürgerlicher Seite aus taktischen Gründen, um Steuergeld zu sparen und um Zeit zu sparen, nicht mehr gemacht, weil wir eingesehen haben, dass in der GSK eine linke Mehrheit besteht, die Geschäfte genau gleich noch einmal diskutiert worden wären für nichts und wieder nichts, leider, und im Parlament wären wir auch unterlegen. Das ist der Hintergrund. Und ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen, darf ich auch sagen, wir haben das fair noch einmal diskutiert in einer letzten GSK-Sitzung, an der wir Bürgerlichen auch noch ein paar weitere Änderungsanträge eingebracht

haben, aber wir wollten das nicht noch einmal ausdiskutieren, sonst hätte sich das Geschäft noch weiter nach hinten verschoben.

Das Geschäft ist natürlich sehr wichtig. Seien Sie also nicht überrascht, wenn die LDP sich am Schluss vielleicht der Stimme enthält. Es ist eine absolut nötige und zielgerichtete Totalrevision. Das Problem ist nur, wie der Regierungsrat selber auch schon gesagt hat, dass man hinter dem rein Finanziellen nicht stehen könne, und der Regierungsrat hat sich etwas überlegt dabei. Und das ist nicht unsere Meinung. Er hat jetzt schon in der Eintretensdebatte argumentiert, was ich jetzt nicht tun will. Das ist jetzt eine Eintretensdebatte. Ich sage einfach, wie es dazugekommen ist, wie wir abstimmen werden. Wir und höchst wahrscheinlich auch die FDP, SVP und die Mitte werden bezüglich den zwei Änderungsanträgen, die noch debattiert werden, der Regierung folgen. Also passen Sie ganz fest auf, was der Präsident oben auf dem genau vorlesen wird, denn das letzte Mal ging das ein bisschen drunter und drüber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich fasse noch einmal kurz das Votum zusammen, das ich das letzte Mal gehalten habe hinsichtlich der übergeordneten Verfassungsebene. Die GLP steht voll hinter dieser Gesetzesrevision. Wir finden es richtig, dass man da etwas macht im Sinne dessen, dass wir ganz klar für eine Subjekthilfe sind und Objekthilfe im Bereich Wohnen eher kritisch sehen. geht. Das ist vermutlich bekannt ist, aber ich wollte es hier noch einmal sagen.

Was die beiden konkreten Anträge betrifft, die jetzt auf dem Tisch liegen, so werden wir den einen Änderungsantrag der Regierung unterstützen, nämlich dass man bei der Ratschlagsversion der vollen Erwerbstätigkeit bleiben soll. Den anderen Antrag werden wir nicht unterstützen. Wir finden es sinnvoll, dass man die Altersschwelle aus dem Gesetz streicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Auch ich halte mich kurz, ich hatte im Januar ein längeres Eintretensvotum gehalten. es tut mir Leid für die Neuen, dass sie das nun nicht hören, aber ich habe mich jetzt entschieden, die Bisherigen nicht noch einmal damit zu langweilen.

Ich war ja damals sehr enthusiastisch und habe laut herausgeschrieben, dass es ein guter Tag sei. Das war offensichtlich etwas ungeschickt, weil es sich dann gezeigt hat, dass es nicht so gut war respektive etwas chaotisch. Ich rufe das jetzt nicht nochmals aus, aber ich hoffe natürlich, dass heute ein guter Tag ist.

Die SP-Fraktion unterstützt weiterhin die GSK-Mehrheit, die GSK-Variante. Ich werde bei der Detailberatung dann nochmals inhaltlich darauf eingehen, was ich jetzt aber im Voraus schon nochmals betonen will ist folgendes: In meiner Arbeit begegne ich Tag für Tag Menschen, die sozial benachteiligt sind, die auf Mietbeiträge angewiesen sind, um überhaupt eine Wohnung zu finden. Sie wissen alle, es gibt wenig günstigen Wohnraum in Basel-Stadt und ob man 100 Franken mehr hat oder weniger, das macht in diesem Einkommensschichten extrem viel aus. Und was ich Ihnen auch versichern kann ist, dass alle diese Menschen am Kämpfen sind. Es ist nicht bei allen gleich prekär und existenziell, aber es gibt wirklich keine einzige Person, die sich irgendwie auf den Sozialleistungen des Staates ausruht. Auch wenn wir Mietbeiträgen Menschen am Existenzminimum unterstützen, ist es immer noch wahnsinnig wenig Geld, das sie zum Leben haben. Es ist immer noch sehr oft ein grosser Stress.

Die Annahme, dass es Anreize braucht für diese Leute, damit sie sich im Arbeitsleben anstrengen, damit sie Vollzeit arbeiten, ist wirklich einfach falsch. Anders gesagt, der Anreiz ist sowieso da, alle diese Leute würden gerne mehr Einkommen haben, um ein gesundes und anständiges Leben zu führen. Aber es ist einfach nicht so einfach, einen festen Job mit festem Pensum über 80 Prozent zu finden in diesem Niedriglohnsegment. Darauf gehe ich später noch ein.

Ich bitte Sie deshalb jetzt nur einfach für diese Debatte noch einmal die Scheuklappen zu öffnen und sich inhaltlich auf die Argumente einzulassen. Das würde mich sehr freuen. Die SP empfiehlt wie gesagt weiterhin, das Gesetz anzunehmen und die GSK-Variante zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Zumindest im Thierstein Schulhaus ist heute ein sehr grosser Tag, denn die Erstklässler bekommen ihr Schulmaskottchen Bilby, welches von den Eltern genäht wurde, überreicht. Ich war also heute in einer

Turnhalle mit rund 400 Schülern würde ich sagen, ich habe es im Kopf überschlagen, während sie diverse Lieder sangen. Ich kann davon ausgehen, dass zehn dieser Kinder Familienmietbeiträge haben, die Quote im Gundeli ist 2,2 Prozent, ein bisschen höher als in anderen Quartieren, aber auch ein bisschen niedriger als in Kleinhüningen.

Diese zehn Familien profitieren davon. Das ist eine grosse Entlastung für die Eltern, die so vielleicht Ressourcen für anderes haben. Das hat mich sehr gefreut für diese Familie, und ich denke, wir haben hier ein grossartiges Gesetz, welches eine grossartige Entlastung bringt, welches Ressourcen frei macht für andere Probleme. Diese 400 Familien haben wahrscheinlich alle irgendein Problem, grösser oder kleiner. Uns es ist schön, wenn wir etwas dazu beitragen können.

Ich möchte dann auch nicht mehr gross auf die Mietbeiträge insgesamt eingehen, sondern einfach noch etwas zur Erwerbstätigkeit sagen. Ich spreche im Übrigen für die BastA und meine Fraktion und wir unterstützen hinsichtlich Erwerbstätigkeit den Antrag der GSK-Mehrheit. Es ist wichtig, das hypothetische Einkommen ist etwas Wunderbares, weil der Entscheid, wie viel Geld man erhält, ist nicht beim Gesuchbeantworter, sondern beim Gesuchsteller oder der Gesuchstellerin. Die Person kann selber entscheiden, auf etwas Geld zu verzichten und dafür weniger zu arbeiten. Manchmal ist dieser Entscheid vielleicht nicht ganz freiwillig, weniger zu arbeiten, manchmal ist es auch freiwillig. Wir sein ein Land und auch ein Kanton der Vereine, wir haben extrem viel Freiwilligenarbeit, extrem viel Milizarbeit. Wir alle hier drin kennen das bei unseren Pensen. Manchmal muss man Ressourcen freimachen, um etwas anderes machen zu können und hier sollte das mit dem Hypoeinkommen eigentlich auch belohnt werden, dass sich die Menschen engagieren. Es ist keine Selbstverständlichkeit. Und das schafft das hypothetische Einkommen, es ist ein wunderbares Instrument, ich bitte Sie, das zu unterstützen.

Bei der Altersschwelle möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass man nicht immer von sich selber auf andere schliessen darf. Nicht alle studieren bis 25, manche machen eine Lehre und sind mit 25 eigentlich schon voll im Erwerbsleben. Nun reicht es nicht. In der Sozialhilfeberatung kann ich schon sagen, erhöhen Sie doch ihr Einkommen. Es ist aber nicht so einfach, es geht manchmal nicht. Natürlich könnte man Anreize setzen, Weiterbildungen zu machen, aber ich kann Ihnen versichern, in der Sozialhilfeberatung oder auch in Beratungen für das gesamte Beitragswesen raten wir jungen Leuten immer, Weiterbildungen zu machen. Manchmal klappt es nicht. Es gibt diverse Gründe. Hier einfach zu sagen, dass Sie zu den Eltern gehen sollen und ihre Situation selber lösen, ist extrem ungerecht im Vergleich zu denen, die 26 Jahre als sind und dasselbe Problem haben. Es ist eine künstliche Grenze. Bei Familienzulagen kennt man sie, es gibt auch das Stimmrecht mit Grenze 18. Es ist eine künstliche Grenze, wir hier drin können sie setzen und ich bitte Sie, diese bei der Volljährigkeit zu setzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinem weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Eintreten wurde bereits beschlossen, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses. Zu § 3 Anspruch und Festsetzung des Mietbeitrags Abs. 3: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrats vor. Er beantragt, den zweiten Satz in Abs. 3 zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Aus dem Text wird es vielleicht nicht ganz ersichtlich, aber hier geht es jetzt um die Frage der Erwerbsarbeit, ob erwartet wird, dass Ein- und Zweipersonen-Haushalte, die Mietbeiträge erhalten möchten, mindestens 80 Prozent arbeiten müssen oder ob man das , wenn man der GSK-Mehrheit folgt, mit dem Hypoeinkommen hochrechnet. Das ist hier die Frage. Ich habe die Gründe vorhin dargelegt, weshalb der Regierungsrat hier die Hürde höher setzt und das in diesem Bereich, da es eine neue Sozialleistung ist, auch für gerechtfertigt erachtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher der GSK.

Oliver Bolliger (BastA): Wie schon erwähnt, sprechen wir eigentlich nicht um den zu streichenden Satz, der ein Überbleibsel aus dem alten § 9 war, sondern um eine Wiedereinführung der vollen Erwerbstätigkeit aus den alten §§ 8 bis 10 der Regierungsratsvorlage. Also wir sprechen jetzt über den Anspruch und die Festsetzung des Mietbeitrags und somit über den Punkt volle Erwerbstätigkeit gemäss Regierung oder hypothetisches Einkommen gemäss GSK-Mehrheit.

Der dritte in der GSK angenommene Antrag ersetzte die volle Erwerbstätigkeit, also eben mindestens eine 80 Prozent-Anstellung als Anspruchskriterium. Die Mietbeiträge sollen stattdessen auf der Basis eines hypothetischen Einkommens berechnet werden als das theoretisch erzielbare Einkommen auf der Basis einer zumutbaren Arbeit.

Der Ratschlag der Regierung und die Minderheit der Kommission möchten an der vollen Erwerbstätigkeit festhalten. Bei den Mietbeiträgen soll im Gegensatz zu anderen Sozialtransferleistungen strikter verfahren werden, bei Personen oder Paaren

ohne Kinder soll der Anreiz zur Bereitstellung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln hochgehalten werden. Die Eigenverantwortung bei der Stellenauswahl bringt dies zum Ausdruck und dieser Anreiz muss bestehen bestehen bleiben.

Die Mehrheit der GSK sieht dies jedoch anders. Die Eintrittsschwelle ist mit dem Kriterium der vollen Erwerbstätigkeit sehr hoch und bringt ungewollte negative Seiteneffekte mit sich. Nicht alle Erwerbsfähigen haben die Möglichkeit, einer vollen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Viele Anstellungen beispielsweise in der Gastronomie oder in der Reinigung sind temporär und das Pensum schwankt hin und her. Das Kriterium der vollen Erwerbstätigkeit führt dazu, dass die nicht gewollten Schwelleneffekte bei der Sozialhilfe bestehen bleiben und so Lücken entstehen und ein hoher administrativer Aufwand beim Hin- und Herwechsel zwischen den Sozialleistungen entstehen könnte. Auswertungen hätten gezeigt, dass die wenigsten Sozialhilfebeziehenden eine volle Erwerbsarbeit vorweisen können. Mit dieser hohen Eintrittsschwelle wird das sozialpolitische Ziel des Gesetzes aus Sicht der GSK-Mehrheit verpasst. Kommt hinzu, dass das hypothetische Einkommen als Berechnungsinstrument für die Auszahlung von Sozialleistung weit verbreitet und bewährt ist. Der Anreiz für eine höhere Erwerbsarbeit wäre weiterhin vorhanden und die Praxis beim zuständigen Amt für Sozialbeiträge bestens bekannt.

Mit dem Antrag zur Aufhebung der vollen Erwerbstätigkeit zugunsten einer Berechnung mit hypothetischem Einkommen würden 2’600 anstelle von 1’700 Haushalte erreicht werden, also rund 900 Haushalte mehr, die Mehrkosten gegenüber dem Vorschlag der Regierung wären zusätzlich 2 Millionen Franken bei den Mietbeiträgen und rund 200’000 Franken mehr an Verwaltungskosten.

Gerade bei diesem Antrag kann von einem entlastenden Effekt mindestens aus Sicht der GSK-Mehrheit bei der Sozialhilfe ausgegangen werden. Die GSK hat sich bei 5 zu 5 Stimmen mit Stichentscheid des damaligen Präsidenten zugunsten des Antrags für einen Wegfall der vollen Erwerbstätigkeit als Anspruchskriterium entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben noch zwei Sprecherinnen und Sprecher auf der Liste. Melanie Nussbaumer hat das Wort für die SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich habe vorher schon erwähnt, dass ich hier jetzt etwas ausführlicher werde. Mir ist nämlich bewusst, dass die Erweiterung der GSK den schwersten Stand hat. Deshalb ist es mir wichtig, das gut zu erklären.

Mir ist bewusst, dass diese Erweiterung den schwersten Stand hat und zwar aus zwei Gründen: Es ist der teuerste und dieser Teil der Regierungsratsvorlage bedient den Mythos, dass armutsbetroffene Menschen faul seien und deshalb künstliche Anreize brauchen, mehr zu arbeiten. Lassen Sie mich auf beides kurz eingehen.

Warum ist es die teuerste Erweiterung? Weil damit natürlich die grösste Lücke geschlossen wird, die vom Regierungsrat unnötigerweise geöffnet wurde. Würden wir der GSK folgen, würden neu 2’700 Haushalte anstatt nur 1’700 Haushalte davon profitieren. Und 1’000 Haushalte mehr kosten logischerweise etwas. Das Preisschild ist bei circa 2 Millionen Franken. Ich will jetzt keine Vergleiche ansetzen mit anderen Themenbereichen, mit anderen Geschäften, die wir hier in diesem Saal auch verhandeln. Aber ich weise gerne nochmals auf das Gesamtbudget des Kantons Basel-Stadt von 5,2 Milliarden Franken hin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es sind 2 Millionen bei einem Budget von 5,2 Milliarden, die in ein sozialpolitisches Instrument fliessen, das funktioniert, das zielgerichtet ist, wie wir gehört haben, ein Instrument, das auch evaluiert wurde und die Evaluation hat gezeigt, dass es Armut wirkungsvoll bekämpft. Und dieses Instrument macht natürlich für alle armutsbetroffenen Menschen Sinn. Auch für alleinstehende Personen, die nicht Vollzeit respektive weniger als 80 Prozent arbeiten.

Ich bitte deshalb nochmals darum, die Folie zu zeigen mit der Grafik, die habe ich letztes Mal ja schon gezeigt, um einfach nochmals ganz plastisch darzustellen, worum es geht. Ich habe das letztes Mal schon erklärt, die grüne Linie, das ist die Sozialhilfe, das Einkommen, das man hat bei der Sozialhilfe und hier will ich nochmals betonen, das ist das Existenzminimum, auf das wir uns als Gesellschaft geeinigt haben, das tiefste Existenzminimum, das wir haben. Das Ziel dieser Mietbeiträge – das hat Regierungsrat Kaspar Sutter vorher auch ausgeführt – ist, dass man nicht tiefer fällt, dass man nach der Ablösung der Sozialhilfe nicht weniger hat als mit der Sozialhilfe, wenn man ins Arbeitsleben eintritt und wieder arbeitet. Der Regierungsrat hat gesagt, dass es einen Anreiz geben soll, sich von der Sozialhilfe zu lösen und zu arbeiten und selbstständig zu sein. Und damit das geschieht, braucht es eben Mietbeiträge, die diese Schwelle ein bisschen abfedern, damit es sich eben lohnt, sich von der Sozialhilfe zu lösen. Das ist das Ziel dieses Gesetzes.

Im Umkehrschluss: Wenn wir jetzt 1000 Haushalte davon ausschliessen mit dieser künstlichen Hürde, bedeutet das, dass wir jeglichen Anreiz nehmen, dass sich diese Personen aus der Sozialhilfe lösen, wenn sie noch keine 80 Prozent-Stelle haben. Es lohnt sich dann nicht für sie, sich abzulösen, sie fallen dann unter das Existenzminimum. Der Regierungsrat dachte, er sei schlau und schaffe damit eben einen Anreiz, damit die Leute mehr arbeiten. Aber ehrlich gesagt, es ist einfach ein Eigentor, das geschossen wurde. Denn das Gegenteil passiert. Er schafft mit dieser Hürde einen Anreiz, in der Sozialhilfe zu bleiben, und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, macht auch finanzpolitisch nicht Sinn, weil die Sozialhilfe ist viel teurer, als wenn man selbstständig arbeitet und auch noch zusätzlich Mietbeiträge bekommt.

Und wenn Sie jetzt einwenden, diese Leute sollen dann einfach 80 Prozent arbeiten gehen, dann ist das Problem gelöst, dann können sie sich lösen und bekommen einfach noch Mietbeiträge, dann sprechen Sie einfach an der Realität dieser Menschen vorbei. Das sind oft Menschen, die keine Ausbildung abgeschlossen haben oder einen Abschluss gemacht haben, aber der nicht anerkennt wird in der Schweiz, die im Niedriglohnsegment arbeiten. Das sind Personen, die nicht einfach frei einen Job auswählen können auf dem Arbeitsmarkt, wie Sie wahrscheinlich alle. Diese haben oft keine Festanstellungen, sondern es sind oft temporäre Anstellungen, es sind unsichere Arbeitsplätze oft auch mit grossen Pensumunterschieden von Monat zu Monat oder es sind Stundenlohnangestellte. Das sind zum Beispiel Bauarbeiter, die im Sommer vielleicht in einem temporären Büro angestellt sind und 100 Prozent arbeiten können und im Winter, weil es weniger Aufträge gibt, nur noch 50 Prozent arbeiten können. Oder es sind Putzkräfte, die vielleicht in einem Unternehmen arbeiten, und wenn es Zusatzaufträge gibt, haben sie ein 80 Prozent-Pensum, im nächsten Monat reicht es dann halt wieder nicht, es gibt zu wenig Aufträge im Unternehmen, und dann fallen Sie unter diese 80 Prozenthürde.

Wir bestrafen also mit dieser Eintrittsschwelle Leute, die eh schon in unsicheren Jobs sind, die in prekären Verhältnissen leben. Auch armutspolitisch wie auch finanzpolitisch macht das keinen Sinn. Und auch bürokratiepolitisch macht das keinen Sinn, falls es dieses Wort überhaupt gibt. Diese Eintrittshürde führt zu einem wahnsinnig hohen administrativen Aufwand. Nehmen wir einen Mann, der sich von der Sozialhilfe ablöst, weil er für sechs Monate einen Temporärjob bekommen hat mit einem 90 Prozent-Pensum. Er meldet sich beim Amt für Sozialbeiträge für einen Mietbeitrag an. Das ASB nimmt die Unterlagen an, prüft alles, berechnet seinen Beitrag und zahlt es ihm aus. Nach Ablauf dieses Temporärjobs nach sechs Monaten kann das Temporärbüro ihm nur noch eine 50 Prozent-Stelle anbieten, wieder vielleicht für drei bis vier Monate. Er muss sich beim ASB anmelden, weil er sonst Sozialmissbrauch verübt. Das heisst, das ASB meldet ihn wieder ab, löscht alles seine Daten, alles weg. Zum Glück schafft er es, sich irgendwie über den Runden zu halten und er lebt ein paar Monate unter dem Existenzminimum. Und dann bekommt er vielleicht eben im Sommer wieder ein höheres Pensum. Er meldet sich also wieder beim Amt für Sozialbeiträge an. Das Amt für Sozialbeträge nimmt alles wieder auf, prüft seine Unterlagen und zahlt die Beiträge wieder aus.

Dieses Spiel kann man endlos weiterführen und es kann auch zwischen den Antragstellenden und dem Amt für Sozialbeiträge geschehen, aber es könnte auch zwischen der Sozialhilfe und dem Amt für Sozialbeiträge geschehen. Ein Hin und Her, ein Abmelden, Ablösen, Anmelden, wieder Abmelden usw. Es ist ein riesiger bürokratischer Aufwand, einfach weil der Regierungsrat davon ausgeht, dass die Leute irgendwie einen künstlichen Anreiz brauchen, um überhaupt mehr zu arbeiten. Das ist absurd.

Kurz, anstatt dass wir Working Poor im Niedriglohnsektor unterstützen und entlasten, belasten wir sie noch mehr, respektive lassen wir sie bewusst unter das Existenzminimum fallen oder wir nehmen gleich jeglichen Anreiz, um sich aus der Sozialhilfe zu lösen. Und einfach damit es klar ist und das kann der Regierungsrat vielleicht auch noch bestätigen, Mietbeiträge ersetzen nie einen ganzen Lohn, auch wenn der Lohn dem Mindestlohn entspricht. Das heisst, es lohnt sich immer für die Menschen, mehr zu arbeiten.

Daher bitte Sie, sich von diesem traditionellen, ja etwas veralteten Bild einer Festanstellung mit einem immer gleich hohen Pensum zu lösen und genau auf die Realität dieser Menschen zu schauen. Die Menschen in dieser Einkommensschicht sind nicht faul, sie brauchen keine Anreize, um mehr zu arbeiten. Das Instrument der Mietbeiträge wurde getestet und als wirkungsvoll und gut befunden. Jetzt müssen wir es einfach noch für alle zugänglich machen, anstatt einen Drittel der Zielgruppe auszuschliessen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diesen Antrag des Regierungsrats abzulehnen und der GSK-Mehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster Fraktionssprecher hat sich Tobias Christ für die GLP gemeldet.

Tobias Christ (GLP): Ich habe leider kein so langes Votum vorbereitet, das vielleicht nötig gewesen wäre nach diesem Votum von Melanie Nussbaumer. Ich kann ihr inhaltlich in ganz vielen Punkten folgen, ich habe Sympathien und ich sehe die Probleme. Hingegen haben wir es uns in der GLP sicher nicht leicht gemacht bei diesem Thema. Wir sind aber zu einem anderen Schluss gekommen und folgen hier der Regierung. Wir finden es richtig, dass die Schwelle volle Erwerbstätigkeit im Gesetz bleibt. Wir vertrauen darauf, dass die Regierung und die Verwaltung auf Verordnungsebene Wege finden werden, um wenigstens ein Teil dieser Probleme, die von Melanie Nussbaumer angesprochen worden sind, abzufedern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden, aber wenn man einzelnen Rednern zuhört, muss man doch etwas sagen. habe eigentlich nicht wollen reden. Aber wenn man dann da den einzelnen Rednern zuhört, muss man doch etwas entgegnen. Es handelt sich um die Rede meiner Vorrednerin Melanie Nussbaumer.

Ich kann mich kurz fassen. Melanie Nussbaumer hat mehrmals gesagt, dass der Bürokratieaufwand zu gross sei. Aber Basel-Stadt ist weltweit die Stadt mit den meisten IV-Renten und Sozialhilfe und mit den meisten Leuten, die nicht arbeiten gehen. Das kann man nachlesen.

Melanie Nussbaumer, Sie haben gesagt, der Bürokratieaufwand sei zu gross. Ich sage, es handelt sich um Leute, die man nennen in der Fachsprache Bittsteller nennen darf. Es sind Leute, die eine Geldleistung beantragen, die der Steuerzahler zahlt Und wenn jemand ein Bittsteller ist und Geld beim Kanton beantragt, dann kann man davon ausgehen, dass der Bittsteller Zeit hat, von einem Amt zum anderen zu gehen, und er kann das sogar zu Fuss machen und braucht nicht einmal ein Abonnement.

Man kann von den Bittstellern schon ein bisschen etwas verlangen. Es ist mir einfach in dem Kanton zu viel Soziales. Das ist einfach so, und ich muss wirklich sagen, es wird den Leuten vor den Boden gelegt. Ich habe auch gestern jetzt wieder meinen Rundgang gemacht durch die Stadt Basel, habe verschiedene Departemente besucht, habe Prospekte und Bücher geholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Es gibt überall diese Hefte und Informationsbroschüren, in denen steht, dass man Geld beantragen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Fleur Weibel gemeldet.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich habe jetzt die Debatte zu diesem Antrag beobachtet. Und ich habe dabei beobachtet, dass Sie alle Melanie Nussbaumers Votum sehr aufmerksam zugehört haben. Und ich glaube, das hat einen guten Grund, weil Melanie Nussbaumer nämlich in aller Ausführlichkeit und in aller Genauigkeit aufgezeigt hat, was es bedeutet, wenn wir jetzt der GSK zustimmen und nicht an dieser von der Regierung vielleicht auch ein bisschen als Sparmassnahme vorgesehenen 80 Prozent-Hürde festhalten. Und wenn sich mein Eindruck bestätigt, den ich hatte von Ihnen, als Sie Melanie Nussbaumer zugehört haben, dann habe ich das Gefühl, dass einige von Ihnen gehört haben, dass Melanie Nussbaumer Recht hat in ihren Ausführungen und ich bitte Sie deshalb, vielleicht noch mal zu überlegen, ob Sie hier nicht der Variante der GSK folgen möchten, um dieses Instrument der Mietzinsbeiträge, das wirklich ein extrem wichtiges und gutes Instrument ist, um Personen aus der Sozialhilfe abzulösen und die Schwelle zu senken, genehmigen möchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Regierung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005955, 12.02.25 10:06:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der GSK entschieden mit 49 gegen 48 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 4

§ 4 Beginn und Ende des Anspruchs

Abs. 1 bis 2

§ 5 Belegung der Wohnungen

Abs. 1 bis 3

§ 6 Sicherstellung der bestimmungsgemässen Verwendung

Abs. 1 bis 2

§ 7 Subsidiarität

Abs.1 bis 4

Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sie haben jetzt entschieden und zwar relativ knapp. Aber damit das Gesetz konsistent ist, zieht der Regierungsrat die Anträge zu §§ 8, 9 und 10 zurück. Wenn jetzt die Mehrheiten ändern, wäre es komplett inkonsistent. Das war auch so abgemacht und wir ziehen die Anträge zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt § 11 Altersgrenze gemäss Synopse und Ratschlag. Wir eröffnen die Debatte. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter als Antragsteller.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich habe mich vorhin schon dazu geäussert, aber Sie haben jetzt bei drei Anträgen schon den finanziellen Rahmen deutlich erhöht. Ich möchte es jetzt bitten, bei diesem vierten Antrag zumindest zu diesem kleinen Betrag bei der Regierungsvariante zu bleiben. Ich habe Ihnen gesagt, seien Sie konsistent. 25 bei der Sozialversicherung ist ein konsistentes Alter, das wir in vielen Bereichen haben. Machen Sie es auch hier, wählen Sie 25 Jahre und nicht die beantragten 18 Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommission hat das Wort Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Nun sprechen wir über den letzten verbleibenden Antrag. Es betrifft, wie schon erwähnt, die Altersschwelle. Diese war im § 11 der Regierungsratsvorlage geregelt. Auch diesen Paragraphen hat die GSK aufgehoben und der Regierungsrat möchte diesen Paragraphen wieder einfügen.

Die GSK hat den Antrag zur Aufhebung der Altersschwelle angenommen und die gemäss Vorlage der Regierung bestehende generelle Altersgrenze von 25 Jahren wie erwähnt aufgehoben. So wären auch ohne Ausnahmeregelung Mietbeiträge ab Erreichen der Volljährigkeit möglich. Nach der Mehrheit der GSK geht der Ratschlag der Regierung von einem Idealfall aus, der so nicht besteht. Nicht alle Menschen unter 25 Jahren befinden sich noch in Ausbildung und leben noch zu Hause bei den Eltern. Unterhalb dieser Altersgrenze gibt es ganz verschiedene Lebensrealitäten. Es gibt Personen, die eine Erstausbildung bereits abgeschlossen haben und andere, die diese erst angehen. Gerade junge Erwachsene nach einer Lehre in einem Tieflohnbereich wohnen oftmals selbstständig und könnten von Mietbeiträgen profitieren, und dies wäre aus armutspräventiver Sicht von grossem Vorteil. Die Möglichkeit, neue Ausnahmen zu ermöglichen, ist zwar schon einmal eine Verbesserung gegenüber der Vernehmlassung, aber es bleibt eine zusätzliche, unnötige Schwelle, die von einem Bezug abschrecken. Der Paragraph kann aus Sicht der Mehrheit der GSK deswegen aufgehoben werden.

Aus Sicht der Minderheit bestehen Unterstützungsbeiträge für die Ausbildung für Personen unter 25 Jahren. Damit junge Erwachsene bis zur Vollendung ihres 25. Altersjahr einen Anreiz haben, sich weiterzubilden und so nicht während ihrer gesamten Erwerbstätigkeit auf Mietbeiträge angewiesen zu sein, sollen die Mietbeiträge eben schon nicht ab 18 Jahren

möglich werden. Es sei eine verbreitete Realität, dass unter 25 Jährige noch bei den Eltern oder in einer WG leben und es gibt ja die Möglichkeit eben dieser Ausnahmeregeln.

Zur Auswirkung dieses Antrags: Bei einer Aufhebung der Altersschwelle von 25 Jahren wird mit zusätzlichen 100 Haushalten gerechnet und die Mehrkosten bei den Mietbeiträgen belaufen sich auf 200’000 Franken und 25’000 Franken Mehrausgaben bei der Verwaltung, also insgesamt Mehrausgaben von rund 225’000 Franken.

Die GSK hat sich mit 5 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung zugunsten des Antrags für die Aufhebung der Altersschwelle von 25 Jahren entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, damit schreiten wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Regierung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005957, 12.02.25 10:11:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 55 gegen 43 stimmen.

Wir führen die Detailberatung weiter und kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss in zweiter Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 6 Nein, 30 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005959, 12.02.25 10:13:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck und Gegenstand

1 Dieses Gesetz bezweckt und regelt die Gewährung von Beiträgen an die Miete (Mietbeiträge) von bedarfsgerechtem Wohnraum gemäss der finanziellen Leistungsfähigkeit der Antragstellenden.

§ 2 Wohnsitz und Mindestdauer

1 Die Anspruchsberechtigung setzt voraus, dass bei einem Einpersonenhaushalt die antragstellende Person und bei einem Mehrpersonenhaushalt zumindest eine der antragstellenden Personen bei Einreichen des Antrags seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt hat.

§ 3 Anspruch und Festsetzung des Mietbeitrags

1 Die Ermittlung des Anspruchs auf Mietbeiträge richtet sich nach dem massgeblichen Einkommen gemäss § 6 des Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen, SoHaG) vom 25. Juni 2008 der massgeblichen wirtschaftlichen Haushaltseinheit nach § 5 SoHaG.

2 Massgebend für die Festsetzung des Mietbeitrags ist ferner der dem Vermieter oder der Vermieterin gemäss Vertrag geschuldete Mietzins (Nettomiete), einschliesslich einer vom Regierungsrat nach Massgabe der Wohnungsgrösse festgelegten Pauschale für die Nebenkosten (massgebender Mietzins).

3 Der Regierungsrat regelt die Mietbeiträge für getrennt lebende oder geschiedene Elternteile für die Ausübung des Besuchsrechts. Er kann für besondere Verhältnisse wie Fremdplatzierungen weitere Bestimmungen erlassen.

4 Der Regierungsrat legt die Mietzins- und die Beitragsgrenzen fest.

§ 4 Beginn und Ende des Anspruchs

1 Falls die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, beginnt der Anspruch auf Mietbeiträge ab dem Folgemonat der Antragstellung.

2 Der Anspruch auf Mietbeiträge endet auf das Ende des Monats, in welchem die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind. Der Anspruch erlischt mit Erreichen des Referenzalters nach Art. 21 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) vom 20. Dezember 1946.

§ 5 Belegung der Wohnungen

1 Bei Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern, besteht der Anspruch auf Mietbeiträge in der Regel nur, wenn die Zahl der Zimmer diejenige der Mitglieder der Haushaltseinheit gemäss § 5 SoHaG nicht übersteigt. Wohnen getrennt lebende oder geschiedene Eltern nicht mit ihrem Kind oder ihren Kindern zusammen, erhöht sich die für die Ausübung des Besuchsrechts sowie der alternierenden Obhut zulässige Zimmeranzahl um ein zusätzliches Zimmer pro Kind.

2 Sinkt die Belegung während der Mietdauer, wird der Beitrag vermindert, oder er entfällt ganz.

3 Der Regierungsrat erlässt die näheren Ausführungsbestimmungen.

§ 6 Sicherstellung der bestimmungsgemässen Verwendung

1 Bieten die anspruchsberechtigten Personen keine Gewähr für eine bestimmungsgemässe Verwendung des Beitrages, kann die Auszahlung vorsorglich eingestellt oder an Dritte angeordnet werden. Der Regierungsrat erlässt die näheren Bestimmungen.

2 Der Anspruch auf Mietbeiträge darf weder abgetreten, ver- oder gepfändet, noch mit Arrest belegt oder in die Konkursmasse einbezogen werden. Jede solche Handlung ist nichtig.

§ **7** Subsidiarität

1 Solange Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz vom 29. Juni 2000 ausgerichtet werden, besteht kein Anspruch auf Mietbeiträge.

2 Solange Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) vom 6. Oktober 2006 oder nach dem Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) vom 19. Juni 2020 ausgerichtet werden, besteht kein Anspruch auf Mietbeiträge.

3 Wurden Mietbeiträge für einen Zeitraum ausgerichtet, für welchen nachträglich rückwirkend Ergänzungsleistungen nach ELG oder Überbrückungsleistungen nach ÜLG ausgerichtet werden, so gehen die Ansprüche von der mietbeitragsberechtigten Person im Umfang der ausgerichteten Mietbeiträge auf den Kanton über.

4 Der Regierungsrat erlässt die näheren Ausführungsbestimmungen insbesondere zur Regelung bei Ablösungen.

2. Verfahren und Rechtspflege

§ 8 Mitwirkung beim Vollzug

1 Wer Leistungen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes beansprucht oder beanspruchen will, muss beim Vollzug unentgeltlich mitwirken und alle zur Abklärung des Anspruches notwendigen Auskünfte erteilen sowie die dazu notwendigen Unterlagen einreichen.

2 Der Regierungsrat erlässt die notwendigen Bestimmungen zur Einstellung und zum Erlöschen des Anspruchs, wenn der Aufforderung zur Überprüfung des Anspruchs nicht Folge geleistet wird.

§ 9 Meldepflicht bei geänderten Verhältnissen

1 Die allgemeine Meldepflicht bei wesentlich veränderten Verhältnissen richtet sich nach den Bestimmungen des SoHaG.

2 Der Regierungsrat kann weitere meldepflichtige Ereignisse und Veränderungen bestimmen.

§ 10 Rückerstattung und Erlass

1 Die Rückerstattung von unrechtmässig bezogenen Leistungen und der Erlass richten sich nach den Bestimmungen des SoHaG.

§ 11 Bearbeiten von Personendaten

1 Das Bearbeiten von Personendaten richtet sich nach den Bestimmungen der §§ 20 bis 24 SoHaG.

§ 12 Rechtsmittel

1 Gegen Mietbeitragsverfügungen steht den Betroffenen nach den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG) vom 22. April 1976 ein Rekursrecht an das zuständige Departement zu.

3. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 13 Vollzug und Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen.

2 Er ist ermächtigt, die im Gesetz aufgeführten Beträge bei wesentlich geänderten Verhältnissen anzupassen.

§ 14 Übergangsbestimmungen

1 Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Gesuche von Haushalten mit Kindern werden nach diesem Gesetz beurteilt.

II. Änderung anderer Erlasse

Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen, SoHaG) vom 25. Juni 2008 [1]) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 (geändert)

1 Dieses Gesetz bezweckt die Harmonisierung und Koordination folgender kantonaler und kommunaler bedarfsabhängiger Sozialleistungen:

c) (geändert) Mietbeiträge;

§ 6 Abs. 2

2 Das massgebliche Einkommen der Haushaltseinheit gemäss § 5 dieses Gesetzes beinhaltet

c) (geändert) für die Anspruchsermittlung auf Mietbeiträge gemäss § 1 Abs. 1 lit. c dieses Gesetzes

Unteraufzählung unverändert.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Auf den gleichen Zeitpunkt wird das Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen an Familien mit Kindern (Mietbeitragsgesetz, MBG) vom 21. November 1990 aufgehoben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Sie haben sich mit 62 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 30 Enthaltungen für das Gesetz ausgesprochen.

27. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[12.02.25 10:13:31, 24.5536.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, das vorgezogene Budgetpostulat entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Motion 1 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt

[12.02.25 10:13:56, 24.5522.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne möchte ich kurz erläutern, weshalb der Regierungsrat nicht bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Es ist nicht so, dass wir die Idee nicht teilen, dass wir nicht finden, dass es toll wäre, wenn wir einen digitalen Führerschein hätten. Auch die Pionierrolle von Basel-Stadt anerkennen wir, das ist sicher ein gutes Ziel.

Nur müssen wir auch in aller Nüchternheit die Situation betrachten im Moment. Es ist ein grosses Projekt, das in technischer und finanzieller Hinsicht Herausforderungen nach sich zieht, auch datenschutzrechtlich müssten wir da einige Fragen klären, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem wir ja wesentlich dran sind, die Projekte bei der Kantonspolizei zu durchleuchten. zu schauen, was wir verschieben können, wo wir uns doch auch so redimensionieren können, dass wir wieder den Grundauftrag und die Sicherheit von Basel-Stadt vor allem im Zentrum wissen.

Der neue Polizeikommandant Thomas Würgler hat da bereits einiges geleistet. Die Projekte sind mehr als halbiert mittlerweile und deshalb kommt die Regierung zum Schluss, dass der Zeitpunkt jetzt nicht der richtige ist, um ein weiteres Grossprojekt anzugehen. Selbstverständlich werden wir aber beobachten, wie sich die Situation auch in anderen Kantonen präsentiert und das auch aufmerksam anschauen. Wenn sich da etwas ergibt, das wir auch einfach übernehmen könnten, sind wir selbstverständlich bereit, diese Entwicklung anzuschauen, aber im jetzigen Zeitpunkt erachten wir das nicht als die Priorität des Regierungsrats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an die Motionärin Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir alle kennen den Vorteil der Digitalisierung, einer digitalen App. Wir erhalten ab nächstem Jahr eine digitale ID, auch den digitalen Lehrfahrausweis mit all seinen Vorteilen werden wir nächstens erhalten. Es ist nicht so, dass wir in Basel-Stadt etwas Neues erfinden müssen. Auch der digitale Fahrausweis, der schliesslich vom Bund kommt, wird kommen. Es geht hier einfach darum, dass wir, wenn er dann kommt, bei den ersten sind, denn wir sind eine Grenzregion und das soll ja schlussendlich auch europaweit eingeführt werden. Andere Länder haben das schon, da hinkt die Schweiz sogar noch ein bisschen hinten drein.

Ich habe bei dieser Motion kein Einführungsdatum und auch kein Enddatum genannt. Das heisst, es ist offen und wir können da auch schauen, wenn es dann vom Bund aus kommt, dass wir da einfach immer dabei sind. Ich finde es einfach eine gute Sache und ich freue mich auf diesen digitalen Fahrausweis. Ich freue mich auch, wenn es dann einen digitalen Fahrzeugausweis gibt, dann haben wir nämlich die Papier nicht mehr im Auto herumliegen, die unsicher sind und da könnten sich nämlich auch die E-Bikefahrer freuen, weil die dann auch papierlos unterwegs sind.

Ich würde mich freuen und ich würde auch sehr gerne Erich Bucher einen seiner drei Wünsche erfüllen. Es sind ja nicht ganz alle letzte Woche erfüllt worden, so dass wir hautnah bei der Digitalisierung in Basel-Stadt dabei sind. Ich wünsche mir darum, dass Sie die Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005963, 12.02.25 10:19:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 56 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg

[12.02.25 10:19:30, 24.5542.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort geht an Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ist von entscheidender Bedeutung für die Förderung ihrer allgemeinen Gesundheit und ihres Wohlbefindens. Psychische Gesundheit ist eine fundamentale Voraussetzung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Angesichts der steigenden Zahlen psychischer Erkrankungen ist es unsere Verantwortung, frühzeitig präventive Massnahmen zu ergreifen. Ein umfassender Ansatz, der bereits im Kindergarten beginnt und sich durch die gesamte Schulzeit zieht, kann dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche in ihrer psychischen Gesundheit unterstützt und das Risiko psychischer Erkrankungen verringert werden.

Durch emotionale Bildung, soziale Förderung und Stressbewältigungsstrategien ermöglichen wir es jungen Menschen, Herausforderungen besser zu bewältigen und psychische Erkrankungen vorzubeugen. Deshalb müssen nicht nur Kindergärten, Schulen und Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigte, sondern die Gesellschaft als Ganzes, also wir alle gemeinsam, der psychischen Gesundheit einen hohen Stellenwert einräumen. Indem wir frühzeitig handeln und Kinder in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung unterstützen, können wir nicht nur ihr individuelles Wohlbefinden fördern, sondern auch die Gesellschaft als ganze stärken. Es ist an der Zeit, in die psychische Gesundheit unserer Kinder zu investieren und ihnen die Werkzeuge an die Hand zu geben, die sie für ein psychisch gesundes Leben benötigen.

Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Forderungen in der vorliegenden Motion von Fleur Weibel. Psychische Gesundheit soll bei der künftigen Planung und Koordination der Präventionsangebote an Schulen zwingend als Schwerpunkt gesetzt werden, damit die Stärkung der psychischen Resilienz durch die Förderung emotionaler Kompetenzen und Stressregulation bei jungen Menschen erfolgen kann.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, den vorliegenden Vorstoss als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici, der eigentlich zuerst hätte sprechen sollen.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wie Sie ist auch der Regierungsrat der Ansicht, dass die Motion ein wichtiges Thema anspricht und dass die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zentral ist. Dies hat der Regierungsrat in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Fleur Weibel betreffend Prävention psychische Erkrankungen ab Kindergartenalter im August 2024 bekräftigt.

Wir haben damals dargelegt, wie die Schulen gemäss Lehrplan 21 die psychische Gesundheit im Unterricht und im Schulalltag fördern und welche Präventionsangebote vorhanden sind. Desweiteren haben wir ausgeführt, dass die Angebote der Schulsozialarbeit, des schulpsychologischen Dienstes oder auch der Kriseninterventionsstelle in Bezug auf die psychische Gesundheit ebenfalls präventiv wirken können.

Die nun vorliegende Motion fordert weitere obligatorische Präventionsprogramme für alle Schulen, was wir als nicht zielführend beurteilen. Für die Unterrichtsgestaltung und den Schulalltag ist es schwierig, wenn immer mehr und vor allem bestimmte Präventionsprogramme obligatorisch im Unterricht untergebracht werden müssen. Dies schränkt den pädagogischen Gestaltungsspielraum und die Teilautonomie der Schulen ein. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Die Motion von Fleur Weibel zeigt gut auf, was die verschiedenen negativen Auswirkungen von psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft sein können. Ich gehe mal davon aus, dass dies uns bekannt ist und wohl kaum von jemandem hier im Saal bestritten wird. Die Wichtigkeit von psychischer Gesundheit bei Erwachsenen wie auch mehr bei Kindern und Jugendlichen ist seit der Coronapandemie deutlich mehr im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Die deutliche Zunahmen der letzten Jahre von Psychopharmaka ist ebenfalls ein Indiz dafür, dass wir hier eine gesundheitspolitische Herausforderung haben, die wir nicht ignorieren sollten.

Seit Jahren besteht ein akuter Notstand in der Versorgung von ambulanter psychologischer und psychiatrischer Behandlung und dies in allen Altersstufen, im besonderen aber auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Deshalb ist die Fokussierung nach einer Stärkung von altersgerechter und zielgruppenfokussierter Prävention auf allen Schulstufen angezeigt und völlig berechtigt. Weil unter Prävention sehr viel verstanden werden kann und weil die Lehrpersonen schon jetzt sehr belastet sind und kaum Zeit haben, neben Unterrichten, Durchführen von Checks, Mentoring für Studierende, Elterngespräche und Vernetzung mit anderen involvierten Fachpersonen im Schulzimmer, sind insbesondere die schulexternen Angebote auszubauen und flächendeckend zu installieren.

Für die Fraktion BastA ist es zentral, dass die Angebote eben flächendeckend und somit obligatorisch analog wie beispielsweise das Präventionsangebot «Mein Körper gehört mir» implementiert und diese nicht auf einer freiwilligen Stufe belassen werden. Somit wird nämlich verhindert, dass es sein könnte, dass ein Kind alle Präventionsangebote erleben durfte, während ein anderes Kind in der gesamten Schullaufbahn nie etwas davon mitbekommen hat.

Nur ein obligatorisches Angebot kann diese Zielsetzung einlösen. Ob es nun die in der Motion aufgeführten Angebote sind oder andere, soll die zuständige Fachabteilung beim Gesundheitsdepartement in Absprache mit dem Erziehungsdepartement beurteilen, unabhängig welches Angebot zentral bleibt, dass genügend finanzielle Ressourcen für externe Fachpersonen wie auch für die Schule selber, insbesondere für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden, denn nur so kann das Präventionsangebot mit der Klasse und je nach Stufe mit den Eltern qualitativ vor- und nachbereitet werden.

Aus Erfahrung von Suchtspräventionsprogrammen an Schulen kann ich Ihnen sagen, was bei zu knauserigen Ressourcen, zeitlichen wie finanziellen, und bei einer Einstufung auf freiwilliger Ebene die Gefahr gross ist, dass die Wirkung der Präventionsangebote nicht wirklich zur Entfaltung kommen können und somit möglicherweise verpuffen. Also lieber etwas grösser denken und dafür mehr Wirkung erzeugen als am falschen Ort auf Kosten der psychischen Gesundheit der Schüler und Schülerinnen zu sparen, denn dies lohnt sich definitiv mit Bestimmtheit nicht.

Die Fraktion BastA wird die Motion dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Psychische Erkrankungen stellen eine wachsende Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Sie verursachen nicht nur unermessliches Leid bei den Betroffenen und ihren Familien, sondern sind auch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Studien zeigen, dass eine frühzeitige und gezielte Prävention die Entstehung psychischer Erkrankungen nachhaltig reduzieren kann. Gerade die Kindheit und Jugend sind entscheidende Phasen, um Resilienz zu fördern und psychischen Erkrankungen entgegenzuwirken.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Fleur Weibel, dass über die Hälfte der langfristigen psychischen Probleme bereits im Kindes- und Jugendalter entstehen. Er hebt hervor, wie wichtig es ist, die psychische Gesundheit offen in Schulen und Familien zu thematisieren und zu fördern.

Die nun vorliegende Motion reagiert auf diese von der Regierung anerkannte Wichtigkeit und fordert, dass die Förderung der psychischen Gesundheit als ein Schwerpunkt gesetzt wird und ein altersstufengerechtes Präventionsprogramm ab dem Kindergarten über die ganze Schulzeit hinweg eingeführt wird. Ein solches Programm würde nicht nur die Resilienz und emotionale Kompetenz der Schüler:innen stärken, sondern auch Lehrpersonen und Eltern gezielt dabei unterstützen, die psychische Gesundheit der Kinder in der Schule und im Alltag zu fördern.

Ergänzend zu der Forderung der Motion werden im Vorstoss mögliche Massnahmen und Ansatzpunkte formuliert und der Regierung bei der Umsetzung des Präventionsprogramms zur Prüfung vorgeschlagen. Die vorgeschlagenen Massnahmen ziehen vor allem darauf, Synergien mit bestehenden Präventionsprogrammen, zum Beispiel zur sexuellen Gesundheit oder Gewaltprävention, zu nutzen, um eben die Lehrpersonen nicht zusätzlich zu belasten. Und es wird vorgeschlagen, bei bereits bestehenden Programmen wie zum Beispiel «Start now» oder «Irre normal» anzusetzen, statt von Grund auf das Rad neu zu erfinden. Ebenso wird eine enge Zusammenarbeit mit Fachperson vorgeschlagen, um eine qualitativ hochwertige und wirksame Umsetzung zu gewährleisten.

Gerade in Zeiten wachsender psychischer Belastung bei Kindern und Jugendlichen ist es unsere Aufgabe, nicht nur reaktiv zu handeln, sondern präventiv tätig zu werden. Ein konsequentes und verbindliches Präventionsprogramm, das Synergien zu anderen Themen schafft, ist der richtige Weg, um der zunehmenden Problematik frühzeitig zu begegnen und langfristig Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion Grüne/jgb, die Motion der Regierung ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die beiden Vorrednerinnen und der Vorredner haben absolut richtig, inhaltlich diskussionslos. und korrekt festgehalten, dass Prävention und psychische Gesundheit wichtig sind. Die Frage ist nur, wie man das anstellt. Und da muss ich sagen, eine Motion ist nicht der richtige Weg. Fleur Weibel, ich schätze Sie sehr und auch die Gedanken, die Sie eingebracht haben, schätze ich enorm. Das Problem ist einfach, dass Sie schreiben, die Regierung solle prüfen und berichten, und das ist ein Anzug. Für einen Anzug, hätte ich vollste Sympathie gehabt. Eine Motion fordert schon sehr heftig, dass das ins Gesetz kommt und dagegen stellen sich für mich jetzt schon Argumente. Ich wage zu sagen, dass die Voraussicht der Regierung richtig ist, dass die Lehrer total überfordert sein könnten. Nicht alle Lehrer in diesem Pensum sind Psychologinnen, Psychologen, Psychiater, Psychiaterinnen. Ich rede jetzt also gegen meinen Beruf oder gegen meinen Einsatz für das Gesundheitswesen und setze mich für einmal sehr stark für die Lehrer:innen ein.

Sie wären wahrscheinlich völlig überfordert, wenn sie so etwas noch machen müssten in dem Lehrplan, den wir jetzt schon haben, der alle Lehrkräfte bis an den oberen Rand beschäftigt. Und nun wollen wir noch Pflichtfächer einbringen. Da muss ich sagen, da staune ich enorm. Natürlich müssen wir auch die Kosten anschauen und das Kosten- Nutzenverhältnis. Dann müsste man wirklich auch ganz gute Untersuchungen haben, die handfest und Evidenz basiert uns zeigen können, dass schon ein Einsatz im Kindergartenalter wirklich gute Resultate bringt. Ich glaube auch daran, ganz ehrlich gesagt, aber ganz gute Resultate fehlen meines Wissens.

Schade, ich hätte das sehr gerne unterstützt, weil inhaltlich finde ich es sehr wichtig, aber ich hätte es als Anzug durchgelassen. Als Motion kann ich da, und ich rede auch für meine Fraktion, nicht dahinter stehen und empfehle darum eine Ablehnung der Motion. Vielleicht wird einmal ein Anzug daraus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat die Motionärin Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke zunächst meinen Vorredner:innen für die Debatte, es ist eine gute Diskussion. Ich danke vor allem den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen SP, BastA und Grüne/jgb für die unterstützenden Voten zu der Motion. Ich möchte nun nicht noch mal inhaltlich darauf eingehen, das wurde von meinen Kolleg:innen bereits ausgeführt, sondern möchte mich auf das beziehen, was Regierungsrat Mustafa Atici und mein Vorredner Raul Furlano gesagt haben.

Der Grund, warum ich das Thema als Motion fordere, hat ein bisschen damit zu tun, dass in der letzten Legislatur unsere Regierungsrät:innen mitgeteilt haben, dass wenn wir Anzüge machen, dass die gewohnheitsmässig in den Schubladen verschwinden. Deshalb arbeiten wir inzwischen vermehrt mit Motionen, damit wir Aufträge der Regierung wirklich verbindlich mitgeben können. Deshalb ist auch das eine Motion und wenn Sie nun sich den Text genau anschauen, dann geht es nicht darum, dass die Motion im Detail der Regierung vorgeben würde, was sie alles machen muss. Das einzige, was die Motion verbindlich fordert, und damit komme ich nachher zu Ihnen, Regierungsrat Mustafa Atici, weil ich aus Ihrer Stellungnahme

nicht ganz schlau geworden bin, ehrlich gesagt – also was die Motion fordert, ist, dass die psychische Gesundheit als Schwerpunkt gesetzt wird. Das ist eigentlich die grundsätzliche Motionsforderung und sie reagiert darauf, dass die Regierung in der schriftlichen Anfrage ausgeführt hat, dass sie im Moment dabei sind, die Präventionsprogramme zu prüfen. Es gibt eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe, die die Präventionsprogramme prüft und vielleicht wird dann die psychische Gesundheit zu einem Schwerpunkt gesetzt.Es könnte sein. Was die Motion jetzt fordert, ist der Regierung den verbindlichen Auftrag zu geben, in dieser Neugestaltung der Präventionsprogramme, die sowieso gemacht wird die psychische Gesundheit als wirklich drängendes Problem zu verankern. Das Thema ist auch verbunden mit vielen anderen Themen wie Sucht, Gewalt, auch der Handykonsum, die mit der psychischen Gesundheit zusammenhängen.

Die Motion möchte, dass die psychische Gesundheit ein wesentlicher Bestandteil wird und dass ein Präventionsprogramm ausgearbeitet wird, das nicht in Konkurrenz zu den bestehenden eingeführt wird, sondern dass das, was bereits gemacht wird, dass diese Synergien genutzt werden und zu einem obligatorischen Präventionsprogramm umgesetzt werden. Der Lehrplan 21 bietet Angebote, aber sie sind eben nicht obligatorisch, sie sind fakultativ und gleichzeitig kennen wir obligatorische Präventionsprogramme. Wir haben «Mein Körper gehört mir».

Und jetzt komme ich noch zu Raoul Furlano. Sie haben gesagt, wir könnten den Lehrpersonen nicht noch weiteres aufgeben. Ich erinnere daran, die FDP hat eine Motion gemacht, um sexualisierter Gewalt entgegenzutreten in den Schulen. Die FDP hat auch eine Motion gemacht, in der es darum geht, der häuslichen Gewalt entgegenzutreten mit Präventionsprogrammen, alles mit Unterstützung der LDP überwiesen als Motion. Und jetzt kommt diese Motion zur psychischen Gesundheit, sie kommt aus einer anderen Ecke und dann ist es plötzlich zu viel, was den Lehrpersonen zugemutet wird. Und ich gebe gleichzeitig zu, ich bin da völlig bei Ihnen, natürlich haben die Lehrpersonen viel zu tun und deshalb gibt es einen ganzen Katalog an Vorschlägen, die die Regierung nicht zwingend umsetzen muss, sondern die sie prüfen soll, die gleichzeitig eben auch der Entlastung der Lehrpersonen dienen soll und sie befähigen soll, im Bereich psychische Gesundheit aktiv zu werden, ohne dass sie Psycholog:innen sein müssen.

Ich hoffe, ich konnte ein paar paar der Bedenken entkräften und danke Ihnen für Ihre Unterstützung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Würden Sie einen Anzug an das Ratsbüro unterschreiben, mit dem die Abschaffung des Instruments des Anzuges verwirklicht wird?

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Vielleicht sprechen wir in der Kaffeepause nochmal darüber, worauf Sie genau hinaus wollen mit dieser Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005965, 12.02.25 10:39:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 61 Stimmen gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

30. Motion 3 Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz

[12.02.25 10:39:34, 24.5543.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort geht an Regierugnsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Motion greift ein sehr wichtiges und aktuelles Thema auf. Es geht um Rasenfelder und den verständlichen Wunsch nach mehr Kunstrasen. Ich kann Ihnen versichern, wir sind an diesem Thema dran, schon heute sind die Platzverhältnisse auf den Rasenfeldern ein Thema.

Die Women's EURO 2025 wird die Begeisterung für den Fussball weiter steigern und insbesondere die Anzahl Fussballerinnen vergrössern. Das freut uns sehr, bringt aber auch Herausforderungen bei der Sportinfrastruktur. Der Regierungsrat beantragt Ihnen jedoch, die Motion Thüring betreffend ein Herz für Kleinhüningen, Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasenersatz nicht zu überwiesen.

Die sportlichen Erfolge und die gute Auslastung des VRF Kleinhünigen sind sehr erfreulich. Die Schorenmatte wie auch andere Sportanlagen sind vor allem während der bevorzugten Trainingszeiten am Abend stark ausgelastet. Teilweise bestehen Wartelisten bei den Vereinen. Neue Teams können nicht gebildet werden. Gerade im Hinblick auf die zusätzlichen Mädchen- und Frauenteams möchten wir dies verhindern.

Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, allen Vereinen im Rahmen der Möglichkeiten, genügend Infrastruktur für Sport und Bewegung zur Verfügung zu stellen. Um die Situation zu verbessern, erarbeitet das Sportamt zurzeit organisatorische und bauliche Massnahmen. Zu diesem Zweck wurden zusammen mit den Sportvereinen an mehreren Workshops Grundlagen erarbeitet und Potenziale identifiziert. Die bestehende Infrastruktur soll effizienter genutzt und dadurch eine Kapazitätssteigerung ermöglicht werden. Gleichzeitig sollen mit baulichen Massnahmen wie Kunstrasen und mobiler Beleuchtung die Kapazitäten erhöht werden. Dieses Jahr wird der neue Kunstrasen im Rankhof gebaut. Aber das reicht noch nicht. Das Sportamt erarbeitet aktuell ein Konzept für den Ausbau von Kunstrasenfeldern in Basel. Darin werden Belegungen, ökologische und klimatische sowie auch rechtliche Aspekte berücksichtigt.

Der Regierungsrat teilt die Meinung des Motionärs, dass die Station des VRF Kleinhüningen wie auch von anderen Vereinen aufgrund der hohen Auslastung schwierig ist. Er möchte jedoch dem Konzept für den Ausbau der Kunstrasenfelder nicht vorgreifen. Es soll jetzt nicht eine Sportanlage respektive ein Verein priorisiert werden. Sobald das Konzept vorliegt, wird eine Priorisierung vorgenommen und dem Grossen Rat ein Ratschlag für die Projektierung vorgelegt. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Wir sind von der BastA Fraktion selbstverständlich für die Überweisung. Ich habe nur drei Bemerkungen. Die Schorenmatte ist nicht im Herzen von Kleinhüningen, das wissen Sie wahrscheinlich, sondern eben im Hirzbrunnenquartier. Und zweitens soll auch nicht nur dann, wenn Vereine im Aufstieg sind, in sie investiert werden, sondern natürlich auch sonst, denn die Gesundheit ist uns wichtig und auch die sozialen Aspekte für unsere Jugend.

Ich möchte aber hier noch einen zusätzlichen Aspekt einbringen. Das haben wir gesehen bei der Petition zur OB- Matte. Es sind ja nicht nur die Vereine, die diese Matten nutzen, sondern es sind eben auch Kinder und Jugendliche und junge Menschen, die die Matten nutzen, um sich in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen. Das ist ja auch toll und es ist ja auch so vorgesehen vom Gesetz, dass sie das dürfen, wenn die Vereine die Sportanlagen nicht nutzen.

Deshalb möchte ich eben auch hier dem Regierungsrat beliebt machen, dass er auch mitdenkt, dass die Apps, die versprochen wurden, bei der OB-Matte, mit der die Kinder und Jugendlichen, die nicht im Verein organisiert sind, nachschauen können, ob die Matte wohl frei ist, auch hier gemacht werden. Ich denke, es wäre auch hier sinnvoll, gerade wenn sie den Ausbau ins Auge fassen, was wir eine sehr gute Idee finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Mir kommt es bald vor, dass ich seit 20 Jahren hier drin bin und immer wieder, wenn es um den Sport geht, die gleiche Leier bringe. Wir reden von der Fussball EM Frauen, da brauchen wir viele Sportanlagen, damit wir die nachhaltige Wirkung dieser Fussball EM auch umsetzen können, indem die Vereine auch genug Plätze bekommen, falls dann die jungen Mädchen und Frauen auch wirklich Fussballspielen wollen.

Es wird lamentiert, es wird hin- und hergedokert, heisst die ganze Zeit, Hallen kommen. Ja, wir brauchen mehr Fussballplätze. Wir brauchen jetzt mehr Kunstrasenplätze, weil halt der Matsch im Winter oder im Herbst da ist und dann nicht trainiert werden kann. Wir wissen das alle, aber ich habe bald das Gefühl, dass das Sportamt den falschen Namen trägt, es scheint mir bald, als sei es ein Verhinderungsamt und es regt mich langsam richtig auf.

Alex Ebi (LDP): Wir reden hier drin immer wieder über das Gleiche, es kommen überall Vorstösse, gute Ideen und die Antwort ist neun von zehn Mal, nein es geht leider nicht, wir machen noch ein Konzept, wir reden noch einmal darüber. Ich finde, so eine Kleinigkeit gehört eigentlich gar nicht hier hin. Das Sportamt sollte schon selber längstens darauf gekommen sein, überall abzuklären, wo man einen Kunstrasen schaffen könnte, und das muss nicht immer hier drin diskutiert werden. Die können auch einmal arbeiten und etwas umsetzen. Ich bin wirklich nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alex Ebi, mässigen Sie sich bitte ein bisschen im Tonfall. Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Ist Ihnen bewusst, dass das Erziehungsdepartement respektive das Sportamt jahrelang unter der Führung der LDP war?

Alex Ebi (LDP): Ja, das ist offensichtlich einerlei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen, daher hat das Wort der Motionär Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie natürlich, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, nach dem Votum vom Regierungsrat Mustafa Atici weiss ich jetzt nicht, warum der Regierungsrat dagegen ist, diesen Vorstoss sich überweisen zu lassen. Er hat ja mehr oder weniger mir zugestanden, dass die Situation tatsächlich schwierig ist und dass man auch bestrebt ist, eine Lösung zu finden.

Die Situation aber auf der Schorenmatte ist aus meiner Sicht tatsächlich absolut unbefriedigend. Wir haben dort für viel Geld vor einigen Jahren die Infrastruktur erneuert. Wir haben dort zwei Rasenfelder, die jetzt in dieser Zeit des Jahres quasi nie bespielt werden können, sie sind gesperrt, weil die Witterungsbedingungen schlecht sind, das heisst der dort spielende Verein, die dort spielenden Mannschaften, von der Jugendmannschaft über die Profimannschaft bis hin zu den Senioren müssen ausweichen, müssen auf andere Spielfelder im Kanton Basel-Stadt oder müssen auf ein Fussballtraining verzichten und stattdessen beispielsweise auf ein Lauftraining setzen. Das ist die Situation auf der Schorenmatte. Diese Felder dort sind fast beinahe sechs Monate im Jahr gesperrt. Das ist aus meiner Sicht eine Situation, die absolut unhaltbar ist.

Wir haben es bei der Diskussion über die neue Tennishalle auf der Schützenmatte schon gehört. Ich habe es dort erwähnt, wir haben im Kanton Basel-Stadt eine Sportplatzkrise und Alex Ebi hat in seinem Votum noch einmal deutlich gemacht, dass die Situation nicht neu ist. Wir reden und sprechen von runden Tischen, von Konzepten, die irgendwann einmal entwickelt werden sollen, und in dieser Zeit warten alle diese Vereine auf Spielmöglichkeiten. Der VFR Kleinhünigen hat viele Jugendmannschaften. Diese Jugendliche können oft nicht ins Training, weil das Training abgesagt werden muss. Es ist für Kinder im Alter zwischen 7 Jahren und 12 Jahren auch nicht so einfach, irgendwo anders ein Training abzuhalten. Das ist auch für die Eltern eine Zumutung, wenn diese Kinder dann nicht auf der Schorenmatte, sondern irgendwo anders ihr Training absolvieren müssen. Es ist aber auch eine Zumutung für Menschen, die den Sport Fussball ausgewählt haben, wenn sie diesen Sport nicht ausüben können, sondern irgendwie ein Lauftraining absolvieren müssen, dann hätten sie sich ja auch für Leichtathletik als Sportart entscheiden können.

Sie sehen, Brigitta Gerber, diese Situation ist völlig unabhängig vom Erfolg einer Mannschaft, für den VFR Kleinhüningen absolut unhaltbar und es geht ja auch nicht darum, dass dieser Verein derzeit mit der ersten Mannschaft einen Lauf hat. Das ist sehr erfreulich, sondern es geht darum, dass es wirklich für alle Mannschaften des VFR Kleinhüningen absolut unbefriedigend ist. Und es ist so ja, es ist auch ein Nachteil für die erste Mannschaft, wenn sie nicht regelmässig auf ihrem

Platz trainieren kann. Die schönen Worte von Regierungsräten, die dann jeweils auf die Schorenmatte kommen, sind toll für den Verein. Aber es geht jetzt wirklich darum, dass man für die Schorenmatte und für die dort spielenden Mannschaften eine Lösung findet. Der VFR Kleinhüningen ist auch bereit, «seinen Platz», die Schorenmatte, für andere Vereine zu öffnen, weil die Situation, wie Regierungsrat Mustafa Atici auch erwähnt hat, tatsächlich in ganz Basel schwierig ist.

Diese Kunstrasenfeldoption ist deshalb wichtig, nicht nur für den VFR Kleinhüningen, sondern generell für den Fussballsport in unserer Region. Auch ohne die Frauen EM haben wir bereits heute das Problem dieser Plätze. Dieses Problem wird sich ja, wie Regierungsrat Mustafa Atici gesagt hat, auch verstärken und deshalb brauchen wir keine Runden Tische, wir brauchen auch keine Konzepte, sondern wir brauchen jetzt diese Möglichkeiten, dass rasch eine Lösung auf dem Tisch liegt, sodass diese Situation sich insgesamt auch verbessert.

Es ist auch aus ökologischer Sicht absolut irrsinnig, dass ein Verein statt auf der Schorenmatte drei Mal in der Woche im Pfaffenholz trainieren muss. Die Verantwortlichen des Vereins müssen das Material dorthin fahren. Es muss danach wieder zurückgebracht werden, da werden Kilometer gefahren, die man eigentlich nicht fahren müsste, wenn man dort trainieren könnte, wo man den Stammverein, den Stammplatz hat.

Deshalb glaube ich, ist es nun an der Zeit, dass wir dort eine Lösung finden. Die Schorenmatte wurde schön renoviert, wurde gut saniert. Beim Feld gibt es Potenzial, nutzen wir das jetzt. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen und ich wünsche mir wirklich sehr, dass dann die Antwort des Regierungsrates in drei Monaten etwas substanziell ist und nicht wieder darauf verweist, dass es Runde Tische gibt und allenfalls ein Sportplatzkonzept, das dann irgendwann in den Dreissigerjahren umgesetzt wird. Das wäre zu spät. Ich bitte Sie wirklich, jetzt zu handeln, wenn Sie diese Motion überwiesen bekommen, und ich hoffe sehr, dass sie heute gemeinsam mit mir diese Motion an den Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir schreiten zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005968, 12.02.25 10:53:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion einstimmig mit 94 Stimmen überwiesen.

Traktandum 31 Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Die Fraktion LDP lehnt diesen Anzug ab, und zwar aus Kostengründen, Platzgründen und auch aus historischen Überlegungen. Der Vergleich. mit Freiburg ist falsch, da dort die Wasserläufe seit immer zum Stadtbild gehören. In Basel würde das künstlich aufgepfropft und würde auch so wirken.

Dass der Birsig nicht geöffnet werden kann, ergaben schon die Abklärungen im Zusammenhang mit dem Neubau des Birsighochhauses. Realistischerweise bleibt nur die Freie Strasse für solche Wasserspiele. Ganz abgesehen von den enormen Kosten und dem Unsinn, die erst gerade fertiggestellte Strasse wieder aufzureissen mit allen negativen Folgen für das Gewerbe, wird mit solchen Wasserläufen die Breitefläche der Strasse verstellt und verkleinert. Es ist schon nicht einzusehen, dass man in der Freien Strasse fix betonierte Wasserbrunnen und Abfalleimer hinstellt und damit die grosszügige Flanierfläche einengt, ganz abgesehen von der Unfallgefahr zum Beispiel mit einer Gruppe an der Fasnacht.

Das ist ja alles ziemlich lustig, aber mehr nicht, und vor allem nicht mit Steuergeldern. Wir lehnen diesen Anzug ab.

31. Anzug 1 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt

[12.02.25 10:55:01, 24.5521.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Das ist jetzt vielleicht ein wenig ein enerviertes Votum für ein Thema, das sie als spassig abtun. Sie wünschen sich vermutlich alle gerade an diesen Regentagen den Sommer zurück. Aber ich erinnere Sie ganz gerne an das Gefühl vom Sommer hier in der Innenstadt. Es ist nämlich bei uns in der Innenstadt wie in anderen Quartieren im Sommer vor allem unerträglich heiss. Der Teer verwandelt sich in eine brutzelnde Herdplatte und wir in der Innenstadt, die hier unterwegs sind hier arbeiten oder hier leben und unsere Mittagspause vielleicht draussen verbringen wollen oder müssen, werden unfreiwillig zu Spiegeleiern. In knapp 60 Sekunden sind wir durchgebraten und ich muss schon etwas frustriert zur Kenntnis nehmen, dass scheinbar nichts zur Erleichterung dieser Hitze in der Innenstadt je möglich sein wird. Und das während uns gerade alle mächtigen Männer und ein paar Frauen der Welt sagen, dass wir sowieso nichts mehr gegen die Klimakrise tun können, dass wir sowieso diese planetaren Grenzen überschreiten und halt schauen müssen, wie wir uns mit dieser Hitze arrangieren. Aber ich weiss nicht, wer mittlerweile etwas von den planetaren Grenzen weiss, dass wir mit Überschreitung für uns Menschen nicht wirklich etwas für die Lebensqualität tun können. Wir können höchstens versuchen, irgend etwas für eine Lebensfähigkeit auf unserer lieben Mutter Erde zu tun. Ja voilà, da wären wir doch wieder zurück bei der Klimaadaption.

Scheinbar nicht, weil wir sind auch zurück beim Unmöglichen. Bei uns hier in der Innenstadt ist es laut Regierung kaum möglich, ich erinnere Sie, grosse Bäume zu pflanzen. Wir können hauptsächlich bestehende grosse Bäumen wie zum Beispiel die Ginkos am Rümelinsplatz vorzeitig fällen, weil wir einen Berliner Design Bürotraum umsetzen wollen. Und wenn wir neue Bäume kriegen, dann muss ich das leider so sagen, sind das meistens Kummerfürze in einem Topf, die irgendwo im Weg stehen. Also keine neuen Bäume. Wir können wegen der hohen Nutzung und der verschiedenen Ansprüche in dieser Innenstadt nämlich aber auch keine Flächen entsiegeln, weil entweder kommen dann die Trams nicht durch oder die Velofahrer nicht oder wir müssen auch das Behindertengesetz richtig umsetzen, also entsiegelte Fläche auch nicht möglich. Wenn wir Glück haben, dann dürfen wir uns einen Blumentopf vor dem Haus bewilligen lassen – mittlerweile müssen wir sogar noch um Bewilligung fragen für diese Blumentöpfe. Also Begrünung nicht möglich.

Wir können zum Glück Betonbänke hinstellen, damit wir uns unseren Po auch noch verbrennen können in der Mittagspause und wir können vielleicht, wenn wir Glück haben neben, unter einem Luxus-Schirm ein bisschen Schatten finden. Dann sitzen wir aber wie Sardinen unter diesem Schatten, weil wir wissen, seit neuestem, auch grosse Beschattung ist nicht möglich. Also was ist eigentlich möglich? Es ist entweder dank der Denkmalpflege nicht möglich, es ist wegen der Stadtbildkommission nicht möglich, es ist wegen Höhe, Tiefe, Struktur der Gebäude etwas nicht möglich, wegen der Nutzung des Bodens nicht möglich und natürlich auch wegen den Hauseigentümer:innen ist es dann auch nicht möglich, wenn alles andere vielleicht möglich gewesen wäre.

Also zurück zum Spiegelei-Dasein? Nein, wir haben darüber nachgedacht und vielleicht ist es eine Schnapsidee gewesen, aber ich habe mittlerweile wirklich auch das Gefühl, es hat sich zu einer Idee ausgereift, wir alle dürfen hier unsere Ideen einreichen, und ich sage, wir haben schon sehr viele blödere Ideen eingereicht als einen harmlosen Anzug, in dem wir eine neue Idee für diese Innenstadt in den Raum stellen, nicht eine durchgängige Bepflasterung von Wasserläufen, aber die Möglichkeit, vielleicht in gewissen Weisen an gewissen Orten, die wir sowieso in nächster Zeit umplanen, die Idee des Wasserlaufs miteinzubeziehen. Und nein, nicht eine Öffnung des Birsig und hier meterweise Flüsschen wieder aufmachen, nein, die Idee eines Wasserlaufes, damit wir vielleicht in der Innenstadt die Möglichkeit haben, diese Klimaerhitzung, die Sie ja scheinbar viele von Ihnen hier drin gar nicht aufhalten möchten, irgendwie mit ein bisschen Lebensqualität erträglicher zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich mir weniger Sonnenschirme und weniger Blumenkübel und dafür ein bisschen mehr Lust, den Klimaschutz und die Klimaadaption nicht einfach aufzugeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, hat die SP-Fraktion bei diesem Geschäft ein Offen vermerkt. Die SP-Fraktion begrüsst Massnahmen, die zur Steigerung der Lebensqualität in unserem Kanton beitragen und unsere Stadt noch lebenswerter und attraktiver machen. In diesem Sinne erkennen wir auch den hohen Stellenwert, den das Naturelement Wasser im Stadtraum einnimmt, so wie es auch im Stadtklimakonzept festgehalten ist und im Rahmen der sogenannten blauen Massnahmen gefördert wird.

Neben den verschiedenen Pärken in unserer Stadt lädt das Rheinufer in der warmen Jahreszeit mit einer vielfältigen Auswahl an Sitzplätzen, Buvetten und Aufenthaltsmöglichkeiten zum Verweilen und zur Erholung ein. Dort treffen und drängen sich die Menschen in den Sommermonaten. Dort findet dann das städtische Leben statt, in der Innenstadt hingegen – und das haben wir schon vorhin im Votum von Jo Vergeat gehört – herrscht die Hitze vor, aber sonst wenig, das an die Freude des Sommers erinnert.

Mit dem vorliegenden Vorstoss soll geprüft werden, ob entlang des unterirdisch fliessenden Birsigs offene Wasserläufe geschaffen werden können. Der Vorschlag entstand aus der Überlegung, dass eine angenehme Gestaltung der Innenstadt mehr Personen dazu bewegen würde, dort zu verweilen, anstatt eine verwaiste Innenstadt zu beklagen, bietet dieser Anzug eine Vision für mehr Aufenthaltsqualität und Attraktivität.

Unsere Nachbarstadt Freiburg im Breisgau kennt bereits beispielsweise diese Wasserläufe, die nicht nur zum Stadtbild gehören, sondern eine grosse Anziehungskraft für viele Besucherinnen und Besucher haben. Die Umnutzung des Birsigparkplatzes, die letzte Woche in den Medien beschrieben wurde, ist in diesem Sinne als guter erster Schritt zu betrachten. Neben all den positiven Aspekten des Anzugs erkennt die Fraktion allerdings auch einige mögliche Nachteile. Zum einen ist es bekannt, dass das Wasser in der Basler Innenstadt tief unter der Erde fliesst. Diese Tatsache kann die Gestaltung von Wasserläufen erschweren, so wie auch frühere Abklärungen im Zusammenhang mit der Initiative Öffnung des Birigs ergeben haben. Zum anderen wären die Nutzungskonflikte so wie auch im Anzug identifiziert gerade in der Innenstadt gross. Die Umsetzung dieser Idee unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen werden somit mit grossem Aufwand verbunden, gerade zu einem Zeitpunkt, an dem mit der Freien Strasse nach langer Zeit eine Baustelle in der Innenstadt abgeschlossen werden konnte. Für ein besseres Stadtklima sowie auch von den Anzugsteller:innen gewünscht, gäbe es effizientere und gleichzeitig weniger aufwendige Massnahmen als die Schaffung von Wasserläufen in der Innenstadt. So die Meinung von einigen Mitgliedern der Fraktion.

Mit diesen verschiedenen Argumenten haben wir uns auseinandergesetz innerhalb der Fraktion. Am Schluss sind die Fraktionsmitglieder der SP auf unterschiedliche Ergebnisse gekommen und deshalb werden wir in dieser Frage auch unterschiedlich abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen sind für Nichtüberweisung dieses Anzuges. Natürlich tönt dieser schön und wunderbar, aber er ist in unserer Stadt schwierig umsetzbar, aus drei Gründen. Erstens Aufgrund der Topografie: Für Wasserläufe muss dies einfach stimmen, sonst funktionieren sie nicht oder sie sind extrem aufwendig zu erstellen. Zweitens, in Freiburg im Breisgau sind die Bächlein historisch gewachsen und sind darum Teil des Stadtbildes, bei uns in Basel ist dies nicht der Fall. Drittens, durch diese Wasserläufe würde der bereits sehr hohe Nutzungsdruck, wir haben es bereits gehört, in unseren Gassen und Strassen noch erhöht. Man bedenke die vielen Veranstaltungen, bei denen solche Wasserläufe abgedeckt werden müssten. Und, es wurde ebenfalls erwähnt, im behördenverbindlichen Stadtklimakonzept sind die folgenden mit Wasser verbundenen Massnahmen enthalten:

Die Massnahme 5: Erlebbarer Wasser fördern Massnahme 6: Befestigte Flächen entsiegeln, Massnahme 7: Regenwasserkreislauf im Freiraum schliessen, Massnahme 8: Bewässerungen von Grün mit Regenwasser etablieren. Die Aufgabe des Bau- und Verkehrsdepartements ist es also, wo immer möglich und sinnvoll, Wasser in unserer Stadt erlebbar zu machen sowie den Wasserkreislauf zu fördern.

Und Last but not least: Es braucht jetzt einfach Zeit, um all die Forderungen aus der Politik für mehr blau-grüne Massnahmen sowie Entsiegelungen und Fernwärme umzusetzen. Und viel wichtiger finden wir Grünliberalen die wirkliche Revitalisierung von Bächen in unserem Kanton, wo immer möglich und sinnvoll, für die Biodiversität sowie für die Menschen. Besten Dank für die Nichtüberweisung dieses Anzuges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist der Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Wir sind dieses Mal grün. Wir helfen dem Anzug zur Überweisung. Wir sind auch der Meinung, wie das Jo Vergeat schon gesagt hat, dass das eine riesige Chance ist. Das soll man prüfen und darüber berichten. Und in Freiburg geht das auch prima, die haben dort auch alles, und da gibt es keine Klagen. Es ist noch lustig, es gibt nämlich eine Sage von diesen Bächen in Freiburg, das wäre ja für Basel vielleicht auch noch interessant. Wer dort reinsteht, der wird später heiraten. Darum bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Wort Basel, das ich habe ich den Briefkastenonkel von der Basler Zeitung gefrat, bedeutet Wasser. Unsere Stadt Basel heisst Basal und das heisst Wasser. Und die Älteren von uns kennen den Briefkastenonkel der Basler Zeitung noch, der Herr Forster hat mir das als Schüler erklärt.

Aber trotzdem, auch wenn unsere Stadt Wasser heisst und das ist so, ist dieser Anzug eine Zwängerei. Darum stimme ich auch dagegen. Jérôme Thiriet, ich muss Ihnen einfach sagen, das ist ein Luxusproblem und wenn man wirklich keine anderen Probleme hat in Basel finde ich das übertrieben.

Im Text steht oft der Name Freiburg, Freiburg unsere Nachbarstadt in Deutschland. Als Kind bin ich auch in Freiburg gewesen und ich fantasiere jetzt nicht, ich bin dort dann in so ein Bächlein hineingefallen. Ich bin eigentlich in Freiburg ins Bächlein hineingefallen und ich habe so einen Schreck bekommen. Gehst du in die Stadt, denkst du natürlich nicht, dass da so ein Flüsslein ist, in das man reinfallen kann. Und das kann ich einfach nie vergessen.

Brigitte Kühne, Sie haben richtig gesagt, die Bächlein passen nicht in die Topografie von Basel. Aber vielleicht haben Sie noch etwas vergessen, was auch Jérôme Thiriet als Anzugssteller vergessen hat. Wir könnten doch einen Wasserfall, einen Wasserfall vom Münsterhügel in den Rhein. Das wäre vielleicht noch eine Idee gewesen. Die Sache ist gut, aber ich finde es einfach ein bisschen übertrieben und darum denke ich. werde ich Nein stimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es wurden nun doch schon einige Argumente dagegen genannt. Ich möchte mich deshalb auf einige wenige beschränken. Was denken Sie, wie tief der Birsig beim Birsigparkplatz ist? Zwei bis drei Meter. Jetzt stellen Sie sich vor, wenn wir da öffnen, haben Sie kein hübsches Fluss- oder Bachbett, da haben Sie eine Schlucht. Jo Vergeat hat vorher gesagt, sie meine nicht den Birsig, aber er ist stellvertretend für ganz viele Bachläufe in dieser Stadt, die tief unten sind und ich denke, das muss man sich vergegenwärtigen, wenn man die Idee hat, die Bäche seien gerade unter der Oberfläche, es reiche da ein bisschen Asphalt wegzunehmen und dann hätte man einen Flusslauf in der Stadt. Das ist das eine, die Topografie ist ganz anders. Das bedeutet noch einmal ein komplett neues Wassersystem, das wir etablieren möchten müssten und das ist wirklich schwierig.

Der Anzug kommt ein bisschen als Eier legende Wollmilchsau daher. Sie nennen die Konfliktpunkte schon, Nutzungskonflikte. Stellen Sie sich vor, in der Freien Strasse hätten wir diesen Wasserlauf. Schon im Anzug steht, dass man ihn während der Fasnacht abdecken müsste. Man muss ihn auch beim Stadtlauf schliessen und bei allen anderen Veranstaltungen. Die andere Problematik ist das Littering, die auch beschrieben ist, oder die Barrierefreiheit, die auch im Anzug beschrieben ist. Ich verstehe die Ungeduld von vielen von Ihnen, die sagen, es werde zu häufig gesagt, es gehe nicht.

Ich komme zurück auf die Sonnensegel der, bei denen wir gestern mitteilen mussten, dass wir sie nicht realisieren können in der Freien Strasse. Schauen Sie, wenn die Hauseigentümer uns nicht erlauben, an den Häusern diese Sonnensegel anzubringen, dann wird es einfach schwierig und das kann man jetzt belustigend finden, dass es immer wieder Gründe gibt, weshalb Dinge eben schwierig umsetzbar sind, aber es ist eine Tatsache.

Und dann komme ich auch an die Adresse der SVP noch zu den Baustellen. Ganz ehrlich, ich wüsste nicht, wie ich den Gewerbetreibenden in der Freien Strasse erklären möchte, dass wir ein, zwei Jahre nach dem gesamt der gesamten Umgestaltung mit diesen mobilen Bäumen, die übrigens sehr gut angenommen werden von den Leuten mit Sitzbänken, die Freie Strasse wieder aufreissen, umso mehr wenn wir auch an all die anderen Baustellen denken in der Stadt, in der Clarastrasse, am Rümelinsplatz, an der Schifflände und in der Aeschenvorstadt, und dann möchten Sie eine weitere Baustelle? Ich weiss nicht, wie ich das erklären soll.

Glauben Sie mir, das Stadtklima an sich. die Aufenthaltsqualität ist uns ein grosses Anliegen. Ja, wir arbeiten mit diesen mobilen Elementen, weil es eben einer Stadt geschuldet ist, dass sehr viel stattfindet und dass wir sie verschieben müssen. Wir arbeiten daran, dass sie grosszügiger sind und ich denke wie gesagt, wenn Sie in der Freien Strasse schauen, sie werden angenommen, sie werden genutzt und sie werden geschätzt. Und Sie selbst haben Geld gesprochen, fast 10

Millionen Franken, damit wir weiter mit eben diesen Massnahmen, mit Beschattung, mit Begrünung und auch zum Beispiel mit Sprühnebel arbeiten. Dieses Geld haben Sie gesprochen und deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich denke wirklich, das macht in diesem Fall keinen Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat der Anzugssteller Jérôme Thiriet das Wort.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich bedanke mich vielmals für die angeregte Diskussion. Ich hätte ehrlich gesagt nicht damit gerechnet, dass das so ein kontroverses Thema ist, habe ich doch relativ einfach Unterschriften gefunden habe für den Anzug. Beim Verfolgen der Diskussion habe ich gemerkt, dass viele Ängste hochgekommen sind, und ich will ein bisschen darauf eingehen.

Vielleicht hat man den Anzug einfach falsch gelesen oder falsch verstanden. Regierungsrätin Esther Keller, es geht eben nicht darum, den Birsig aufzumachen und ein riesiges, drei Meter tiefes Loch zu schaffen. Dass man den Birsig nicht aufmachen kann, das haben schon etwa 15 Vorstösse im Grossen Rat in den letzten 20 Jahren gezeigt. Deswegen habe ich einen anderen Ansatz gewählt, mit kleinen Bächlein, Rinnsalen, analog zu Freiburg. Das sind nicht Flüsse, die irgendwo tief unten sind, sondern das wäre eben oben auf Strassenniveau. Das heisst, man könnte das Wasser des Birsig hochpumpen, wenn das geht, oder anderes Wasser nehmen, aber auf jeden Fall kleine Wasserläufe an der Oberfläche schaffen. Es geht wirklich nicht darum, den Birsig aufzureissen. Das wissen wir, dass das nicht geht.

Dann geht es mir auch nicht darum, in der ganzen Stadt ein Flusssystem anzulegen, wirklich nicht. Es geht darum, einmal zu prüfen, ob das in einzelnen Strassenzügen vielleicht machbar wäre. Ich glaube, es ist im Anzug auch erwähnt, vielleicht auf dem Birsigparkplatz, wo die grüne Partei schon vor Jahren die Öffnung des Birsig gefordert hat, was ja nicht möglich ist. Aber 2035 kommt dann eine Neugestaltung und vielleicht könnte man dort an der Oberfläche fliessende Gewässer haben in der Art der «Bächle» und nicht einfach gemäss Birsig-Verlauf, wie er jetzt in diesem Zwischennutzungsprojekt auf dem Birsigparkplatz kommt, was vielleicht schon einmal ein Anfang ist, aber ein aufgezeichnetes Flüsschen hat eben keine kühlende Wirkung.

Das Argument mit der Topografie verstehe ich auch nicht ganz. Also wenn ein Birsig durch die Talstadt fliessen, dann kann vermutlich auch so ein Bächlein genau dort durchfliessen, und vielleicht gibt es auch noch andere Örtlichkeiten in der in der Stadt, wo die Topografie stimmt. Das halte ich auch für ein relativ schwaches Argument.

Bezüglich Nutzungskonflikte gibt es sicher Herausforderungen, aber die werden lösbar sein. Es gibt ja nicht nur Freiburg, sondern einen Haufen anderer Städte, die solche Bächlein haben, die dann geputzt werden und wo auch andere Veranstaltungen noch stattfinden können das Jahr hindurch und wo auch Passantinnen und Passanten sich bewegen können, ohne dass es gefährlich wird.

Also diese Argumente leuchten mir nicht ein. Es ist es ist mir auch nicht klar, warum man da von einem riesigen Aufwand ausgeht. Man kann es ja einfach einmal probieren, irgendwo, ich schlage vor auf dem Birsigparkplatz, wenn dann die Umgestaltung kommt, und in dem Sinn den Anzug zu überweisen und zu schauen, was man machen kann in diesem Bereich. Wie dringend notwendig eine solche Massnahme ist, hat ja Jo Vergeat dankenswerterweise schon sehr eindrücklich erläutert. Ich glaube, darauf muss ich nicht mehr eingehen.

Ich denke, jede Massnahme für die Stadt, für das Stadtklima, für kühle Aufenthalte in der Stadt ist wichtig, und deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie den Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005971, 12.02.25 11:17:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung entschieden mit 49 gegen 40 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

32. Anzug 2 Lydia Isler-Christ betreffend Teuerungsausgleich für Werkverträge per Ende Jahr

[12.02.25 11:17:37, 24.5545.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

33. Anzug 3 Eric Weber betreffend Angeln als naturnahes Hobby fördern

[12.02.25 11:17:58, 24.5530.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht um das Fischen und es gibt ja den Satz «Fischers Fritze fischt frische Fische». Das ist ein Wortspiel, aber in Basel ist es schwierig, dass Fischers Fritze frische Fische fischt, weil wir einen Behördedschungel haben. Sie haben heute Morgen gehört bei meinen Vorrednern, es sei zu kompliziert, wenn man etwas will, und in dem Anzug geht es auch darum, dass es zu kompliziert ist, einen Jugend-Fischerschein zu bekommen. Es wird alles gemacht in Basel, alles, aber für den Fischer wird zu wenig gemacht.

Und Basel war eine Fischerstadt, ein Fischerdorf vor 2000 Jahren, aber die Tradition wird nicht hochgehalten, darum dieser Anzug. Die zwei Flüsse Wiese und Birs sind verpachtet und dort darf man eventuell nicht fischen. Viele sprechen vom Behördendschungel, der mir auch zu kompliziert ist in diesem Fall, er schreibt zu viel vor und die Leute verstehen nichts. Wenn man dann auf die Homepage geht vom Kanton Basel-Stadt zum Thema Fischen in Basel, steht da, das Fischen an Bächen und Flüssen sei ein vielfältiges und faszinierendes Naturerlebnis, das man auch am Basler Rheinknie erleben und geniessen könne. Zum Fischen benötige man eine Fischereikarte und eine bestandene Sportfischerprüfung. Aber das ist einfach kompliziert. Dann steht da, wo man nicht fischen darf. Also es ist zu kompliziert und darum habe ich den Anzug gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005974, 12.02.25 11:21:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen mit 70 gegen 2 Stimmen.

34. Anzug 4 Eric Weber betreffend politische Neutralität an Schulen gewährleisten

[12.02.25 11:21:29, 24.5531.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es haben sich keine Sprechenden eingetragen, somit geht das Wort an den Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist ein Thema, mit dem ich tagtäglich von Schülern und jungen Menschen bombardiert werde. Als Grossrat sind Sie ja auch ein Sammelbecken für Beschwerden. Und ich bekomme jeden Tag die Beschwerden von Schülern, die mir sagen, dass in den Schulen eine gewisse politische Richtung vorherrsche. Das habe ich auch erlebt am Wirtschaftsgymnasium in Basel und am Gymnasium Muttenz.

Die Schüler schreiben mir und bitten. mich, etwas zu machen. Deshalb habe ich den Anzug eingerichtet. Ein Satz, der auch an die Lehrer gerichtet ist: «Gerade in einer Demokratie lebt der Fortschritt von Debatten und unterschiedlichen Perspektiven.» Das ist ganz wichtig und auch in der Schule muss es unterschiedliche Perspektiven und Debatten geben.

Ich sehe nicht ein, dass ich als Grossrat nicht eingeladen werde in Schulen, weil ich der Böse bin. Aber andere Parteien dürfen dort reden und das geht nicht. Es geht um Meinungen. Der Wettstreit der Worte ist der Pulsschlag der Demokratie, aber als Grossrat vermisse ich Demokratie in den Schulen, und deswegen habe ich diesen Anzug eingereicht. Ich bekomme sehr viele Rückmeldungen, eigentlich zu viele, und die Schüler rennen mir geradezu die Bude ein.

Ich finde es schade und es tut mir im Herzen weh, wenn ich sehe, wie schon in der Schule die Gesellschaft gespalten wird in die Guten und die Bösen. Und es darf nichts mehr gesagt werden. Aber es ist ein ganz wichtiges Thema und das wird in den nächsten Jahren auf uns zukommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005977, 12.02.25 11:25:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht nicht überwiesen mit 72 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung.

Eric Weber (Fraktionslos): Auch hier ein wichtiger Satz in Ihr Schulheft: «Es sind Politiker erwünscht, die auch jenseits des Wahlkampfs das Gespräch mit den Menschen suchen.» Sie sind alle Grossräte, aber suchen Sie bitte das Gespräch mit den Menschen, auch wenn kein Wahlkampf ist.

Die Broschüre über den Grossen Rat, in der unsere Bilder abgedruckt waren, gibt es nicht mehr. Das ist ein Rückschritt. Ich habe die Broschüre seit 40 Jahren verteilt und sie ist gerne angenommen worden, weil die Leute dann schauen, wen sie kennen und wen nicht. Ich habe schon 30 Mal nachgefragt, es gibt sie nicht mehr. Ich habe sie dann überall eingesammelt, auf dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel, aber da gab es nur noch zwei Exemplare.

Schauen Sie auf die Tribüne, sie ist seit zwei Stunden leer und das tut mir auch im Herz weh. Die Broschüre war ein Werbezweck für unser Parlament. Auch wenn Sie jetzt Nein stimmen, kann ich sagen, es ist ein grosser Verlust. Ich habe versucht Kopien zu machen von diesen Bildern der Grossräte oder der Grossratsbroschüre, in der unsere Arbeit erklärt wird. Es heisst immer, das existiere nun digital, aber nicht alle können digital lesen oder haben immer das Handy dabei. Und die alten Leute vergisst man auch mit dieser Digitalisierung unserer Grossratsbroschüre. Die alten Leute werden bei dieser Digitalisierung auf der Strecke gelassen und es gibt viele Verbände in der Schweiz und in Deutschland, die sagen, es gehe nicht, dass alles nur digital ist.

Ich will unsere Grossratsbroschüre bitte auf Papier, und denken Sie daran, meine Damen und Herren, auch wenn Sie lächeln, Sie sind auch alt in 30 Jahren. Oder denken Sie an Ihre Ehepartner, Freunde, Kinder, denen Sie sagen können, dass Sie Grossrat von Basel sind, Sie können zeigen, wie Sie arbeiten.

Es geht um Sie alle, Sie sind alle in dieser Broschüre und die Fotoseite mit allen Grossräten ist auch gut. Aber dass es sie nicht mehr gibt, finde ich wirklich sehr sehr traurig.

35. Anzug 5 Eric Weber betreffend Grossrats-Broschüre „So wird in Basel-Stadt entschieden" bitte wieder auflegen und publizieren

[12.02.25 11:29:53, 24.5532.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dank wir kommen damit zur Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 66 gegen eine Stimme.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 66 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005981,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

36. Anzug 6 Eric Weber betreffend Gratis-Abfall-Entsorung für arme Leute

[12.02.25 11:30:32, 24.5533.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (fraktionslos): Warum habe ich den Anzug eingereicht? Es ist mir zu viel. Ständig lese ich, was es alles gratis gibt. Dann frage ich mich, was man sonst noch gratis machen könnte.

Ich habe schon vor zehn Jahren Abfalldetektive an der Feldbergstrasse gesehen. Die haben eine alte Oma gestellt und ihr 150 Franken in Rechnung gestellt. Da heisst es immer, wir seien eine soziale Stadt. Aber diese Abfallsäcke sind teuer. Basel macht alles für die soziale Sache, aber bei den Abfallsäcken gibt es eine Lücke. Ich verlange Gratissäcke. Ich gebe zu, ich bin auch ein Abfallsünder, ich habe noch nie einen Beppisack gekauft, weil die mir zu teuer sind.

*Balz Herter, Grossratspräsident:*Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005983, 12.02.25 11:32:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 70 gegen eine Stimme.

37. Anzug 7 Eric Weber betreffend mehr Dienstleistungen für die Herren und Damen Abgeordneten durch den Parlamentsdienst des Grossen Rates Basel

[12.02.25 11:32:41, 24.5534.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (fraktionslos): Es ist ein ganz wichtiges Thema, mehr Dienstleistungen für die Abgeordneten durch den Parlamentsdienst. Wir haben durch den Parlamentsdienst viele Tickets für Fernsehshows, Theater bekommen. Wir haben das bekommen, weil sich der Parlamentsdienst dafür eingesetzt hat. Ich erwarte als Grossrat Tickets für den ESC, für die Frauen Fussball EM. Ich bin Grossrat, um Zugang zu erhalten zu diesen Veranstaltungen. Das ist ganz legal.

Der Parlamentsdienst macht sicher seine Arbeit, seine Stellen werden erhöht, aber die Leistung ist nicht zufriedenstellend. Ich möchte, dass der Sitzungskalender wieder gedruckt wird. Ich kenne andere Standards. Mit dem Sitzungskalender kann

man auch Werbung machen, damit die Tribüne voll ist. Viele wissen nicht, wann Grossratssitzung ist. Man könnte besser informieren. Wenn der Sitzungskalender für das ganze Jahr vorliegen würde, könnte man diesen verteilen, dann hätte man auch mehr Gäste. Das ist eine Lücke.

Auch wenn mein Anzug abgelehnt wird, wäre ich froh, wenn der Parlamentsdienst unaufgefordert den Sitzungskalender auflegen würde. Das wäre zu überlegen. Diese Sitzungskalender werden gerne entgegengenommen. Das ist hier eine Lücke

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005985, 12.02.25 11:38:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 71 gegen eine Stimme.

Eric Weber (Fraktionslos): Basel weltweit das einzige Parlament, das erst vier Monate nach seiner Wahl in die neue Legislatur startet. Das gibt immer ein grosses Durcheinander.

Ich muss seit meiner Kindheit erklären, warum das so ist, weil die Leute verstehen das nicht und ich bin es Leid, ich mag es nicht immer erklären. Dann heisst es immer, wir wollten uns an andere Kantone anpassen, wir wollten eine Vereinheitlichung, aber bei uns in Basel ist es nicht so. Ich muss sagen, auch in Basel sollte der neue Grosse Rat im November anfangen.

Ich bin 30 Mal angesprochen worden seit der letzten Grossratswahl. Die Leute verstehen es nicht. Deshalb habe ich eine Frau nachrücken lassen, weil ich als Wahlbeobachter in Belarus war.

38. Anzug 8 Eric Weber betreffend Basler Parlament muss im Monat nach der Wahl in die neue Legislatur starten

[12.02.25 11:40:39, 24.5535.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005987, 12.02.25 11:41:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 71 gegen eine Stimme.

39. Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule, Schreiben des RR

[12.02.25 11:41:26, 18.5121.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Kernaufgabe der Volksschule, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler umfassend und fair zu beurteilen. Mit standardisierten Leistungstests können die Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten, Klassen, Schultyp und Leistungszug unabhängig einschätzen lassen. Die Checks und die nach der gleichen Logik funktionierende Aufgabensammlung Mindset sind wissenschaftlich fundierte und in der Praxis erprobte Instrumente zur Leistungsbeurteilung. Die Entwicklung, Durchführung und Ausweitung der Checks erfolgt zusammen mit den Partnerkantonen im Bildungsraum. Der Kanton Basel-Stadt profitiert dadurch in vielerlei Hinsicht von der dabei entstehenden Synergie.

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Anzugs Beatrice Messerli und des Anzugs Katja Christ zwei Mal ausführlich zu den Checks Stellung genommen. Er hat sich jeweils dafür ausgesprochen, die Jacks weiterhin durchzuführen und die gemeinsame Weiterentwicklung fortzusetzen. Nach der umfassenden externen Evaluation hat der Regierungsrat in seinem Bericht vom 16. November 2022 drei Konzeptanpassungen angekündigt, die umgesetzt wurde. Auf eine Einführung des Checks S3 am Ende der Volksschule wurde verzichtet. Seit dem Schuljahr 2023/24 entscheiden die Klassenlehrpersonen, ob ihre Klassen am freiwilligen Check P3 teilnehmen und derzeit wird in einem Pilotprojekt getestet, wie die Schülerinnen und Schüler der Brückenangebote die Checks ebenfalls nutzen können.

Des weiteren wurden weitere auf den Empfehlungen des Evaluationsteams basierende Massnahmen umgesetzt. Diese werden im vorliegenden Schreiben erläutert. Das Vorgehen zeigt, dass Anliegen und Kritik aus der Schulpraxis Berufsbildung und die Politik aufgenommen und bei der Weiterentwicklung des Checks berücksichtigt werden. Das langfristige Ziel, die Checks noch besser in der Gesamtstrategie zu verankern, bleibt bestehen. Daran werden wir auch künftig weiterarbeiten.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, die beiden Anzügen zu den Checks als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Fraktionssprecher der BastA Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche für Heidi-Mück, die heute leider krankheitshalber abwesend ist, und ich spreche auch für die Fraktion Grüne/jgb.Wir möchten den Anzug von Beatrice-Messer betreffend Streichung der Leistungschecks stehenlassen. Der Anzug von Katja Christ kann abgeschrieben werden

Es ist uns schon bewusst, dass wir da wohl auf verlorenem Posten sind, von Seiten des Erziehungsdepartements kommen seit Jahren klare Signale, dass der Wille nicht da ist, auf die Checks zu verzichten und das gegen den Wunsch einer überwiegenden Mehrheit der Lehrpersonen. Und auch die Fraktionen, die die Motion ursprünglich noch unterstützt hatten, sind nun offenbar umgeschwenkt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum. Vielleicht erfahre ich dazu noch etwas.

Es gab aber tatsächlich ein paar Verbesserungen. Der Check am Ende der Volksschule wurde nicht eingeführt und der Check in der dritten Primarschule ist nun freiwillig. Die Schulen werden nun offenbar besser unterstützt und die Lehrpersonen besser informiert und weitergebildet. Obwohl die Kritik an den Checks ja nicht darauf basierte, dass die Lehrpersonen zu wenig Informationen zu den Checks hatten oder sie nicht verstanden haben. Da machen wir es uns ein

wenig zu einfach. Die grundsätzliche Frage, ob es diese standardisierten Checks wirklich braucht und was sie tatsächlich bringen, bleibt aus unserer Sicht unbeantwortet und es stellen sich noch vielmehr Fragen.

Braucht es diesen Aufwand wirklich, binden diese Checks nicht zu viel Unterrichtszeit, die angesichts der vielen Anforderungen an die Schule sowieso viel zu knapp ist? Wäre das Geld nicht viel sinnvoller an anderer Stelle einzusetzen? Wie repräsentativ sind die Ergebnisse wirklich, wenn in manchen Klassen Teaching zu den Tests betrieben wird und es in anderen Klassen gar keine Vorbereitung gibt? Gibt es nicht sowieso zu viele Prüfungen und Tests im Schulalltag, zu viel Leistungsdruck für die Schüler:innen? Warum gibt es überhaupt eine Verpflichtung, eine gewisse Anzahl Tests pro Fach durchzuführen, wenn deren Aussagekraft offenbar nicht genügt und zusätzlich noch standardisierte Checks durchgeführt werden müssen? Geben wir den Schulen und den Lehrpersonen nun die Kompetenz der Beurteilung oder vertrauen wir ihnen da doch nicht ganz? Und glauben wir wirklich dem Märchen, das flächendeckende standardisierte Leistungschecks als Förderinstrument taugen? Wo sind denn die Ressourcen für die Förderung, falls bei den Checks wirklich ein Förderbedarf herauskommt?

Sie sehen, es gibt für uns einfach zu viele kritische Punkte und Fragen bezüglich der Checks und wir möchten sie weiterhin abschaffen und den Anzug von Beatrice Messerlis deshalb erneut stehenlassen. Wir befürchten aber, dass wir mit dieser Forderung keine Mehrheit bekommen. Deshalb deponieren wir den Vorschlag beim Erziehungsdepartement, dass sämtliche Checks als freiwillig deklariert werden sollen. Schliesslich heisst es ja selbst von Seiten Regierungsrat, dass kantonale Anpassungen im Rahmen des Gesamtkonzepts möglich sind. Und wenn die Auswahl von altersdurchmischten Schulklassen in Zukunft frei wählbar pro Standort sein könnte, macht es eigentlich schon auch Sinn, dass das auch bei den Leistungschecks möglich sein sollte. Besten Dank für Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Die stete Veränderung an den Schulen und die Massnahmen zur integrativen Schule, die zurzeit an der Umsetzung sind, bedeutet, dass ich immer wieder meine Haltung evaluiere und auch wegen der Erfahrung aus der Praxis verändere und weiter entwickle. Ich bin bei den Checks etwas hin und her gerissen. Einerseits gibt es den negativen Aspekt Learning to the Test und eine Art Bewertung der Qualitäten der Lehrpersonen, die nicht aussagekräftig ist. Zudem werden weder die sozialen noch Soft Skills noch Kreativität noch innovative Kompetenzen abgefragt. Die Regierung antwortet, dass es eine chancengerechte Bildung gewährleistet. Mir ist neu, dass Vergleichstests fair sind, sind doch die Ausgangslagen der Kinder und Jugendlichen sehr unterschiedlich. Die Checks scheren alle Kinder über einen Kamm, egal was ihr Hintergrund oder ihr Bildungsstand ist.

Mit manchen Argumenten meines Vorredners Oliver Bolliger gehe ich auch einig. Andererseits stelle ich fest, dass für die dringend notwendige Schulentwicklung Daten und Evaluationen fehlen. In der Antwort der Regierung steht, dass aufgrund der Checks die PH für die Schulen im Kanton Aargau Leitfäden entwickelt hat, für Fördermassnahmen. Zugegeben, ich habe diese Leitfäden nicht überprüft und für unseren Kanton sind es ja vermutlich auch ganz andere. Die PH FHNW könnte aber eben auch als Forschungsschule die Resultate der Checks für pädagogisch sinnvolle Konzepte und Leitfäden für Schulleitungen und Lehrpersonenteams ableiten und nutzen. Es besteht ein Bedarf an inhaltlichen Konzepten und Erfahrungsaustausch, um die Umsetzung der Massnahmen der integrativen Schule zu verbessern. Das Rahmenkonzept des ED ist nicht inhaltlich, sondern ein Rahmenplan mit Zahlen und Prozenten, Vorgaben, was gemacht werden soll und darf, was verzweckte und unverzweckte Mittel sind.

Allerdings, wenn ich die Antwort des ED zu den Vorstössen Messerli und Christ lese, bin ich etwas zuversichtlicher, das durch die Checks und vor allem, wie sie verbessert werden, besser gelesen werden können, wie die Schule sinnvoll weiterentwickelt werden könnte. Die Vergleiche der Resultate sollten aber nicht dazu dienen, in gut und schlecht abzuleiten und aufzuteilen, sondern wie werden wir der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen gerechter und was müssen wir konkret ändern. Ob das ED und der Bildungsraum Nordwestschweiz das so nutzen wird, kann ich jetzt noch nicht sagen. Ich plädiere hier für eine sorgfältige Überprüfung.

Die aktuelle Umsetzung entspricht einem Kompromiss unter den Lehrpersonen ist der Sinn und Zweck der Checks nach wie vor umstritten. Soll es denn nun um eine Steuerung der Schulentwicklung gehen oder um ein Förderinstrument. Als Förderinstrument, Fördermittel habe ich da meine Zweifel. Die Vorstösse von Beatrice Messerli und Katja Christ sind acht Jahre alt. Es ist doch schon interessant, dass am freiwilligen Check P3 im Schuljahr 2023/24 25 Klassen aus 12 Primarschulen teilgenommen haben, 2024/25 waren es schon 32 Klassen an 16 Schulen. Vielleicht geht die neue Generation der Lehrpersonen anders damit um. Ich weiss es nicht. Vielleicht haben sich die Checks seit der Verfassung der Vorstösse 2016 verbessert oder weiterentwickelt.

Die SP plädiert hierfür Abschreiben. Das heisst nicht, dass wir alles in der Antwort der Regierung gutheissen oder die Stossrichtung allgemein richtig finden. Wir finden aber, dass es einen neuen, frischen Vorstoss mit der heutigen Ausgangslage braucht, der zielführender wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin Jenny Schweizer von der SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Für den Arbeitgeber- und den Gewerbeverband reicht ein Bemühen des Regierungsrates, die Checks zu verbessern, um deshalb die Anzüge abzuschreiben. Uns reichen Bemühungen aber nicht. Die Regierung hatte nun in den letzten 12 Jahren seit der Einführung der Checks wirklich genug Gelegenheit gehabt, an der Verbesserung dieser Checks zu arbeiten und ihr Ziel zu erreichen, mit diesen ein Verbesserungsinstrument für die Leistungen und der Vergleichbarkeit der Schülerschaft zu implementieren. Dies geschah aber nicht.

Die Interpretation der Checkresultate ist nach wie vor für alle Erziehungsberechtigte extrem anspruchsvoll, wenn nicht sogar unmöglich. Die Darstellung ist immer noch katastrophal. Sie sind sogar so wenig aussagekräftig, dass die Lehrbetriebe ihre eigenen Leistungsprüfungen auf die Beine stellen. So hat also nicht nur der Kanton hohe Kosten mit den Checks zu tragen, sondern auch die Wirtschaft muss hohe Ressourcen zur Verfügung stellen, was ja wirklich nicht das Ziel sein kann.

Auch wissen wir, dass die Schülerinnen und Schüler logischerweise durch die Checks nicht besser werden, sondern wir bilden immer noch schweizweit das Schlusslicht, und wenn die Regierung glaubt, mit Änderungen an den Auswertungskriterien daran etwas zu ändern, dann frage ich mich, ob sie sich der Ernsthaftigkeit der Lage wirklich bewusst ist. Und auch das Auslagern der Auswertungen wird wahrlich das Problem nicht lösen. Also streichen wir die Checks, verbuchen sie unter Lernziel der Regierung «nicht erreicht» oder unter «Lieber ein Ende mit Schrecken als an Schrecken ohne Ende» und sparen wir uns die enormen zukünftigen Kosten und fokussieren uns darauf, ein Bildungskonzept zu entwickeln, damit unsere Schülerinnen und Schüler endlich wieder besser werden und schweizweit mithalten können.

Deshalb bitte ich Sie, den Anzug von Beatrice Messerli stehen zu lassen und den Anzug von Katja Christ abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weiter hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Eigentlich wollte ich nicht reden, weil schon sehr viel gesagt wurde. Ich möchte einfach die Position der LDP mitteilen. Wir sind nämlich der Meinung, dass eigentlich sehr viel schon gemacht wird für die objektive Beurteilung der Klassen und Schulleistungen und dass Schulleitungen, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie auch Eltern unabhängig von Klasse, Schultyp und Leistungsbeurteilung eine Einschätzung der Kompetenzen erhalten. Diese Checks in zu einem wichtigen Bestandteil des Qualitätsmanagements der Volksschule geworden. Wir erachten die getroffenen Massnahmen als sinnvoll, gut eingeführt und umgesetzt. Wir beantragen Ihnen deshalb, die beiden Anzüge abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005990, 12.02.25 11:55:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Die haben den Anzug Beatrice Messerli mit 71 Stimmen gegen 20 Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben. Beim Anzug Katja Christ wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben diesen somit stillschweigend abgeschrieben.

39.1. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend standardisierte Leistungschecks, Schreiben des RR

[12.02.25 11:56:10, 17.5015.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit schliesse ich die Sitzung von heute Morgen ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Wir sehen uns um 15 Uhr zu den Interpellationen.

Schluss der 3. Sitzung

11:56 Uhr

Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. Februar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tim Cuénod (SP), Tobias Christ (GLP), Patrizia Bernasconi (BastA), Fina Girard (GP), Lorenz Amiet (SVP), Heidi Mück (BastA), Lydia Isler-Christ (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

26. Neue Interpellationen ... 3
26.2. Interpellation Nr. 2 Jenny Schweizer betreffend «Lebende Tiere im Bereich Kultur?» ... 4
26.3. Interpellation Nr. 3 Lisa Mathys betreffend die Anwohnenden der Osttangente nicht länger vertrösten ... 6
26.4. Interpellation Nr. 4 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Vertragsverlängerung des Intendanten des Theater Basel ... 7
26.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Hettich betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Riehen und Basel ... 8
26.6. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt ... 9
26.7. Interpellation Nr. 7 David Jenny betreffend rechtliche Beurteilung des Erwerbs von Vermögenswerten im Finanzvermögen im Lichte des Bundesgerichtsentscheids vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) ... 9
26.8. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob 10
26.9. Interpellation Nr. 9 Beda Baumgartner betreffend Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt ... 11
26.10. Interpellation Nr. 10 Oliver Thommen betreffend chinesischer Repression in der Schweiz ... 12
26.11. Interpellation Nr. 11 Fleur Weibel betreffend Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für Basel-Stadt zu erwarten? ... 13
26.12. Interpellation Nr. 12 Maria Ioana Schäfer betreffend Massnahmen bezüglich drohender Tarifsenkungen für Psychotherapeut*innen ... 14
26.13. Interpellation Nr. 13 Anina Ineichen betreffend Microsoft ... 16
40. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV-/IVBezüger/innen», Schreiben des RR ... 17
41. Anzug Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder, Schreiben des RR ... 20
42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskirminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt, Schreiben des RR ... 20
43. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring, Schreiben des RR ... 22
44. Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen, Schreiben des RR ... 25
45. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), Schreiben des RR ... 25
46. Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR ... 25
47. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder, Schreiben des RR ... 30
48. Anzug Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend betreffend «regelmässige Information der Bevölkerung über die Krisenvorsorge», Schreiben des RR ... 31

49. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR 31
50. Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Stellungnahme des RR 34
51. Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend ein Mobilitätskonzept für das St. Jakob-Areal, Schreiben des RR 37

Beginn der 4. Sitzung

Mittwoch, 12. Februar 2025, 15:00 Uhr

26. Neue Interpellationen

[12.02.25 15:00:56]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Letzte Sitzung Nicole Kuster

Nicole Kuster wurde heute Morgen als Richterin gewählt, entsprechend hat sie heute Morgen den Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht und dies ist nun ihre letzte Sitzung. Nicole Kuster ist seit dem 2. Februar 2023 Mitglied im Grossen Rat. Sie war Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission. Im Namen des Grossen Rates bedanken wir uns bei Nicole Kuster für ihren Einsatz für den Kanton und wünschen ihr viel Freude und Erfüllung im neuen Amt.

[Applaus]

Nicole Kuster spendet uns heute Nachmittag den Kaffee. Vielen Dank für diese grosszügige Geste.

Neue Interpellationen

Interpellation Nr. 1 Lydia Isler-Christ betreffend Nachdiplomstudiengang HF (NDS) Intensivpflege am Universitätsspital Basel. Die Interpellantin ist nicht anwesend und kann deshalb nicht begründen. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Dem Regierungsrat ist bekannt, dass den Studierenden des aktuellen Nachdiplomstudiengangs Intensivpflege keine unmittelbare Anschlussstelle auf der Intensivstation des Universitätsspitals Basel angeboten werden konnte. Grund dafür ist, dass es aktuell und in absehbarer Zeit keine Vakanzen auf der IPS des USB gibt, ein genereller Anstellungsstopp besteht jedoch nicht. Nach Angaben des Universitätsspitals konnten mehrere Abgängerinnen und Abgänger des aktuellen Studiengangs auf die IPS-nahe Intermediate Care Station des USB vermittelt werden und weitere Studierende wurden an andere Universitätsspitäler weiterempfohlen. Den Studierenden wurden jedenfalls keine unterqualifizierten Stellen angeboten. Sowohl die Intermediate Care Station wie auch andere hochspezialisierte Fachabteilungen, wie zum Beispiel die Hämatologie, betreuen Patientinnen und Patienten, die auch auf der Intensivstation liegen könnten.

Zu Frage 2. Die Vorgaben für den Stellenplan für die Erbringung der anfallenden Pflegeleistungen, die die Schweizerische Gesellschaft für Intensivmedizin für die Zertifizierung von Intensivstationen aufstellt, werden vom USB stets eingehalten. Nach der Coronapandemie hat sich die Situation rasch entspannt. Die Fluktuationsraten haben sich stabilisiert und der Arbeitsalltag hat sich normalisiert. Auch mussten im Jahr 2024 keine Operationen wegen fehlender Intensivpflegekapazitäten verschoben werden.

Zu den Fragen 3 und 4. Es gibt aktuell keinerlei Hinweise, dass zu wenig Intensivpflegekapazitäten bestehen. Das USB kann den Bedarf jederzeit decken und bietet täglich eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung an. Dies war auch während der Coronapandemie der Fall. Wie in anderen Spitälern der Schweiz war das Patientinnen- und Patientenaufkommen auf der IPS im Jahr 2024 geringer als in den Vorjahren. Entsprechend hat das USB seine Kapazitäten in der Intensivmedizin angepasst, um verantwortungsvoll mit den Personalressourcen umzugehen und unnötige Ausgaben zu vermeiden. Angesichts der steigenden Gesundheitskosten sind die Leistungserbringer im Gesundheitswesen dazu auch angehalten. Nach dem Gesagten hat das Gesundheitsdepartement keine Veranlassung, die Planung der Fachkräfte des USB in Frage zu stellen.

Zu Frage 5. Die von der Interpellantin beschriebene Situation unterstreicht die Attraktivität des Universitätsspitals sowohl als Ausbildungsspital für hochqualifizierte Pflegefachkräfte als auch als Arbeitsort. Sie zeigt die Bereitschaft des USB, Personen in der Intensivpflege weiterzubilden, auch wenn kein unmittelbarer Eigenbedarf besteht. Damit leistet das USB einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels in der Schweiz. Insbesondere mit Blick auf mögliche

Krisensituationen ist es wichtig, zusätzliches Personal mit Kompetenzen in der Intensivpflege auszubilden, um damit eine gewisse Krisenresilienz sicherzustellen.

Zu den Fragen 6 und 7 ist nochmals zu betonen, dass es am USB keinen Anstellungsstopp gibt. Ein gut besetzter Stellenplan und der sorgsame Umgang mit den Studierenden ist Ausdruck eines wertschätzenden Umgangs mit den Mitarbeitenden und einer gesunden Betriebskultur. Der Regierungsrat hat keinen Anlass, in Zweifel zu ziehen, dass dies im USB der Fall ist.

Zu Frage 8. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass das USB aus finanziellen Gründen beim Personal sparen würde. Da die Fluktuation momentan gering ist und wenig Pensionierungen anstehen, ist der Stellenplan gut besetzt. Zudem war im Jahr 2024 in der ganzen Schweiz der Bedarf an Betten auf der Intensivstation niedriger als in den Vorjahren, in den Vorjahren natürlich war die Pandemie dominant. Das USB hat eine Intermediate Care Station aufgebaut und konnte in diesem Zusammenhang die Intensivkapazitäten von 40 auf 38 Betten reduzieren. Dadurch kam es zu einer Verschiebung der Patientinnen und Patienten, so dass die IPS im Jahr 2024 zu 77 Prozent und die Intermediate Care Station zu 78 Prozent ausgelastet waren.

Zu Frage 9. Der finanzielle Nettoaufwand des USB für die Ausbildung von 19 diplomierten Expertinnen und Experten in der Intensivpflege beläuft sich auf rund 600’000 Franken pro Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist abwesend. Die Interpellation ist erledigt.

26.2. Interpellation Nr. 2 Jenny Schweizer betreffend «Lebende Tiere im Bereich Kultur?»

[12.02.25 15:07:25, 25.5022.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zunächst allgemein. Wenn lebende Tiere an Veranstaltungen als Attraktion ausgestellt werden, ist gemäss Artikel 13 Abs. 1 Tierschutzgesetz eine Bewilligung für die Werbung mit Tieren erforderlich. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Unterbringung während des Anlasses sowie zwischen den Einsätzen der Tiere tierschutzkonform ist und die Ausbildungsanforderungen von der für die Tierbetreuung verantwortlichen Person erfüllt und die Transportbedingungen eingehalten werden. Zudem muss gesichert sein, dass die Tiere nicht leiden, keinen Schaden nehmen oder ihre Würde nicht anderweitig missachtet wird. Das Theater Basel beantragt beim Einsatz von Tieren jeweils die nötigen Bewilligungen. In allen Fällen konnten in den vergangenen Jahren die Bewilligungen jeweils erteilt werden.

Zu den einzelnen Fragen, zu Frage 1. Nein. Der Regierungsrat überlässt die künstlerische Planung des Theaters Basel im Sinne der Kunstfreiheit der Institution und geht davon aus, dass diese sich an bestehende kantonale Vorschriften betreffend den Einsatz von lebenden Tieren hält.

Zu Frage 2. Wir verweisen für die Grundsätze auf die bereits erwähnten Ausführungen zum Tierschutzgesetz. Das Theater Basel kennt einen schriftlich dokumentierten ordentlichen Prozess für den Tiereinsatz. Dazu gehört, dass zwingend beim kantonalen Veterinäramt eine Bewilligung eingeholt wird. Eine Besichtigung vor Ort sowie Ausbildungsnachweise zum Tierhalter oder zur Tierhalterin sowie zum Tier selbst gehören dazu. Der Prozess sieht auch vor, dass bei Bedarf Anpassungen bei den Inszenierungen im Interesse des Tieres vorgenommen werden können.

Zu Frage 3. Weder hat das Theater Basel bisher diesbezügliche Reaktionen erhalten noch meldet das Gesundheitsdepartement von Seiten Tierschutzorganisationen bisher eine negative Äusserung. Die Abteilung Tierschutz des Veterinäramts prüft die Gesuche und entscheidet über eine allfällige Bewilligungserteilung und mögliche Auflagen.

Zu Frage 4. Das Theater Basel hat bisher keine derartige Publikumsreaktion registriert. Auch dem Regierungsrat ist keine Kritik aus der Bevölkerung bekannt.

Zu Frage 5. Die aktiven Bewilligungen für die Aufführung des Theaters Basel zur Dreigroschenoper sowie zu Der Ring von Richard Wagner laufen noch bis zum Ende der Spielzeit. Aktuell sind keine neuen Produktionen mit Tiereinsatz geplant. Das Theater Basel schliesst nicht aus, dass es in Zukunft wieder Tiere auf der Bühne geben könnte, wobei dem Tierwohl in

grossem Masse und auch selbstverständlich gemäss den gesetzlichen Anforderungen auch in Zukunft Rechnung getragen würde.

Zu Frage 6. Es gab in den vergangenen Jahren vereinzelte Produktionen mit Tieren in den folgenden subventionierten Kulturstätten, im Jahr 2024 im Beyeler Museum, im Jahr 2022 im Museum der Kulturen und am Theaterfestival in der Kaserne und im Jahr 2016 in der Kunsthalle Basel. Das Theater Basel führte während den Jahren 2010 bis 2025 vereinzelte Produktionen mit Tieren durch. Alle Veranstaltungen verfügten über Bewilligungen des Veterinäramts.

Zu Frage 7. Nein, das ist nicht der Fall und auch nicht vorgesehen. Dafür liegt der Prozess gemäss der Beantwortung der Frage 2 vor.

Zu Frage 8. Nein, das kann sich der Regierungsrat mit Verweis auf die Kunstfreiheit nicht vorstellen. Wie bereits ausgeführt, ist der Regierungsrat überzeugt, dass dem Tierwohl angesichts der selbstverständlich notwendigen Bewilligungen und Prozesse in den einzelnen Fällen in angemessener Weise Rechnung getragen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Arbeit mit Tieren und Kulturstätten hat für mich nur mit Show zu tun und tut ihrer Kunst schlussendlich Abbruch. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Schutz der Tiere über das Kulturschaffen gestellt werden muss, weil ein Tier auf einer Bühne nur Effekthascherei ist. Auch das Argument, dass das Veterinäramt seinen Segen geben muss, ist für mich nicht stichhaltig. Allein schon die Tatsache, dass das Veterinäramt herbeigezogen werden muss, zeigt ja schon, dass man sich bewusst ist, sich in einer Grauzone zu befinden. Und auch die Tatsache, dass nicht immer das gleiche Tier jede Vorstellung bestreiten kann, weil der Stressfaktor zu hoch ist, zeigt auch, dass solche Inszenierungen mit lebenden Tieren nicht belanglos sind. Die Regierung muss meines Erachtens nun ihren nötigen Menschenverstand walten lassen und von den Kulturschaffenden verlangen, ohne lebende Tiere den nötigen Effekt auf die Bühne zu zaubern. Wenn Kulturschaffende dazu nicht in der Lage sind, ist es meines Erachtens schlecht um sie bestellt. Ich bin mit der Interpellationsbeantwortung nur teilweise befriedigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Aufgrund der fortgeschrittenen Planungsarbeiten könnte sowohl die Lärmschutzwand Galgenhügel wie auch diejenige an der Schwarzwaldallee 62 noch dieses Jahr in Bau gehen. Nun gibt es aber die neueste Entwicklung, dass sich das Bundesverwaltungsgericht aus Lärmschutzgründen zugunsten einer Temporeduktion auf 60 km/h in der Nacht ausgesprochen hat. Der Regierungsrat wird die Auswirkungen dieses Entscheids auf die genannten und weiteren geplanten Massnahmen analysieren. Heute schon klar ist, dass die Ablehnung des Rheintunnels den Bau der Überdeckung Breite West stark erschwert, weil der Bau unter Vollbetrieb der Osttangente erfolgen muss. Der Kanton prüft derzeit innovative und nachhaltige Lösungen, auch die Durchführung eines Ingenieurwettbewerbs, dessen Ergebnisse sind frühestens 2026 zu erwarten.

Zu Frage 2. Der Ausweichverkehr belastet besonders in den Hauptverkehrszeiten die Quartiere und deren Bewohnerschaft entlang der Osttangente, namentlich im Lehenmatt. Mit dem Wegfall des Rheintunnels wird die Osttangente weiterhin überlastet bleiben. Für den Regierungsrat stehen in dieser Situation vor allem mittel- bis langfristige Handlungsfelder im Vordergrund, die bereits Teil der Mobilitätsstrategie sind. Um einige zu nennen, die weitere Stärkung von Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr, die Erhöhung des Drucks auf den Bund für Massnahmen wie Road Pricing und die Siedlungsplanung auf kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit und Freizeit ausrichten. Lokale Massnahmen gegen Ausweichverkehr, wie zum Beispiel Durchfahrtsverbote, ergänzen diese Massnahmen. Sie wirken allerdings primär lokal und sind mit Einschränkungen für die Bevölkerung und das Gewerbe verbunden. Der Regierungsrat wird solche Massnahmen dennoch prüfen und bei Bedarf umsetzen.

Zu Frage 3. Das Nachtfahrverbot für Lastwagen geniesst in der Schweizer Bevölkerung grosse Unterstützung. Eine Lockerung würde in die Kompetenz des Bundes fallen und der Regierungsrat kann sich erst differenziert positionieren, wenn ein konkreter Vorstoss auf Bundesebene vorgebracht wird.

26.3. Interpellation Nr. 3 Lisa Mathys betreffend die Anwohnenden der Osttangente nicht länger vertrösten

[12.02.25 15:15:53, 25.5023.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation, Frau Regierungsrätin. Ich denke, es gibt einige Sachen, die wir hier doch kurz ansprechen sollten. Sie erwähnen, dass eigentlich die Lärmschutzwände quasi bereit sind, gebaut zu werden und stellen aber jetzt in Frage, ob man daran jetzt etwas ändern muss, weil das Gerichtsurteil gefallen ist bezüglich einer Möglichkeit in der Nacht, um eine Temporeduktion zu realisieren auf 60. Und da möchte ich doch wirklich sehr stark darum bitten, Esther Keller, dieses wichtige Gerichtsurteil hat ganz sicher nicht zur Folge, dass man diese Lärmschutzwände jetzt nicht bauen sollte. Diese Lärmschutzwände hat der Grosse Rat beschlossen und er hat sie zusammen mit den Bemühungen für Tempo 60 in der Nacht beschlossen. Es war hier nie die Rede, dass das eine oder das andere stattfinden soll, sondern wirklich beides, gerade weil ja eben die Temporeduktion nachts greift und die Lärmschutzwände, wie Sie sich vorstellen können, die stehen auch am Tag da, die nimmt man dann nicht runter und die wirken sich dann eben rund um die Uhr positiv aus. Ich denke wirklich, dass die Bevölkerung entlang der Osttangente es verdient hat, dass sie diese Lärmschutzwände, die wir schon so lange beschlossen haben, jetzt wirklich zügig erhält. Deshalb finde ich es jetzt auch schade, dass es Ihnen heute nicht möglich ist, den Zeitplan hier zu konkretisieren, auch wenn ich ein gewisses Verständnis habe, dass man das intern anschauen muss, aber ich finde wirklich, der Kanton schuldet der betroffenen Bevölkerung diese Massnahmen längst.

Dann haben Sie ja noch gesagt wegen der Einhausung, die Sie erwähnen, die erschwert werde, weil der Bau des Rheintunnels nicht erfolgt, abgelehnt wurde. In dieser Logik, eine Erschwerung der Einhausung heisst nichts anderes, als dass man die Einhausung erst nach 2040 hätte in Angriff nehmen wollen und realisieren wollen, weil vorher hätte ja der Rheintunnel für dieses Vorhaben rein gar nichts genützt und da bin ich eben wirklich dezidiert anderer Meinung, dass man auch dieses Vorhaben wirklich entschlossen jetzt angehen soll und dass das eigentlich auch vorher schon getan hätte werden sollen. Ich kenne einige Ingenieur*innen und die sind alle sehr ambitioniert und ehrgeizig, wenn es darum geht, ob Sachen machbar sind oder nicht. Es gibt das geflügelte Wort, das in diesem Berufsstand, glaube ich, sehr gut vertreten ist; geht nicht, gibt's nicht. Ingenieur*innen können und wollen solche Sachen realisieren, auch unter erschwerten Bedingungen, und ich bin sicher, dass wir das der betroffenen Bevölkerung in der Breite auch zuliebe tun können.

Ich möchte auch noch erwähnen, dass bei der einen Lärmschutzwand, um noch kurz auf diese zurückzukommen, ist ja vor allem eine Schule betroffen, ganz stark, also dort bei der Galgenhügel-Promenade. Dort war es nicht möglich, Elternabende abzuhalten mit geöffnetem Fenster im Sommer, weil es zu laut ist aktuell. Und deshalb auch dort noch einmal das wirklich dringliche Plädoyer, diese Lärmschutzwände jetzt nicht in Frage zu stellen, das wäre eine falsche Interpretation des erfolgten Bundesgerichtsurteils.

Bei der Frage 2 möchte ich auch noch einmal kurz darauf kommen, dass das Bundesgerichtsurteil, Sie haben ja gesagt, eine Erhöhung des Drucks auf den Bund für Massnahmen im Lärmschutzbereich, Sie haben da Road Pricing als Beispiel genannt, ich finde aber eben auch hier sollte man das Bundesgerichtsurteil noch einmal erwähnen und wirklich sich zu Herz nehmen, dass das auch ein Signal an das ASTRA, ans Bundesamt für Strassen sein muss, dass man wirklich künftig anders umgehen muss mit den Bedürfnissen der Menschen, die in diesen Städten und an diesen Autobahnen entlang leben und eben nicht nur Road Pricing angehen, sondern wirklich auch, dass eben Temporeduktionen, usw. wirklich Massnahmen sind, die verhältnismässig sind.

Bei den Durchfahrtsverboten bitte ich Sie, noch einmal der Bevölkerung von Birsfelden auch zuzuhören, wenn Sie sagen, dass es Einschränkungen für die Bevölkerung gäbe. Die Bevölkerung profitiert unmittelbar von solchen Durchgangsverboten. Sie haben sehr viel mehr Ruhe in ihren Wohnquartieren, wo der Verkehr nicht hingehört.

Wir bauen auf den guten Willen des Regierungsrates, insbesondere natürlich auch, falls das Nachtfahrverbot tatsächlich gefällt werden sollte, wir vertrauen Ihnen. Ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.4. Interpellation Nr. 4 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Vertragsverlängerung des Intendanten des Theater Basel

[12.02.25 15:21:06, 25.5024.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zu Frage 1. Die aktuelle Leistungsvereinbarung mit dem Theater Basel gibt vor, dass die Trägerschaft über alle Sparten und über die gesamte Laufzeit eine gute Auslastung anstrebt. Die Frage kann deshalb vom Regierungsrat vor Ablauf und Auswertung der aktuellen Laufzeit der Leistungsvereinbarung per 31. Juli 2027 nicht abschliessend beantwortet werden. Die Auslastung der vergangenen Spielzeit 23/24 bewegt sich mit 66,4 Prozent im Rahmen der Auslastung der letzten zehn Jahre und gibt daher aus Sicht des Regierungsrats keinen Grund zur Sorge. Über die letzten zehn Jahre lag die Auslastung bei 66 Prozent, wobei hier die zwei Covid-Spielzeiten ausgeklammert sind. Damit eine gute Auslastung auch in Zukunft möglich ist, bemüht sich das Theater Basel mehr jüngere Besuchende zu gewinnen. In der Spielzeit 21/22 führte das Theater Basel deshalb den Tarif 20/10 Franken ein, Personen in Ausbildung bis 30 Jahre erhalten damit günstigen Zugang zu allen Vorstellungen, auch im Vorverkauf. Die Besuchszahlen im Segment der jungen Erwachsenen unter 30 in Ausbildung konnten so per Spielzeit 23/24 fast verdreifacht werden. Die abgeschlossene Spielzeit 23/24 sowie die laufende Spielzeit 24/25 sind mit dem Ring der Nibelungen und dem besonderen Programm im Ballett als Sonderspielzeiten geplant und daher seitens Theater Basel vom Publikumspotenzial auch niedriger budgetiert. Die Zuschauendenzahlen der Bezahlformate bewegten sich in den letzten zehn Jahren zwischen rund 148’000 und 189’000. Die Besuchszahlen 23/24 sind zur Vorspielzeit stabil und liegen etwa dort, wo zum Beispiel die Spielzeiten 12/13 von Georges Delnon oder die Spielzeit 15/16 von Andreas Beck auch war.

Zu Frage 2. Die jährliche Berichterstattung erfolgt in Form des publizierten Jahresberichts sowie der revidierten Jahresrechnung des Betriebs mit Erfolgsrechnung und Bilanz. Zusätzlich erfolgt sie im Rahmen einer standardisierten Berichterstattung, welche die Abteilung Kultur im Präsidialdepartement jährlich bei allen mit Staatsbeiträgen unterstützten Institutionen einholt.

Zu Frage 3. Die Evaluation erfolgt mit dem von der Abteilung Kultur entwickelten Tools im Rahmen ihres Evaluations-Konzepts, unter anderem mit qualitativ ausgerichteten Potenzialgesprächen, die mit jeder Institution alle zwei Jahre geführt und intern dokumentiert werden.

Zu Frage 4. Wie erwähnt bezieht sich die Vorgabe der Auslastung auf die gesamte Laufzeit der Leistungsvereinbarung. Es können aktuell daraus keine Rückschlüsse auf künftige Ziele abgeleitet werden. Diese werden wie bisher im Rahmen von künftigen Verhandlungen betreffend Staatsbeitrag 2027 fortfolgende zwischen der Abteilung Kultur im Präsidialdepartement und der Trägerschaft definiert und vom Regierungsrat genehmigt.

Zu Frage 5. Die Auslastung ist für Publikumsbetriebe mit einer definierten Anzahl Sitzplätze eine anerkannte und zweckmässige Kennzahl. Die Kennzahl hat einen direkten operativen Nutzen, wenn es um Umbaumassnahmen geht. Zum Beispiel wurde im Rahmen der Teilsanierung des Theaters Basel die Anzahl Plätze auf der grossen Bühne von 1’001 auf 876 reduziert wegen Baurechtsvorschriften und auch zur Erhöhung des Publikumskomforts. Generell ist festzuhalten, dass die Auslastung eine, aber nicht die einzige relevante Kennzahl in Bezug auf den Publikumszuspruch ist. Methodisch ist bei einem Theater zu beachten, dass generell die Platzkapazität nicht bei jeder Produktion gleich gross ist. So können Sitzplätze zum Beispiel wegfallen, weil das Bühnenbild in den Zuschauerraum erweitert wird oder weil das Bühnenbild von gewissen Plätzen aus nicht gut sichtbar ist.

Schliesslich hält der Regierungsrat fest, dass in Leistungsvereinbarungen mit kulturellen Institutionen eine Reihe von differenzierten Vorgaben definiert sind. Diese tragen dem Umstand Rechnung, dass Ansprüche im Bereich der künstlerischen Professionalität, des Publikums und der Finanzen gestellt werden. Alle diese Ansprüche müssen sorgfältig beurteilt werden. Die Beurteilung einzig auf eine Kennzahl einzuschränken, greift deshalb aus Sicht des Regierungsrats zu kurz.

Zu Frage 6. Diese Frage betrifft ein künftiges Staatsbeitragsverhältnis mit dem Theater Basel. Der Regierungsrat kann sich deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu dieser Frage äussern.

Zu den Fragen 7, 8 und 9. Ein Einbezug des Regierungsrats ist bei Vertragsverlängerung mit dem Intendanten nicht vorgesehen. Der Regierungsrat genehmigt die Wahl der Intendanz des Theater Basel bei einer Neubesetzung. Das Präsidialdepartement wurde vom Theater Basel vor Bekanntgabe der Vertragsverlängerung mit dem Intendanten informiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Besten Dank für die Beantwortung der von mir eingereichten Fragen zum Theater. Sie sind sehr ausführlich, etwas technisch. Ich wollte nie mit meiner Interpellation Eingriff in die künstliche Freiheit des Theaters Einfluss nehmen, das ist ganz klar. Es gibt aber, und da sind die Antworten meiner Meinung nach nicht so klar, im Theater ein Governance-Problem. Die Vorkommnisse der letzten Zeit zeigen das deutlich. Das Theater ist rechtlich eine Genossenschaft. Diese Genossenschaft ist über 100 Jahre so organisiert und am Anfang hat die Genossenschaft, das Theater sich finanziell fast selber getragen mit kleinen Beiträgen und heute ist das genau umgekehrt. Heute ist eigentlich der Kanton der finanzielle Hauptgeber für dieses Budget und das sind fast 50 Millionen, die jährlich zum Theater fliessen. Diese Verantwortung für dieses viele Geld ist meiner Meinung nach nicht klar und ich erwarte hier, dass man das besser begleitet, klare Regeln macht, wie man das macht. Sie haben von drei Säulen geredet, die künstliche Leitung, das operative, aber auch das unternehmerische, das wirtschaftliche und ich finde, man kann das auseinandernehmen und ich wäre froh, wenn man das in Zukunft, vielleicht werde ich auch noch einen Vorstoss dazu machen, das vielleicht anders macht, moderner.

Es ist ganz klar, diese Mittel sind gut, die das Theater bekommt. Das ist wichtig für unsere Kulturstadt, das ist auch wichtig für viele unsere Besucherinnen und Besucher, die kommen und auch hier übernachten. Sie kommen auch wegen dem Theater, es werden dort auch sehr viele aktuelle Themen im Weltgeschehen aufgenommen, aber nichtsdestotrotz kann man mit den Einsatzmitteln sorgfältig oder unsorgfältig umgehen. Ich will damit nicht sagen, dass es unsorgfältig ist, aber ich habe den Eindruck, da sind zu viele Freiheiten und ich würde gerne den Verwaltungsrat des Theaters bitten, das genau anzuschauen. Es sitzt auch eine Verwaltungsrätin hier im Moment und schreibt schön mit. Ich bin froh, wenn das Theater in Zukunft eine wichtige Institution wird, wo wir viele Themen besprechen können, und ich freue mich auf weitere Auseinandersetzungen.

Es ist meine erste Interpellation in meinem neuen Geschäft. Ich hatte diese Woche in der BKK Einsitz und habe die UVEK verlassen und werde mich jetzt mehr diesen Themen zuwenden, die sind ja auch wichtig, nicht nur die Infrastrukturen wie die Lärmschutzwände an unserer Autobahn ohne untertunneln. Besten Dank, ich bin mit der Interpellationsbeantwortung teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Hettich betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Riehen und Basel

[12.02.25 15:30:27, 25.5028.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Bei den Arbeiten an der Grenzacherstrasse handelt es sich um eine ausserplanmässige Notmassnahme der IWB infolge einer defekten Fernwärmeleitung. Dafür musste die Unterführung der Schwarzwaldstrasse zeitweise gesperrt werden. Sie ist aber seit dem 25. Januar wieder befahrbar. Die Arbeiten an der Fernwärmeleitung dauern voraussichtlich bis Ende März. Parallel zu dieser Notmassnahme gab es eine Störung der Lichtsignalanlage, was die Verkehrssituation zusätzlich belastet hat. Inzwischen funktioniert diese wieder.

Zu Frage 2. Das Bau- und Verkehrsdepartement, die IWB und die BVB koordinieren die Erhaltung ihrer Infrastruktur in der Koordinationskonferenz Infrastruktur. Wenn allerdings Notmassnahmen wie hier an einer defekten Fernwärmeleitung oder Lichtsignalanlage nötig werden, sind diese Arbeiten leider nicht planbar und es kann dazu führen, dass diese mit bereits laufenden Projekten zusammenfallen.

Zu Frage 3. Zur Achse Bäumlihofstrasse. Die Erneuerung der Bäumlihofstrasse dauert voraussichtlich bis November. Ausstehend sind diverse Werkleitungsarbeiten sowie die Erneuerung der Strasse. Voraussichtlich von April 2026 bis Ende 27 stehen umfangreiche Erneuerungsarbeiten in der Rauracherstrasse an. Zwischen der Äusseren Baselstrasse und dem

Kohlistieg werden Werkleitungen und Hausanschlüsse ersetzt und die Strasse sowie die Bushaltestellen erneuert. Im Anschluss an die Rauracherstrasse ist in den Jahren 28 und 29 die Erneuerung der Hörnliallee und des Otto Wenk-Platzes geplant. Auch hier werden Hausanschlüsse und Werkleitungen sowie die Strasse und die Bushaltestellen erneuert. Zudem wird der Vorplatz des Friedhofs Hörnli umgestaltet. In Riehen Dorf sind voraussichtlich 2029 und 2030 Arbeiten an der ÖV-Infrastruktur geplant. In der Riehenstrasse Abschnitt Hirzbrunnenallee bis Röttelerstrasse sind zudem voraussichtlich zwischen 2030 und 2031 Arbeiten geplant. Die Arbeiten sind so koordiniert, dass immer zwei der drei Achsen uneingeschränkt befahrbar sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Hettich (LDP): Ich danke für die Beantwortung und ich bin zufrieden. Ich hätte mir aber im Vorfeld vielleicht mehr Informationen Richtung Riehen gewünscht, dass man weiss, was ist, weil es hat sich gezeigt, wenn eine Achse mehr wegfällt, dann gibt es einen Riesenstau. Das ist für das ÖV, das ist für alle schwierig und auch für die Gewerbler, das kostet diese richtig Geld. Ich würde mir wünschen, dass wir Glück haben und das nicht noch einmal passiert und diese Koordination, die Sie angesprochen haben, dann auch wirklich funktioniert. Ich danke noch einmal für die Beantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist es mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.6. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt

[12.02.25 15:33:58, 25.5029.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

26.7. Interpellation Nr. 7 David Jenny betreffend rechtliche Beurteilung des Erwerbs von Vermögenswerten im Finanzvermögen im Lichte des Bundesgerichtsentscheids vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023)

[12.02.25 15:34:39, 25.5034.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Der vom Interpellanten angesprochene Bundesgerichtsentscheid vom 10. Januar 2025 wirft grundsätzliche Fragen zur Abgrenzung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie zu den damit verbundenen Ausgabenkompetenzen auf. Da es sich um einen sehr aktuellen Entscheid handelt, der weitreichende Implikationen für die kantonale Praxis haben könnte, ist eine sorgfältige und umfassende Analyse erforderlich. Das Bundesgericht hat im Fall des Kantons Solothurn festgehalten, dass es nicht zulässig sei, Immobilien im Finanzvermögen zu kaufen, sofern von vornherein die konkrete Absicht besteht, diese für Verwaltungszwecke zu nutzen und später ins Verwaltungsvermögen zu überführen. Gleichzeitig erwähnt das Bundesgericht jedoch auch, dass Liegenschaften im Finanzvermögen als Finanzanlage gekauft werden können.

Die rechtlichen Grundlagen zur Zuteilung in das Finanzvermögen oder in das Verwaltungsvermögen sind in den Kantonen ähnlich ausgestaltet. Diese Frage wird auch im allgemeinen Verwaltungsrecht geregelt, welches für alle Gemeinwesen Geltung hat. Der Kanton Basel-Stadt verfügt jedoch mit § 54 der Verordnung zum Finanzhaushaltgesetz über eine

spezifische Regelung, die explizit die Nutzung von Synergien zwischen den Portfolios Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen ermöglicht. Dies eröffnet im Vergleich zum Kanton Solothurn einen grösseren gesetzlichen Handlungsspielraum. Grundsätzlich können Immobilien im Finanzvermögen erworben werden, wenn die Marktfähigkeit der Liegenschaft gegeben ist und das Parlament bei einer allfälligen späteren Umwidmung ins Verwaltungsvermögen die Wahlfreiheit hat. Der Regierungsrat kann Liegenschaften mit Boden veräussern, wenn die Netto-Veränderung des Bodens jeweils über fünf Jahre ausgeglichen ist. Auf jeden Fall kann eine solche Liegenschaft im Baurecht abgegeben werden.

Die Verwaltung analysiert derzeit den Bundesgerichtsentscheid und seine Auswirkungen auf die baselstädtische Rechtslage und Praxis im Detail. Der Regierungsrat ist sich der Bedeutung dieser Thematik für die korrekte Handhabung der Ausgabenkompetenzen und die demokratische Legitimation von Liegenschaftserwerben bewusst. Deshalb erachtet er es als notwendig, diese grundlegende Analyse abzuwarten, bevor er zu den konkreten Fragen des Interpellanten abschliessend Stellung nehmen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

David Jenny (FDP): Ich habe eine solche Interpellationsbeantwortung noch nie so erlebt. Ich hatte mit einer schriftlichen Beantwortung in einem Monat gerechnet, nicht mit einer mündlichen. Die Mündliche, aus der entnehme ich, dass mein Anliegen ernst genommen wird und eine Analyse in Aussicht gestellt wird. Die kommt ja dann nicht in einer Form, wo ich wieder förmlich Stellung nehmen kann, es wird ja nicht umgewandelt in eine schriftliche Anfrage, also entziehen Sie mir die Gelegenheit, zu Ihren konkreten Antworten auch Stellung zu nehmen und ich frage mich, muss ich jetzt das Ganze nochmals als schriftliche Anfrage einreichen, damit ich dann auch die Gelegenheit zur Replik habe.

Es mag jetzt also ein bisschen technisch erscheinen, aber es geht wirklich um die Rechte vom Parlament und Volk bei Erwerb vor allem von Immobilien aus den Mitteln des Finanzvermögens und da hat das Bundesgericht in Solothurn relativ klar festgestellt in diesem Entscheid, wo als Reserve eine Liegenschaft gekauft wurde, aber schon mit dem konkreten Plan, das mal für die Justiz zu gebrauchen, dass das so nicht geht. Die Erklärung, dass wir eine Bestimmung in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz haben und dass das daher in Basel anders sein könnte, überzeugt mich nicht sehr. Ich glaube nicht, dass der Regierungsrat die Kompetenz auf Verordnungsebene hat, die grundsätzlichen Gewalten, die Kompetenzverteilung zwischen Regierung, Parlament und Volk zu ändern. Das wäre ein bisschen zu einfach.

Das ist ein Thema, das mich ein bisschen verfolgt. Ich habe eine Interpellation für die Sitzung vom 7. Dezember 2016 eingereicht. Da ging es um den Erwerb der Eishalle St. Jakob. Das wurde auch über das Finanzvermögen abgewickelt und nachher wurde dann umgewidmet in das Verwaltungsvermögen und ich habe eben diese Frage gestellt auf zehn Jahre zurück, können Sie die Hand ins Feuer legen, ob Sie das nie umgangen haben, unsere Bestimmungen. Ich wurde dort ziemlich abgeputzt von der Regierung, von der Amtsvorgängerin von Frau Soland. Departementssekretär war damals Herr Sutter, er trat in der Kommission auf und hat gesagt, ich habe da völlig Unrecht.

Im Lichte dieses Bundesgerichtsentscheides denke ich, dass meine Fragen schon damals eine gewisse Berechtigung hatten. Wir haben die generelle Problematik in Basel-Stadt, dass durch die Bodeninitiative und die Umsetzung eigentlich das ganze Immobilienfinanzvermögen politisiert wurde, ob man wirklich noch von Finanzvermögen sprechen kann und ob nicht wirklich auch die Bewertungen des Immobilienfinanzvermögens, weil es nicht mehr voll realisierbar ist, angepasst werden müssen. Das sollte auch mal angeschaut werden. Ich glaube, das Bundesgericht hat jetzt klar gemacht, dass dieser Trick im Finanzvermögen, kaufen und nachher umwidmen, dass der so nicht zulässig ist. Der Kanton könnte dies ändern, das braucht aber eine wirkliche Änderung des formellen Gesetzes und nicht irgendwelche schlauen Verordnungsbestimmungen.

In diesem Sinne, weil ich glaube, dass die Fragen ernsthaft dann beantwortet werden auf irgendwelche Weise, erkläre ich mich als teilweise zufrieden gestellt mit diesen Antworten und bin wirklich darauf gespannt, dass die konkreten Antworten auch so veröffentlicht werden, dass sie nicht nur Geheimwissen der Regierung bilden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.8. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob

[12.02.25 15:42:26, 25.5035.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

26.9. Interpellation Nr. 9 Beda Baumgartner betreffend Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt

[12.02.25 15:42:39, 25.5036.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Allgemein ist es schwierig, kausale wirtschaftliche Effekte durch die Einführung des Mindestlohns nachzuweisen oder auszuschliessen. Gerade in den letzten Jahren gab es verschiedene wirtschaftliche Herausforderungen, zum Beispiel die Covid-19-Pandemie, Inflation, Ukraine-Krieg, internationale Industriepolitik und harzig wirtschaftliche Entwicklung der Schweizer Handelspartner im Ausland. Diese haben das wirtschaftliche Umfeld in Basel-Stadt geprägt und zu konjunkturellen Schwankungen geführt. Mögliche Auswirkungen eines Mindestlohns können von solchen Entwicklungen überlagert werden. Eine isolierte Wirkung des Mindestlohns lässt sich daher nur schwer von anderen Einflüssen trennen. Festzuhalten bleibt, dass die Einführung des Mindestlohns in Basel-Stadt reibungslos verlief.

Zu Frage 2. Dem Regierungsrat und dem zuständigen Departement liegen keine derartigen Hinweise von betroffenen Unternehmen vor. In den Gesprächen mit den Firmen steht vielmehr der Arbeits- und Fachkräftemangel im Vordergrund.

Zu Frage 3. Auch bei der Arbeitslosenquote kann kein kausaler Effekt des Mindestlohns gesondert gemessen oder ausgeschlossen werden. In der zweiten Jahreshälfte 2022, also nach Einführung des Mindestlohns, entwickelte sich die Arbeitslosenquote in Basel-Stadt weiter positiv. Im September 2022 wurde mit 2,8 Prozent der niedrigste Wert der letzten Jahre gemessen, auch der saisonale Anstieg zum Jahresende war mit einer Arbeitslosenquote von 2,9 Prozent im Dezember wenig ausgeprägt. Im Januar 2024 ist die Arbeitslosenquote in der ganzen Schweiz wieder gestiegen, so auch in Basel-Stadt. Das international gedämpfte wirtschaftliche Umfeld macht sich auf dem Schweizer Arbeitsmarkt bemerkbar. Der Anstieg der Arbeitslosenquote ist branchenübergreifend sichtbar und betrifft nicht speziell den Niedriglohnbereich.

Zu Frage 4. Der Bericht des Regierungsrates zur Kontrolle kantonaler Mindestlohn 2023, der aktuell bei der WAK liegt, hält fest, dass die Unternehmen grösstenteils positiv auf die Kontrollen reagieren. Sie kommen den gesetzlichen Anforderungen in der Regel nach und sie halten die Kontrollen für wichtig, weil damit gleich lange Spiesse auf dem Arbeitsmarkt sichergestellt werden. Somit wird der Mindestlohn im Kanton Basel-Stadt mehrheitlich eingehalten. Der Mindestlohn wurde von den Unternehmen gut akzeptiert, dem Regierungsrat und dem zuständigen Departement wurden keine grösseren Probleme von Firmen aufgrund des Mindestlohns gemeldet.

Zu den Fragen 5 und 6. Die Universität und ihre Professorinnen und Professoren sind frei in ihren Publikationen. Die Qualitätskontrolle und Sicherstellung der Einhaltung der universitären Standards ist Aufgabe der Professorinnen und Professoren bezugsweise der Universität.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Sie haben ein Anliegen, zudem wollen Sie eine Umfrage machen. Sie schicken die Umfrage an möglichst viele Empfängerinnen und Empfänger, diese können sie anonym beantworten. Diese Empfängerinnen und Empfänger können die Umfrage aber nicht einmal beantworten oder nicht zweimal oder nicht dreimal, nein, sie können sie unbegrenzt viel beantworten. Und der Witz ist, die Umfrage ist anonym, das heisst, es lässt sich natürlich auch nicht überprüfen, welcher Teilnehmender oder welche Teilnehmende sie wie oft ausgefüllt hat. Und dann nehmen Sie die Ergebnisse dieser Umfrage, die Sie machen mit Drittmitteln eines Akteurs in einem Abstimmungskampf bezüglich eines Mindestlohnes in einem Nachbarkanton, schreiben nirgendwohin, woher diese Drittmittel kommen, sagen dann irgendwo noch im Blogbeitrag, es sei nicht alles repräsentativ, aber sehr informativ, und dann kommen Sie zu den sogenannten Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums in Bezug auf die Ausführung des Mindestlohnes in Basel-Stadt und im Baselland.

Es ist schon unglaublich, dass wir ernsthaft eine mediale Diskussion hatten basierend auf diesen Umfragen oder Studien, die für Basel-Stadt argumentiert haben mit einer Betroffenheit von 23 Unternehmen. Wir müssen sagen, angebliche Unternehmen, weil wir wissen ja nicht, ob es Unternehmen waren, wir wissen auch nicht, ob Unternehmen XY die Umfrage zehn Mal ausgefüllt hat, es ist einfach nicht sichergestellt formal. Und dann von diesen 23 angeblich betroffenen Unternehmen sollen drei angeblich mehr Entlassungen durchführen und das führt dann zur Schlussfolgerung der verantwortlichen Professorin, dass es grosse Probleme gibt mit dem Mindestlohn in Basel-Stadt und wahrscheinlich perspektivisch auch mit dem Mindestlohn in Baselland.

Ich debattiere gerne mit allen Akteurinnen und Akteuren verschiedene Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Eingriffen, aber wenn die Grundlage diese ist, dann haben wir ein Problem, und zwar ein grosses. Mir ist klar, dass der Regierungsrat sagt, die Universität muss das selber sicherstellen und die Professuren und ich habe auch kein Interesse, dass die Politik der Universität diktiert, was sie zu tun hat oder was nicht, aber dass gewisse Grundlagen sichergestellt werden müssen, bevor man solche Aussagen in den Raum stellt, das erwarte ich von einer Universität. Ich bin auch sehr froh, dass der Regierungsrat für den Kanton Basel-Stadt klar festhält, wir haben keine Probleme mit dem Mindestlohn, im Gegenteil, und wenn man hört, was der Gewerbeverbandsdirektor sagt zum Mindestlohn in Basel-Stadt, dann ist es das pure Gegenteil, was die WWZ-Professorin ableitet aus ihrer anonymen, nicht repräsentativen Studie mit 23 angeblich betroffenen Unternehmen in Basel-Stadt.

Ich bin mit der Antwort des Regierungsrats sehr zufrieden, aber ich wünsche mir schon, dass wir, egal, woher sie finanziert sind, Umfragen und Studien künftig in diesem Bereich so machen, dass wir darauf ernsthaft eine seriöse Debatte führen können und nicht, dass es, und das ist am Ende leider so, einfach ein ideologisch getriebenes Projekt ist, mit dem man etwas behaupten kann, was in der breiten wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion einfach nicht mehr der Fall ist, nämlich dass Mindestlöhne kausal schlimm sind, zu Arbeitslosigkeit führen und zu weniger Stellenangeboten führen. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates sehr zufrieden und wünsche mir, dass die Universität Basel sich in diesem Kontext noch einmal überlegt, was für Benchmark sie sich selber gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.10. Interpellation Nr. 10 Oliver Thommen betreffend chinesischer Repression in der Schweiz

[12.02.25 15:49:52, 25.5070.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich beantworte gerne die Interpellation Nr. 10 namens des Regierungsrats wie folgt:

Allgemeine Vorbemerkung. Der Regierungsrat hat die mediale Berichterstattung zum Bericht des Bundesrats mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Zu Frage 1. Dem Regierungsrat liegen keine gesicherten Belege für solche Vorfälle vor. Es wurden aber vereinzelt mutmassliche Druckversuche gemeldet.

Zu Frage 2. Die systematische Erfassung von Strafanzeigen erfolgt nach Straftatbeständen und nicht nach deren Motiven oder Hintergründen. Es können deshalb keine gesicherten Angaben zu Anzeigen gemacht werden. Zu den Erkenntnissen des Nachrichtendienstes wird usanzgemäss nicht öffentlich Auskunft erteilt.

Zu Frage 3. Aktuell liegen dem Regierungsrat keine entsprechenden Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft vor und die besagte Studie sowie der Bericht des Bundesrats sind noch nicht veröffentlicht. Aus diesen Gründen können auch keine allfälligen Rückschlüsse auf die Städtepartnerschaft mit Shanghai gezogen werden.

Zu Frage 4. Es besteht ein enger Austausch mit dem eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten zu den Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft. Ebenfalls besteht ein enger Austausch mit den involvierten Basler Akteuren. Der Regierungsrat hat keine Kenntnisse über Repressionen im Zusammenhang mit aktuellen Kooperationen. Sollten aber entsprechende Hinweise seitens der Behörden oder der involvierten Akteure eingehen, werden diese geprüft und es wird in angemessener Form darauf reagiert werden. So wurde diese auch in der Vergangenheit bei konkreten Fällen gehandhabt, beispielsweise nach den Vorkommnissen rund um das chinesische Mondfest Basel im Jahr 2014.

Zu Frage 5. Es gab in den vergangenen Jahren keine Kontaktaufnahme seitens chinesischer Behörden in diesem Zusammenhang.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Stellungnahme, ich nehme das zur Kenntnis. Bei Frage 5 habe ich etwas gestaunt und bin befriedigt mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.11. Interpellation Nr. 11 Fleur Weibel betreffend Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für Basel-Stadt zu erwarten?

[12.02.25 15:53:05, 25.5071.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Der Bund erwartet für die Jahre ab 2027 strukturelle Finanzierungsdefizite im Umfang von bis zu 3 Milliarden Franken pro Jahr. Um diese zu bewältigen, hat er ein Entlastungspaket vorgelegt, das am 29. Januar in die Vernehmlassung ging. Da die Kantone rund 30 Prozent der Bundesausgaben erhalten, sind sie zwangsläufig von den geplanten Entlastungsmassnahmen betroffen. Je nach Massnahme können die Auswirkungen auf die Kantone sehr unterschiedlich sein. Insgesamt umfasst das Paket Massnahmen mit potenziellen finanziellen Auswirkungen auf die Kantone in Höhe von rund einer Milliarde Franken im Jahr 2027. Der Kanton Basel-Stadt ist als Trägerkanton einer Hochschule und mit dem Ausbau des Bahnknotens Basel inklusive Herzstück als geplantes grosses Verkehrsprojekt überdurchschnittlich stark von den Massnahmen betroffen. Unmittelbar und direkt betroffen ist der Kanton auch von der Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs, der zu einem jährlichen Einnahmeausfall von rund 18 Millionen Franken führen würde.

Die finanziellen Auswirkungen, insbesondere der indirekten Massnahmen, sind derzeit noch nicht vollständig quantifizierbar. Erst mit dem nun vorliegenden Vernehmlassungsunterlagen ist die Grundlage für eine umfassende Bewertung geschaffen. Die Verwaltung ist mit Hochdruck daran, die Auswirkungen auf den Kanton zu analysieren und abzuklären, an welchen Stellen Entlastungsmassnahmen abgefedert werden können. Der Kanton wird sich im Rahmen der interkantonalen Konferenz mit den anderen Kantonen absprechen, um seiner Stimme und allgemein jener der Kantone mehr Gewicht zu verleihen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis zum 5. Mai 2025. Diese Zeit wird genutzt, um eine fundierte Stellungnahme vorzubereiten. Eine grundsätzliche Ablehnung der Sparmassnahmen erscheint nicht zielführend. Der Kanton wird sich dort beteiligen, wo die sinnvoll ist und er in der Verantwortung steht. Der Regierungsrat wird jedoch dezidiert jene Massnahmen ablehnen, die der Zukunftsfähigkeit des Kanton Basel-Stadt und der Schweiz schaden.

Der Regierungsrat bittet die Interpellantin, der Verwaltung die nötige Zeit für eine sorgfältige Analyse zu geben und um das Verständnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine detaillierten Aussagen zur Stellungnahme des Regierungsrates im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens möglich sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich bedanke mich für die, ich würde sagen, vorläufige Beantwortung der Interpellation. Wir haben auch kurz im Vorfeld darüber gesprochen, dass die Interpellation vielleicht ein bisschen verfrüht ist, weil, wie Tanja Soland ausgeführt hat, die Analyse noch nicht gemacht werden konnte. Ich werde deshalb die Fragen ergänzt durch ein paar neue Fragen nochmals als schriftliche Anfrage an die Regierung einreichen.

Im Moment überschlagen sich auch gerade die Ereignisse. Sie haben es wahrscheinlich mitbekommen, dass der Bund heute mitgeteilt hat, dass das erwartete Defizit von 2,6 Milliarden, das für 2024 budgetiert war, gar nicht eingetroffen ist. Das dürfte dem Vernehmlassungsprozess zu dem Sparpaket des Bundes doch noch mal eine entscheidende Wende geben und ich werde mich auch dahingehend bei der Regierung erkundigen, wie Sie auf dieser neuen Ausgangslage die Sparmassnahmen des Bundes beurteilen. Was ich schon wichtig finde zu bemerken, gleichzeitig ist, und das haben Sie sicher auch den Medien entnehmen können, insbesondere der Forschungs- und Wissenschaftsbetrieb in der Schweiz massiv gefährdet durch dieses Sparpaket, das der Bund angekündigt hat. Sowohl die Direktorin der Universität Basel wie auch der Direktor des schweizerischen Nationalfonds wie weitere Hochschulen und politische Organisationen haben ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht. Es macht ein bisschen den Anschein, als würde der Bundesrat davon ausgehen, dass es gar keine Zukunft mehr gibt, in die zu investieren ist, und da würde mich schon interessieren, wie die Regierung Basel-Stadt sich dazu verhält und ich bin auch froh zu lesen in der vorläufigen Antwort der Regierung, dass sich der Regierungsrat dezidiert gegen jene Massnahmen stellen wird, die die Zukunftsfähigkeit des Kantons und der Schweiz in Frage stellen.

Ich bin insofern mit der vorläufigen Antwort zufrieden und werde diese Diskussion weiterverfolgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.12. Interpellation Nr. 12 Maria Ioana Schäfer betreffend Massnahmen bezüglich drohender Tarifsenkungen für Psychotherapeut*innen

[12.02.25 15:58:53, 25.5072.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen im Namen des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Es ist den Tarifpartnern bisher nicht gelungen, eine Tarifstruktur zu entwickeln und einen nationalen Tarif für die psychologische Psychotherapie zu verhandeln. Die Kantone mussten deshalb im Frühjahr 2022 kurzfristig provisorische Tarife erlassen, nur so konnten die Leistungen der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten überhaupt abgerechnet werden. Im Kanton Basel-Stadt gilt seither unverändert ein provisorischer Tarif in Höhe von 2.58 Franken pro Minute. Für die Verhandlung der definitiven Tarife sind die Tarifpartner zuständig. Das Verhandlungsergebnis der Tarifpartner ist grundsätzlich zu akzeptieren, es gilt das sogenannte Verhandlungsprimat. Der Bundesrat oder der Regierungsrat ist nur dann für die Festsetzung der Tarife zuständig, falls sich die Tarifpartner nicht einigen können. Zurzeit besteht für den Regierungsrat jedoch kein Anlass für allfällige Spekulationen über ein zukünftiges Verhandlungsergebnis. Sollte dem Regierungsrat künftig ein Tarifvertrag zur Genehmigung unterbreitet werden, ist davon auszugehen, dass dieser auf einem Verhandlungsergebnis beruht, das die Interessen beider Seiten ausgewogen berücksichtigt.

Zu den Fragen 2 und 3. Die Schweiz verfügt im europäischen Vergleich über eine sehr hohe Dichte an psychiatrischen und psychotherapeutischen Fachpersonen. Der Kanton Basel-Stadt belegt im nationalen Vergleich mit etwa 1,1 dreifach Personen pro 1'000 Einwohnenden den ersten Platz. Auch die Anzahl der Berufsausübungsbewilligungen für psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten im Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Diese Zahlen lassen darauf schliessen, dass der Beruf der psychologischen Psychotherapeutin respektive des Psychotherapeuten nach wie vor attraktiv ist. Der Kanton fördert bereits heute die psychotherapeutische Weiterbildung in den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel. Die bisherigen Analysen zeigen allerdings, dass bestehende Versorgungsengpässe nicht primär durch fehlende Therapieplätze entstehen, sondern durch den ungleichen Zugang, besonders für sozial benachteiligte Kinder, jugendliche Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Personen mit bestimmten Diagnosen. Um gezielt Massnahmen treffen zu können, soll in einem ersten Schritt ein Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung eingeführt werden.

Zu Frage 4. Im Rahmen seiner Strategie ambulant vor stationär verfolgt der Kanton die Verlagerung von Leistungen vom stationären in den ambulanten Bereich. Der Kanton und die psychiatrischen Kliniken in der gemeinsamen Gesundheitsregion haben sich im Rahmen der aktuell geltenden Spitalliste im Bereich Psychiatrie zur Durchführung von sogenannten Verlagerungsdialogen verpflichtet. Mit diesen soll eine Verschiebung in den ambulanten Bereich bewirkt werden. Die Stärkung der ambulanten Leistungserbringer, zu welchen auch die niedergelassenen Psychotherapeutinnen und

Psychotherapeuten gehören, ist dem Regierungsrat unverändert ein zentrales Anliegen. Im Rahmen des genannten Monitorings sollen allfällige Versorgungsengpässe aufgezeigt und anschliessend Massnahmen definiert werden. Aktuell liegen dem Regierungsrat aber keine Daten vor, die eine Verschiebung von der psychotherapeutischen Versorgung vom ambulanten in den stationären Bereich belegen würden.

Zu Frage 5. Provisorische Tarife gelten immer unpräjudiziell bis zum Vorliegen definitiver Tarife. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer Differenz zwischen dem provisorischen und dem dannzumaligen definitiven Tarif es zu Rückforderungen kommt. Die Psychologinnen und Psychologen müssen sich deshalb frühzeitig mit den Krankenversicherern über die Höhe mögliche Rückforderungen informieren und zwingend entsprechende Rückstellungen tätigen. Allfällige Rückforderungen seitens der Krankenversicherer gehören zu den betrieblichen Risiken, welche selbstständig erwerbende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wie andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen auch zu tragen haben. Der Regierungsrat kann für Rückzahlungsforderungen keine Unterstützung des Kantons in Aussicht stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Maria Ioana Schäfer (SP): Tarifkürzungen in der psychotherapeutischen Versorgung würden sowohl die Qualität als auch den Zugang zu Therapieplätzen und damit die gesamte Gesundheitsversorgung gefährden. Dies ist ein Szenario, welches Vorkehrmassnahmen braucht, denn die Nachfrage nach psychotherapeutischer Hilfe ist seit Jahren hoch und aktuell fehlen ausreichend Therapieplätze, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Ich möchte, dass der Berufsstand der Psychotherapeut*innen gestärkt wird und die Gesundheitsversorgung auch über den Kanton gewährleistet wird. Dies bedeutet, die psychotherapeutische Versorgung zu subventionieren und einen konkreten Plan bei möglichen Tarifsenkungen vorlegen zu können.

Auch wenn der Regierungsrat den Willen zu einer Verbesserung der Lage zeigt, ist es wichtig, dass er auch anerkennt, dass der Beruf der Psychotherapeut*innen noch immer gerade im Vergleich zu den Ärzt*innen nicht entsprechend gewürdigt und anerkannt wird. Denn trotz hoher Ausbildungskosten um die 60’000 scheinen alle damit zufrieden zu sein, dass die hart erkämpften Tarife wieder gesenkt werden sollen. Ja, sie dürfen eigenständig arbeiten, die Therapeut*innen, aber gleichwertig zur Medizin werden sie dann doch nicht betrachtet.

Ja, im internationalen Vergleich, da stehen wir gut da, das ist löblich, reichen tut es aber nicht. Es muss anerkannt werden, dass wir uns in einer deutlichen Versorgungskrise befinden und dies ist etwas, was der Kanton betrifft. Ich sehe auch in der Praxis, dass Menschen in akuten psychiatrischen Krisen Monate lang auf eine Therapie warten, jedoch zu wenig selbstgefährdend sind, um stationär aufgenommen zu werden, denn auch die Stationen sind stets voll.

Stellen Sie sich vor, ein 9-jähriges Kind sagt, es kann nicht mehr leben, verspricht aber, sich nichts zu tun. Es weint viel, lange und hat grosse Angst, genau wie die Eltern. In die Schule kann es nur noch gelegentlich. Jetzt ist es aber so, dass die Wartelisten für eine stationäre Aufnahme lange sind, schliesslich tut das Kind sich ja noch nichts an, und es wird empfohlen, sich ambulante Hilfe zu holen, etwas was eigentlich wünschenswert wäre und weniger destabilisierend wirkt auf das Kind. Jedoch sind die Wartezeiten auch hierfür zu lang, alle Therapeut*innen im Verzeichnis auf Rot, das ist Realität und in der Praxis immer wieder gesehen.

Eine Tarifsenkung beeinflusst uns alle, denn wenn die Psycholog*innen nur noch mit privaten Patient*innen arbeiten, bedeutet dies, dass sich lediglich die Menschen mit genügend Geld und Ressourcen eine Therapie leisten können. Ich begrüsse es daher, dass es ein Monitoring geben wird in Bezug auf soziale Ungleichheiten. Fest steht, die Ausbildungskosten müssen verringert werden und der Kanton muss mehr Assistenzstellen finanzieren als die Stelle an der UPK, namentlich auch solche in privaten Praxen. Ich wünsche mir, dass der Kanton einen guten und genauen Plan ausgearbeitet hat, falls die Tarife gesenkt werden. Ja, die Tarife werden durch die Verhandlungspartner bestimmt, die Folgen trägt aber der Kanton und die Bevölkerung darin. Wir dürfen erwarten, dass der Kanton alles unternimmt, der Weisung ambulant vor stationär gerecht zu werden und hier begrüsse ich auch, dass der Regierungsrat hier auch diese Meinung ist. Der Beruf und die Praxen müssen also stärker subventioniert und gestützt werden. Es darf nicht sein, dass Psychotherapeut*innen und somit auch wir den schwankenden Tarifen ausgesetzt sind, denn psychische Gesundheit betrifft uns alle. Gesundheit für alle statt für wenige.

Einige dieser Punkte wie das Monitoring für sozial Benachteiligte oder auch die Förderung an der UPK wurden aufgegriffen vom Regierungsrat. Jedoch fehlen mir die von mir aufgezählten zentralen Aspekte. Deswegen bin ich teilweise zufrieden und werde somit dieses Thema weiterverfolgen und bin sehr gespannt auf die Auswertung des Monitorings. Besten Dank für die Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

26.13. Interpellation Nr. 13 Anina Ineichen betreffend Microsoft

[12.02.25 16:08:22, 25.5073.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Aktuell werden Microsoft-Produkte auf lokalen kantonseigenen Servern betrieben. Der Regierungsrat hat im 2022 das Programm Connect M365 gestartet, mit welchem ein schrittweiser und kontrollierter Einsatz von Microsoft 365 in der Verwaltung geprüft und umgesetzt werden soll. Dieser Schritt war notwendig, da Microsoft seine Produktpalette vermehrt nur noch Cloud-basiert anbietet. Bei der Implementation steht die grösstmögliche Minderung von Risiken im Fokus. Die Prüfung erfolgt in Zusammenarbeit mit unabhängigen Unternehmen, welche Erfahrungen mit anderen Schweizer Kantonen haben. Das Programm befindet sich derzeit in Vorbereitung zur Berichterstattung an den Regierungsrat.

Die kantonale Datenschutzstelle hat Stellung genommen. Deren Einschätzungen werden im Rahmen des Programms zusammen mit einer externen Fachexpertise geprüft. Der Regierungsrat wird zu gegebener Zeit entscheiden, wie er M365 in der Verwaltung einzusetzen gedenkt. Das Programm sieht vor, dass die Daten der kantonalen Verwaltung in Microsoft Rechenzentren in der Schweiz gespeichert werden, unter Verwendung einer Verschlüsselung, deren Schlüssel ausschliesslich beim Kanton liegt. Der Bezug von Microsoft 365 erfolgt auf der vertraglichen Basis der digitalen Verwaltung Schweiz. Sie verhandelt die Konditionen mit Microsoft für alle Kantone. Die Beschaffung der Lizenzen erfolgt über einen Partner im Rahmen einer GATT/WTO-Beschaffung.

Open-Source-Software wird wo sinnvoll eingesetzt. Das heisst, wenn eine Open-Source-Software die gleichen Funktionen und Qualitäten wie ein kostenpflichtiges Programm bietet, kann sie als Alternative eingesetzt werden. Dabei sind die Aufwände für Anpassungen, Support und Wartung zu berücksichtigen. Open-Source-Alternativen zu Microsoft 365 sind grundsätzlich denkbar. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen, wie beispielsweise Solothurn, zeigen jedoch, dass diese mit enormen Aufwendungen verbunden sind und bislang in keiner Verwaltung erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Antwort. Ich bin teilweise befriedigt, weil ich doch anerkenne, dass ich offenbar zu einem noch offenen Geschäft Fragen gestellt habe und da noch nicht alle Antworten gegeben werden konnten. Ich möchte aber doch noch mal darauf hinweisen, Microsoft hat eine grosse Marktmacht und wir befeuern diese Marktmacht, indem wir hier relativ ungesehen die Produkte wieder übernehmen, da ich doch den Eindruck habe, dass Alternativen nicht ernsthaft geprüft werden. Natürlich ist Microsoft immer die gemütlichere und angenehmere Variante, weil alle neuen Mitarbeitern oder bestehenden Mitarbeitern kennen es schon, als sich auf etwas Neues einzulassen. Gerade Open-Source ist mit Aufwand verbunden und der Aufwand sollte dabei eben genau nicht die Rolle spielen, sondern es sollte nur die Anwendungsmöglichkeit eine Rolle spielen.

Zum Datenschutz. Ich möchte doch nochmal daraufhin weisen, es gibt Restrisiken, die bei Cloud-Nutzungen nicht aus geschlossen werden können. Es gibt Datenschützer in der Schweiz und in der EU, die ganz klar davor warnen, diese Cloud von Microsoft zu verwenden. Dies hat unter anderem mit dem Cloud Act zu tun, der der US-Regierung die Möglichkeit gibt, Zugriff zu nehmen, auch wenn die Daten nicht auf Servern in der USA liegen, sondern in Europa oder in der Schweiz. Auch wenn der Schlüssel nur beim Kanton liegt, der Cloud Act existiert und er geht sehr weit, davor warnen da Schützer explizit. Und gerade mit Blick auf die Geschehnisse in der Politik in der USA ist dies ein sehr ungemütlicher Gedanke, wenn wir daran denken müssen, dass unter Umständen klassifizierte Daten oder Personendaten in diesen Clouds gelagert werden.

Wenn diese Daten nicht in der Cloud gelagert werden, dann gibt es auch ein Risiko, weil diese Datenschutzaufgabe dann beim einzelnen User und bei der einzelnen Userin liegt. Die User müssen geschult werden, dass die Daten nicht so, wie vorgeschlagen von Microsoft, direkt in der Cloud abgespeichert werden, sondern immer noch lokal gespeichert werden. Dies ist ein erhebliches Risiko und die Erfahrung in anderen Kantonen und auch in Deutschland zeigt, dass viele Daten dann doch

in der Cloud abgespeichert werden, weil die Userinnen und User halt nicht den mühsamen Weg wählen von den lokalen Speichern oder es vergessen oder unabsichtlich dort lagern. Damit muss einfach gesagt werden, der Datenschutz, mich nimmt wunder, was die Basler Datenschützerin sagen wird, aber eigentlich müsste man zum Schluss kommen, dass es immer noch ein Risiko gibt und darum klar abgeraten werden sollte von diesen Produkten.

Dann noch einen Blick in die Zukunft. Ich habe im Vorfeld der Interpellation versucht, an solche Datenschutz-Berichte heranzukommen oder sogar an die Verträge und ich sehe, dass dort immer überall die Geheimhaltung gilt. Das ist sehr ärgerlich, es ist eine grosse Blackbox und es sind unsere Daten, die dort gelagert werden. Wenn Sie diesen Vertrag machen, wenn Sie einen Bericht der Datenschützerin haben, machen Sie diesen öffentlich, nicht unter Geheimhaltung oder so zumindest, dass man mit dem Öffentlichkeitsprinzip herankommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation und die Interpellationen sind erledigt.

40. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV-/IVBezüger/innen», Schreiben des RR

[12.02.25 16:14:54, 22.5327.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV-/IV-Bezüger/innen» abzuschreiben. Die Anzugsstellenden beantragen, zu prüfen, ob für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger ein vergünstigter Eintritt für die Hallen- und Gartenbäder eingeführt werden kann.

Für die Gartenbäder Bachgraben, Eglisee und St. Jakob, die Hallenbäder Eglisee und Rialto sowie für die beiden Kunsteisbahnen Eglisee und Margarethen gelten die gleichen Eintrittspreise. Deshalb haben wir den Anzug auch für die Kunsteisbahnen geprüft. Für die Bäder und Kunsteisbahnen gibt es diverse Preisabstimmungen und Abstufungen und Rabatte. Je nach Abo und Alter gibt es zwischen 14 und 28 Prozent Rabatt.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Basler Bevölkerung ein attraktives Angebot zur Verfügung steht und die Preise moderat sind. Für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger gibt es keinen zusätzlichen Rabatt. Die Lebenssituation und die finanzielle Lage dieser Bevölkerungsgruppe sind sehr unterschiedlich. Eine generelle Vergünstigung für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger würde diese unterschiedlichen Lebenssituationen nicht berücksichtigen. So würden alle AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger unabhängig von ihrem tatsächlichen Bedarf eine Vergünstigung erhalten. Sollten die Eintritte in die Bäder und Kunsteisbahnen für einkommensschwache AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger vergünstigt werden, müssen für diese einkommensschwache Personengruppe gezielte Massnahmen ergriffen werden.

Aus diesen Gründen bittet Sie der Regierungsrat, den Anzug Daniela Stumpf und Konsorten abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Sprecher für die Basta habe ich Oliver Bolliger auf der Liste.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche für die Fraktionen BastA und Grüne/jgb und wir wollen den Anzug unbedingt stehen lassen. Wie Sie alle wissen, Schwimmen ist gesund, vor allem im Alter, denn Schwimmen ist gelenkschonend, stärkt insgesamt den Kreislauf, das Immunsystem und fördert die Ausdauer. Schwimmen ist das ideale Ganzkörpertraining und somit eine super Sturz-Prophylaxe.

Die Argumentation des Regierungsrats ist aus meiner Sicht mutlos und nicht sehr kreativ. Die Ablehnung gegenüber vergünstigten Tarifen beschränkt sich darauf, dass nicht alle AHV-Rentner und -Rentnerinnen es finanziell nötig hätten, ein vergünstigter Eintritt, also nicht als Giesskanne ausgeschüttet werden soll. Nun gut, wie gesagt, diese Argumentation hinkt ein wenig, weil beispielsweise auch bei Studierenden nicht alle die gleichen finanziellen Ausgangsvoraussetzungen haben,

aber niemand auf die Idee käme, deswegen die vergünstigten Preise für Studierende aufzuheben. Zudem gibt es durchaus Hallenbäder oder Gartenbäder in der Schweiz, beispielsweise in Luzern, die auch für Senior*innen einen vergünstigten Eintritt ermöglichen.

Aus unserer Sicht hätte der Regierungsrat etwas mehr Sensibilität zum Thema und etwas mehr Kreativität in der Beantwortung des Anzugs an den Tag legen können. Das Thema Alter und Armut scheint für den Regierungsrat zumindest in dieser Beantwortung nicht zu existieren. Gerade für AHV- oder IV-Rentner*innen mit Ergänzungsleistungen, und das sind ja nicht wenige, würde ein verbilligter Eintritt ins Gartenbad bzw. Hallenbad einen entscheidenden Unterschied machen. Auch Menschen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, sollten von einem vergünstigten Eintritt profitieren können und dies alles im Sinne einer Förderung der Gesundheit unserer Bevölkerung.

Genau hier hätten wir mehr und bessere Antworten erwartet. Zum Beispiel hätte auch ein vergünstigter Eintritt mit der KulturLegi gekoppelt werden können, die besteht ja schon in Basel. So würden wir es ermöglichen, dass gezielt Personen mit wenigen finanziellen Mitteln schwimmen gehen und nicht aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse darauf verzichten müssen. Aber wie schon gesagt, aus einer gesundheitspolitischen Sicht wäre es erstrebenswert, dass grundsätzlich ältere Menschen mehr schwimmen und so präventiv ihre Gesundheitskosten zu senken vermögen. Und dies unabhängig davon, wie hoch ihre AHV-Renten sind und ob sie eine Pensionskassen-Rente haben oder nicht. Hier zu sperren, ist nicht sehr sinnvoll und vergünstigte Tarife wären wünschenswert und ja, seit letztem Mittwoch wissen wir, das können wir uns ja auch locker leisten.

Wir möchten diesen Anzug von Daniela Stumpf stehen lassen, damit der Regierungsrat nochmal über die Bücher geht und mit mehr sozialpolitischem Blick etwas Gescheites ausarbeitet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Auch wir von der SP würden gerne diesen Anzug stehen lassen. Die Argumente hat eigentlich Oliver Bolliger schon vorgebracht, wir finden es auch nicht sehr kreativ. Es stimmt natürlich, dass nicht alle AHV- und IV-Bezüger*innen auf verbilligte Hallenbad- und Gartenbad-Eintritte angewiesen sind, aber es gibt sehr wohl solche, die es wirklich sind und deshalb ist die Idee, dies der KulturLegi anzuhängen, wie sie vorher Oliver Bolliger gebracht hat, bestechend. Wir haben das im Vorfeld auch zusammen besprochen. Wir finden das sehr prüfenswert, weil dann eben auch Sozialhilfebezüger*innen auch von vergünstigten Hallenbad- und Gartenbad-Eintritte profitieren könnten. Das entspricht wirklich einem Bedürfnis, das haben mir Betroffene an der Armutskonferenz, an der vorletzten schon gesagt und wir haben das schon mal versucht, zusammen auch mit anderen anzuregen, aber das hat bisher nicht geklappt. Ich finde die Idee ganz gut, weil die Gesundheitsprävention gerade für diese Zielgruppe sehr wichtig ist. Also für AHV- und IV-Bezüger*innen mit Ergänzungsleistungen sowohl auch Sozialhilfebezüger*innen ist es sehr wichtig, dass sie Zugang zu diesem Sport haben können, zum Wassersport wie Aquagymnastik, Jogging oder so. Schwimmen, das ist sehr gelenkschonend, sehr zielführend und es wäre wichtig, dass sie da Zugang bekämen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat das Wort Catherine Alioth für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP möchte diesen Anzug abschreiben. Der AHV-Rabatt hat ja in der Schweiz eine lange Tradition und ist auch heute noch weit verbreitet. Wer auf eine Rente angewiesen war, musste historisch gesehen oft mit einem sehr geringen Einkommen über die Runden kommen. Vergünstigte Eintrittspreise für Seniorinnen und Senioren ermöglichten auch dieser Bevölkerungsgruppe den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen. Doch diese Zeiten haben sich geändert. Rentnerinnen und Rentner bilden in der Schweiz eine wohlhabende Bevölkerungsgruppe. Gemäss einer Studie der Versicherungsgesellschaft Swiss Life leben 73 Prozent der über 65-Jährigen in einem Haushalt mit hoher finanzieller Zufriedenheit. Wir erachten eine generelle AHV-Vergünstigung als nicht mehr zeitgemäss. Zu prüfen wäre vielmehr und für diese Zielgruppe wohl besser geeignet sind Preismodelle, die von der Zahlungsfähigkeit abhängen. Aus diesen Gründen bittet Sie die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes an der Reihe ist Daniela Stumpf Rutschmann für die SVP.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Zwei Jahre, zwei ganze Jahre hat der Regierungsrat gebraucht, um uns mitzuteilen, dass er nichts tun möchte. Das ist die Kernaussage dieses Berichts. Keine neuen Ansätze, keine kreativen Lösungen, keine

Bereitschaft auch nur ein Minimum an sozialem Engagement zu zeigen. Stattdessen erhalten wir eine Absage, die sich hinter einer Ausrede versteckt, die Zielgruppe sei zu heterogen.

Lassen Sie uns kurz innehalten und das Ganze betrachten. Es ist schwer zu glauben, dass es tatsächlich zwei Jahre gedauert haben soll, um zu dieser lapidaren Antwort zu kommen. Der Regierungsrat führt aus, dass die Eintrittspreise bereits moderat seien, dass eine generelle Vergünstigung für AHV- und IV-Bezüger*innen nicht zielführend wäre. Dabei ignoriert er, dass selbst moderat erscheinende Preise für viele Menschen mit kleinen Renten ein echtes Hindernis darstellen. Diese Verzögerung und dieser Mangel an Problembewusstsein sind schlicht respektlos gegenüber den Anliegen, die wir hier vertreten. Hallen- und Gartenbäder sind keine Privilegien für Wohlhabende, sondern essenzielle Begegnungs- und Erholungsräume, besonders in einer dicht bebauten Stadt wie Basel. Wenn man das Argument des Regierungsrats ernst nimmt, sollen wir den Zugang dazu aber offenbar nach dem Motto, wer sich es leisten kann, der darf, regeln. Das ist eine Ignoranz, die ich mir in unserer sozialen Demokratie nicht vorstellen möchte. Die Heterogenität der Zielgruppe, also dass es unter AHV- und IV-Bezüger*innen auch Menschen mit höherem Einkommen gibt, wird hier als Vorwand genutzt, um nichts zu tun. Aber wissen Sie was, dieses Argument greift ins Leere, denn es gibt bereits heute Instrumente, die genau solche Unterschiede berücksichtigen.

Ein besonders ärgerlicher Aspekt dieses Berichts ist, dass der Regierungsrat eine offensichtliche Lösung völlig ignoriert hat. Die KulturLegi, wie von Herrn Bolliger erwähnt, dieses etablierte Instrument richtet sich gezielt an einkommensschwache Personen, unabhängig davon, ob sie AHV- oder IV-Bezüger*innen sind. Die KulturLegi ermöglicht Zugang zu vergünstigten Eintritten für Freizeit, Sport und Kulturangebote und stellt sicher, dass tatsächlich nur diejenigen profitieren, die Unterstützung brauchen. Eine Partnerschaft mit der KulturLegi wäre einfach, unbürokratisch und gerecht. Warum wurde diese Möglichkeit nicht einmal in Betracht gezogen? Stattdessen entscheidet man sich für den bequemeren Weg, nichts zu tun und das Problem aussitzen. Es geht ja nicht nur um Eintrittspreise, es geht darum, ob wir als Gesellschaft bereit sind, Menschen mit kleinen Renten die Teilnahme im sozialen Leben zu ermöglichen. Es geht darum, ob wir solidarisch sein wollen oder ob wir uns hinter Ausreden verstecken. Der Regierungsrat argumentiert, dass einkommensschwache Menschen bereits durch Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Aber die Realität sieht anders aus. Diese Menschen müssen jeden Rappen zweimal umdrehen und Freizeit oder Erholung sind oft der erste Posten, an dem gespart wird.

Wir dürfen diesen Bericht nicht einfach hinnehmen. Lassen Sie den Anzug stehen und den Regierungsrat auffordern, eine echte Lösung zu erarbeiten, sei es durch eine Kooperation mit der KulturLegi oder durch ein ähnliches gezieltes Instrument. Denn am Ende ist es unsere Aufgabe, soziale Gerechtigkeit aktiv zu gestalten und nicht, sie hinter Bürokratie und Bequemlichkeit zu verstecken. Lassen wir die Basler Bevölkerung nicht im Stich, lassen wir diesen Anzug nicht fallen. Ich danke fürs Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger und Weitere beantragen Stehenlassen des Anzuges. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006012, 12.02.25 16:28:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 59 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

41. Anzug Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder, Schreiben des RR

[12.02.25 16:28:29, 18.5253.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskirminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[12.02.25 16:28:53, 22.5534.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Eines meiner grossen Ziele als Regierungsrat ist es, die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu stärken. Das können wir nur erreichen, wenn wir die Diversität im Bildungsbereich fördern und Diskriminierungen entgegenwirken. Mit dem im August 2024 veröffentlichten Leitfaden «Umgang mit Vielfalt: Leitfaden zur Sensibilisierung und zum kritischen Umgang mit Diskriminierung an den Schulen Basel-Stadt» hat sich das Erziehungsdepartement zu diesem wichtigen Thema positioniert und klargemacht, dass es keine diskriminierenden Äusserungen oder Handlungen toleriert.

Der Leitfaden wurde den Schulen mit dem Antrag zur Verfügung gestellt, dass alle Lehr- und Fachpersonen diesen als Grundlage für ihre Arbeitsweise nutzen. Im Leitfaden finden sich auch Beispiele aus dem Basler Schulalltag, die den Praxisbezug herstellen. Neu ist zudem, dass die Schulsozialarbeit seit Anfang 2024 alle Diskriminierungsvorfälle, in die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit an den Standorten involviert werden, systematisch erfassen und dem Leiter Volksschulen regelmässig berichten. Dadurch bekommen wir einen Überblick und können reagieren, wenn es einen bestimmten Bedarf oder vermehrte Diskriminierungsvorfälle gibt.

Ich glaube, dass wir mit diesen Massnahmen erste Schritte in die richtige Richtung gegangen sind. Wir werden auch weiterhin wachsam sein und bei Bedarf weitere Massnahmen ergreifen. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, den Anzug Claudio Miozzari als erledig abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Philip Karger für die LDP.

Philip Karger (LDP): Der Anzug hat viele gute Fragen gestellt, der Regierungsrat hat sie meines Erachtens schlüssig beantwortet. Wichtig ist die Haltung des Erziehungsdepartements, diskriminierende Äusserungen und Verhaltensweisen in keiner Weise zu tolerieren. Es scheint, dass die Lehr- und Fachpersonen für das Thema Diskriminierung gut sensibilisiert sind und den Umgang mit der Thematik zunehmend verinnerlichen.

Das Erziehungsdepartement legt in seiner Antwort gut dar, dass mit dem Lehrplan 21 die Voraussetzungen gegeben sind, allen Schülerinnen und Schülern ein möglichst diskriminierungsfreies Umfeld zu bieten. Auf der Primar- und Sekundarstufe bietet die Sozialarbeit eine niederschwellige Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffenen. Diese Anlaufstelle wird gut angenommen. Das ED bietet diverse Weiterbildungsangebote für Lehr- und Fachpersonen an. Kritisch anzumerken ist einzig, dass diese Weiterbildungen auf freiwilliger Basis stattfinden. Wünschenswert wäre ein Obligatorium. Seit Oktober 2023 gibt es eine systematische Erfassung von antisemitischen Vorfällen und seit 2024 melden die Sozialarbeiter*innen alle Diskriminierungsvorfälle an den Volksschulen. Ich hoffe, dass diese Zahlen bald veröffentlicht werden. Die kritische Begleitung neuer Lehrmittel findet laut ED laufend statt. Die Kriterien des Evaluationstools Levanto 3.0 scheinen mir

ausgewogen und gut. Für die Anstellungen im ED gilt das Basler Personalgesetz und der § 14 erfüllt die geforderten Kriterien.

Wie eingangs erwähnt, hat der Regierungsrat in seiner Antwort alle Fragen gut beantwortet und ich sehe keine Punkte, die es rechtfertigen würden, den Anzug stehen zu lassen. Im Namen der LDP-Fraktion beantrage ich deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Keine Person hat mehr Wert als eine andere und keine Person hat mehr Menschenwürde als eine andere. Auch in der Bundesverfassung wird unter Artikel 7 zum Thema Menschenwürde festgehalten: Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen. Es steht nicht darin, dass nur die Würde der Menschen zum Beispiel mit einem Schweizer Pass geachtet und geschützt werden soll, sondern die Würde von allen Menschen. Und unter Artikel 8 zum Thema Rechtsgleichheit steht in der Bundesverfassung, ich zitiere: Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugungen oder wegen einer körperlichen, geistigen oder physischen Behinderung. Obwohl die Würde aller Menschen unantastbar ist und Diskriminierungen unzulässig sind, nehmen im Zuge des weltweiten Rechtsrutsches Hass, Anfeindungen, Herabwürdigungen und Ausgrenzung zu. Besonders migrierte Geflüchtete und People of Color werden diskreditiert und erniedrigt.

Rassismus und Diskriminierung sind gesellschaftliche Probleme, die sich auch im Bildungssystem widerspiegeln. Gemäss der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus ereignen sich die meisten Rassismusvorfälle im Bildungsbereich. Eine stärkere Verankerung dieser Themen in der Ausbildung von Lehrpersonen sowie in den Lehrplänen der Schulen ist essentiell, um langfristig eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft zu fördern. Die Lehrpersonen müssen entsprechend sensibilisiert und aus- und weitergebildet werden. Die Migrant*innensession beider Basel hat im Jahr 2022 mehrere Anliegen und Forderungen zur Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an Schulen verabschiedet, die in diesem Anzug aufgenommen werden.

Der Regierungsrat zeigt in seinem Bericht auf, dass viele Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung an Schulen umgesetzt wurden. Das ist sehr erfreulich, aber sie reichen nicht aus. Insbesondere, wir haben es vorhin schon gehört, weil viele Weiterbildungsangebote freiwillig besucht werden können. Es fehlt eine gewisse Verbindlichkeit. Zu wenig Lehrpersonen besuchen diese Weiterbildungsangebote, so dass die gewünschte Wirkung nicht erreicht wird. Was fehlt, ist somit eine systematische Weiterbildung der Lehrpersonen zum Thema Diversität und Diskriminierungsbekämpfung an den Schulen. Die SP-Fraktion wünscht sich zusammen mit der Migrant*innensession eine einheitliche Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung an den Schulen. Der entwickelte Leitfaden bleibt sonst nur ein Papier, das ohne ein Begleitprogramm nur wenig Wirkung entfalten kann.

Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich schliesse an die Voten von Philip Karger und Amina Trevisan an, die in zwei unterschiedliche Richtungen gehen und ich kann beide Schlussfolgerungen bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Tatsächlich zeigt die Beantwortung des Anzugs, dass der Regierungsrat die Frage der Chancengerechtigkeit und die Bekämpfung von Diskriminierung an den Schulen ernst nimmt und insbesondere der Leitfaden zum Umgang mit Vielfalt an den Schulen ist sehr begrüssenswert. Ich habe mir diesen durchgelesen und er ist wirklich auch sehr gut gemacht und ich bin überzeugt, dass das ein wichtiges Instrument für die Schulsozialarbeit, für die Lehrpersonen und für den Umgang mit Diskriminierung ist.

Die Fraktion Grüne/jgb kommt trotz allem am Schluss nach Durchsicht der Beantwortung des Anzugs dazu, dass wir den Anzug gerne nochmal stehen lassen möchten und dies aus eigentlich drei Gründen oder respektive drei Fragen, die im Anzug gestellt wurden, die aus unserer Sicht noch nicht befriedigend genug beantwortet sind. Der erste Punkt betrifft die Massnahmen zur zielgerichteten und wirksamen Beratung und Unterstützung von Jugendlichen und Eltern im Fall von rassistischer Diskriminierung oder antisemitischer Diskriminierung oder sonstigen Diskriminierungsformen. Hier stellt sich uns die Frage, wie gegenüber den Schüler*innen und den Eltern kommuniziert wird, wohin sie sich wenden können und wie die Schule mit Diskriminierung umgeht. Es kann sein, dass das kommuniziert wurde, das ist der Beantwortung des Anzugs nicht zu entnehmen. Wir wissen aus der Anlaufstelle für Diskriminierung, dass es sehr wichtig ist, dass es eine Kommunikation gibt zu allen Formen von Diskriminierung, wo man sich hinwenden kann, und hier ist es wichtig, dass diese Informationen nicht nur den Lehrpersonen zur Verfügung gestellt wird, sondern auch den Schüler*innen und den Eltern.

Das ist der eine Punkt, der zweite Punkt ist die Erfassung und das Monitoring von Diskriminierungserfahrungen. Das ist erfreulich, dass hier nun Zahlen erhoben werden. Hier stellt sich aus unserer Sicht die Anschlussfrage, wo diese Zahlen zusammengetragen werden, wer diese auswertet im Hinblick auf was sie ausgewertet werden und wann und wo, dass das berichtet wird. Das würde uns auch noch interessieren.

Und dann sehen wir die Frage 6 zur Diversity-Management-Strategie bezüglich Anstellung von vielfältigen Lehrpersonen als nicht beantwortet. Hier könnte nochmals nachgebessert werden von Seiten der Regierung, wie Sie dazu beitragen, dass nicht nur die Schüler*innen an den Schulen divers sind, sondern auch die Lehrpersonen.

Insgesamt haben wir in letzter Zeit mehrere Vorstösse zum Thema Antisemitismus und Rassismus im Parlament überwiesen und der Regierungsrat ist sowieso mit diesen Fragen beschäftigt und deshalb beantragt die Fraktion Grüne/jgb, dass wir den Anzug nochmal stehen lassen, damit der Regierungsrat in zwei Jahren nochmals dazu berichten kann, auch wie sich die Situation und insbesondere die gemonitorten Fälle entwickelt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Amina Trevisan und Weitere wollen ihn stehen lassen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Amina Trevisan

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006015, 12.02.25 16:42:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen mit 49 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

43. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring, Schreiben des RR

[12.02.25 16:42:12, 22.5422.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Neben dem ebenfalls zentralen Thema genügend Schulraum hat der sichere Schulweg für den Regierungsrat sehr hohe Priorität. Seit 2016 befasst sich das interdepartemental zusammengesetzte Koordinationsgremium Schulwegsicherheit (KOGESSI) mit konkreten Anliegen in Bezug auf die Schulwegsicherheit. Das Ziel ist, die Verkehrssicherheit insbesondere bei Kindergärten und Schulen stetig weiter zu erhöhen.

Die Sorge der Eltern der Kinder aus dem Quartier am Ring hat das Erziehungsdepartement sehr ernst genommen. Bereits 2022 haben die Volksschulleitung und die zuständige Schulleitung speziell zu dieser Thematik Elternabende durchgeführt und die Eltern angehört. In der Folge wurden verschiedene Massnahmen bereitgestellt. Zum Beispiel werden die Kinder der

ersten Klasse jeweils ab Schulstart bis zu den Herbstferien begleitet, damit sie den Schulweg einüben können. Im Weiteren wird an denjenigen Tagen, an denen nachmittags Unterricht stattfindet, ein Programm über Mittag angeboten. So können die Kinder in der Schule bleiben.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass sich die Schulwegsituation rund um die Primarschule Peters mit den flankierenden Massnahmen entspannt hat. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Mir ist es ein Anliegen, an dieser Stelle nochmals zu betonen, dass wir am Thema sicherer Schulweg auch künftig mit hoher Priorität weiterarbeiten werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Teilweise zufrieden sagen wir ja bei der Beantwortung einer Interpellation. Bei Anzügen gibt es diese Möglichkeit nicht. Steter Tropfen höhlt den Stein und darum drücken wir von der SP unsere teilweise Zufriedenheit mit Stehenlassen aus.

Wir wissen, dass der Kanton nur 37 km2 gross ist, der Raum also begrenzt. Trotzdem, Schulraum wird benötigt. Das ED weiss dies und ist dran, heisst es. Wir sehen das manchmal auch und wir sehen, dass sich da vielleicht was tut. Ich bin zuversichtlich, kann ich hier auch sagen, und darum möchten wir aber trotzdem mit dem Stehenlassen den Druck aufrechterhalten. In zwei Jahren wird ja wieder berichtet und dann kann das ED, also die Regierung über ihre Erfolge berichten. Das möchten wir der Regierung gönnen.

Darum lassen Sie doch bitte stehen, dann ist es nächstes Mal eine erfolgreiche Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Grünen/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat anerkennt in seiner Antwort zum Anzug, dass die Schulraumsituation in der Innenstadt anspruchsvoll ist, zeigt jedoch wenig konkrete Lösungsansätze zur kurzfristigen Verbesserung auf. Wichtige Anliegen des Anzuges, wie etwa die Schaffung von zusätzlichem Schulraum oder die Umteilung von Kindern auf andere Standorte, lehnt der Regierungsrat ab. Dies, obwohl er selbst bestätigt, dass die Schülerzahlen in der Innenstadt hoch bleiben und die unbefriedigende Situation somit andauern wird.

Besonders bedenklich finden wir zudem auch die Haltung des Regierungsrates zur Schulwegsicherheit. Zwar wurden gewisse Begleitmassnahmen angeboten, diese jedoch nur temporär und mit dem Hinweis, wie wir vorhin nochmal gehört haben, dass die Kinder nach kurzer Zeit eigenständig den Weg gehen sollten. Wir sind der Meinung, dass die Schulwege gerade in der Innenstadt besonders für jüngere Kinder anspruchsvoll bleiben und nicht ohne Risiko sind und die Herausforderung für die Eltern in Bezug auf die Schulwege, gerade für die berufstätigen Eltern somit ungelöst bleiben.

Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen und auch ergriffenen Massnahmen zur Entlastung der Eltern und der Familien sind entweder nicht nachhaltig oder wurden mangels Nachfrage wieder eingestellt, was für uns ein Hinweis sein kann, dass sie nicht ausreichend auf die tatsächlichen Bedürfnisse dieser Familien ausgerichtet waren. Hier braucht es andere Lösungsansätze, weswegen wir den Anzug stehen lassen wollen, damit der Regierungsrat noch einmal die Chance hat, hier über die Bücher zu gehen. Wir erwarten, dass nachhaltigere Lösungen erarbeitet werden. Es braucht ein klares Bekenntnis zur langfristigen Schaffung von Schulraum in der Innenstadt und eine Prüfung alternativer Massnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch die Schulwegsicherheit sowie der notwendige Schulraum sichergestellt werden kann.

Ich bitte Sie daher, den Anzug im Namen der Fraktionen Grüne/jgb und BastA stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP hat das Wort Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Motionärinnen und Motionäre machen auf eine echte Herausforderung aufmerksam. Die Primarschülerinnen und -Schüler aus dem Quartier am Ring, die ins Münster-Schulhaus eingeteilt werden, müssen täglich durch die Innenstadt mit anspruchsvollen Kreuzungen, Tram, Übergängen und viel Verkehr. Ein Schulweg von über einem Kilometer kann für 6- bis 8-Jährige nur unter bestimmten Bedingungen zumutbar sein. Das bestätigt Fussverkehr Schweiz in ihrem Positionspapier und die BFU-Fachdokumentation zum Schulweg.

Doch im Wohnviertel am Ring wird diese Grenze ausgereizt. Dass Eltern Pedi-Busse organisieren müssen, unterstreicht, der Weg ist für Erstklässler nicht einfach so machbar. Und wenn Familien täglich ein bis zwei Stunden für den Schulweg

einplanen müssen, selbst wenn sie sich aufteilen, stellt das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Frage. Besonders belastend ist die Situation für berufstätige Eltern, die ihre Kinder begleiten müssten, es aber schlicht nicht können. Fakt ist, mit dem obligatorischen Volksschulangebot wird auch der Anspruch an einen zumutbaren Schulweg freigesetzt. Der Schulweg liegt somit im Aufgabenbereich der öffentlichen Hand. Deshalb fordern die Motionäre mehr Schulraum im Quartier am Ring inklusive Tagesstrukturangebote, die die Kinder selbstständig erreichen können. Das wäre eine echte Verbesserung für Familien und die Sicherheit der Kinder.

Der Regierungsrat schreibt, dass die Herausforderung, welche der Schulweg ins Münster-Schulhaus an die Schulkinder stellt, ihm und dem Koordinationsgremium Schulwegsicherheit bekannt sind und die an der Einschätzung der Sicherheit auf dem Schulweg beteiligten Stellen seien zum Schluss gekommen, dass der Schulweg zumutbar sei. In der Konsequenz rennen Eltern seit Jahren mit ihren Sorgen vergeblich an. Im Herbst 2022 haben deshalb 70 Eltern aus dem Quartier am Ring nochmals einen Anlauf genommen und einen besorgten Brief an den Regierungsrat geschickt. Doch die Antwort darauf lautete wie immer, der Schulweg gilt als zumutbar, auch wenn die Fragen nach den Kriterien, an denen sich das Gremium orientiert, öffentlich nicht einsehbar sind. Was bleibt, dass weder die Gefährlichkeit des Schulwegs noch die Innenstadt noch die Sorgen der Eltern um die Sicherheit ihrer Kinder verschwindet.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Grünliberalen mit der Antwort des Regierungsrats nicht zufrieden sind und empfehlen, den Vorstoss stehen zu lassen. Weil die Motionäre nicht gefragt haben, ob neuer Schulraum im Quartier am Ring geschaffen werden könnte, sondern wie. Weil sich die Eltern zu Recht sorgen, wenn ihre Erstklässler den gefährlichen Schulweg alleine meistern müssen, denn wenn eine Begleitung ab Spalenberg durch die Innenstadt nach drei Wochen eingestellt wird, weil nur noch fünf Schulkinder dies nutzen, dann haben ab diesem Zeitpunkt fünf Familien ein Problem, weil ihr Kind unbegleitet in die Schule gehen muss und wieder zur Tagesstruktur. Weil wir stets betonen, wie wichtig ein selbstständiger Schulweg für Kinder ist, er fördert ihre Eigenständigkeit, die Erfahrungen und den sozialen Austausch. Doch das setzt voraus, dass der Weg sicher ist, weil ein Picknick über Mittag keine Tagesstruktur ersetzt. Besonders junge Schulkinder brauchen Betreuung, eine gesunde Mahlzeit und einen sicheren Ort.

Weil die Schulwegsituation am Ring regelmässig Gegenstand von politischen Vorstössen ist, ist es Zeit, eine nachhaltige Lösung aufzuzeigen. Aus Sicht der GLP wird das Problem nicht genügend ernst genommen, denn es werden keine Massnahmen vorgeschlagen, welche die Gefährlichkeit und die verständlichen elterlichen Sorgen mindern, oder effektiv aufzeigen, wie neuer Schulraum für das Quartier am Ring geschaffen werden kann. Wir bitten deshalb, diesen Vorstoss stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht nochmals an Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich ganz kurz. Das Thema ist sehr emotional und deswegen merke ich, in der Diskussion wird einiges vermischt. Ich habe auch in meinem Votum zweimal erwähnt, wir unternehmen alles, drei Departemente arbeiten bei diesem Thema intensiv zusammen und wir werden es weiterhin. Ob dieser Vorstoss stehen gelassen wird oder nicht, wir werden weiterhin mit diesem Thema seriös arbeiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Sasha Mazzotti und Weitere beantragen Stehenlassen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Sascha Mazzotti

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006017,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen, Schreiben des RR

[12.02.25 16:54:09, 20.5337.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die erste Beantwortung des vorliegenden Anzugs wurde in der Sitzung des Grossen Rates vom 25. Januar 2023 diskutiert. In der Folge wurde der Anzug stehen gelassen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass es neben den Angeboten an den Schulen weitere Angebote brauche. Dazu soll nochmals geprüft werden, ob im freiwilligen Schulsport ergänzende Angebote möglich wären. Wir haben dies geprüft und ein neues Programm geschaffen. Seit Mai 2024 wird im Rahmen des freiwilligen Schulsports das Angebot «FunFit Velo» für Kinder der 4. bis 6. Primarschulklassen angeboten. Das Programm ist für Kinder gedacht, die schlecht oder gar nicht Velofahren können. Das Angebot war vorerst ein Pilotversuch, wurde dann aber so gut aufgenommen, dass es beibehalten und sogar ausgebaut werden soll.

Zusätzlich beschäftigt sich neu die interdepartementale Austauschgruppe Velo und Schule damit, wie bestehende Angebote zum Thema Velofahren lernen noch besser verknüpft werden können. Beispielsweise sollen ergänzende Angebote besser bekannt gemacht und zur Vorbereitung auf die Velo-Fahrprüfung genutzt werden. Mit dem neuen Programm des Sportamts im Rahmen des freiwilligen Schulsports und der neugeschaffenen Austauschgruppe wird dem Thema Velofahren lernen immer Gewicht gegeben und auf die Forderungen des Anzugs eingegangen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, den Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten als erledig abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

45. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), Schreiben des RR

[12.02.25 16:56:45, 24.5517.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet. Die Interpellantin ist abwesend. Die Interpellation ist erledigt.

46. Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

[12.02.25 16:57:02, 24.5206.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Im September 2024 haben Sie die Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen an den Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Motion als Anzug zu überweisen.

Spielgruppen mit Deutschförderung sind ein wichtiges Angebot der frühen Förderung und Integration. Rund 600 Vorschulkinder besuchen momentan eine Spielgruppe mit Deutschförderung. Dabei handelt es sich um Kinder, die aufgrund der obligatorischen Deutschförderung zum Deutsch lernen verpflichtet sind, als auch um Kinder, die gut Deutsch sprechen. Das ist für die sprachliche und soziale Durchmischung sehr wichtig. Für Kinder im Deutschobligatorium ist der Besuch einer Spielgruppe an drei Halbtagen pro Woche gratis. Kanton und Gemeinden tragen die vollen Kosten. Für die anderen Kinder legen die Spielgruppen die Preise selber fest. Kinder aus Familien mit Krankenkassenprämienvergünstigung erhalten ergänzende Beiträge, die den Spielgruppenbesuch stark vergünstigt.

Die Motion fordert einen staatlichen Beitrag pro Kind, das eine Spielgruppe mit Deutschförderung besucht. Mit diesem Beitrag soll die finanzielle Situation der Spielgruppen gestärkt und das Angebot sichergestellt werden. Wie erwähnt, bezahlen Kanton und Gemeinden die vollen Kosten für Kinder im Deutschobligatorium. Es geht hier somit um einen finanziellen Beitrag für Kinder, die nicht im Obligatorium sind. Dieser Beitrag soll direkt an die Spielgruppen ausbezahlt werden.

In den vergangenen Jahren hat der Kanton Basel-Stadt viel in die frühe Deutschförderung in Spielgruppen investiert. Auf 1. August 2024 wurden vier Massnahmen umgesetzt, die die Spielgruppen weiter stärken und Eltern finanziell noch stärker entlasten. Auf das Schuljahr 2024 25 wurde die Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt umgesetzt. Damit wurde die obligatorische Deutschförderung von zwei auf drei Halbtage pro Woche ausgebaut. Zudem bezahlt der Kanton den Spielgruppen mit Deutschförderung für jedes Kind im Obligatorium den erhöhten Beitrag von 16.30 Franken pro Förderstunde. Für diese Massnahmen wurden 950’000 Franken ins Budget eingestellt.

Im Rahmen des Massnahmenpakets für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung wurde auf 1. August 2024 für Spielgruppen mit Deutschförderung folgende Verbesserungen umgesetzt:

Erstens, Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, deren Kind eine Spielgruppe besucht, ohne zum Deutsch lernen verpflichtet zu sein, werden noch stärker finanziell unterstützt.

Zweitens wird die Qualitätsentwicklung in Spielgruppen gefördert.

Für diese Massnahmen wurden 300’000 Franken ins Budget eingestellt. Diese umfassenden und kostenintensiven Massnahmen sind erst seit August 2024 in Kraft. Es braucht eine gewisse Zeit, bis diese Massnahmen Wirkung zeigen. Der Regierungsrat möchte die Auswirkungen beobachten, bevor weitere Schritte zur Stärkung der Spielgruppen eingeleitet werden.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Abschliessend noch etwas zur Frist. Die Motion fordert, innerhalb von einem Jahr einen Gesetzentwurf vorzulegen. Diese Frist ist kaum realisierbar. Falls der Grosse Rat den Vorstoss als Motion überweist, stelle ich im Namen des Regierungsrats den Antrag, die Frist um ein Jahr zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP hat das Wort Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion möchte die Motion als Motion weiterbehandeln und nicht als Anzug überweisen. Wir können nicht warten, bis wir zuerst eine Analyse aus den Änderungen von zwei auf drei obligatorischen Halbtagen der Deutschförderung auf dem Tisch haben. Die Zeit drängt immer, wenn es um Bildung geht, weil nämlich in der Zwischenzeit zu viele Kinder, sprich zu viele Jahrgänge nicht angemessen gefördert werden können, so wie wir es uns auf die Fahne geschrieben haben. Heute müssen die Kinder mit Deutschförderung an drei Halbtagen in die Spielgruppe gehen und ganz wichtig, sie müssen mit deutschsprachigen Kindern zusammen sein können, ansonsten dieses Förderkonzept nicht gelingen kann. Wenn wir nun also auf eine Analyse warten, gehen erstens einige Spielgruppen ein, weil ihnen nämlich die Finanzen

fehlen, und zweitens, und das ist ganz wichtig, können sie ihren Auftrag als Deutschförderinstitution nicht wahrnehmen. Wir sparen also hier an der Bildung, was wir ganz sicherlich nicht wollen und nicht verantworten können.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Motion weiterhin als solche überweisen und so die Regierung in die Pflicht nehmen, sich intensiv mit der Tatsache zu beschäftigen, dass nämlich die Anzahl Kinder ohne Förderungsbedarf abgenommen hat. Wenn wir also weniger Kinder haben, die eigentlich in die Spielgruppen gehen sollten, um Hilfestellung in der Deutschförderung zu leisten, und dies noch neu an einem halben Tag mehr, dann können Sie sich vorstellen, dass das ganze Gebilde, das die Regierung lanciert hat, ins Wanken gerät, weil der wichtigste Teil, der zum Gelingen dieser Deutschförderung beiträgt, wegfällt. Umso wichtiger ist es, dass der bestehende Teil auch Anreize erhält, die Spielgruppen zu besuchen. Ich bin auch überzeugt, dass die Zahlen für die Gemeinden nicht so sehr ins Gewicht fallen werden. Riehen steht zwar finanziell schlecht da, aber wie der Gemeinderat und der Einwohnerrat immer zu Recht betonen, dürfen wir nicht an der Bildung sparen. Deshalb stehe ich auch als Einwohnerrätin weiterhin hinter der Motion von Franziska Roth und mir, weil es sich hier eben um Bildung handelt.

Sie alle wissen hier im Saal, dass ein Anzug immer sehr schnell und lange in einer Schublade verschwinden kann, und das sage ich an dieser Stelle nicht einmal vorwurfsvoll, aber in diesem Fall ist es unsere Pflicht, den Spielgruppen und ihren Kindern den Rücken zu stärken, damit die Deutschförderung gelingt. Die Regierung kann nicht einen solchen wichtigen Bildungsprozess den Spielgruppen aufbürden, ohne dafür zu sorgen, dass alle auf ihre Rechnung im wahrsten Sinne des Wortes kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): In diesem Geschäft orientieren wir uns an den Empfehlungen des Regierungsrates und beabsichtigen, die Motion als Anzug zu überweisen. Wir erachten den mit der Motion ausgeübten Druck als nicht sinnvoll und unnötig. Der Regierungsrat hat seine Bereitschaft signalisiert, die Spielgruppen weiter zu stärken, will aber zuerst die umfassenden und kostenintensiven Neuerungen, die erst seit August 2024 in Kraft sind, wirken lassen. So wurden die Tarife für Kinder im Deutschobligatorium erhöht und die zusätzlichen Mittel für einkommensschwache Familien aufgestockt. Zudem wurden die Anzahl Förderstunden für Kinder im Deutschobligatorium von zwei Halbtagen auf drei Halbtage erhöht. Ein Erfolg, für den sich die LDP sehr stark eingesetzt hat. Wir sind der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, zunächst die Wirkung dieser neuen Massnahmen abzuwarten, bevor weitere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir erwarten innerhalb der nächsten zwei Jahre eine fundierte Evaluation, die Aufschluss geben wird, wie sich das Verhältnis zwischen den Kindern mit und ohne Deutschobligatorium entwickelt. Wir gehen mit den Motionär*innen einig, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kindern mit und ohne Deutschobligatorium für die Qualität des Spielgruppenangebots und für den Erfolg des Spracherwerbs von grosser Bedeutung ist. Gestützt auf diese Evaluation sollen, wo nötig und sinnvoll, weitere Massnahmen ergriffen werden. Bemerkenswert ist auch, dass die Nachfrage nach Spielgruppen zurückgegangen ist, während die Zahl der Kinder in Kitas, die auch Deutschförderung anbieten, zugenommen hat. Diese Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Wir wollen also diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und daher von einem vorschnellen Handeln absehen. Aus diesem Grund bitten wir Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Ich kann, keine grosse Überraschung, im Wesentlichen Catherine Alioth folgen. Immer wenn gefragt wird, wir dürfen nicht bei der Bildung sparen, wird eigentlich die Debatte abgewürgt. Das erstaunt mich eigentlich von der SVP. Es geht auch bei der Bildung darum, Geld smart, effektiv und effizient einzusetzen und ich meine, es geht hier auch nicht um eine Spardebatte, sondern um eine Mehrausgabendebatte und diese Mehrausgaben sollen jetzt subito bewilligt werden, ohne dass wir die grossen Änderungen am Gesamtsystem, die wir beschlossen haben, die erst jetzt in Kraft getreten sind, wirklich die Auswirkungen beurteilen können und dann sagen können, es braucht punktuell noch ein, zwei Verbesserungen. Und ich meine, diese Daten liegen hier nicht vor. Ich will jetzt nicht sagen, Abwarten und Tee trinken, ich will auch nicht sagen, Abwarten und Schubladisieren, sondern ich vertraue jetzt Herrn Atici, dass das auch angeschaut wird und dass wir dann darüber Bericht bekommen mit diesem Anzug und dann können wir handeln und jetzt nicht übereilt mit diesem wirklich abgedroschenen Slogan, bei der Bildung nicht sparen ohne weitere Überlegungen. In diesem Sinne wird die FDP einen Anzug unterstützen, aber auf keinen Fall eine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Durch das Votum meiner Namensvetterin fühle ich mich als zuständige Gemeinderätin für Bildung und Familie in Riehen angesprochen. Ich schliesse mich den Voten von Frau Alioth und meinem Fraktionssprecher selbstverständlich an und trotzdem möchte ich an dieser Stelle folgendes sagen.

Herr Regierungsrat Atici hat gesagt, es ist eine Ausweitung massgeblich schon erfolgt. Es wurden von zwei auf drei halbe Tage im Rahmen der Umsetzung der Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten die Spielgruppen mit Deutschförderung bereits massgeblich finanziell gestärkt. Auch die Beiträge für Familien mit bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen sowie die finanzielle Unterstützung der Spielgruppen beim Erwerb von Qualitätslabels als Teil des Massnahmenpakets Kinderbetreuung steigern die Attraktivität und die Qualität des Angebots für die Eltern zusätzlich. Und auch das wurde gesagt, diese umfassenden und kostenintensiven Neuerungen sind seit August 2024 in Kraft. Es bedarf doch einer gewissen Zeit, um die Wirkungen beurteilen zu können. Ich gehe davon aus, dass durch die Reduktion bei den Kita-Tarifen auch Kinder von den Spielgruppen schon früher in die Kita gehen. Das ist eine Massnahme, das muss man doch zuerst prüfen. Deshalb möchten wir die bereits getätigten Massnahmen und deren finanzielle Entlastung beurteilen, bevor wir weitere Massnahmen zur Stärkung der Spielgruppen ergreifen.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass der Gegenvorschlag für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare, qualitativ hochwertige, familienergänzende Kinderbetreuung, auch diese Neuerungen seit August 2024 in Kraft getreten sind. Die finanziellen Auswirkungen zeigen sich seit August 2024 mit exorbitanten Kosten. Diese kann ich zumindest in Riehen belegen. Die Hochrechnungen im damaligen Ratschlag entsprechen in keinster Weise der Realität. Zumindest in Riehen haben sich seit der Einführung des Tagesbetreuungsgesetzes im August 2024 die Kosten um das Zweieinhalbfache erhöht. Statt 2,9 Millionen jährlich Kosten für die Kitas belaufen sich gemäss Hochrechnung die Kosten mittlerweile auf 7,5 Millionen Franken und das ist nicht das Ende.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen. So hat doch die Regierung zumindest die Möglichkeit, die finanziellen Auswirkungen der bisherigen Anpassungen im Bereich der Spielgruppen und die möglichen zusätzlichen Kosten zu prüfen und dem Parlament erneut vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Schweizer, es liegt eine Zwischenfrage von Frau Schweizer vor. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Frau Schweizer, sollte es nicht in Ihrem Interesse sein, dass das Verhältnis zwischen deutschsprachigen Kindern und die, die Deutschförderung brauchen, in einem Gleichgewicht steht und dass wir alles unternehmen müssen, und zwar rasch unternehmen müssen, dass dies auch gewährleistet ist?

Silvia Schweizer (FDP): Wie gesagt, man muss zuerst eine Analyse machen, wo diese Kinder sind. Sind die von der Spielgruppe in die Kita gegangen oder nicht. Zudem, und das war das grosse Problem, hat man keine Entdeckelung bei den sehr gut Verdienenden vorgenommen und das möchte ich diesmal vermeiden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächste Einzelsprechende hat sich gemeldet Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Bei dieser Motion, wir haben es jetzt schon mehrfach gehört, geht es um die Stärkung des Frühbereichs. Wir wissen, dass es für die Entwicklung der Kinder extrem wichtig ist, dass sie früh gefördert werden können, dass jeder Franken, den eine Gesellschaft in die Prävention und die Unterstützung bei Kindern investiert, um ein Vielfaches zurückkommt. Es lohnt sich, in eine gute Entwicklung von Kindern zu investieren.

Spielgruppen sind ausgesprochen wichtige Bildungsorte für kleine Kinder und sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur frühen Förderung. Nebst der frühen Sprachförderung möchte ich speziell auch die Entwicklung sozialer Kompetenzen, die Entwicklung der Selbstständigkeit, aber auch das frühe Erkennen und Gegenwirken von Fehlentwicklungen nennen. Spielgruppen leisten im Frühbereich einen ganz wesentlichen und wichtigen Beitrag.

Das anerkennt der Regierungsrat zum Glück auch, trotzdem möchte er einfach mal abwarten. Aus der Stellungnahme des Regierungsrates ist ersichtlich, dass zwar die Anzahl Kinder mit Deutschförderung deutlich abgenommen hat, die Anzahl der Kinder, die keinen Deutschförderbedarf haben, hat aber noch mehr abgenommen. Wenn man bedenkt, dass die Kinder mit Deutschförderung an drei Halbtagen in die Spielgruppe gehen und die Kinder ohne Deutschförderung im Schnitt an nur zwei

Halbtagen, dann wird das Verhältnis von deutschsprechenden Kindern zum Verhältnis der Deutschförderkinder kleiner. Das beeinflusst die Qualität und am Schluss auch den Sinn der frühen Deutschförderung klar. Dem müssen wir jetzt entgegenwirken, wir können nicht warten. Wir müssen nicht auf eine Analyse warten, das sehen wir bereits jetzt.

Die finanzielle Belastung der Eltern für die Betreuung der Kinder haben wir nun in allen Bereichen reduziert. Nur bei den Spielgruppen wollen wir das für deutschsprechende Mittelstandsfamilien nicht machen. Klar, es gibt die Prämienverbilligung, die auch bei den Kosten der Spielgruppen wirkt, das haben wir gehört. Sie alle wissen aber, dass das System ab einem gewissen Einkommen nicht mehr greift und wie bereits gesagt, trifft es die deutschsprechenden Mittelstandsfamilien. Ich finde das nicht richtig.

Die Motion, die ist so verfasst, dass sie zwar klar formuliert, was verändert werden muss. Wie genau und vor allem in welchem finanziellen Umfang dies geschehen soll, lässt die Motion aber offen. Hier hat der Regierungsrat einen Spielraum. Zudem ist aus der Stellungnahme auch deutlich ersichtlich, dass es nicht so viele Familien sind, die durch die Erfüllung der Motionsforderung neu unterstützt werden müssen. Die zusätzlichen Kosten, die dürften sich also in einem kleinen Rahmen bewegen. Mit wenig Geld viel bewirken, das können Sie mit der Zweitüberweisung dieser Motion und ich danke Ihnen herzlich dafür.

Noch an Regierungsrat Mustafa Atici. Wir sind auf alle Fälle einverstanden mit der Fristverlängerung um ein Jahr. Das ist, glaube ich, wirklich kein Problem.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jenny Schweizer und Weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 59 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006021, 12.02.25 17:18:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 59 Nein-Stimmen gegen 30 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Die Fristverlängerung müssen wir auch noch formell entscheiden. Der Regierungsrat beantragt ein Jahr zusätzlich, das heisst, zwei Jahre. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006025, 12.02.25 17:18:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist zur Erfüllung auf zwei Jahre zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Fristverlängerung einstimmig mit 90 Stimmen gutgeheissen.

David Jenny beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 20 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006027, 12.02.25 17:19:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 64 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dafür entschieden, die Motion zu überweisen.

47. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder, Schreiben des RR

[12.02.25 17:19:55, 19.5318.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Barbara Heer hat sich als Sprecherin gemeldet.

Barbara Heer (SP): Ich bin auch sehr einverstanden mit dem Abschreiben dieses Anzugs, möchte mich aber ganz kurz doch noch äussern und auch mal bedanken bei der Regierung, aber insbesondere auch bei den Mitarbeitenden der Gartenbäder, die das Anliegen dieses Anzugs jetzt seit dem Sommer 2024 umsetzen respektive, um ganz exakt zu sein, die Regierung wollte den Anzug mehrmals nicht umsetzen und ich habe dann mit zwei Budgetpostulaten nachgedoppelt und dann hat die Regierung das dementsprechend auch umgesetzt.

Das Frühschwimmen im Gartenbad Eglisee und Bachgraben ist jetzt eingeführt worden. Man sieht an den Zahlen, dass das Angebot auch sehr gut ankommt bei der Bevölkerung. Jetzt schon in der ersten Saison waren eigentlich fast ähnlich viele Nutzende wie im Joggeli auch zusammen im Eglisee und Bachgraben. Das ist eigentlich ganz gut, ein neues Angebot braucht immer etwas, um bekannt zu sein und das Joggeli ist ja seit sehr vielen Jahren etabliert. Dort ist auch das Angebot ja die ganze Saison da, Eglisee und Bachgraben ist es verkürzt von Mitte Juni bis Mitte August und auch dieser Zeithorizont hat sich gut eingependelt. Die Frühschwimmer*innen sind ja insbesondere freie Freizeitschwimmer*innen.

Der zweite Teil meines Anzugs ist auch ein Angebot, das wichtig ist für Familien oder Rentner*innen oder Menschen, die pendeln und halt erst abends um 6 oder 7 noch in die Badi können, oder alle Berufstätigen, für die sind jetzt eben am Abend die Öffnungszeiten verlängert worden von abends von 8 bis 9. Da haben wir ein bisschen weniger aussagekräftige Zahlen, auch weil da ja nicht die Eintritte relevant sind, um herauszufinden, ob das Angebot funktioniert, sondern eher, wie viele Menschen dann tatsächlich bis beispielsweise 8:30 Uhr, wenn dann das Bad auch wirklich fertig ist, dann noch da sind. Ich persönlich war sehr häufig in den Badis in diesem Sommer und habe viel beobachtet. Familien, die dann nach der Kita, nach dem Arbeiten abends um 6:30 Uhr noch in die Badi kommen, dort Abend essen, noch Baden können und dann um 8:30 Uhr nach Hause gehen. Also das Angebot wird wirklich genutzt.

Es ist eben sehr sinnvoll, weil es eine wichtige und tolle Infrastruktur ist, viel Grünraum, der während den Hitzetagen jetzt einfach abends eigentlich nicht mehr zur Verfügung stand. Das Baden war ja schon um 19:30 Uhr fertig und um 8 Uhr mussten die Leute dann draussen sein und so kann jetzt diese Infrastruktur intensiver genutzt werden. Es geht ja nicht einfach nur um Freizeit, sondern wirklich auch um Gesundheit. Gerade wenn es sehr heiss ist, ist einfach der Aufenthalt im Wasser bei sehr vielen Erkrankungen, die sich verschlimmern in den Hitzetagen, sehr erleichternd und hat eine hohe präventive Wirkung.

Dann möchte ich zum quasi Abschluss von diesem Geschäft jetzt für das Parlament wirklich nochmals den Mitarbeitenden danken, die diesen anspruchsvollen Job in unseren Gartenbädern machen. Wenn wir baden, arbeiten sie, die Nerven von vielen Menschen liegen immer wieder blank, wenn es sehr heiss ist, und die Mitarbeitenden müssen täglich sehr gut mit dem umgehen. Deshalb ist es natürlich auch wichtig, dass es da gute Arbeitsbedingungen gibt, und ich möchte da als letztes auch den Regierungsrat doch bitten, das mit auf den Weg zu nehmen, wirklich auch immer hinzuschauen, dass die Menschen, die diese wichtige Arbeit für uns machen, das auch unter guten Bedingungen tun können.

In dem Sinne bedanke ich mich bei der Regierung und es ist auch wirklich in Ordnung, diesen Anzug so abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

48. Anzug Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend betreffend «regelmässige Information der Bevölkerung über die Krisenvorsorge», Schreiben des RR

[12.02.25 17:24:22, 22.5331.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

49. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

[12.02.25 17:24:44, 24.5208.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat versteht das Anliegen der Motion und ist bereit, eine Vorlage vorzubereiten. Er möchte jedoch einen rechtssicheren Entwurf vorlegen und beantragt daher, die Motion als Anzug zu überweisen.

Die eigentliche Schwierigkeit der Motion ist, dass nach ihrem Wortlaut Vertreterinnen und Vertreter im Sinne von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO zugelassen werden sollen. Die kantonale Bestimmung soll also auf die ZPO verweisen. Diese spricht von beruflich qualifizierten Vertreterinnen und Vertretern, wer in diese Kategorie fällt, bleibt jedoch offen. In der Motionsbegründung heisst es dann, dass der Motionswortlaut jenem der Regelungen in den Kantonen Aargau und Zürich

entspreche. Im Kanton Aargau hat das EG ZPO aber einen anderen Wortlaut. Dort wird von Verbandsfunktionärinnen und Verbandsfunktionären gesprochen. Im Kanton Zürich, das ist richtig, verweist das Anwaltsgesetz auf die ZPO. Es hat jedoch einen Entscheid des Obergerichts gebraucht, um zu klären, was beruflich qualifiziert im Kanton Zürich bedeutet. Wird der Wortlaut dieser Motion ins Gesetz übernommen, werden auch unsere Gerichte klären müssen, was beruflich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter sind. Dies wird zum einen einige Zeit beanspruchen, zum anderen stellt sich die Frage, ob an dieser Stelle tatsächlich Richterrecht geschaffen werden soll. So sieht es der Regierungsrat als Aufgabe des Gesetzgebers an, die Anforderungen an beruflich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter festzulegen.

Schliesslich gibt es noch eine zweite Unschärfe in der Motion. Sie spricht von Arbeitsstreitigkeiten. Diese Formulierung lässt offen, ob nur die Parteivertretung vor dem Arbeitsgericht oder auch die Parteivertretung vor der Schlichtungsbehörde gemeint ist. Die von der Motion gewünschte Vertretungsmöglichkeit kann vorgesehen werden vor spezialisierten Arbeitsgerichten. So will es das Bundesrecht. Im Kanton Basel-Stadt ist das Arbeitsgericht ein Spezialgericht. Hier ist die verlangte Vertretungsmöglichkeit somit zulässig. Da hingegen sind die Abteilungen des Appellationsgerichts keine Spezialgerichte. Folglich können für Verfahren vor dem Appellationsgericht keine beruflich qualifizierten Vertreter vorgesehen werden. Das hat das Appellationsgericht auch so entschieden. Bei den Schlichtungsbehörden ist die rechtliche Lage hingegen etwas unsicher. Aufgrund der Gesetzgebungsmaterialien zur ZPO gehen wir davon aus, dass die Kantone hier die verlangte Vertretungsmöglichkeit wohl vorsehen dürfen.

Da sich die Motion nicht zu den einzelnen Instanzen äussert, wäre es für die Ausarbeitung der Vorlage von Vorteil, wenn Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, in der Debatte deutlich machen würden, ob auch das Schlichtungsverfahren gemeint ist. Insgesamt würde es der Regierungsrat aber begrüssen, wenn der Grosse Rat für die Vorbereitung der Gesetzesvorlage einen grösseren Gestaltungsspielraum schaffen würde. Deshalb stellt er, wie bereits gesagt, den Antrag, die Motion Baumgartner als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprechender ist Lukas Faesch für die LDP.

Lukas Faesch (LDP): Beim nochmaligen überdenken dieser zwei Motionen 49 und 50 hat sich die LDP-Fraktion für ein Offen entschieden. Der «Chrüzlistich» ist in diesem Punkt fehlerhaft. Ein Teil der Fraktion folgt der Argumentation der Motionäre und speziell dem Argument, dass diese Praxis unter der alten Basler Zivilprozessordnung langjährige Praxis war und auch unter dem Regime der schweizerischen Zivilprozessordnung lange Zeit weitergeführt wurde und dies ohne Probleme und ohne Beanstandungen. Ein anderer Teil der Fraktion hat einerseits in Bezug auf Mietstreitigkeiten ernste formelle Bedenken, wie sie auch das Appellationsgericht geäussert hat, da es in Basel kein eigentliches Mietgericht gibt. Im Gegensatz zum Arbeitsgericht ist die Ausdehnung der Vertretungsbefugnisse nur bei Bestehen eines Mietgerichtes auf die Schlichtungsstelle zulässig, was eben in Basel nicht möglich ist. Es müsste zuerst ein paritätisches Mietgericht geschaffen werden anstelle des heute zuständigen Zivilgerichtes. Dies wäre aber mit grösster Wahrscheinlichkeit bundesrechtswidrig.

Bei der Parteienvertretung vor Arbeitsgericht und auch vor der Schlichtungsstelle besteht dieses Risiko weniger. Materiell ist dieser Teil der Fraktion auch der Meinung, dass diese Schlichtungsverfahren bewusst laienfreundlich sind. Die fachlich geschulten Schlichter erfragen die rechtserheblichen Tatsachen von sich aus und machen fundierte Lösungsvorschläge. Meist werden so tragfähige Lösungen gefunden und teure Prozesse vermieden. Es ist deshalb unnötig, den Kreis der zu Vertretung berechtigten Personen zu erweitern.

Ein weiteres Argument, das gegen diese Motionen spricht, ist die Beschränkung der berufsmässigen Vertretung durch die Anwaltschaft, was dem Schutz des Rechtssuchenden dient. Soweit für die zulassenden Vertreter*innen von Interessenorganisationen in Bezug auf die Berufshaftpflicht, Ausbildung, Prüfung und Aufsicht keine oder largere Regeln als für zugelassene Anwält*innen gilt, ist dies eine nicht zu rechtfertigende Besserstellung dieser zweiten Gruppe. Wenn die Gewerkschaften, Mieterverbände wie auch die Vermieterorganisationen und Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder gut und fundiert beraten und in rechtlichen Fragen unterstützen, tragen sie viel dazu bei, gerichtliche Verfahren zu vermeiden und das ist die eigentliche Kernaufgabe und nicht die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf eine Prozessvertretung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprechender für die SVP ist die Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Es wurde schon sehr vieles gesagt, ich beschränke mich deshalb auf etwas Praxisbeispiele. Wer von Ihnen war schon einmal vor Arbeitsgericht als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin? Da meldet sich jemand aus dem Off, also irgendjemand war schon mal. Spass beiseite. Ich habe es ein paar Mal schon gemusst als Arbeitgeber in drei verschiedenen Kantonen, also ich spreche da durchaus mit ein bisschen Erfahrung. Ich bin stolz darauf, dass ich vor Arbeitsgericht noch keinen einzigen Prozess verloren habe. Ich habe schon beide Szenarien erlebt. Ich habe schon das Szenario erlebt, wo von

Anfang an klar war, dass der ehemalige Arbeitnehmende vollständig chancenlos war vor Gericht. Aber ein Vertreter eines Verbandes, Sie können sich ausmalen, was für eine Art Verband, dass das war, hat ihm selbstverständlich ins Ohr geflüstert, dass er alles probieren müsse. Bar jeder Grundlage hat man so einen Prozess geschaffen, den man hochkant verloren hat. Die Rechtsschutzversicherung wird das übernommen haben oder allenfalls auch die Verbandskasse, ich weiss es nicht. Es hat jede Menge Zeit gebraucht und es hat vor allem dem ehemaligen Arbeitnehmenden gar nichts gebracht.

Ich habe aber auch das andere Szenario schon erlebt, wo ein fähiger Anwalt, nicht von einem Verband, einem Arbeitnehmenden einen Vorschlag gemacht hat für eine Schlichtung, die auch für uns annehmbar war und man hat einen Kompromiss gefunden. Ja, der ist ein bisschen weiter gegangen, als vielleicht das Gericht entschieden hätte, aber als Arbeitgeber ist man durchaus auch interessiert, manchmal einen Strich unter die Sachen zu ziehen und es hat mich weniger Geld gekostet, bei einem Kompromiss, bei einem Vergleich zu bleiben, als das ganze vollständig durchzuziehen. Ein fähiger Anwalt erkennt diese Chance für seinen Klienten, ein Parteivertreter, der von einem Verband kommt, vielleicht juristisch nicht so geschult ist, hingegen hat das Risiko, dass er dogmatisch argumentiert, ein Potemkinsches Dorf aufbauen muss für seinen Klienten und das wollen wir nicht einführen in Basel-Stadt.

Deshalb lehnen wir ab, in der Eventualabstimmung selbstverständlich sind wir für Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprechende ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Die Sprechende darf auch eine gewisse Erfahrung mit Verfahren am Arbeitsgericht für sich beanspruchen. Ich war mehr als 30 Jahre lang am Zivilgericht Basel-Stadt tätig und habe da durchaus auch einige arbeitsrechtliche Verfahren mitverfolgt, wenn auch meine Haupttätigkeit nicht dort war. Ebenso habe ich selbst Schlichtungen durchgeführt. Lieber Lorenz Amiet, vielleicht haben Sie jetzt da gerade schlechte Erfahrungen gemacht, aber ich kann das aus meiner Erfahrung gar nicht bestätigen, dass Verbandsvertreter hier in irgendeiner Form ihre Rechtsuchenden schlechter beraten würden als Anwälte, überhaupt nicht. Meistens sind sie sehr engagiert und das ist ja das Wesentliche und auch der Grundgedanke dieser Motion, der oder die Rechtssuchende hat eine Vertrauensbeziehung zu dieser Person in dem Verband, wo er oder sie Mitglied ist, und hat sie schon vorher beraten.

Und dann ist es ja auch nichts Neues. Es war ja auch eine jahrelange bewährte Praxis, die gelebt wurde, und auf die man jetzt wieder zurückkommen möchte. Ich spreche übrigens, um Missverständnisse auszuräumen, jetzt hier nur zur Motion von Beda Baumgartner und ich darf, um das bei dieser Gelegenheit auch noch zu sagen, auch für die BastA sprechen.

Wir beantragen, dass die Motion als Motion überwiesen wird. Die Argumente, die Regierungsrätin Eymann jetzt noch vorgebracht hat, die überzeugen uns also nicht. Es ist, wie gesagt, so, dass bereits der Bund legiferiert hat zu diesen speziellen vorausgesetzten Kenntnissen. Wir haben auch Einblick in den neuesten Kommentar zur ZPO, Stand 1.01.25, wo sich der Verfasser Tenchio noch mit dieser Fragestellung beschäftigt hat und er weist darauf hin, die berufliche Erfahrung, diese Kenntnisse wurden bereits legiferiert, der Kanton kann, muss aber nicht eine spezielle Regelung treffen dazu, sonst gilt Bundesrecht. Nur der Kanton Neuenburg hat gemäss diesem Kommentar eine andere Regelung, eine spezielle getroffen.

Wir sehen also nicht, dass es nötig wäre, hier einen Anzug zu machen, weil die Forderung zu wenig klar wäre. Sie ist deutlich und klar, knüpft an eine frühere Praxis an und dient den Rechtsuchenden und, davon bin ich wirklich überzeugt, auch den Gerichts- und Schlichtungsverfahren. Ich habe mich beim Motionär nochmals rückversichert, auch weil er leider sich entschuldigen musste für den Rest der Sitzung, aber es ist die Meinung der Motionäre, dass das auch für das Schlichtungsverfahren gilt. Ich habe persönlich die Erfahrung gemacht, dass vor allem, wenn die Gegenseite, die doch häufig über grössere juristische Erfahrung als Arbeitgeber verfügt als der Arbeitnehmende, beispielsweise als Personalchef oder sonst Vertreter, dass es wirklich gut ist, wenn auch der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin eben durch eine Person ihres Vertrauens vertreten sind. Dies hat in meiner beruflichen Erfahrung keineswegs gute Ergebnisse verhindert.

Daher möchte ich Sie im Namen der genannten Fraktionen bitten, doch diese Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Thommen für die Grünen/jgb.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb schliesst sich der Vorsprecherin an und diese hätte eigentlich auch für uns sprechen sollen, aber für das Protokoll ist es ja jetzt gesagt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christine Keller beantragt die Überweisung als Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 68 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006031, 12.02.25 17:39:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 68 Nein-Stimme gegen 22 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006033, 12.02.25 17:39:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 74 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

50. Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

[12.02.25 17:39:52, 24.5209.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen eine Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Die Motion fordert die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Vertreterinnen und Vertreter im Sinne von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO in Mietstreitigkeiten vor Mietschlichtungsstellen. Der Wortlaut von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO spricht von Miet- und Arbeitsgerichten. Im Kanton Basel-Stadt beurteilt das Zivilgericht Mietstreitigkeiten, ein Spezialgericht in Mietsachen, sprich ein sogenanntes Mietgericht kennt der Kanton nicht. Das Appellationsgericht Basel-Stadt hat in einem Entscheid in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten seine Haltung zur Interpretation von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO dahingehend geäussert, dass der Wortlaut entscheidend sei und kein weiterer Interpretationsspielraum bestehe. Weiter wird ausgeführt, dass die kantonale Kompetenz zur Legiferierung nur besteht, wenn ein Kanton über spezialisierte Arbeits- bzw. Mietgerichte verfügt. Damit ist eine kantonale Regelung, welche die beruflich qualifizierte Vertretung vor einem Mietgericht und auch vor der Schlichtungsbehörde ermöglicht, ohne die Schaffung eines Spezialgerichts für Mietsachen nicht erreichbar. Die Forderung der Motion belässt diesbezüglich keinen Spielraum. Die wörtliche Umsetzung der Motionsforderung birgt ein erhebliches Risiko, dass sie im Rahmen eines gerichtlichen Normenkontrollverfahrens als bundesrechtswidrig eingestuft würde.

Im Gegensatz zu vorliegender Motion wird in der Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht kein genauer Wortlaut der Gesetzesbestimmung vorgegeben, sondern generell die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen verlangt. Dies ist ein Hauptgrund, weshalb die rechtliche Beurteilung bei der Motion Zappalà anders ausgefallen ist als bei der vorliegenden Motion.

Nach dem Gesagten beantragt der Regierungsrat Ihnen, die Motion als Anzug zu überweisen, damit genügend Spielraum zur Erarbeitung eines Lösungsvorschlags auch bezüglich des Regelungsorts zusammen mit der Motion Zappalà besteht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprechende für die BastA hat sich gemeldet Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich beantrage Ihnen im Namen der BastA und der Grünen/jgb, diese Motion als Motion zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Diese, ähnlich wie die Motion von Beda Baumgartner, verlangt nichts Neues. Beide verlangen, das haben wir vorher gehört, ganz einfach, dass die langjährige Praxis, die sich bewährt hat, weitergeführt wird und dafür die rechtliche Grundlage geschaffen wird. Es wird niemandem etwas weggenommen. Es muss wieder möglich sein, dass im Falle von Streitigkeiten im Mietbereich vor Schlichtungsstelle und bis zu einer Streitsumme in Höhe von 30’000 Franken kein Anwalt und keine Anwältin beigezogen werden müssen. Die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeit ist vom Gesetzgeber als niederschwellige Organisation gedacht und niederschwellig soll auch die Vertretung sein können, so für Mieter*innen wie auch für Vermieter*innen.

Zur rechtlichen Zulässigkeit. Wir bestreiten vehement, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und wir können uns auf den renommierten Basler Kommentar 2025 stützen, der eben in vierter Auflage erschienen ist. Er bezieht auch die Erhaltung des Appellationsgerichts mit ein, ist noch deutlich ausführlicher als schon zuvor die dritte Auflage und er kommt unter Würdigung aller Umstände noch entschlossener als in der früheren Auflage zur Meinung, dass unser Vorgehen korrekt und richtig sei. Ja, in den juristischen Kommentaren geht man noch weiter, denn wäre die Haltung der Basler Regierung die einzige korrekte, so müsste eine Vielzahl von Kantonen, 17 insgesamt, ihre langjährigen Praktiken mit ihren niederschwelligen Vertretungen bei den juristischen Beurteilungen im Mietrecht Knall auf Fall aufgeben. Können 17 Kantone Unrecht haben? Nein, das weiss auch der Regierungsrat, denn er spricht eigentlich für uns. Er gesteht nämlich selber ein, ich zitiere: Es gebe Kantone, die die Vertretung von Mietschlichtungsstellen durch Verbände zulassen, ohne dass sie über ein paritätisch ausgestaltetes Mietgericht verfügen.

Ebenso gesteht er ein, dass es keinen Bundesgerichtsentscheid dazu gebe. Nebst den anderen Kantonen macht als Beispiel der Kanton Tessin ziemlich genau das, was wir mit dieser Motion verlangen. So steht ausdrücklich im vom Tessiner Grossen Rat erlassenen Einführungsgesetz zur ZPO, dass in vereinfachten und sogar in summarischen Verfahren Vertreterinnen und Vertreter bzw. Angestellte von Verbänden auftreten können. Hierzu gibt es auch Gerichtsurteile, so ein ganz neues vom 31. Januar 2023, welches der christlichsozialen Tessiner Gewerkschaft OCST das Vertretungsrecht in Mietsachen ausdrücklich einräumt. Ich möchte auch noch betonen, dass auch das Tessin, wie mehrere weitere Kantone, keine paritätischen Mietgerichte kennt und wir verlangen auch kein paritätisches Mietgericht. Wie erwähnt, ist auch der Basler Kommentar auf unserer Seite und sagt klipp und klar das Gegenteil des Regierungsrats. Auf ein formelles Mietgericht kommt es nicht an und eine, ich zitiere: Ungleichbehandlung zwischen Kantonen, die über Fachgerichte verfügen und Kantone, die über keine Fachgerichte verfügen, rechtfertigt sich ferner von der Sache her nicht und würde unzulässigerweise indirekt in die den Kantonen vorbehaltene Gerichtsorganisationsautonomie eingreifen. Zitat Ende.

Das Bundesgesetz selber, also die Zivilprozessordnung kann und muss hier für uns ausgelegt werden. Der Regierungsrat argumentiert formalistisch und falsch, wenn er sagt, die ZPO verlangt ein paritätisches Mietgericht. Und falls wir uns wirklich auf die Spitzfindigkeiten der Basler Regierung einlassen sollen, möchte ich folgendes hervorheben: Der Romandtext in der Zivilprozessordnung spricht anders als der deutsche Text nicht von Gericht, sondern viel weiter gefasst von juridictions. Auf

Italienisch steht einfach Giudice. Bekanntlich sind Gesetzestexte gleichwertig, also kann die Regierung nicht einmal aus dem Gesetz etwas für sich ableiten.

Zusammengefasst: Es gibt hier drin nicht so häufig diese Einigkeit und es ist auch ein starker Wille für niederschwelliges Vorgehen in einfachen Fällen von Arbeits- und Mietfragen vorhanden und nicht vergessen, diese Motion ist sozialpartnerschaftlich entstanden. Die Vermieter*innenorganisationen sind ebenfalls stark daran interessiert, dass die Vermieterseite niederschwellig vor Schlichtungsstellen vertreten werden kann. Juristische Spitzfindigkeiten haben also keinen Platz.

Ich bitte deshalb die Regierung, nun endlich einzulenken und dieses ganz simple, volksnahe Anliegen auch simpel innert sechsmonatiger Frist umzusetzen. Und ich bedanke mich schon im Voraus sehr, dass Sie diese Motion als Motion verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprechender ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Ich habe eigentlich ein längeres Votum vorbereitet, aber ich verzichte jetzt darauf, weil Patrizia Bernasconi das ausgeführt hat, was wir auch von der SP-Fraktion dazu zu sagen haben, nämlich dass es juristisch klar aus unserer Sicht kein Argument gibt, hier die Motion jetzt so nicht umzusetzen. Ich möchte deshalb noch ein bisschen auf den Gedanken dahinter eingehen. Ein Punkt ist, es geht hier um die Niederschwelligkeit von Rechtsstreitigkeiten. Ein Punkt dabei ist, das Recht ist nur so viel wert, wenn es wirklich durchgesetzt wird. Das kann lange im Gesetzbuch stehen, aber es muss auch wirklich durchgesetzt werden und es ist kein Geheimnis, dass Rechtsstreitigkeiten sehr teuer sind, dass das auch abschreckend wirkt und deshalb ein niederschwelliger Zugang sehr wichtig ist.

Das zweite ist, das gilt ja für beide Seiten. Das Gebiet gilt sowohl für die Vermieterseite als auch für die Mieter*innenseite und damit werden auch viele zusätzliche Verfahren eingespart, wenn man so niederschwellig zu Einigungen oder zur Klärung der rechtlichen Situation kommen kann. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet.

Patrizia Bernasconi beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 76 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006035, 12.02.25 17:50:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 76 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Es wurde kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Sie haben die Motion somit der Regierung überwiesen.

51. Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend ein Mobilitätskonzept für das St. Jakob-Areal, Schreiben des RR

[12.02.25 17:51:05, 17.5131.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Verabschiedung

Stefan Fahrer, seit Oktober 2021 Leiter Dienste, Sicherheit und Technik bei der Staatskanzlei, wird per 1. März eine neue Funktion ausserhalb der Verwaltung annehmen. Ich bedanke mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit bei diversen Projekten, Veranstaltungen und wünsche Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft nur das Beste.

[Applaus]

Schluss der 4. Sitzung

17:52 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:05:42
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	90	29	0	12	12	7	6	7	0	0	-1	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	92	29	0	12	12	7	6	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	2	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	95	29	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:07:24
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	60	30	0	0	0	5	6	1	0	0	-1	-1
Nein	32	0	0	12	12	2	0	5	1	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	12	7	6	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	2	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	96	30	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5041

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:09:17
Geschäft Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	96	30	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5041

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:10:33
Geschäft Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	12	8	6	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	2	1	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	96	30	0	13	12	9	6	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7.1**
25.5042

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:11:29
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Finanzkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	88	28	0	12	11	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	89	28	0	12	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	8	2	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.5043

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:12:33
Geschäft Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	93	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8.1**
25.5044

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:13:21
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	88	29	0	9	10	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	89	30	0	9	10	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	8	0	0	4	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.5045

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:14:17
Geschäft Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	94	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	12	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9.1**
25.5046

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:15:01
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	91	29	0	12	10	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	92	30	0	12	10	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	30	0	13	12	9	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
25.5047

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:15:54
Geschäft Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.1**
25.5048

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:30:35
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten Gesundheits- und Sozialkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	94	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11.1**
25.5050

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:31:20
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	92	29	0	12	11	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	12	11	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	1	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.5051

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:32:20
Geschäft Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12.1**
25.5052

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:33:02
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	89	30	0	10	9	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	90	30	0	10	9	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	8	0	0	3	3	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.5053

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:33:56
Geschäft Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13.1**
25.5054

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:34:37
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.5055

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:35:28
Geschäft Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14.1**
25.5056

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:36:17
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	29	0	13	11	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	29	0	13	11	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	2	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.5057

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:37:09
Geschäft Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	94	30	0	13	12	8	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	12	8	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15.1**
25.5058

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:37:51
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	13	12	9	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.5059

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:39:01
Geschäft Wahl der Petitionskommission (13 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	29	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16.1**
25.5060

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:39:46
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Petitionskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	88	30	0	12	8	7	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	89	30	0	12	8	7	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	9	0	0	1	4	3	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.5061

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:40:35
Geschäft Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	28	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	29	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17.1**
25.5062

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:41:18
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Begnadigungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	29	0	13	10	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.5063

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:42:08
Geschäft Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18.1**
25.5064

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:42:53
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Disziplinarkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.5065

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:43:50
Geschäft Wahl der Wahlvorbereitungskommission (8 Mitglieder)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	13	11	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	11	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19.1**
25.5066

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:44:33
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	95	30	0	12	12	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
25.5067

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:45:27
Geschäft Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder); (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	94	30	0	13	12	9	6	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	94	30	0	13	12	9	6	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	1	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20.1**
25.5068

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:46:12
Geschäft Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	30	0	13	10	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	2	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5069

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 15:47:13
Geschäft Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates (Amtsperiode 1. April 2025 - 31. März 2029)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	93	30	0	12	11	9	7	7	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	12	9	7	7	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	1	0	-	-
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:22:55

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	82	31	0	13	12	10	7	7	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:24:18

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	81	30	0	12	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Nein	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	93	31	0	12	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	7	0	0	1	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:31:25

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	45	28	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	54	3	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:36:52

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	41	24	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	57	6	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:39:38

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	90	30	0	13	12	10	7	7	0	0	-1	-1
Nein	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:40:17

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	44	27	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	51	2	0	13	12	10	6	7	1	0	-1	-1
Ent	3	1	0	0	0	0	1	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:46:36

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	80	29	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	29	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:56:35

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	84	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Nein	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:57:12

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	45	28	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	53	2	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	99	31	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:59:06

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	81	30	0	13	12	10	7	6	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	30	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	1	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 17:59:46

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	82	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:00:35

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	82	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	97	30	0	13	12	10	7	7	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Stimmberechtigt	100	31	0	13	12	11	7	7	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:08:48

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	60	1	0	13	11	10	7	6	0	0	-1	-1
Nein	37	30	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:09:26

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	49	31	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	47	0	0	13	12	10	5	6	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	96	31	0	13	12	10	5	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	2	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0790

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:10:38

Geschäft Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	81	30	0	13	12	10	7	6	1	0	-1	-1
Nein	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	7	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.1**
23.5345

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:13:09

Geschäft Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ent
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	92	30	0	13	10	10	7	6	0	0	-1	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Ent	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	95	30	0	13	10	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	3	0	0	0	2	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	97	31	0	13	10	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.2**
23.5344

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:13:47

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	83	31	0	13	3	8	7	3	0	0	-1	-1
Nein	15	0	0	0	9	2	0	3	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.2**
23.5344

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:14:24

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Nicht abgestimmt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.3**
19.5255

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:14:33
Geschäft Anzug Edibe Gölgeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	GRÜNE/jgb	BastA
Ja	50	31	0	0	0	1	0	0	0	0	-1	-1
Nein	46	0	0	13	12	8	7	6	0	0	-1	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1	-1
Abgestimmt	97	31	0	13	12	9	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22.4**
23.5237

Abstimmungsdatum 05. Februar 2025 18:15:12

Geschäft Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen»

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**GRÜNE/jgb**	**BastA**
Ja	49	31	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Nein	49	0	0	13	12	10	7	6	1	0	-1	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1
Abgestimmt	98	31	0	13	12	10	7	6	1	0	-	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-	-
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-	-
Stimmberechtigt	99	31	0	13	12	11	7	6	1	0	-	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5203

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:09:35

Geschäft Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	89	28	10	11	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	10	11	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	29	10	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5203

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:10:28

Geschäft Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	91	29	10	11	12	10	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	10	12	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	29	10	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5470

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:14:36

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	91	30	9	12	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	9	12	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	1	3	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	9	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5470

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:15:15

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	92	31	10	11	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	31	10	11	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	4	0	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	31	10	12	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5470

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 09:16:08

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027 (Rücktritt von David Mühlemann als Richter am Strafgericht per 30. November 2024), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	93	30	10	13	12	9	7	7	0	0	5
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	10	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	10	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.1446

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:05:32
Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	48	0	0	13	12	10	6	7	0	0	0
Nein	49	31	12	0	0	0	1	0	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	98	31	12	13	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.1446

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:10:55
Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	43	0	0	13	12	10	0	7	1	0	0
Nein	55	31	12	0	0	0	7	0	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	31	12	13	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.1446

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:12:48
Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern - 2. Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ent
Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Barth Johannes (FDP)	Ent
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ent
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ent
Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ent
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ent

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	62	31	12	0	0	7	7	0	0	0	5
Nein	6	0	0	1	4	0	0	0	1	0	0
Ent	30	0	0	12	8	3	0	7	0	0	0
Abgestimmt	98	31	12	13	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5522

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:18:57

Geschäft Motion 1 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	56	1	12	12	12	8	7	4	0	0	0
Nein	39	29	0	0	0	1	0	3	1	0	5
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	31	12	13	12	10	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5542

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:38:52

Geschäft Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	61	31	12	0	4	4	5	0	0	0	5
Nein	33	0	0	13	7	5	0	7	1	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	12	13	12	9	5	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	31	12	13	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5543

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 10:52:40

Geschäft Motion 3 Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	94	31	11	13	11	9	6	7	1	0	5
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	31	11	13	11	9	6	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5521

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:17:03
Geschäft Anzug 1 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Basler Innenstadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	49	21	10	2	8	3	0	0	0	0	5
Nein	40	6	0	10	3	7	6	7	1	0	0
Ent	4	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	11	12	12	10	6	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	4	1	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	30	11	13	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
24.5530

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:20:51
Geschäft Anzug 3 Eric Weber betreffend Angeln als naturnahes Hobby fördern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Nein	70	22	6	10	9	8	5	5	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	22	6	10	10	8	5	5	1	0	5
Nicht abgestimmt	23	8	5	2	2	2	1	2	0	1	0
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	30	11	12	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
24.5531

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:24:46
Geschäft Anzug 4 Eric Weber betreffend politische Neutralität an Schulen gewährleisten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Nein	72	25	7	8	10	9	4	4	0	0	5
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	74	25	7	9	11	9	4	4	0	0	5
Nicht abgestimmt	20	5	4	3	1	1	2	2	1	1	0
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	0	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	11	12	12	10	6	6	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
24.5532

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:29:57

Geschäft Anzug 5 Eric Weber betreffend Grossrats-Broschüre „So wird in Basel-Stadt entschieden" bitte wieder auflegen und publizieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	66	25	7	9	8	5	4	4	0	0	4
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	67	25	7	9	8	5	4	4	1	0	4
Nicht abgestimmt	25	4	4	3	4	4	2	2	0	1	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	0	1	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	92	29	11	12	12	9	6	6	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
24.5533

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:32:05
Geschäft Anzug 6 Eric Weber betreffend Gratis-Abfall-Entsorung für arme Leute

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	70	26	7	8	9	6	5	5	0	0	4
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	26	7	8	9	6	5	5	1	0	4
Nicht abgestimmt	23	4	4	4	3	3	1	2	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	1	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	11	12	12	9	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
24.5534

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:37:59

Geschäft Anzug 7 Eric Weber betreffend mehr Dienstleistungen für die Herren und Damen Abgeordneten durch den Parlamentsdienst des Grossen Rates Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	71	22	9	8	10	7	5	5	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	22	9	8	10	7	5	5	1	0	5
Nicht abgestimmt	23	8	2	4	2	3	1	2	0	1	0
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	30	11	12	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
24.5535

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:40:45

Geschäft Anzug 8 Eric Weber betreffend Basler Parlament muss im Monat nach der Wahl in die neue Legislatur starten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	71	22	9	9	10	7	4	5	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	22	9	9	10	7	4	5	1	0	5
Nicht abgestimmt	23	8	2	3	2	3	2	2	0	1	0
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	30	11	12	12	10	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
18.5121

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 11:55:35

Geschäft Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	71	29	6	12	2	9	6	7	0	0	0
Nein	20	1	4	0	10	0	0	0	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	92	30	10	12	12	9	6	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	7	1	2	1	0	1	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	93	30	10	12	12	9	6	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
22.5327

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 16:28:01

Geschäft Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend «Vergünstigter Eintritt für Hallen- und Gartenbäder für AHV -/IVBezüger/innen», Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	34	0	0	13	0	7	7	7	0	0	0
Nein	59	29	11	0	12	2	0	0	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	29	11	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
22.5534

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 16:41:42

Geschäft Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Diversität und Diskirminierungsbekämpfung an den Schulen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	46	0	0	13	12	6	7	7	1	0	0
Nein	49	30	11	0	0	3	0	0	0	0	5
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	11	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
22.5422

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 16:53:40
Geschäft Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	36	0	0	10	12	8	0	6	0	0	0
Nein	56	30	10	2	0	1	7	1	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	30	10	12	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	31	11	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:17:44

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	30	0	0	13	1	9	0	7	0	0	0
Nein	59	30	9	0	8	0	7	0	0	0	5
Ent	5	0	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	30	10	13	12	9	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	4	0	2	0	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	96	31	10	13	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:18:25

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5
Nicht anwesend	5	0	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:18:37

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	90	30	9	11	12	9	7	7	0	0	5
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	30	9	11	12	9	7	7	0	0	5
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	0	0	0	0	1	1	0
Nicht anwesend	5	0	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5206

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:19:25

Geschäft Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	64	30	9	0	8	5	7	0	0	0	5
Nein	20	0	0	11	1	2	0	6	0	0	0
Ent	5	0	0	0	3	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	89	30	9	11	12	8	7	6	1	0	5
Nicht abgestimmt	6	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0
Nicht anwesend	5	0	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	31	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
24.5208

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:38:40

Geschäft Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	22	0	0	10	9	1	0	2	0	0	0
Nein	68	30	9	2	3	8	7	4	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	30	9	12	12	9	7	6	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0
Nicht anwesend	6	1	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
24.5208

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:39:25

Geschäft Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GRÜNE/jgb**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**BastA**
Ja	74	29	9	8	3	8	7	5	0	0	5
Nein	14	0	0	4	9	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	9	12	12	9	7	6	0	0	5
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	0	0	1	1	1	0
Nicht anwesend	6	1	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	94	30	10	12	12	9	7	7	1	1	5

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
24.5209

Abstimmungsdatum 12. Februar 2025 17:50:26
Geschäft Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GRÜNE/jgb	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	BastA
Ja	11	0	0	3	7	0	0	1	0	0	0
Nein	76	29	8	9	5	7	7	6	0	0	5
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	88	29	8	12	12	7	7	7	1	0	5
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	9	2	3	1	0	2	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	91	29	9	12	12	8	7	7	1	1	5

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Zuwahl von vier neuen Richterinnen und Richtern ans Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo	WVKo		24.5203.03
2.	Wahl eines nebenamtlichen Richters und einer nebenamtlichen Richterin ans Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo	WVKo		24.5470.02 24.5481.02
3.	Wahrung der Standortattraktivität - Das Basler Standortpaket; Teilrevisionen Standortförderungsgesetz und Gesetz über die direkten Steuern (StG) und Bericht zu vier Anzügen, Bericht der WAK	WAK	WSU	24.0790.02 23.5344.03 23.5345.03 19.5255.05 23.5237.03
4.	Motion Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen, Stellungnahme des RR		ED	24.5206.02
5.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder, Schreiben des RR		ED	19.5318.04
1.	Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise, Bericht des RR		BVD	20.5484.03
2.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR		FD	22.5522.02
3.	Anzug Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos, Schreiben des RR		JSD	22.5078.03
4.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose, Schreiben des RR		WSU	18.5240.04
	Überweisung an Kommissionen			
5.	Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Ausgabenbericht des RR	WAK	FD	24.1748.01
6.	Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR	BRK	FD	24.1761.01
7.	Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR	BRK	FD	24.1772.01
8.	Investitionsbeitrag an die Projektierung der neuen Margarethenbrücke, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.1753.01
9.	Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahr 2023; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	UVEK	WSU	24.1832.01
10.	Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	24.1916.01
	An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
11.	Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz", Bericht der PetKo	PetKo		24.5409.02
12.	Anzug Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden, Schreiben des RR		GD	21.5647.03

13.	Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR		BVD	23.5027.02
14.	Motionen:			
	1. Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage			25.5003.01
	2. Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen			25.5009.01
	3. Barbara Herr und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit			25.5010.01
	4. Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient			25.5016.01
15.	Anzüge:			
	1. Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen			25.5002.01
	2. Andrea Strahm und Konsorten betreffend Basilisken-Brunnen auf dem Wielandplatz			25.5008.01
	3. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro			25.5017.01
	4. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrommel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext			25.5018.01
	5. Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt			25.5019.01
	6. Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg			25.5021.01

Kenntnisnahme

16.	Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	18.5370.04
17.	Schriftliche Anfrage Tim Cuénod betreffend Veloparking-Situation an der Viaduktstr. / beim Elsässertor, Schreiben des RR		BVD	24.5462.02
18.	Schriftliche Anfrage Lisa Mathys betreffend Biodiversitätspotenzial in den Händen des Kantons, Schreiben des RR		FD	24.5482.02
19.	Schriftliche Anfrage Barbara Heer betreffend wieso ist Schulwegsicherheit eine grosse Sorge Basler Eltern - trotz UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde»? Schreiben des RR		ED	24.5425.02
20.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Öffentlichkeitsarbeit für Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR		PD	24.5379.02
21.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1739)	BegnKo		
22.	Schriftliche Anfrage René Brigger betreffend Zweitwohnungsanteil in Basel gemäss Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Schreiben des RR		PD	24.5473.02